Montag, 15. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 291 - 51.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL.

Kaufkraft der Urlaubs-DM im Ausland

Dezember 1986

Land	Kaufkraft
Jugoslawien	1,23 DM
USA	1,11 DM
Italien	1,08 DM
Frankreich	1,03 DM
Spanien	0,98 DM
Österreich	0,91 DM
Norwegen	0,85 DM
Schweiz	0,72 DM

Wintersportfreuden im Ausland teurer

Die Freude über den Winterurlaub im Ausland ist für Deutsche etwas getrübt. Trotz des Kaufkraftgewinns der D-Mark können sie in diesem Winter in den „klassischen" Wintersportländern weniger kaufen als im Vorjahr. Teuerungen sind der Grund. In Jugoslawien, Italien und Frankreich ist es noch am günstigsten.

Börner: Koalition mit Grünen ist eine „Probe aufs Exempel"

„Hessen kein Modell für Bonn" / WELT-Interview mit dem Ministerpräsidenten

MANFRED SCHELL, Wiesbaden

Die Koalition zwischen SPD und Grünen, wie sie in Hessen praktiziert wird, ist nach Auffassung des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner „kein Modell für Bonn", weil die Grünen auf Bundesebene „Utopien nachlaufen". In einem WELT-Interview gab Börner aber zugleich der Zusammenarbeit mit den Grünen in Hessen eine Art Testcharakter. Er sprach von einer „Probe aufs Exempel, ob die Grünen im Rahmen unserer Rechtsordnung in der Lage sind und gewillt sind, Reformpolitik zum Beispiel im Umweltschutz voranzutreiben oder ob sie nur Parolen formulieren wollen". Der Wähler werde bei der nächsten Landtagswahl im Herbst 1987 entscheiden, ob dieses Experiment gelungen sei.

Daran erinnert, daß er den Grünen zunächst „Politikunfähigkeit" bescheinigt und dann doch mit ihnen eine Koalition eingegangen sei, antwortete Börner: „Politik ist eine Wahrung der Interessen, und ich habe in dem konkreten Falle meine sehr pointierten persönlichen Bedenken zurückgestellt angesichts der Lage, die der Wähler geschaffen hatte".

Börner wies Spekulationen zurück, wonach er aus seinem Amt ausscheiden und den Vorsitz der Friedrich-Ebert-Stiftung übernehmen wolle. „Hessen ist und bleibt die stärkste Herausforderung meines Lebens. Ich ziehe den Karren gerne, wenn der Karren es will ..." Sein Ziel sei es, bei den nächsten Landtagswahlen die absolute Mehrheit für die SPD zu erringen, betonte Börner. Auf den Hinweis, daß er nach der Bundestagswahl als „neuer Mann" der SPD in Bonn gebraucht werden könnte, antwortete Börner: „Warum? Die haben doch neue Leute". Was den Ausgang der Bundestagswahl betreffe, so könnte es der SPD bei Mobilisierung aller Kräfte gelingen, „so stark zu werden, daß ohne sie in Bonn nicht regiert werden kann".

exklusiv
Wortlaut Seite 6

Auf die Zukunft der Chemieanlagen in Hessen angesprochen, sagte Börner, „unsere Politik zielt in die Richtung, durch stärkere Auflagen, aber auch durch Veränderungen von Gesetzen die Lehren aus Sandoz und ähnlichen Ereignissen zu ziehen". Börner: „Hessen ist ein Industrieland und soll es bleiben, und die wichtigste Industrie unseres Landes ist die chemische Industrie". Äußerungen, wonach sich Chemie-Unternehmen mit Abwanderunsgedanken tragen, habe er „für sehr töricht gehalten". Eine „Standortentscheidung ist eine Entscheidung für Jahrzehnte und nicht abhängig von irgendeiner Regierungszusammensetzung in einer Legislaturperiode. Ich kann die Industrie nur warnen, solche Gedanken weiter zu verfolgen ..."

Auf die Frage, wann in Hessen die ersten Atomanlagen stillgelegt werden, antwortete Börner, Hessen sei an „Bundesgesetze gebunden", aber er bezweifele, daß die gegenwärtige gesetzliche Lage „den Einstieg in den Plutoniumstaat abdeckt". Hessen habe sich vorbehalten, „das verfassungsrechtlich klären zu lassen".

DER KOMMENTAR

Glaubwürdigkeit

ENNO v. LOEWENSTERN

Johannes Rau beklagte soeben, die SPD habe ihn zu früh nominiert. Das kann sein, aber schließlich hatte er da doch wohl ein Wörtchen mitzureden. Oder nicht? Ist Rau nur ein Versatzstück, über das die Parteiführung ungefragt verfügt? Dann wird er sich vorwerfen müssen, dies zu früh verraten zu haben.

An sich lag es nahe, ihn nach dem Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen zu berufen, als die Partei Auftrieb hatte. Rau muß sich fragen, wieso dieser Auftrieb trotz der unfreiwilligen Wahlhilfe aus Tschernobyl so rapide abflaute, als der Eindruck vermittelt wurde: In Niedersachsen geht es nicht nur um eine Landeswahl, sondern um die Bundesrepublik.

Wenn aber die Wähler automatisch alarmiert werden, sobald der Staat in seiner Gesamtheit an die SPD (mit oder ohne Grüne) zu gehen scheint: was hat es dann mit dieser Partei auf sich? Welche Folgerung muß ein Politiker dieser Partei ziehen, über die behagliche Einsicht hinaus, daß er ja nachher immer noch seinen Düsseldorfer Arbeitsplatz sicher hat?

Jetzt hat Brandt, wie kunstreich verpackt auch immer, die Botschaft ausgesandt, daß eine rotgrüne Mehrheit für ihn „keine nationale Katastrophe" wäre. Und Dohnanyi praktiziert sie bereits in Hamburg, trotz seines Schwurs: „Keinen Millimeter." Die SPD ist damit auf 35 Prozent abgerutscht, weit von sogar der 43-Prozent-Marke entfernt, die Brandt im Herbst anvisierte. Wer ist imstande, der SPD die Glaubwürdigkeit als Arbeitnehmerpartei statt Aussteigerpartei zurückzugeben?

Mit Larmoyanz und passiver Versatzstück-Haltung ist das nicht zu schaffen, sondern mit Energie und Verantwortungsgefühl. Brandt, auf den nächsten Parteivorsitzenden angesprochen, gab die ominöse Deutung, „das zu erwartende Wahlergebnis" wäre „für Rau bestimmt auch zusätzlich ein gutes Argument".

Vielleicht hat er damit mehr recht, als er selbst bedacht hat. Was, wenn nicht das zu erwartende Wahlergebnis, könnte endlich die sogenannte SPD-Rechte gegen den unheilvollen Einfluß der anderen Seite mobilisieren?

Morgen in der WELT

Sind die Gewerkschaften noch Wahlhelfer?

Wie steht es um das Ansehen des DGB-Chefs Ernst Breit? Sind die Gewerkschaften in diesem Wahlkampf noch eine Hilfe für die SPD? Wie denken die Bürger über den Wahlkampf in der Weihnachtszeit? Und: Hat die CDU/CSU ihren klaren Vorsprung in den Meinungsumfragen gehalten? Die Antworten von Elisabeth Noelle-Neumann morgen exklusiv im wöchentlichen WELT-Wahlbarometer.

POLITIK

Spannungen: Vor der Gefahr eines Bürgerkriegs zwischen Serben und Albanern in der jugoslawischen Provinz Kosovo haben Vertreter einer „Volksbewegung für die Republik Kosovo" gewarnt. Grund sei der Versuch einer „Zwangsassimilierung" der Albaner in der Region. (S. 3)

Abrüstung: Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat die Vorwürfe von Generalsekretär Gorbatschow bekräftigt, die NATO zeige keine positiven Reaktionen auf Initiativen des Warschauer Paktes zur konventionellen Abrüstung. Moskau ignoriert die jüngsten Vorschläge der Allianz.

Ermittler: Der ehemalige stellvertretende US-Generalstaatsanwalt Lawrence Walsh ist nach Rundfunk-Informationen zur Aufklärung der Hintergründe des umstrittenen Waffenhandels zwischen USA und Iran von einem Ausschuß in Washington zum Sonderermittler ernannt worden.

Südafrika: Bei Schießereien zwischen Schwarzen und der Polizei in der Kap-Provinz ist ein Mitglied der militanten schwarzen Untergrundorganisation ANC ums Leben gekommen. Zu dem Zwischenfall war es an einer Straßensperre gekommen; die Schwarzen eröffneten das Feuer.

WIRTSCHAFT

Zimbabwe: Die Weißen gingen, doch die Anarchie kam nicht. Das frühere Rhodesien hat den Aderlaß der Siedler, Facharbeiter und Investoren besser verkraftet als andere afrikanische Länder, die ihre Unabhängigkeit erhielten. Ein WELT-Report. (S. I bis IV)

Handel: Mit den Ergebnissen des dritten verkaufsoffenen Samstags vor Weihnachten ist der Einzelhandel nur mäßig zufrieden. Es hapert weiterhin am Verkauf von Winterbekleidung und Sportartikeln: Die Kunden warten schon auf reduzierte Ware. (S. 10)

KULTUR

Fragen: Wie modern ist der Mensch? Antworten: Gemessen an der Elle der kulturellen Qualität ist unser zivilisatorischer Fortschritt nur mit einiger Vorsicht zu genießen. Ein Symposium der Hanns Martin Schleyer-Stiftung in München. (S. 15)

„Elektra": Die geschundene Königstochter ist in eine ländliche Szenerie verbannt, sie vegetiert in einer Hütte. An der Berliner Freien Volksbühne nimmt sich Hans Neuenfels für den Katalog des Schreckens Zeit. Hat man einen Euripides gesehen? (S. 15)

SPORT

Tennis: Boris Becker gewann in Stuttgart zum drittenmal hintereinander das Young-Masters-Turnier der 16 weltbesten Spieler bis 21 Jahre. Im Finale bezwang er Jonas Svensson aus Schweden, den „Aufsteiger des Jahres", mit 7:6, 7:6 und 6:3. (S. 12)

Ski Alpin: Der Italiener Richard Pramatton gewann in La Villa den zweiten Weltcup-Riesenslalom der Saison vor seinen Landsleuten Alberto Tomba und Oswald Tötsch. Fünf Läufer des Deutschen Ski-Verbandes errangen Weltcup-Punkte. (S. 13)

AUS ALLER WELT



„Na, sowas": Thomas Gottschalk (links) löst Frank Elstner (rechts) ab. „Wetten, daß..." der Wechsel im Spätsommer großes Publikums-Interesse finden wird? Elstner will neue Programm-Konzeptionen entwickeln. (S. 16)

Musik und Mode: Unter der Schirmherrschaft von Marianne von Weizsäcker eine Gala in Berlin zu Gunsten der Elternkreise drogengefährdeter und -abhängiger Jugendlicher; Uli Richter und die Mode des Alltags zum Beispiel im Stil einer Grace Kelly. (S. 16)

Moskau lockert Reise-Bestimmungen

Vor der Menschenrechts-Konferenz will die Sowjetunion Kritik aus dem Westen vorbauen

WERNER KAHL, Bonn

Im Vorfeld der von Moskau vorgeschlagenen Menschenrechts-Konferenz bemüht sich die Sowjetunion, der westlichen Kritik am Verhalten des Kreml die Spitze zu nehmen. Anträge auf Verwandten-Besuche aus der Sowjetunion und Reisen zu Familienangehörigen in die UdSSR werden seit einigen Tagen von der Bonner Sowjetbotschaft mit ausgesuchter Höflichkeit entgegengenommen. Die veränderte Tonlage nach bisheriger schroffer Zurückweisung derartiger Anträge wird in diplomatischen Kreisen mit den neuen Bestimmungen für Besuche und Ausreisen von Sowjetbürgern in Zusammenhang gebracht, die vom 1. Januar 1987 an gültig sind.

Zu den Bemühungen Moskaus, westliche Kritik zu dämpfen, gehören offenbar auch neue Anweisungen an die Post- und Telegraphenämter. Telefongespräche in den europäischen Teil der UdSSR, auf die in der Bundesrepublik wohnende Russen bisher in der Regel acht und neun Stunden warten mußten, wurden in den vergangenen Tagen innerhalb von zwei bis drei Minuten vermittelt.

Ein Ende der siebziger Jahre legal ausgewanderter Künstler erhielt in der vergangenen Woche von der Bonner Sowjetbotschaft Bescheid, daß die Mutter zum Besuch ausreisen dürfe. Der Aufenthalt werde ihr bis zu einem Jahr gestattet. Seit der Auswanderung durften sich Mutter und Sohn nicht sehen. Die Konsulatsabteilung teilte mit, auch das Grab des Vaters könne von den im Westen lebenden Angehörigen nunmehr aufgesucht werden. Beim Tod des Vaters hatten die Sowjets das Einreisevisum verweigert.

Voraussetzung für die Besuche ist nach Angaben der Botschaft lediglich, daß die Gastgeber einen „Wysow", eine beglaubigte Einladung mit zwei Fotos jedes Gastes, an die Paß- und Meldebehörde (OVIR) senden. Vor der Übersiedlung in den Westen stehen dagegen nach wie vor hohe Hürden. So dürfen Träger von „Staatsgeheimnissen" – dazu zählen Verwaltungsangestellte im weitesten Kreis – ebenso wie Sowjetbürger, die „Gesundheit und Moral gefährden", nicht ausreisen.

In der Verbotskategorie dürfte demnach weiterhin der Fall von Professor Andrej Sacharow, dem prominentesten sowjetischen Bürgerrechtler, registriert sein. Die Erlaubnis, die Sowjetunion zu verlassen, hat nach eigenen Angaben hingegen die schwerkranke sowjetische Lyrikerin Irina Ratuschinskaja. Sie war am 9. Oktober dieses Jahres aus sowjetischer Haft entlassen worden. Die Behörden hätten positiv auf einen entsprechenden Ausreise-Antrag reagiert, meldete dpa.

Die Reiseerleichterungen sollen offenbar in- und ausländische Bürgerrechtler dazu bewegen, bei der Menschenrechts-Konferenz auf Demonstrationen wie bei der gegenwärtigen KSZE-Konferenz in Wien zu verzichten. Von einem Rechtsanspruch auf Freizügigkeit kann indessen nicht die Rede sein.

Nicaragua hält Manöver an der Grenze zu Honduras ab

Managua meldet wieder Festnahme eines Amerikaners

DW. Managua

Nicaragua wird von morgen an bis Donnerstag umfangreiche Truppenmanöver im Nordwesten des Landes, nur sechs Kilometer von der honduranischen Grenze entfernt, veranstalten. Das Verteidigungsministerium in Managua teilte mit, an den Übungen in der Provinz Chinandega würden rund 6500 Mann beteiligt sein, die zeitweise auch scharfe Munition verschießen würden. Es ist das erste Mal, daß Nicaragua Manöver dieses Umfanges im voraus angekündigt hat.

Das Verteidigungsministerium berichtete ferner, zu den Manövern seien Beobachter aus Panama und Honduras eingeladen worden. Die Einheiten sollten Operationen proben, die für den Nordwesten des Landes „angesichts einer möglichen, von Land, Luft oder See vorgetragenen Aggression von außen" geplant seien.

Unterdessen bahnt sich ein neuer Fall nach dem Muster des verurteilten Amerikaners Hasenfus an. Die sandinistische Regierung meldete die Festnahme eines Bruder des demokratischen Kongreßabgeordneten Tony Hall. Außenminister Miguel D'Escoto sagte dazu: „In Managua ist ein Amerikaner festgenommen worden, der angibt, er sei Samuel Nesley Hall." Hall habe zugegeben, für ein privates Spionageunternehmen mit dem Namen „Bataillon Phönix" gearbeitet zu haben. Bei seiner Festnahme seien Aufzeichnungen und Skizzen über den Luftwaffenstützpunkt Punta Huete gefunden worden, die er in einer Socke versteckt hatte. Er habe sich zunächst als ein Schriftsteller auf Informationsreise ausgegeben, dann jedoch eingeräumt, „Informationen für die US-Regierung" zu sammeln.

SEITE 5:
Lage ruhig und entspannt

Hall, der 1964 und 1965 demokratischer Abgeordneter im Parlament des Bundesstaates Ohio war, hatte sich 1985 in einem Interview als selbständigen Militärberater und „Gegenterroristen" bezeichnet. Er gab an, in Mittelamerika Miskito-Indianer für Kommandounternehmen auszubilden. Er gehörte damals einer Organisation namens „Zivile Militärhilfe" an, die zur Unterstützung der Contras gegründet worden war.

USA suchen das Gespräch mit Polen

Stellvertretender Außenminister Whitehead plant wieder eine Reise nach Osteuropa

DW. Washington/Bonn

Die USA verstärken ihre diplomatischen Bemühungen, um das Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern zu verbessern. Im Mittelpunkt des Interesses steht Polen. Die Vergabe von Krediten und die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel sind seit der Verhängung des Kriegsrechtes 1981 blockiert.

Zeitgleich mit dem fünften Jahrestag der Ausrufung des Kriegsrechtes teilten Vertreter des State Department mit, daß der stellvertretende Außenminister John Whitehead mit der Gestaltung der Initiative beauftragt ist und Anfang nächsten Jahres Polen und andere osteuropäische Länder besuchen soll.

Whitehead war bereits im November nach Ungarn, Rumänien und Jugoslawien gereist. Am Rande der KSZE-Folgekonferenz in Wien trafen sich dann die Leiterin der Europa-Abteilung des Außenministeriums, Rozanne Ridgway, und der stellvertretende polnische Außenminister Jan Kinast. Das Treffen wurde erst fünf Tage später bekannt, als der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban in Warschau davon sprach. Die amerikanische Botschaft bestätigte daraufhin, daß Washington sehr an einer Ausweitung des Dialogs interessiert sei. Vom 1. bis zum 5. Dezember reiste Rozannes Stellvertreter, Tom Simons, nach Polen und traf dort auch mit Kardinal Glemp zusammen.

Indirekt deutete auch Präsident Ronald Reagan das Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen in der Erklärung zum Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts an. Er sprach zwar von einem „dunklen Tag in der heroischen, aber tragischen Geschichte Polens", sagte aber auch, die USA würden der Zukunft Polens niemals gleichgültig gegenüberstehen.

Die amerikanische Initiativen kommen dem Bedürfnis Polens nach Aufhebung der Wirtschaftssanktionen entgegen. Wirtschaftsminister Samojlik hat vor einigen Wochen eingeräumt, daß Polen seine Schuldzinsen bei westlichen Banken nicht bezahlen könne und die Schulden bei westlichen Banken bis Ende 1987 auf 35 Milliarden Dollar anwachsen werden.

In diesem Zusammenhang ist auch das Bemühen Jaruzelskis zu sehen, in den neugegründeten Konsultativrat Wortführer der Opposition aufzunehmen, deren Stimme bei den Bemühungen um Aufhebung der Wirtschaftssanktionen im Westen Gewicht haben. Selbst Arbeiterführer Walesa hatte im US-Magazin „News and World Report" die Ansicht vertreten, Wirtschaftsreformen seien wichtiger als die Rücknahme des Verbots der Gewerkschaft „Solidarität".

In den Konsultativrat ist jetzt allerdings auch der stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des polnischen Parlamentes, Ryszard Wojna, berufen worden. Er gilt als Scharfmacher gegen die Bundesrepublik Deutschland und war von der Opposition wegen seiner Deutschland-Berichterstattung auf die „schwarze Liste" der Propagandajournalisten gesetzt worden. Wojna soll auch im Konsultativrat als Deutschland-Berater tätig sein.

Verwunderung über US-Vorschlag

DW. Osnabrück

Mit Verwunderung ist in Bonn der Vorschlag des US-Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Richard Perle, aufgenommen worden, die Bundesregierung sollte mehr Mittel für die Verteidigung aufwenden und dafür ihre Kredite an die „DDR" reduzieren. In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Perle: „Sie können anfangen, indem Sie die Kredite für die DDR kürzen. Das wäre ein Bereich, wo Geld aufzubringen ist."

Seite 2: Nicht viel zu holen

Junge Union rät Diepgen ab

DW. Berlin

Die Berliner Junge Union lehnt eine Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters Diepgen am Staatsakt in Ost-Berlin zur 750-Jahr-Feier der Stadt ab. In einem Beschluß wird erklärt, es bestehe die Gefahr, daß durch den Besuch auf Einladung des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker „der rechtliche Status der Stadt in Frage gestellt wird". Auch halte die Junge Union eine Teilnahme „aus politischen und moralischen Gründen zur Zeit für nicht sinnvoll".

Seite 8: Aus den eigenen Reihen

„DDR" spricht von einer Katastrophe

hrk/AP, Berlin

Das Reaktorunglück von Tschernobyl war noch eine „Havarie". Der Flugzeugabsturz am Freitag nahe Berlin-Schönefeld lief jedoch unter dem Begriff „Katastrophe". Schon im Sprachgebrauch zeigt sich die Wandlung in der „DDR"-Informationspolitik.

Das Drama im Jagen 575 des „Berliner Stadtforstes" kostete in der Nacht zum Samstag 70 Menschenleben: Lediglich zwölf Insassen der aus Minsk (Bjelorußland) kommenden verspäteten Maschine überlebten. Darunter sieben Kinder einer Abschlußklasse der „Ernst-Schneller"-Oberschule in Schwerin. Sie hatten wegen ihrer guten Leistungen eine viertägige UdSSR-Reise spendiert bekommen. 20 Kinder und ihre drei Begleiter – ein Vater leitete die Gruppe – starben in den Trümmern der zweistrahligen Tupolew 134.

Seiten 2 und 16: Weitere Berichte

Kohl: Hilfe für einen Freund

dpa, Stuttgart

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hat dem ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak Hilfe bei den Auseinandersetzungen Ägyptens mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zugesagt. Die Bundesrepublik Deutschland werde sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen, daß der IWF Ägypten mit seinen Kreditbedingungen entgegenkomme, sagte Kohl nach einem etwa zweistündigen Gespräch mit Mubarak am Wochenende im Stuttgarter Staatsministerium. „Wenn ein Freund in Schwierigkeiten ist, hilft man", fügte der Kanzler hinzu. Als Soforthilfe zur Sicherstellung der Ernährung der ägyptischen Bevölkerung stellt Bonn 50 Millionen Mark bereit, mit denen Ägypten beim Ankauf ausländischen Getreides unterstützt werden soll. Mubarak war von einem Staatsbesuch Frankreichs aus nach Stuttgart gekommen und flog anschließend nach Rumänien weiter.

Bundeskompetenz beim Wasserrecht?

DW. Bonn

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Heinrich von Lersner, hat sich dafür ausgesprochen, dem Bund mehr Kompetenzen beim Wasserrecht zu geben. Was es bei Luft, Lärm und Abfall schon seit 14 Jahren gebe, hätten die Länder im Bereich des Gewässerschutzes dem Bund verwehrt. In einem Interview des Deutschlandfunks schlug Lersner gestern vor, die jetzt bestehenden 46 Einzelvorschriften im Bereich des Gewässerschutzes in eine einheitliche Technische Anleitung Wasser, ähnlich der Technischen Anleitung Luft (TA Luft), zusammenzufassen.

Lersner befürwortete außerdem eine zivilrechtliche Haftungspflicht für Betreiber von Chemiewerken. Für notwendig hält Lersner auch die Ausbildung von Schwerpunkt-Staatsanwälten und besonders geschulten Polizisten. Gewässerdelikte machten mit Abstand den größten Teil der Umweltvergehen aus.

Kreml-Spitze: Es bleibt noch viel zu tun in Tschernobyl

Moskau lobt die „heldenhafte Arbeit" nach Reaktorunfall

DW. Moskau

Die sowjetische Führung hat sich erneut veranlaßt gesehen, der Bevölkerung zu erläutern, daß sie die Arbeiten an den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl unter Kontrolle hat und fortsetzten läßt.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und der Ministerrat ließen in der Nachrichtensendung des sowjetischen Fernsehens, „Wremja", am Samstagabend zur Hauptsendezeit eine Erklärung verbreiten, in der es hieß, während der vergangenen Monate sei „heldenhafte Arbeit" geleistet worden. Zugleich wurde aber darauf verwiesen, daß immer noch viel zu tun bleibe.

Als besonders wichtiger Schritt zur Bewältigung der Folgen der Katastrophe vom April wurde die vollständige Ummantelung des Unglücksreaktors mit Beton genannt, die kürzlich abgeschlossen worden war. Damit sei die Quelle der radioaktiven Verseuchung versiegelt. Die Nachrichtenagentur TASS hatte bereits am 5. Dezember gemeldet, daß der Reaktor Nummer vier des ukrainischen Atomkraftwerkes jetzt von einem Betonmantel umschlossen sei.

Die Staats- und Parteiführung versprach, daß alle „notwendigen Maßnahmen" ergriffen würden, um die Sicherheit aller sowjetischen Kernkraftwerke zu gewährleisten. Die radioaktive Belastung in einem Umkreis von 30 Kilometer um den Reaktor habe abgenommen, hieß es. Nähere Angaben dazu wurden jedoch nicht gemacht. Die Zahl der Menschen, die durch das Unglück gestorben sind, wurde wiederum mit 31 beziffert. Diese Zahl war bereits im August genannt worden.

Die Staats- und Parteiführung teilte mit, es seien bisher Entschädigungszahlungen im Umfang von 800 Millionen Rubel (nach offiziellem Umrechnungskurs etwa 2,4 Milliarden Mark) geleistet worden. Aus der Bevölkerung seien 520 Millionen Rubel (etwa 1,5 Milliarden Mark) gespendet worden. In früheren offiziellen Erklärungen hatte es geheißen, die Katastrophe habe Schäden in Höhe von zwei Milliarden Rubel (rund sechs Milliarden Mark) verursacht.


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie waren Landsleute

Von Hans-Rüdiger Karutz

In Schwerin weint nicht nur eine Mutter. In Frankfurt an der Oder fragen Kinder nach ihrem Vater. Ein Advent der Trauer in Deutschland, wo immer wir leben mögen. Die Toten im Wald von Bohndorf im Südosten Berlins – nein, sie waren keine „Bundesbürger", wie oberflächlicher Sprachgebrauch die Deutschen diesseits der Elbe zu nennen pflegt.

Sie waren Landsleute, und als Landsleute trauern wir mit denen, über die Leid und die stummen Fragen nach dem „Warum" gekommen sind.

Nein, meldeten die westlichen TV-Anstalten an diesem dritten Advent, nein, „Bundesbürger" seien nicht unter den Opfern des zerschellten „Aeroflot"-Jets. Eine Nuance zu erleichtert. Ein Gran von aufatmendem „Nun ja" schien anzuklingen; die Mädchen und Jungen aus Mecklenburg, ihre Begleiter, die sowjetische Crew – Deutsche und Russen an Bord, aber niemand aus dem Westen.

Beklagt aber werden die Toten nicht nur in ihrer engeren Heimat. Die Solidarität des Mitgefühls mit dem Unglück im anderen Teil Deutschlands muß uns alle innehalten lassen. Der Bundeskanzler sprach Michail Gorbatschow und Erich Honecker sein Mitgefühl aus. Eberhard Diepgen bot Hilfe an, die dankend zur Kenntnis genommen wurde. Berlins Parlamentarier erhoben sich von den Plätzen, als die dunkle Botschaft eintraf.

Ost-Berlin seinerseits reagierte, anders als bei ähnlichen Gelegenheiten, nicht mit Schweigen oder knappsten Notizen. Man teilte sich mit, aber man zeigte sich der Not gegenüber wenig bewegt: Das gaukelnde Wochenend-Quizspiel ging programmgemäß über die Ost-Bildschirme.

Uns ist, in vielen Zusammenhängen, die „Unfähigkeit zu trauern" nachgesagt worden. Am Tage der Begräbnisfeier drüben aber sollten sich auch hier die Flaggen senken. Und auf dem Urlaubsflug in die Sonne übers Fest möge uns der Gedanke an jene Deutschen, denen Freude versagt bleibt, in den Sinn kommen. Auch dies ziemt sich, wenn wir sie wirklich wollen, für die Einheit der Nation.

Da ist nicht viel zu holen

Von Hans-Jürgen Mahnke

Hilfreich ist das nicht, was der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Richard N. Perle, jetzt in einem Zeitungsinterview zum besten gegeben hat. Um die Ausgaben für Verteidigung, Forschung und Entwicklung erhöhen zu können, sollte die Bundesregierung seiner Meinung nach die Kredite für die „DDR" kürzen.

Das Fatale an diesem Vorschlag ist, daß die Zusammenhänge schief dargestellt werden, daß die finanziellen Hilfen an die „DDR" aufgebauscht werden. Zwar ist der Vorschlag so unpräzis, daß es schwerfällt, sich damit auseinanderzusetzen. Nimmt man ihn wörtlich, dann wäre es für die Bundesregierung kein finanzielles Problem, die Verteidigungsausgaben um die Höhe der Kredite an die „DDR" aufzustocken. Damit wäre aber auch der NATO nicht geholfen. Eine Null-Lösung.

Zwar steht die „DDR" seit Jahren in der Bundesrepublik mit drei bis vier Milliarden Mark in der Kreide. Das sind jedoch keine Staatskredite, allenfalls sind sie zum Teil verbürgt. Sie haben ihren Grund in der Regel in Handelsbeziehungen mit privaten Firmen. Es bliebe der zinslose Überziehungskredit Swing der Bundesbank mit seinem Rahmen von 850 Millionen Mark, den die „DDR" im Durchschnitt des ersten Halbjahres mit 100 Millionen in Anspruch genommen hatte – inzwischen dürfte es etwas mehr sein. Weltbewegende Summen sind hier nicht zusammenzubekommen.

Ganz generell zeigt sich hier etwas, was nicht nur für die USA gilt: Die ökonomischen Beziehungen zur „DDR" und überhaupt zum Ostblock werden überschätzt. In manchen Darstellungen, gerade in den USA, wird der Eindruck erweckt, als bestünde der deutsche Außenhandel nur aus einem Warenaustausch mit der Sowjetunion, als sei die Bundesrepublik der Technologie-Lieferant des Ostens. Gleichzeitig verbreiten Japaner die Ansicht, die deutsche Wirtschaft müsse den Osthandel forcieren, weil nur dort ihre veraltete Technik absetzbar sei.

Sicher, all das sollte man nicht allzu ernst nehmen. Nur: es bleibt, wie so oft, doch ein falscher Eindruck hängen. Und nichts ist schwerer zu korrigieren als ein gesundes Vorurteil.

Zeuge Lecki

Von Joachim Neander

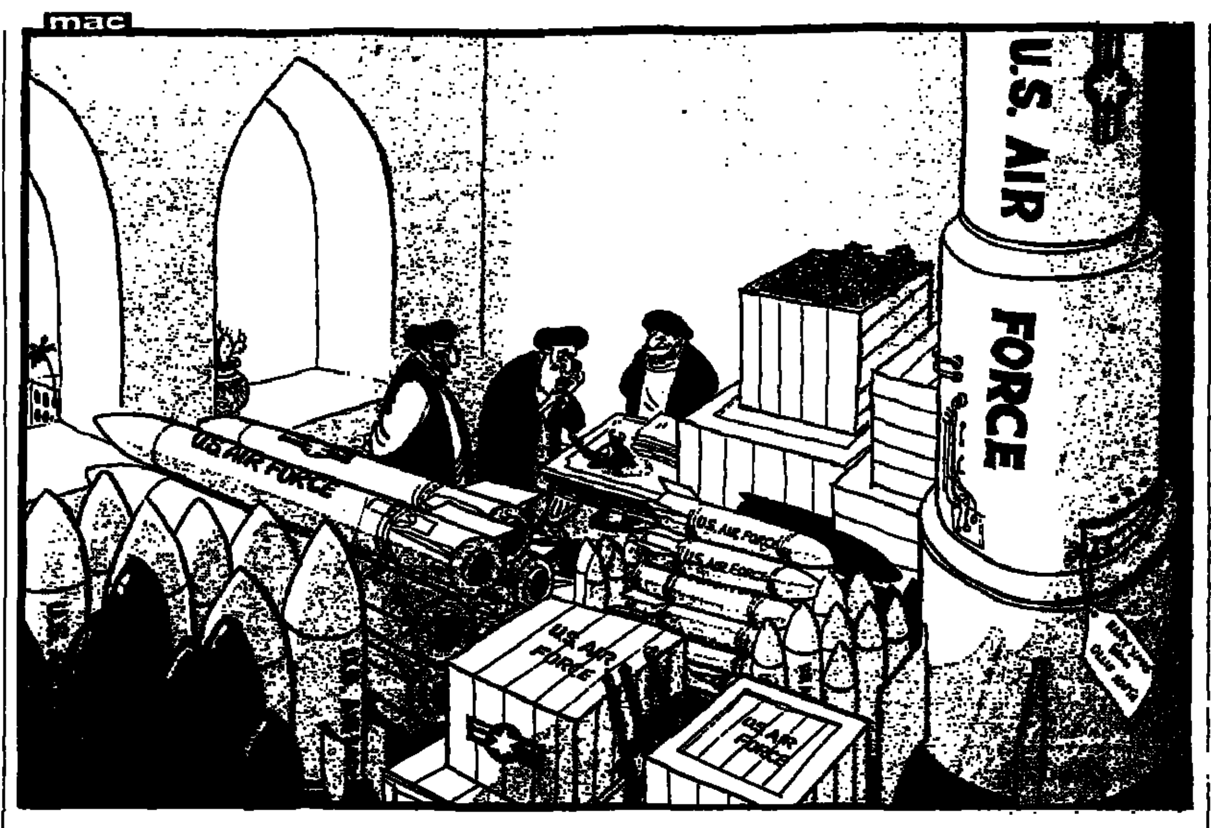
Die meisten Menschen werden die Tatsache, daß der Westdeutsche Rundfunk ein Interview mit einem zum viertenmal aus der Haft entkommenen, rechtskräftig verurteilten Mörder und Berufsverbrecher verbreitet hat, vermutlich nur unter dem Kriterium des guten Geschmacks bewerten wollen: Sage mir, wem du unter Inkaufnahme von Mitwisserschaft und Begünstigung zu Publizität verhilfst, und ich sage dir ...

Aber da ist unter Umständen noch ein Kriterium, das zur Debatte steht: die Intelligenz. Alfred Lecki sei zu intelligent, um in einem Interview Dinge (Isolationshaft, zugemauerte Fenster) zu behaupten, die so leicht widerlegt werden könnten, hat der Leiter der Justizvollzugsanstalt Rheinbach erklärt. Also könne das Interview nicht echt sein.

Er hat sicher nicht unrecht. Niemand dürfte den Mitbürger Lecki so genau kennen wie diejenigen, die ihn seit mehr als zwanzig Jahren in fast regelmäßigen Abständen zu beherbergen hatten. Wenn das Ganze also von Lecki selbst stammt, dann hat er seine Partner auf den Arm genommen.

Aber wie steht es dann mit der Intelligenz derer, die hinter diesem „sensationellen Zeitdokument" her waren und sich entweder von Lecki selber oder von anderen anschmieren ließen? Auch sie hätten sich vorher der Tatsachen versichern können. Daß sie es nicht getan haben, deutet darauf hin, daß sie – Echtheit hin oder her – vor allem die Botschaft dieses Interviews mit einem Mörder im Auge hatten: Da sieht man's wieder, diese Gesellschaft und dieser Staat sind unmenschlich.

Eigentlich hätten sie doch merken müssen, daß ein komplizenhaft wirkendes Interview mit einem Mann wie Lecki bei allem Respekt vor der Würde jedes Einzelmenschen den vernünftigen Bemühungen um einen menschenwürdigen Strafvollzug eher einen Bärendienst erweist. Aber wer über Jahre hinweg vom festbesoldeten Sessel herab an allem (außer dem eigenen Gehaltstarif) zu rütteln gewohnt ist, dem verwackelt auf die Dauer das Gesichtsfeld; selbst das Urteil über die Wirkung der eigenen Taten scheint dabei abhanden zu kommen.



„Hallo, Ronnie – ich wollte nur mal wissen: Was macht ihr eigentlich mit den Atomwaffen, die Kinnock aus England rausschmeißen will?" MAC

Brüssel und die Forscher

Von Ludwig Kürten

Mit einem fast zwanzig Milliarden Mark schweren Forschungsetat für die kommenden fünf Jahre will die Europäische Kommission in Brüssel das „Europa der Forscher" auf den Weg bringen. Die Ziele sind ebenso hochgesteckt wie die finanziellen Forderungen an die Mitgliedsländer, natürlich in erster Linie an die Netto-Zahler der Gemeinschaft.

Warum finden die Brüsseler Vorschläge ein so geringes Echo? Die Gründe sind europäisch-vielschichtig. Der gemeinsame Agrarmarkt ist zu einem Milliarden-Verlust ausgeartet. Und jetzt kommen diese Überschuß-Manager und wollen jährlich gut vier Milliarden Mark für Forschungsvorhaben, deren Einsatz genauso unkontrollierbar bleibt wie der Verbleib der Agrar-Milliarden.

Die gleichen Manager wollen zudem alle wichtigen Forschungsbereiche so komplett abdecken, daß in weniger als einem Jahrzehnt die Brüsseler Bürokratie darüber entscheidet, was, wo und wer in Europa erforscht werden soll. Aus Brüssel kamen in den letzten Jahren viele Forschungsinitiativen. Nur ein geringer Teil war erfolgreich. Häufig wurde der große bürokratische Aufwand ebenso beklagt wie die Neugier der EG-Beamten auf betriebsinterne Details.

Ein Sonderprogramm, Ejob, erntete Lob, weil es europäische Physiker an einen Tisch brachte. Sie erarbeiteten die Grundlagen zum Bau der Optischen Computer gemeinsam. Aber nach zwei Jahren ließ Brüssel die gut kooperierenden Teams allein, weil keine weiteren Finanzmittel bereitgestellt werden konnten. Ein europäischer Forschungsvorsprung gegenüber amerikanischen Wissenschaftlern zerschmolz 1986 fast vollständig.

In die Bio- und Gentechnik wurden seit Anfang der achtziger Jahre rund 180 Millionen Mark investiert. Zwar haben davon auch deutsche Wissenschaftler und Unternehmen profitiert, aber den Löwenanteil kassierte Frankreichs Industrie. Sie hat ihre führende Stellung in der Biotechnik damit kräftig ausgebaut.

Allgemein mangelt es an sichtbaren und verständlichen Erfolgsbilanzen der EG-Programme. Einzelerfolge bei Esprit oder Brite sind nicht so umwerfend ausgefallen, daß deutsche Industrieunternehmen etwa leuchtende Augen bekommen, wenn ihnen Meldungen aus Brüssel auf den Tisch flattern. Im Gegenteil, viele der weitgespannten Statusberichte legen offen, daß die Unwissenden quasi kostenlos von den Wissenden profitieren. So ist es kein Wunder, daß deutsche Industrie-Unternehmen sich in und von Brüssel schlecht repräsentiert fühlen. Schlimmer noch, industrieller Sachverstand gilt den Brüsseler Behörden eher als suspekt: Stimme und Entscheidungsrecht zu wichtigen technologischen Projekten wird der Industrie in Brüssel kaum eingeräumt. Wo es um handfeste wirtschaftliche Interessen geht, können sich deutsche Industriegruppen kaum vernünftig vertreten lassen.

So ist es kein Wunder, daß in den vergangenen Jahren EG-Forschungsprojekte zumeist nur Anklang in den deutschen staatlichen Forschungsinstituten, kaum aber bei Industrieunternehmen finden konnten. Es kommt noch etwas anderes hinzu: Hierzulande Forschungsmittel aus dem großen BMFT-Topf zu ergattern ist ein umständliches Unterfangen. Es hat dazu geführt, daß kleinere und mittlere Unternehmen es häufig gar nicht erst versuchen.

Selbst die Fachleute in unseren Konzernen tun sich noch schwer, die verwaltungstechnischen Auflagen bei EG-Projekten zu durchschauen, um nach langem Hin und Her schließlich europäische Fördermittel zu erhalten. Dabei ist der deutsche Bürokratismus noch harmlos gegenüber den Brüsseler Vorschriften. Zudem hat man den Eindruck, daß niemand so recht weiß, nach welchen Gesichtspunkten in Brüssel über ein Forschungsprojekt entschieden wird.



Wie ermutigt man Forscher europaweit? Gentechniker bei der Arbeit FOTO: DPA

Ein Problem ist gewiß die unzulängliche Verständigung. Sie beginnt bei der Sprache. Da beklagt man in Brüssel, daß die Bundesrepublik bei der Einrichtung von Übersetzungscomputern nicht so recht mitspiele. Als ob Computer der einzige Lösungsweg sind, sich besser zu verstehen. Was entfallen kann, sind eine Fülle von unklaren Begriffen und umständlichen Worthülsen. Gefragt ist ein klares, einfaches Deutsch. Wer sich durch die übersetzten EG-Veröffentlichungen, seien es Ausschreibungen oder Berichte, durcharbeitet, weiß ein Lied davon zu singen.

Aber deutsche Manager haben häufig das Gefühl, daß nicht nur die Sprache, sondern auch die Nationalität der EG-Beamten eine wichtige Rolle spielt. Daher möchten sie auch ungern über Brüssel ihren Konkurrenten den Einblick in ihre eigenen Karten so leicht machen. Ergebnis: Mißtrauen und Zurückhaltung.

Jedes der industrialisierten EG-Länder hat eine eigene Struktur der Forschungseinrichtungen aufgebaut. So existieren in der Bundesrepublik zwar staatliche Großforschungseinrichtungen, aber die *Forschungslandschaft umfaßt* weitaus mehr private oder von Stiftungen geleitete Forschungsinstitute als in Frankreich, England oder Italien.

Die Mehrheit der EG-Beamten aber stammt aus diesen Ländern. Sie können sich anscheinend kaum vorstellen, daß hierzulande eine freiere, ungebundenere Forschung praktiziert wird. Eine Forschung, die auch bewußt staatliche Einflüsse auf ein Mindestmaß eingeschränkt wissen will, weil sie mit dem Gegenteil leidvolle Erfahrungen in den letzten siebzig Jahren gemacht hat.

Das jetzt zur Entscheidung anstehende Super-EG-Programm muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Es öffnet der freien Forschung einen so geringen Freiraum, daß es hierzulande nur wenig Anklang finden kann. Wir brauchen im internationalen Wettbewerb nicht eine straffere Forschungsplanung, sondern mehr kreative Initiative. Und die geht nicht von einem Mehr an Regeln oder geplanten Vorschriften aus.

IM GESPRÄCH Lawrence Walsh

Die Iran-Affäre prüfen

Von Walter Sadowsky

Ob Lawrence Walsh, den ein Gremium amerikanischer Bundesrichter für die delikate Aufgabe des Sonderermittlers für die Iran-Affäre ausgewählt und vorgeschlagen hat, auch den Auftrag bekommt – *ob* er ihn, gegebenenfalls, überhaupt annimmt – steht noch in den Sternen. Der Vierundsiebzigjährige ist zwar ein angesehener Jurist. Und das Kriterium, daß keine Interessenkollision zustande kommen dürfe, wird er wohl erfüllen; es gibt keinen Hinweis darauf, daß Walsh in irgendeiner Beziehung zu den Waffenlieferungen an Iran, zu den Geld-Abzweigungen an die Sandinisten-Gegner in Nicaragua oder zu einer der beteiligten Personen stehen könnte. Überdies ist Walsh auch Mitglied der Demokratischen Partei, die in Opposition zum Präsidenten steht.



Schatten der Haynsworth-Affäre: Walsh FOTO: AP

Aber noch ehe die Berufung von Walsh bestätigt werden konnte, ist bereits berichtet worden, daß Walsh während der Amtszeit Präsident Nixons als Vorsitzender des Richterprüfungsausschusses der Amerikanischen Anwalts-Vereinigung (American Bar Association) über die Berufung des Bundesrichters Clement Haynsworth zum Mitglied des Obersten Bundesgerichts gutachtlich mit zu befinden hatte. Der Ausschuß empfahl zweimal die Ernennung von Haynsworth, der jedoch am Widerstand der Senatsmehrheit scheiterte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die neue demokratische Senatsmehrheit nun wieder ihre Muskeln zeigen und Walsh erst einmal aus Prinzip wegen mangelnden Urteilsvermögens ablehnen wird.

Was freilich eine sehr politische Entscheidung und eine Ungerechtigkeit gegenüber einem Mann wäre, dessen Integrität in der Juristenwelt nicht bezweifelt wird. Walsh stammt aus Kanada, aus Port Maitland in Nova Scotia. Ende der vierziger Jahre war er Assistent des damaligen Gouverneurs von New York, Thomas Dewey, 1954 bis 1957 war er als Richter am New Yorker Bundesgericht tätig, 1957 bis 1960 diente er in der Eisenhower-Administration als stellvertretender Justizminister. Internationale Erfahrung erwarb er unter anderem als Angehöriger der amerikanischen delegation bei den Pariser Vietnam-Verhandlungen.

Ein Mann also, der zweifellos die Erfahrung hat, um die Iran-Affäre auszuloten und rechtlich zu würdigen. Er wäre der bisher siebente unabhängige Sonderermittler nach Maßgabe eines Gesetzes, das nach der Watergate-Affäre verabschiedet wurde. Wobei festzuhalten ist: Bei der Iran-Affäre mögen Gesetze verletzt worden sein oder nicht, sie reicht jedoch nicht an die kriminellen Dimensionen der Watergate-Affäre heran, bei der es von vornherein nicht um eine Unternehmung im – falsch oder richtig verstandenen, das sei dahingestellt – Interesse des Staates ging, sondern um eine Parteiangelegenheit. Dennoch ist die Demokratische Partei verständlicherweise bemüht, aus dieser Affäre genug Stoff herauszuholen, um die beiden letzten Amtsjahre des Präsidenten zu belasten und seinen Einfluß auf den Wahlkampf einzuschränken. Lawrence Walsh weiß, daß es mächtigen Kreisen auf beiden Seiten um mehr geht als nur die Wahrheit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kieler Nachrichten

Sie finden Hamburger Überlegungen zynisch:

Hamburg droht seinen Nachbarn Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit seinen Abfallproblemen an den Nerv zu gehen (betrifft die Überlegung, Hafenschlick im Wattenmeer zu verklappen). Daß die Hamburger vorbeugend Ausschau halten, wo sie den Hafenschlick künftig unterbringen können, ist logisch. Die Tatsache aber, daß sie ihr Bermuda-Dreieck für „hochkontaminiertes Baggergut" womöglich zwischen drei besonders geschützten Zonen anzusiedeln gedenken, zeigt – zurückhaltend gesagt – den Grad ihrer Hilflosigkeit beziehungsweise grenzt – überspitzt formuliert – an blanken Zynismus.

Mannheimer MORGEN

Er schreibt nach dem Antes-Urteil:

... ist nicht zu übersehen, daß die Krise, die der Fall Antes heraufbeschworen hat, die Lage veränderte. Der CDU/FDP-Senat hat seine Politur verloren, und es ist deutlich geworden, daß der verhältnismäßig junge Regierende Bürgermeister Diepgen sich bei der Bewältigung solcher skandalträchtigen Schwierigkeiten doch recht schwer tut.

Hannoversche Allgemeine

Sie verabschiedet die Abgeordneten der zehnten Legislaturperiode:

Es ist allenthalben zu spüren, daß sich die Politiker im Vormarsch befinden, die von Anfang an die Politik als Beruf gewählt haben. Es fehlt an eckigen und kantigen Figuren, die auch einmal gegen die eigene Partei aufbegehren, die durch neue Ideen aufhorchen lassen, die sich querlegen und dadurch andere zum Umdenken zwingen. Es ist alles ein bißchen zu geschmeidig geworden, zu voraussehbar – zuviel Routine, zu wenig Überraschung. Wird eine große Debatte angesetzt, so weiß man im voraus, was jede Partei verkünden wird.

The New York Times

Sie kritisiert die südafrikanische Pressezensur:

Natürlich wird die Zensur nicht die Rebellion einer schwarzen Mehrheit schwächen, die grundlegende Rechte fordert.

BERLINER MORGENPOST

Sie hat Fragen nach dem Flugzeugabsturz:

Warum kam die Linienmaschine vom Typ Tupolew 134 – planmäßige Ankunft in Schönefeld 14.20 Uhr – erst gegen 17.20 Uhr in der Nähe des Flughafens an? Hatte es technische Probleme vor dem Abflug in Minsk gegeben? Oder hatte die Besatzung wegen des zeitweise nebligen Wetters Probleme beim Landeanflug? Die Elektronik in der TU-134 ist nicht auf dem neuesten Stand der Technik ... Offenbar hat auch die Alarmierung von Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen nicht sofort funktioniert. Wie wäre es sonst möglich, daß Bewohner von Bohnsdorf in ihren Privatfahrzeugen Verletzte in das Krankenhaus nach Köpenick gebracht haben?

Äußerlich Einigkeit in der NATO – aber Andreotti warnt

Die einen wollen Sicherheit, die anderen wollen ein Draufsatteln vermeiden / Von Cay Graf Brockdorff

Italien, das gelegentlich – besonders in der Person seines Außenministers Giulio Andreotti – im Verdacht steht, den Sowjets gegenüber nachgiebiger als nötig zu sein, beweist eigentlich immer, wenn es um die Grundlagen der Bedrohung geht, eine realistische Haltung. Auf der Herbsttagung der NATO-Außenminister gab Andreotti als Ehrenpräsident des Nordatlantikrats den Auftakt.

Er sagte: „Eine gründliche Analyse der Auswirkungen nuklearer Waffen ist für die Sicherheit Europas entscheidend. Sollte die Null-Option für Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite sich durchsetzen, darf es der Sowjetunion nicht gestattet werden, ihre Überlegenheit bei den Systemen kürzerer Reichweite zu behalten. Ein Gleichstand bei den Kurzstreckensystemen muß deshalb, wenn er nicht erreicht werden kann, wenigstens in Umrissen sichtbar werden, parallel zu jedem Abkommen über die Reduzierung oder den Abbau der weiter reichenden Systeme, damit die Gefahr einer Destabilisierung vermieden wird."

Andreottis Bemerkung, die inhaltlich der Lagebeurteilung des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Bernard Rogers, ähnelt, offenbart die zwei Denkschulen im Bündnis. Die eine will genau so Abrüstungsfortschritte wie die andere, doch sie ist vorsichtig und stellt mit der Bedrohungsanalyse die Sicherheit der Allianz sichtbar höher als Rüstungskontrolle. Die andere, angeführt vom Bonner Außenminister Hans-Dietrich Genscher, will den greifbar scheinenden Erfolg nicht durch „Draufsatteln" neuer Forderungen belasten.

Man kann annehmen, daß Frankreich, dem die Ereignisse von Reykjavik erhebliche Kopfschmerzen bereiten, wie Italien zur Vorsicht gemahnt hat. Durchgesetzt hat sich die Linie der Verweigerer, die über die ihnen als Hindernis zum Durchbruch erscheinende „Draufsattelhürde" nicht gehen wollten. Alle Außenminister, auch Andreotti und Washingtons George Shultz, billigten am Ende das Kommuniqué, in dem die Null-Lösung ohne jede Umschweife angesteuert wird.

Die Atlantische Allianz wird vom Abrüstungsfieber geschüttelt. Mahnungen zur Behutsamkeit werden eher schon als lästig empfunden, die strategischen Begründungen für die Notwendigkeit der Nachrüstung drohen in Vergessenheit zu geraten. Es gibt Leute, die in solchen Situationen immer Klischees entdecken. Sie haben auch hier eine griffige Formel erfunden: "Die Abschreckung hängt doch nicht von einem Waffensystem ab." Aber die strategische Wirklichkeit in Europa läßt sich mit solchen Redewendungen nicht erschöpfend darstellen.

Auch Rogers unterstützt die Null-Lösung. Doch er warnt: Isoliert nur Mittelstreckenwaffen abzubauen, werfe das Bündnis auf das Jahr 1977 zurück. Der General legt den Kern des Problems bloß: „Die Sowjets arbeiten auf jenen Punkt hin, von dem ab sie uns einschüchtern, uns erpressen können, ohne einen einzigen Schuß abgefeuert zu haben. Wie jemand sagte: Die Früchte des Sieges ernten ohne die Qualen des Krieges. Diese Entwicklung halten wir nur auf, wenn wir die nötigen Schritte einleiten, nicht nur einen Angriff, sondern auch die politische Einschüchterung abzuschrecken. Dazu bedarf es des Willens und der Entschlossenheit."

So präsentiert sich die Allianz kurz vor Jahresende 1986 wie immer geschlossen nach außen, aber Zweifel über den richtigen Weg sind mit Sicherheit nicht bei allen ihren Mitgliedern verschwunden. Der eine oder andere tröstet sich – nicht unrealistisch – mit dem Gedanken, daß die mit der Nachrüstung in Europa optimierte Sicherheit nicht über Nacht einem unsicheren Abschreckungssignal weichen wird.

Vor jedem Raketenabbau steht die von allen als fundamental betrachtete Forderung nach wirksamen Kontrollen. Wie sie aussehen müssen, hat Richard Perle, Vorsitzender der hochrangigen Gruppe für Nuklearfragen in der NATO, schon umrissen: „Notfalls müssen wir bis in die sowjetischen Fabriken gehen." Dabei muß man wissen, daß Perle, einer der Falken in der Washingtoner Administration, nie ein Anhänger der Nachrüstung war.

Die heimliche Weise, mit der die Sowjetunion, deren Generalstab ein Hauptdirektorat für strategische Täuschung besitzt, den SALT-II-Vertrag umgangen hat, hat die Amerikaner sehr nachdenklich gemacht. Vor einer Null-Lösung würden lange Verhandlungen stehen, sehr, sehr lange wahrscheinlich.

Schon jetzt muß davor gewarnt werden, dort Kompromisse auf dem Rücken der Sicherheit zu suchen. Den meisten Mut aber brauchen europäische Politiker, diese Zusammenhänge begreiflich darzustellen.

Hamburg wartet auf den Januar

Der Parteichef sprach den Genossen gut zu, der Erste Bürgermeister malte eine GAL, wie er sie sich wünscht, und der Innensenator schwieg. Entschlüsse wurden auf dem Parteitag der Hamburger SPD nicht gefaßt – zunächst muß die Bundestagswahl im Januar abgewartet werden.

Von UWE BAHNSEN

Am Kopfende einer der langen Tischreihen im großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses saß, wenige Meter vom Rednerpult entfernt, der Genosse Diether Hoffmann. Mit starrer Miene, im Pullover und ohne Krawatte, verfolgte der einstige Top-Manager der Bank für Gemeinwirtschaft und spätere Chef des „Neue Heimat"-Konzerns die Referate der Spitzengenossen auf dem SPD-Sonderparteitag, der umgeben von Tabaksqualm und Erbensuppenduft das Wahldesaster des 9. November aufzuarbeiten versuchte. Es muß den gescheiterten NH-Sanierer jedesmal wie ein Stromstoß getroffen haben, als er Schuldzuweisungen der Parteiprominenz anhören mußte, ohne daß sein Name genannt wurde.

Der Landesvorsitzende Ortwin Runde etwa erkannte in Sachen „Neue Heimat" einen „Scherbenhaufen von Mißwirtschaft und Größenwahn".

Und Willy Brandt – wie unersetzlich er noch immer für die SPD ist, war auf diesem Parteitag mit Händen zu greifen – erklärte mit fester Stimme, man habe erwartet, daß in diesem Konzern „gründlich Ordnung geschaffen werde", und diagnostizierte „eine verfehlte Geschäftspolitik". Diether Hoffmann schwieg dazu.

Parteichef Willy Brandt, in seinen gemessenen Bewegungen fast schon ein Denkmal seiner selbst, war an diesem Abend für die noch immer rat- und richtungslosen Hamburger Sozialdemokraten halb Wundarzt, halb Psychotherapeut. Er spendete seinen durcheinandergeratenen Genossen Trost, als er ihnen angesichts der tiefen parteiinternen Verunsicherung über die Chancen der Hamburger SPD für den 25. Januar zurief, sie sollten sich „daran erinnern, daß sich sogar in Wochen viel verändern läßt".

Der Gast aus Bonn suchte ihren Blick für die grüne Partei zu schärfen, die „in entscheidenden Bereichen eine unverantwortliche Politik betreibt und deshalb für uns nach dem Stand der Dinge jedenfalls auf Bundesebene auch kein Partner sein kann". Die beiden großen Parteien, so hielt er den Delegierten mahnend vor, müßten „in diesem Staat fähig bleiben oder neu lernen, möglichst vernünftig miteinander umzugehen".

In den kommenden Jahren, fuhr der Parteivorsitzende fort, gebe es im Bund „mehrere Themen, die objektiv gesehen nach breiten Mehrheiten geradezu rufen". Er könne „keinen Sinn darin sehen, uns mehr Konfrontation verordnen zu lassen, als von der Sache her geboten ist".

Es war ein Auftritt voller Gelassenheit, Verantwortungsbewußtsein und Realismus – selbst die Kritik an Kanzler Kohl, den es „geradezu gereizt hat, in vorhandene Fettnäpfe zu treten", fiel maßvoll aus. Er selbst, so bekannte Willy Brandt, habe „persönliche Rechnungen mit Herrn Kohl ohnehin nicht zu begleichen".

Brandts einstiger Bürochef Thomas Mirow, nun als Senatssprecher in den Diensten des Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi, hat der SPD in einer exzellenten Analyse als einen Grund für das Desaster des 9. November die „tief eingeschliffenen, unproduktiven Selbstbespiegelungen in unendlich vielen, langen Gremiensitzungen" vorgehalten. Auch dieser Parteitag bewies aufs neue, wie zutreffend dieser Befund war und ist.

Die Hamburger SPD, das zeigte nahezu jeder Debattenbeitrag, ist durch das vernichtende Wählervotum des 9. November in einem Maße aus den Fugen geraten, das früher unvorstellbar gewesen wäre. Zwar verhinderte die Regie des Landesvorstandes, daß der Grundsatzkonflikt zwischen dem linken Flügel, der die Öffnung zur GAL verlangt, und dem in dieser Hinsicht tief skeptischen Mitte-Rechts-Lager in voller Schärfe ausbrach – zur „Ergötzung eines staunenden Publikums" sollte das, so der Landesvorsitzende Ortwin Runde, „hier heute nicht ausgebreitet werden".

Doch sogar das von den Delegierten nur mit gemäßigtem Beifall aufgenommene Grundsatzreferat Klaus von Dohnanyis zeigte das ganze Ausmaß der Verunsicherung und der Irritationen in der langjährigen hanseatischen „Staatspartei". Der Regierungschef bemühte sich, seine bisherige scharf ablehnende („Keinen Millimeter, jedenfalls nicht mit mir") Position zur GAL mit einer Aufzählung der Gründe zu untermauern, weshalb diese Partei gegenwärtig unfähig zu verantwortlicher Politik sei.

Zugleich aber konditionierte Dohnanyi diese Haltung in einer Weise, die nur als Wink mit dem Zaunpfahl an den „Realo"-Flügel der Hamburger GAListen zu deuten ist und in diesem Spektrum auch prompt so verstanden wurde: Eine Absage der GAL an die Gewalt und ein programmatischer, Hamburg-orientierter Kurs könnten ihn, so bekannte Dohnanyi, zu einer anderen Auffassung bringen. Überhaupt, so ließ der Bürgermeister wissen, „verbringe ich meine Arbeit lieber mit Otto Schily als mit Alfred Dregger".

Mit welchen Empfindungen der „Hardliner" des Mitte-Rechts-Lagers, der Dohnanyi-Stellvertreter und Innensenator Alfons Pawelczyk, derlei Bekenntnisse zur Kenntnis genommen hat – darüber ließ er den Parteitag im unklaren, denn sein Name fehlte auf der Rednerliste. Dabei hätte Pawelczyk Veranlassung genug gehabt, „anzutreten" und zum Beispiel den offenkundig an seine Adresse gerichteten Hinweis des Landesvorsitzenden Runde zu hinterfragen, in der St. Pauli Hafenstraße „ da wohnen auch Menschen, und nicht: Da hausen die Chaoten, sondern da wohnen Menschen." Der Chef der Innenbehörde hat das bislang, wie jeder Genosse weiß, etwas anders gesehen.

Aber nicht erst auf diesem Parteitag zeigte sich, daß der einstige Berufsoffizier Pawelczyk es offenbar in der derzeitigen Lage seiner Partei für besser hält, die politische Deckung nicht zu verlassen, um nicht Wunden davonzutragen, die er für absolut überflüssig hält.

In einem Frontabschnitt allerdings hat Pawelczyk die Deckung verlassen: Er will nun endgültig die Leitung der Innenbehörde abgeben – „aus persönlichen, familiären Gründen", wie Fraktionschef Henning Voscherau die Delegierten wissen ließ.

Ein neuer Innensenator, das ist sicher, wird nicht „ausgeguckt", sondern „mit dem vorgehaltenen Revolver der Parteiräson dienstverpflichtet", wie ein sturmerprobter Spitzengenosse inmitten des Andrangs zu den Suppentöpfen im Foyer des Gewerkschaftshauses erkannte.

LANDESPARTEITAG

Es darf gelacht werden: Hamburgs SPD-Chef Ortwin Runde, Parteichef Willy Brandt und Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (v.l.) FOTO: AP

Ein Begräbnis brachte den politischen Tod

Waren es bisher vorwiegend die Albaner in Kosovo, die Belgrad Kopfzerbrechen machten, so sind es nun auch die nationalistischen Albaner in der Teilrepublik Mazedonien.

Von C. G. STRÖHM

Die Schleifen der Kränze auf dem Grab feiern den Verstorbenen als albanischen Helden und Patrioten – obwohl oder weil er mehrere Jahre als politischer Häftling in jugoslawischen Gefängnissen zubringen mußte. Ort der Handlung: ein Friedhof in der Nähe der mazedonischen Stadt Tetovo. Das war ärgerlich für die jugoslawische KP, peinlich aber war, daß führende Mitglieder der kommunistischen Parteiführung an diesem „nationalistischen" Leichenbegängnis teilgenommen hatten.

Das ließ sich die Partei nicht gefallen, und sie beschloß wegen dieser albanisch-nationalistischen Manifestation den politischen Tod mehrerer kommunistischer Spitzenfunktionäre. So wurde zum Beispiel Milaim Feizi, Mitglied des Parteipräsidiums und des ZK der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien, aller seiner Ämter enthoben. Mit tränenerstickter Stimme rechtfertigte sich der Parteifunktionär vor dem ZK Mazedoniens, daß er während des Begräbnisses „nichts gemerkt" habe und daß er nur seine Frau abholen wollte, die mit dem Verstorbenen verschwägert gewesen sei.

Damit aber enthüllte der Gestürzte den fast unlösbaren Kern des Problems: Viele albanische Funktionäre der jugoslawischen KP sind mit den albanischen „Nationalisten", die sie bekämpfen sollen, verschwägert und verwandt. Und da bei den Albanern immer noch die Familienbande mehr zählen als die Politik, stecken diese albanischen Tito-Kommunisten selber oft mitten in einem tiefen Dilemma.

Ein zweites Opfer der politischen Beerdigung von Tetovo wurde Asem Zulfiqari, bisher Abgeordneter des jugoslawischen Bundesparlaments und ehemaliger jugoslawischer Botschafter in Burma. Zulfiqari – der Nationalität nach gleichfalls ein Albaner – verlor alle Parteiämter und dürfte wohl auch als Abgeordneter von der Bühne verschwinden. Insgesamt wurden 21 Teilnehmer und Organisatoren der Beerdigung aus der Partei ausgeschlossen.

Nationalistische Töne bei Familienfeiern

Seit sechs Jahren gärt der albanische Nationalismus in der zu Serbien gehörenden jugoslawischen autonomen Provinz Kosovo. Jetzt gerät auch die südlichste Teilrepublik Jugoslawiens – das zwischen Bulgarien im Osten, Griechenland im Süden und Albanien im Westen „eingeklemmte" Mazedonien – unter wachsenden Druck seiner albanischen Volksgruppe. Die Albaner in Mazedonien dürften inzwischen 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Sie siedeln hauptsächlich im Westen, also in den Gebieten unweit der Grenze zum Staat Albanien. Durch ihre Geburtenfreudigkeit und ihren starken nationalen Zusammenhalt drängen aber die Albaner jetzt auch in jene Gebiete Mazedoniens vor, in denen die slawisch-mazedonische Bevölkerung bisher unbestritten in der Mehrheit war.

Da die Albaner in Mazedonien „strenger" gehalten werden als in Kosovo, konzentrieren sich albanisch-nationalistische Manifestationen auf Familienfeiern – auf Beerdigungen und Hochzeiten. Da zeigen sie dann die albanische Fahne und singen albanische patriotische Lieder. Im Dorf Strimnica unweit der Stadt Tetovo zahlten Gäste auf einer großen albanischen Hochzeitsfeier den gleichfalls albanischen – aus der benachbarten Provinz Kosovo – angereisten Musikanten 1000 Mark Trinkgeld (und zwar in deutschen Banknoten), falls diese die in Jugoslawien verbotenen albanischen Lieder spielten. So berichtet es die Belgrader Parteizeitung „Borba" – und fügt hinzu, als einige Kinder während der Feiern ein Lied auf Marschall Tito singen wollten, seien sie von den Anwesenden ausgebuht worden.

Die „nationalistischen" albanischen Hochzeitsgäste von Strimnica seien, wie das Belgrader KP-Blatt weiter berichtet, in wahre Begeisterungsstürme ausgebrochen, als die Musikanten das (in Jugoslawien gleichfalls verbotene) Lied vom zweiköpfigen albanischen Adler vortrugen, der so große Flügel habe und so hoch fliege, daß niemand ihm etwas anhaben könne. Dann hätten die Gäste ihre weißen Kappen – die typischen albanischen Nationalmützen – in die Luft geschleudert und ihre Hände in Richtung Albanien erhoben. Einige hätten sogar ihre Pistolen gezogen und in die Luft geschossen. Aufgrund dieser einen „separatistischen" Hochzeit – so die „Borba" –, seien zehn Personen aus der KP ausgeschlossen und weitere 50 letztmalig und streng verwarnt worden.

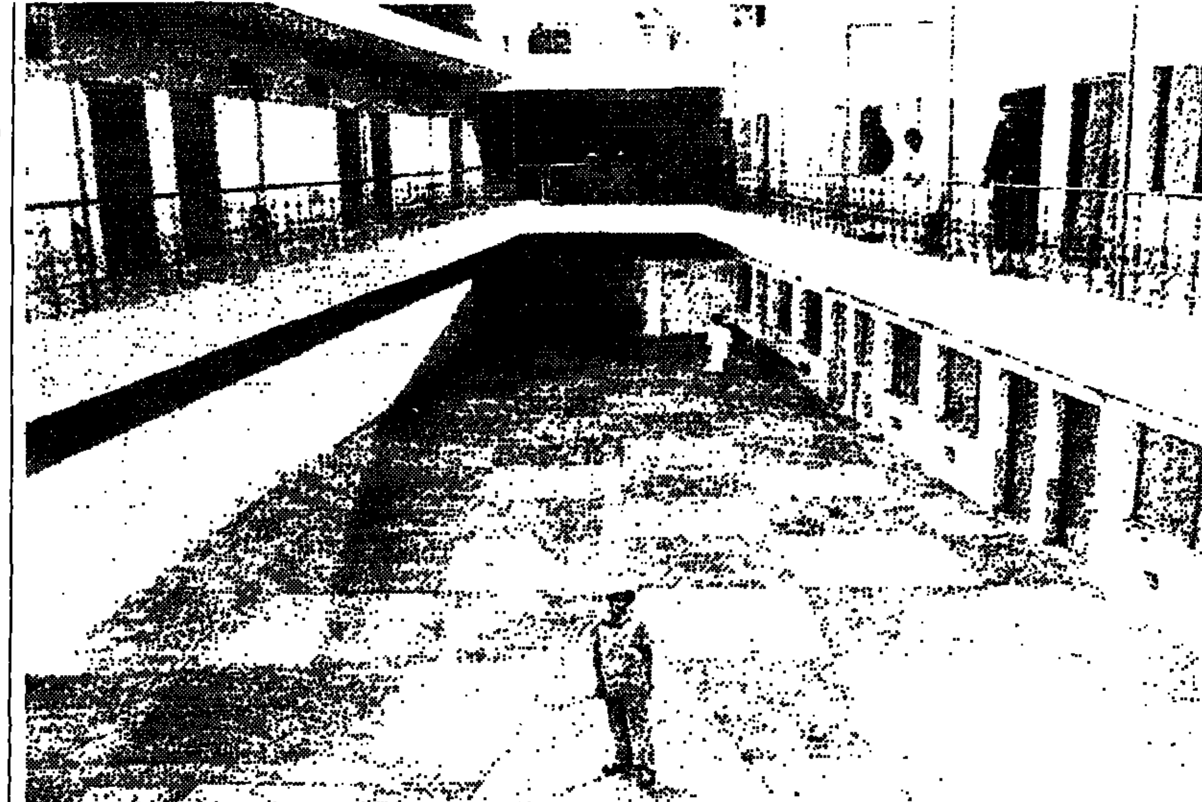
Die jugoslawisch-mazedonischen Landesbehörden müssen jetzt zugeben, daß der albanische Nationalismus in ihrem Machtbereich immer weiter vordringt und daß die Beziehungen zwischen den einzelnen im Lande lebenden Nationen und Nationalitäten so angespannt sind wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Der jugoslawische General Tihomir Sarevski behauptete gar auf der jüngsten ZK-Sitzung in Skopje, unter den Albanern in Mazedonien gebe es eine Geheimorganisation, die nach dem Vorbild der „Balli Kombetar" organisiert sei – der albanisch-nationalistischen und antikommunistischen Kampfgruppen während des Zweiten Weltkriegs, die teils mit den Deutschen, teils mit den Westalliierten sympathisierten.

Es bestehe kein Zweifel, so formulierte der General, daß hinter dieser albanischen Geheimorganisation in Mazedonien „gewaltige materielle Mittel" stünden. Die Mitglieder der Organisation betrieben faktisch ungestört einen Devisen-, Gold- und Rauschgifthandel. Sie erhielten beträchtliche finanzielle Unterstützung aus dem Ausland.

Erinnerungen an ein Groß-Albanien

Im Bezirk Tetovo befänden sich bis heute Personen in politischen Schlüsselpositionen, die aus „ballistischen Familien" stammten – also deren Verwandte und Vorfahren während des Zweiten Weltkriegs auf der groß-albanischen Seite standen.

Für das jugoslawische Mazedonien, das sich im Osten gegen bulgarische Aspirationen wehren muß, wird die albanische Frage damit zu einem Existenzproblem, zumal die vitale Kraft der nicht-slawischen Albaner weitaus stärker zu sein scheint als jene der slawischen mazedonischen Mehrheitsbevölkerung.



Das Werk von Arielle Calmejane: Ein Hospital für verwundete Afghanen

In der muslimischen Männerwelt strahlt ein französischer Engel

Die sowjetischen Invasoren beschimpfen sie als „Hure von Massoud", für die afghanischen Widerstandskämpfer aber ist sie ein Engel: Die Ärztin Arielle Calmejane, die in ihrem Hospital im pakistanischen Peschawar Afghanen zur medizinischen Selbsthilfe ausbildet.

Von WALTER H. RUEB

Das Bild hat symbolischen Charakter: Ganz allein steht die zierliche Französin Arielle Calmejane im Innenhof ihres Hospitals am Stadtrand von Peschawar. Rechts und links, vor und hinter ihr Mauern, Fenster, Balkone, Galerien, Kranke, Ärzte. Sie lächelt, blinzelt unsicher in die Kamera des Fotografen, atmet hörbar und sagt: „Im Innern Afghanistans habe ich erkannt, daß es an Menschen fehlt, die anderen medizinisch helfen, sie retten können. Deshalb habe ich beschlossen, etwas zu tun."

Was Arielle tat, ist einzigartig: In einem muslimischen Land und damit einer reinen Männerwelt eröffnete die Krankenschwester und Anästhesistin ein Hospital für verletzte und verwundete Afghanen – ganz allein, mittellos, beseelt nur vom Willen, Menschen zu helfen und andere mit dem chirurgischen Handwerk so weit vertraut zu machen, damit sie im Innern ihrer besetzten Heimat Verletzte und Verstümmelte vor dem Tod bewahren können.

Die kleine Französin war durch das Stahlbad des Krieges in Afghanistan gegangen. Für eine französische Ärzteorganisation hatte sie bereits 1983 im Pandschir-Tal gearbeitet, den legendären Guerrilla-Führer und „Löwen vom Pandschir" oft gesehen und sich auch nicht durch die sowjetische Beschimpfung als „Hure von Massoud" schrecken lassen. 1984 erund überlebte sie im Pandschir-Tal die berühmte, letztlich gescheiterte siebente sowjetische Offensive gegen Massoud und seine Mudschahedin.

„Anschließend benötigte ich eine Atempause", erzählt sie, nimmt einen tiefen Zug aus einer filterlosen Zigarette, streicht eine Strähne ihres dunklen Haares aus dem Gesicht. „Ich kehrte nach Peschawar zurück und arbeitete anderthalb Jahre für das Schwedische Afghanistan-Komitee. Diese Zeit vergesse ich nie."

Umgeben von einem Meer von Not und Leid, von Blut und Tod warf die damals 28jährige Arielle das Steuer herum und gab den Vorsatz auf, in das heimatliche Toulouse zurückzukehren. „Ich mietete dieses Haus und schloß einen Kontrakt auf zwei Jahre ab", erzählt Arielle. „Es war als Hotel gebaut worden, hatte aber den afghanischen Widerstandsparteien als Hauptquartier gedient."

In wenigen Wochen wurde das gelbgestrichene Gebäude an der Straße nach Islamabad völlig umgemodelt, mit Wasser, Gas und Strom ausgestattet. Eine Küche und Wäscherei wurden installiert, ein Anbau für Operationsräume erstellt, die Krankenzimmer mit insgesamt 29 Betten eingerichtet.

„Es gibt sogar sechs Betten für Frauen", verrät Arielle. „Unterstützt haben mich anfänglich die American Foundation und ein französischer Orden. Heute bekomme ich finanzielle Zuwendungen auch von humanitären Organisationen aus Norwegen, Schweden, Belgien und Holland. Das Deutsche Afghanistan-Komitee trägt Sach- und Personalkosten für die hier eingerichtete kleine Zahnklinik."

Die gebürtige Tschechoslowakin und heutige Schweizerin Tamara Cierny hat darin ihr Tätigkeitsfeld. „Das medizinische Zentrum liegt zu weit außerhalb der Stadt und ist noch zu wenig bekannt", klagt die Zahnärztin. „Pro Tag kommen im Durchschnitt nur etwa zehn Patienten. Allerdings ist nicht die Behandlung von afghanischen Flüchtlingen und Freiheitskämpfern der Hauptzweck, sondern die Ausbildung von Zahnarzthelfern in Erster Hilfe. Damit sie später im Innern Afghanistans Zähne ziehen können, müssen sie es aber an Patienten lernen und üben. Zur Zeit habe ich zwei Kursusteilnehmer, aber kaum Patienten."

Arielles Hospital ist im pakistanischen Peschawar eine kleine französische Insel. Außer Chefin und Zahnärztin parlieren auch die Physiotherapeutin Jeanne Robin, die Operationsschwester Micheline Brisgand und der Chirurg französisch.

Maurice Brisgand ist im Regime der Frauen der einzige Mann. Aber was für einer: Brisgand verbrachte fast sein ganzes Leben als Militärarzt in Frankreichs afrikanischen Kolonien, ging 1984 mit 33 Dienst-Jahren als Colonel ab, fühlt sich im Ruhestand jedoch leer und unausgefüllt. „Von Zeit zu Zeit übernehme ich deshalb irgendeine nützliche Mission – um zu leben, statt nur zu überleben", sagt der Unermüdliche. „Deshalb bin ich zusammen mit meiner Frau für ein paar Monate hergekommen. Hier kann man mich bei der Ausbildung von Afghanen in Kriegschirurgie brauchen. Kommen Sie mit, schauen Sie bei einer Operation zu. Ein junger Afghane hat sie übernommen."

Im Operationssaal näht der junge afghanische Arzt Mir Atte einem Landsmann gerade den Bauch zu. „Eine leichte Blinddarm-Operation", erläutert der Colonel mit lauter Stimme, überhört die Bitte seiner Frau, ruhig zu sein und die Besucher mit Mundschutz und Haube auszustatten, tätschelt schließlich dem lächelnden Frischoperierten die Wange. Auf fragende Blicke erklärt er: „Für so harmlose Operationen begnügen wir uns mit Lokal-Narkose."

Die Chefin des Hospitals verrichtet ihre Arbeit als Anästhesistin konzentriert und schweigend, doch sichtlich müde und abgespannt. Auf die Frage, wie lange ihr Tag jeweils sei, antwortet sie ausweichend: „Lange, lange ..." Haben Sie noch ein privates Leben? „Was ist das?" seufzt die Neunundzwanzigjährige. Erst die nächste Frage läßt sie wieder lebhafter werden: „Ich habe als Frau in der muslimischen Gesellschaft keine besonderen Probleme. Ich werde anerkannt und respektiert."



Arielle Calmejane: „Die Welt ist so groß und es gibt noch viel zu tun" FOTOS: SVEN SIMON

Berlin setzt die Abschiebung in Libanon aus

hrk. Berlin

Der „aktuellen Sicherheitslage" in Beirut wegen stellt der Berliner Senat seine seit Wochen laufenden Abschiebungen von rechtskräftig abgelehnten palästinensischen Asylanten vorerst ein. Dabei handele es sich jedoch nicht um einen „Abschiebungsstopp", sagte Berlins Innensenator Wilhelm Kewenig. „Die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung ... bedeute auch keine Abkehr von dem Grundsatz, daß rechtskräftige Ablehnungsentscheidungen in *Asylverfahren nicht nur theoretische* Bedeutung haben dürfen. Sie sind im Regelfall zu vollstrecken. Nur bei Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes kann das außerordentlich großzügige Asylrecht der Bundesrepublik vor Überbeanspruchung und den hierauf beruhenden Forderungen nach grundlegenden Rechtsänderungen bewahrt werden", erklärte der Senator.

In Berlin halten sich mehrere *hundert* rechtskräftig abgelehnte palästinensische Asylbewerber auf. Nach einer Libanon-Reise hatte Kewenig im Oktober die Abschiebung bestimmter Personen angeordnet, da die Lage seinerzeit für eine Rückkehr zumutbar gewesen war. Berlins Sicherheitsbehörden verwiesen wiederholt auf die hohe Kriminalität unter den Palästinensern, von denen viele im Rauschgifthandel tätig sind.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Arbeitslose und Jugendliche hoffen auf das „schnelle Geld", wenn sie sich von Fluchthilfeorganisationen anheuern lassen. Doch dabei gehen sie ein hohes Wagnis ein, an dessen Ende häufig mehrjährige Haft in der „DDR" steht. Der SED-Staat ist über zahlreiche Fluchthilfeaktionen im voraus gut informiert. FOTO: HÖFT

„Auf Sie haben wir schon gewartet"

Senator Scholz macht auf Risiken bei Fluchthilfe aufmerksam

ms. Bonn

Auf das „hohe Risiko", das Fluchthelfer eingehen, hat der Justizsenator des Landes Berlin, Rupert Scholz (CDU), aufmerksam gemacht. Bis zum 31. Oktober 1986 sind allein im Transitverkehr neun Personen wegen Fluchthilfe – im „DDR"-Jargon „staatsfeindlicher Menschenhandel" genannt – festgenommen worden. Unter den festgenommenen Personen befinden sich zunehmend auch Jugendliche und Arbeitslose, deren Unerfahrenheit und finanzielle Notlage nach Einschätzung von Scholz ausgenutzt werden, „um sie an einem Unternehmen zu beteiligen, über dessen Risiken sie oft getäuscht werden". Statt des erhofften schnellen Geldes drohten mehrjährige Haftstrafen unter den Bedingungen des harten Strafvollzuges der „DDR".

Senator Scholz sagte auf Anfrage der WELT, die Zahl „gewerblicher Fluchthelferorganisationen" sei nicht bekannt, da diese in „ständig wechselnder personeller Besetzung operieren, sich auflösen und in anderer Besetzung wieder auftreten". Aber er bestätigte vorliegende Informationen, wonach die „DDR" über derartige Gruppen gut informiert ist, offenkundig von Spitzeln in den Organisationen.

Dies ergibt sich unter anderem daraus, daß Fluchthelfer bisweilen mit den Worten „Auf Sie haben wir schon gewartet ..." von „DDR"-Stellen empfangen und verhaftet werden. Nach WELT-Informationen haben sich aber auch „DDR"-Vertreter innerhalb der gemeinsamen Transitkommission sehr detailliert über Fluchthilfevorbereitungen geäußert. So wurden in der Kommission konkret Vorbereitungen genannt, Daten von entsprechenden Zeitungsanzeigen, mit denen Fluchthelfer angeworben werden sollen, Hausnummern, in denen *Autos zur Fluchthilfe* präpariert werden, ausgehandelte Honorare für gelungene Aktionen und Namen von Hintermännern. Dazu wollte sich Scholz nicht äußern, aber er widersprach diesen Informationen nicht.

Ihm liege daran, so betonte Scholz, auf die Risiken aufmerksam zu machen, die mit solchen Aktionen verbunden seien, wobei er allerdings auch unmißverständlich klarstellte, daß „Fluchthilfe nach unserem Rechtsverständnis keinen Straftatbestand für sich darstellt, da dieses dem Prinzip der Freizügigkeit innerhalb Deutschlands widersprechen würde". Dementsprechend könne in der Bundesrepublik Deutschland niemand wegen Fluchthilfe bestraft werden. Strafbar seien allerdings Delikte, die immer wieder in Zusammenhang *mit der Fluchthilfe begangen* würden, so vor allem Veruntreuung, Betrug, Dokumentendiebstahl oder Urkundenfälschung. Die Urteile der Strafgerichte der „DDR" in solchen Fällen „widersprechen in grober Weise rechtsstaatlichen Grundsätzen". Außerdem würden sie gegen den Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen verstoßen, der auch von der „DDR" ratifiziert worden sei und der jedem Menschen das Recht zugestehe, „ein Land, auch sein eigenes, freiwillig zu verlassen".

Hamburger SPD setzt auf wechselnde Mehrheiten. Dohnanyis Absage an GAL

Auf Landesparteitag Anträge des linken Flügels abgelehnt / Brandt sorgt sich um Frauen-Stimmen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Hamburgs SPD will ihren Weg weiterhin allein gehen, der Minderheitssenat soll versuchen, mit wechselnden Mehrheiten die politischen Vorstellungen des Wahlverlierers vom 9. November 1986 durchzusetzen. „Auch wenn wir schwarz-grün verprügelt werden", wie Fraktionschef Henning Voscherau beim SPD-Landesparteitag realitätsbewußt den schwierigen Kurs von Senat und Bürgerschaftsfraktion beschrieb. Er *warnte ebenso vor einer Großen Koalition* mit der CDU wie vor einer Tolerierungsvereinbarung mit der GAL – wer ein solches Abkommen schließe, ruiniere die Glaubwürdigkeit der Partei. Der streitbare Jurist fügte hinzu, „GAL-Politiker wie Trampert und Ebermann wollen die SPD zerstören – *das sind ihre wahren* Ziele".

„Millimeter"-Ablehnung

Der Landesvorstand setzte sich – nicht zuletzt dank Voscheraus vehementer Rede – mit großer Mehrheit gegenüber Vorstößen des linken Parteiflügels durch, die auf Tolerierungsgespräche oder sogar ein förmliches Koalitionsabkommen mit den Grünen abzielten. Ihr Sprecher, der Altonaer Kreisvorsitzende Walter Zuckerer, sagte an die Adresse von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: „Es geht nicht um Millimeter, es geht um Mehrheiten." In einer Koalition müsse die GAL beweisen, ob sie bereit sei, „Faktor in der Politik der Bundesrepublik zu sein".

Doch Dohnanyi blieb bei seiner „Millimeter"-Ablehnung der Grünen. Einmal, weil die GAL die Bundesrepublik *nicht* als „ihren Staat" betrachte; zum zweiten, weil die Partei sich lebensnotwendigen Entscheidungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Hansestadt versage. Der Bürgermeister stellte fest: „Wenn die GAL diesen Staat als ihren Staat sieht, sich von jeder Gewalt lossagt *und in Fragen der Wirtschaft einen* programmatisch orientierten Kurs einschlägt, dann, erst dann kann sie ein Partner für die Gestaltung der Zukunft unserer Stadt sein."

Bei ihm hätten – so sagte SPD-Vorsitzender Willy Brandt – bei seinem ersten Hamburger Parteitagsauftritt seit mehr als fünf Jahren – ob des GAL-Wahlerfolgs „die Alarmglocken geschrillt". Ausgelöst vor allem durch das veränderte Wahlverhalten der jungen Frauen, denen die SPD in den sechziger und siebziger Jahren ihren bundesweiten Aufstieg verdankt habe. Daß der Zuwachs bei den Grünen vor allem durch diese Wählergruppe ausgelöst worden sei, stimme *ihn* besorgt.

„Aus dem Tal heraus"

Erleichtert fügte Brandt hinzu: „Ein entsprechender Trend im Bun*desmaßstab ist für uns nicht erkenn*bar." Der Parteichef forderte die Delegierten auf, sich mit den Grünen inhaltlich stärker auseinanderzusetzen. Auf Bundesebene könne die Partei wegen ihrer „unverantwortlichen Politik" kein Partner sein. Brandt begründete das mit den Worten: „Wer unser *Land* aus dem westlichen Bündnis herauslösen will, der mindert den Einfluß der Bundesrepublik in West und Ost und der schafft nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für die Menschen." Den deprimierten hanseatischen Genossen sprach der Bonner Gast für den zweiten Wahlgang am 25. Januar 1987 Mut zu, als er sagte: „Ich denke, wir sind schon aus dem Tal heraus."

Kohl erinnert DGB an das Gesamtwohl

„Interessenvertretung eingebunden in Interesse des Ganzen" / Veranstaltung der Sozialausschüsse

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hofft auf eine „Normalisierung" des Verhältnisses zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) nach der Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Bei einer Wahlkampfveranstaltung der Sozialausschüsse (CDA) in Stuttgart sagte der Kanzler am Wochenende: „Nach dem 25. Januar, wenn die Wahl vorbei ist und der Rauch der Schlachten des Wahlkampfes abgezogen ist, hoffe ich, daß wir zur Normalität im Umgang miteinander zurückkehren."

Der Kanzler erinnerte den DGB an seine Verantwortung für das Gesamtwohl unseres Landes. Interessenvertretung halte er für eine legitime Sache. Sie müsse aber stets „eingebunden sein in das Interesse des Ganzen". Indirekt warf der Regierungschef dem DGB vor, dieses Gesamtinteresse aus den Augen verloren zu haben. Kohl erinnerte an die Anfangsjahre des DGB nach dem Kriege, als Christdemokraten wie Sozialdemokraten gleichermaßen tonangebend im Gewerkschaftsbund gewesen waren. Er sei sich bewußt, daß er für die Mehrzahl der Personen in der Führung des DGB „nicht der Kanzler der ersten Wahl" sei. Das liege nun einmal daran, daß die Mehrzahl der Funktionäre Zeit ihres politischen Lebens auch Mitglieder der SPD seien. „Das respektiere ich auch", sagte Kohl. „Was ich aber nicht respektiere, ist, wenn Teile der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes so tun, als stünden sie an*stelle des Staates, des Parlamentes* und der Regierung." Das „politische Sagen" habe in unserer Republik der Wähler als oberster Souverän. So wichtig Interessengruppen auch seien, so müsse doch die politische Entscheidung bei Parlament und Regierung bleiben. Aufmärsche und Kundgebungen der Gewerkschaften auf Straßen und Plätzen dürften sich diese Rolle nicht anmaßen.

Kohl nahm mit Blick auf die zahlreichen jetzt beginnenden Tarifrunden für 1987 grundsätzlich zur Tarifautonomie Stellung. In der Vergangenheit hatten DGB-Funktionäre dem Kanzler wegen seiner Gegnerschaft zur 35-Stunden-Woche ein gestörtes Verhältnis zur Verhandlungsfreiheit der Tarifpartner vorgeworfen. Unmißverständlich sprach sich der Kanzler in Stuttgart für einen staatsfreien Raum bei der Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Tarifpartnern aus. Dieses System habe sich „in den vergangenen Jahrzehnten in großartiger *Weise bewährt als tragende Säule der* sozialen Marktwirtschaft".

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm betonte auf derselben Veranstaltung, für die Arbeitnehmer gäbe es „nichts Schlimmeres" als ein rotgrünes Bündnis. Es sei zu hoffen, daß die SPD nicht diesem „Chaotenhaufen" in die Hände falle. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sprach sich für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP nach der Bundestagswahl aus, auch wenn sie keine „Liebeskoalition" sei.

Kein Wahlfieber bei Deutschen im Ausland

FRANZ KADELL, Bonn

Deutsche Staatsbürger im Ausland dürfen erstmals an einer Bundestagswahl teilnehmen – aber sie wollen offenbar nicht so recht. Nur etwa zehn Prozent der rund 500 000 im Ausland lebenden Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland haben bisher ihre Wahlunterlagen beantragt. Dabei drängt die Zeit: Bis zum 4. Januar, wenn hierzulande die „heiße Phase" des Wahlkampfes erst beginnt, müssen ihre Stimmzettel bei der früheren Heimatgemeinde bereits eingegangen sein.

Jeder, der nach Verkündung des Grundgesetzes (23. Mai 1949) mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik oder in West-Berlin gelebt hat und nicht schon länger als zehn Jahre im Ausland lebt, darf wählen. Allerdings können sich unerwartete Schwierigkeiten einstellen. Die Schweiz, Musterland der Demokratie, erlaubt keine Stimmabgabe von ihrem Territorium aus, weil sie darin die Ausübung von Hoheitsrechten eines anderen Staates sieht. Deutsche in der Schweiz müssen über die Grenze fahren und ihren Wahlbrief in einen deutschen Postkasten werfen – oder sie schlagen den Eidgenossen ein Schnippchen und stecken die Wahlunterlagen einfach in einen neutralen Umschlag.

Solch kleine Tricks nützen den 12 000 Deutschen, die mit einem Paß der Bundesrepublik in der „DDR" leben, freilich nicht viel. Es handelt sich bei ihnen zumeist um ältere Menschen, die zu Angehörigen in der „DDR" gezogen sind, aber drüben doch gern ihre „West-Rente" weiterbeziehen möchten.

Unmöglich ist die Wahrnehmung des Wahlrechts für Inhaber einer doppelten Staatsbürgerschaft, wenn ein Paß von einem kommunistischen Staat ausgestellt ist. So darf jemand, der sowohl die deutsche als auch die rumänische oder jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzt, nicht wählen. Wer dagegen sowohl die deutsche als auch italienische Staatsbürgerschaft besitzt und in Rumänien wohnt, darf mitstimmen.

In Bulgarien gibt es ganze 35 wahlberechtigte Deutsche; in Rumänien sind es 500, in Jugoslawien immerhin 2400. Das Gros entfällt auf die westeuropäischen Staaten, voran Frankreich mit *48 000 Wahlberechtigten*, gefolgt von der Schweiz mit 41 000, Italien und Belgien mit je 38 000 und Großbritannien mit 31 000. In den USA dürfen 31 000 Deutsche wählen.

Das Auswärtige Amt möchte den Wahlberechtigten im Ausland in den verbliebenen Tagen noch auf die Sprünge helfen. Faltblätter des Bundespresseamtes liegen in Goethe-Instituten, Bibliotheken, deutschen Firmen und Schulen aus. Anzeigen werden in großen Tageszeitungen und deutsch-sprachigen Publikationen veröffentlicht. Außerdem schickt die *Deutsche Welle Wahlsendungen über* den Äther. In Kanada, wo es ein deutsches Fernsehprogramm gibt, werden Videofilme übertragen, in denen das Wahlverfahren erläutert wird.

„DDR" erschwert Zugang am Berliner Grenzübergang

hrk. Berlin

Nach möglichst unauffälligen nächtlichen Bauarbeiten hat Ost-Berlin jetzt den Zugang zu den Abfertigungsanlagen am Ausländer-Übergang „Checkpoint Charlie" mitten in der Stadt erschwert. Offenbar als Reaktion auf einen Kieslaster-Durchbruch am 29. August und nach Protestaktionen Dutzender westlicher *Demonstranten, die am 13. August* 1981 bis auf Ost-Berliner Gebiet vordringen konnten, werden nun zusätzliche Schranken montiert.

Bisher lag zwischen dem weißen Grenzstreifen zwischen Ost und West, auf dem Ronald Reagan 1982 stand, und den eigentlichen Zugangstoren ein rund 50 Meter langes „Niemandsland". Jetzt werden die Zugänge nach Ost-Berlin wesentlich näher an die eigentliche Demarkationslinie gerückt.

Zöllner berichteten der WELT, die andere Seite habe Sockel für neue Schlagbäume in beiden Fahrtrichtungen einbetoniert. Außerdem wurden neue Fußgänger-Schleusen aus versetzt angeordneten Stahlbügeln angebracht, die Passanten zu einem Zick-Zack-Kurs zwingen.

Die neuen Sperranlagen verengen die Einfahrt zur Ost-Berliner Kontrollstelle und stellen für etwaige Flüchtlinge ein bislang nicht vorhandenes letztes Hindernis – zwei Meter vor dem Grenzstrich – dar. Die Fahrspuren für den Ein- und Ausreiseverkehr können getrennt geschlossen oder geöffnet werden.

Fußgänger sind gezwungen, in einer bestimmten Richtung auf die Kontrollbaracken zuzugehen. Durch die neuen Anlagen wird außerdem verhindert, daß West-Berliner auf Ost-Berliner Gebiet laufen und dort, wie am 25. Jahrestag des 13. August *geschehen*, einen *Fahnenmast mit* der Hammer-und-Zirkel-Fahne niederreißen. Die Senatskanzlei konnte auf Anfrage keinerlei Einzelheiten der Arbeiten nennen. Ein Sprecher betonte, der Zugang zum Kontrollpunkt werde nicht behindert.

Bei Grünen „Widerspruch zum Christentum"

dpa, Bad Segeberg

Ein „Grundwiderspruch zum christlichen Menschenbild" ist den Grünen in der Frage des Schutzes des Lebens auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Nordelbien in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein) vorgehalten worden. Siegfried Scharrer, Studienleiter der Akademie, warf gestern bei der abschließenden Podiumsdiskussion der Tagung „Grüne und Religion" der Partei zunächst einen „zentralen inneren Widerspruch im Programm" vor: „Einerseits wird der Schutz des Lebens behauptet, andererseits die ersatzlose Streichung von Paragraph 218 des Strafgesetzbuches gefordert". Scharrer sieht in dem Eintreten für das Recht einer Frau zum Töten ungeborenen Lebens auch einen Widerspruch zu dem „Grundsatz der Gewaltfreiheit".

Verschärft sind für den Theologen *diese Widersprüche noch dadurch*, daß die Grünen – zu recht, wie er betonte – das völlige Verbot von Experimenten an Embryonen fordern. „Einerseits wird eine rechtliche Verschärfung des Schutzes von Embryonen gefordert, andererseits eine rechtliche Freigabe, die nicht nur Experimente, sondern ‚Töten' impliziert", sagte Scharrer. Zu dem von ihm festgestellten „Grundwiderspruch zum christlichen Menschenbild" nannte er als das „Hauptproblem" den Begriff der „Selbst-Bestimmung". Christlich sei die freiwillige Bindung an ein Menschenbild, das den Schutz gerade der Schwachen und Unmündigen einschließe. „Kein ungeborenes Kind darf als Mittel zum Zweck auf dem Weg der Selbst-Bestimmung geopfert werden", fügte er hinzu.

Ein Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Christen bei den Grünen", Peter Jensen (Hoisbüttel/Schleswig-Holstein), hielt dem entgegen, daß es „einen anderen Weg" zum Schutz des ungeborenen Lebens als den Paragraphen 218 geben müsse. Die Christen sollten das Strafrecht überflüssig machen. Es gelte, ein „soziales Klima zu schaffen, um Kinder aufwachsen zu lassen", sagte Jensen.

Pastor Winfried Holfeld (Kiel), Beauftragter für Umweltfragen der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, antwortete auf die Podiumsfrage „Sind die Grünen für Christen unwählbar?", daß diese Partei für Christen ebenso wählbar sei wie die anderen Parteien. Die Kirche müsse sich parteipolitisch neutral verhalten.

„Wir sind Opfer enormen Zeitdrucks geworden"

Gerster zieht kritische Bilanz der Arbeit des NH-Ausschusses

DIETHART GOOS, Bonn

Schwere Anschuldigungen gegen das Management der Neuen Heimat und der Finanzholding BGAG hat der Obmann von CDU und CSU im Untersuchungsausschuß, Johannes Gerster, erhoben. In einem Gespräch mit der *WELT* zog der *Unionspolitiker* eine kritische Bilanz der mehrmonatigen parlamentarischen Ermittlungen, die kurz vor dem Abschluß stehen.

So hat sich nach Darstellung Gersters die immer wieder von Gewerkschaftsseite vorgebrachte Behauptung als unwahr erwiesen, nur die frühere Geschäftsleitung der Neuen Heimat und der BGAG sei für den Niedergang des Wohnungsbaukonzerns verantwortlich und habe jahrelang den mit höchsten Gewerkschaftsfunktionären besetzten BGAG-Aufsichtsrat hinters Licht geführt. „Die Gewerkschaftsführer, *das* haben unsere Untersuchungen bewiesen, waren in das Geschehen um die Neue Heimat voll einbezogen und haben alle Entscheidungen mitgetragen." Auch nach Aufdeckung des Neue Heimat-Skandals Anfang 1982 sei nichts zur Gesundung des schwer *angeschlagenen Wohnungsbauimperiums* getan worden. Vielmehr habe die Neue Heimat auch weiterhin als „finanzieller Reservetank" im Verbund der gemeinwirtschaftlichen DGB-Unternehmen herhalten müssen.

Zudem habe die Gewerkschaft das Interesse, die Neue Heimat wirklich zu sanieren, voll auf die privatwirtschaftlich organisierte Neue Heimat-Städtebau mit ihrem weltweiten Engagement konzentriert. Die gemeinwirtschaftliche Neue Heimat mit ihren fast zwei Millionen Sozialmietern sei dagegen finanziell ausgebeutet und als unnötiger Ballast schließlich dem Konkurs preisgegeben worden.

Auch die eigene Tätigkeit des Untersuchungsausschusses sieht der CDU-Politiker Gerster durchaus kritisch. Zwar habe man aus der Ermittlungstätigkeit genügend Erkenntnisse sammeln können, um dem Bundestag auftragsgemäß Vorschläge zur Novellierung wichtiger wohnungspolitischer Gesetze machen zu können. Gerster fügte hinzu: „Uns ist aber die volle Ausleuchtung des Skandals um die Neue Heimat nicht gelungen, weil wir Opfer des gewaltigen Zeitdrucks geworden sind, rechtzeitig vor der Bundestagswahl unseren Abschlußbericht vorlegen zu müssen."

Die strengen Auflagen des Bundesverfassungsgerichts haben die Arbeit des *Untersuchungsausschusses, wie* Gerster meint, nicht erleichtert. „Was wegen der von Karlsruhe auferlegten Geheimhaltungspflicht nicht öffentlich aufgeklärt werden kann, sind die überaus aufschlußreichen Transaktionen der BGAG mit dem gewerkschaftseigenen Versicherungskonzern *Volksfürsorge* und dem Beamten-Heimstättenwerk, das je zur Hälfte dem DGB und dem Deutschen Beamtenbund gehört."

Morgen wird der DGB-Vorsitzende Ernst Breit zum drittenmal als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen. Auf der Sitzung geht es unter anderem, wie Gerster sagte, „um den Fragenkomplex der Veräußerung der Neuen Heimat, ihren Rückkauf und die finanziellen Transaktionen zwischen BGAG, Volksfürsorge und Beamten-Heimstättenwerk".

Bürgermeister von Kalkar verläßt SPD

dpa, Kalkar

Der stellvertretende Bürgermeister der durch den Schnellen Brüter bun*desweit bekannt gewordenen kleinen* niederrheinischen Stadt Kalkar, Helmut Runge, ist aus der SPD ausgetreten. Zugleich legte er sein Mandat und Bürgermeisteramt nieder. Der SPD-Politiker begründete seinen Schritt mit der veränderten Energiepolitik seiner Partei. Einer „ideologischen Funktionärskaste" sei es immer mehr gelungen, „von den bewährten Grundsätzen und Zielen abzurücken, die die SPD als große demokratische Volkspartei prägten", erklärte er.

Bonn: Sportvereine müssen umdenken

dpa, Bergisch Gladbach

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, *Horst Waffenschmidt*, hat die fast 63 000 Sportvereine aufgefordert, sich auf neue sportliche Trends wie Bodybuilding und Fitneßtraining einzustellen. Der zunehmende „Wunsch nach Wohlbefinden, Spaß und Bodystyling" könne inzwischen losgelöst vom traditionellen Sportleben verwirklicht werden, sagte Waffenschmidt auf einem sportpolitischen Kongreß der nordrhein-westfälischen CDU in Bergisch-Gladbach. Die Sportvereine müßten die neue Entwicklung auffangen.

Vietnam auf der Suche nach mehr Pragmatismus

Vor dem Parteitag in Hanoi / Isolation und Selbstkritik

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Nach Beendigung des Krieges vor elf Jahren genoß Vietnam großes Ansehen bei seinen Freunden und Respekt bei seinen Feinden. Heute steht das Land vor einem wirtschaftlichen Chaos. Seine herrschende kommunistische Partei ist gespalten und außenpolitisch findet es sich weitestgehend isoliert.

Dem VI. Parteikongreß der am heutigen Montag in Hanoi beginnt, sind damit die Themen eigentlich schon vorgegeben. In der außergewöhnlich langen Vorbereitungsphase auf den Kongreß zeichneten sich tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei darüber ab, auf welche Weise die Krisen bewältigt werden können und sollen.

Kompliziert wurde die innerparteiliche Diskussion noch durch den Tod von Parteichef Le Duan im Juli dieses Jahres. Als Troung Chinh, der 79 Jahre alte Parteiideologe dann die Parteiführung antrat, war die Auseinandersetzung zwischen dem pragmatischen Reformerflügel und den orthodoxen Parteipolitikern gerade in voller Schärfe entbrannt.

In den letzten Wochen nun waren deutliche Anzeichen dafür erkennbar, daß die pragmatische Richtung auf dem Kongreß sowohl in sachlichen als auch in personellen Fragen die Oberhand gewinnen wird.

Den Privatsektor fördern

Troung Chinh selbst hatte im Oktober in einer schonungslosen Selbstkritik den ersten konkreten Hinweis darauf gegeben, als er freimütig die Niederlage der Parteiführung in ihrem Kampf gegen die galoppierende Inflation, die wachsende Korruption und den chronischen Mangel an Versorgungsgütern eingestand. „Wir haben es nicht geschafft, effektive Maßnahmen zu treffen", zog Troung Chinh nüchtern Bilanz und erklärte, daß ein Ausweg aus der verfahrenen Situation nur durch eine wirkliche Erneuerung des Denkens und Handeln gefunden werden könne.

Troung Chinh nahm damit eindeutig für die Pragmatiker in der Partei Stellung, die eine Gesundung des maladen Wirtschaftssystems vor allem in einer Dezentralisierung des Managements, in Gewinnanreizen für die Arbeitnehmer und in einem größeren Spielraum für den Privatsektor sehen. Als Wortführer des reformerischen Flügels gelten das Politbüro-Mitglied Nguyen Van Linh, Vizeministerpräsident Vo Chi Cong und der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission Vo Van Kiet.

Lin, der auch als aussichtsreicher Anwärter für die Nachfolge von Troung Chinh gilt, erklärte kürzlich, daß die Partei sich nicht länger in politischer Rhetorik üben dürfe, sondern umgehend konkrete Reformen beschließen müsse, wolle sie das Vertrauen der unzufriedenen Bevölkerung nicht vollends verlieren.

Hundert Prozent Inflation

Das 70-Millionen-Volk leidet vor allem unter der hohen Inflationsrate, die derzeit über hundert Prozent beträgt. Das Magazin „Dai Doan Ket" schrieb dazu, daß angesichts der tagtäglich steigenden Preise für wichtige Versorgungsgüter die meisten der städtischen Einwohner gezwungen seien, zwei oder gar drei Berufen nachzugehen. Am härtesten betroffen sind die öffentlichen Bediensteten, die monatlich nur 400 Dong (etwa 10 Mark) verdienen, die auf dem blühenden Schwarzmarkt aber gerade noch zwei Mark wert sind.

Ein zentrales Thema auf dem Parteikongreß wird auch die Außenpolitik sein. Vietnam führt seit acht Jahren Krieg in Kambodscha und ist dadurch sowohl vom Westen als auch von seinem mächtigen Nachbarn China isoliert.

Auf der anderen Seite ist Hanoi in eine starke wirtschaftliche und militärisch-außenpolitische Abhängigkeit von Moskau geraten, das jährlich über zwei Milliarden Mark an Finanzhilfe nach Vietnam pumpt. Die westlichen Staaten wie auch China machen ein wirtschaftliches Engagement in Vietnam von einem vollständigen Rückzug der rund 140 000 in Kambodscha stationierten vietnamesischen Soldaten abhängig.

Die Annäherung zwischen Moskau und Peking wird deshalb in Hanoi durchaus nicht nur mit Mißtrauen gesehen. Ein Teil der vietnamesischen Führung um den „pro-chinesischen" Troung Chinh verbindet damit Hoffnungen auf eine Versöhnungspolitik mit der Volksrepublik China.

Asylanten-Ströme verlagern sich

Mehr Bewerber denn je / Europäische Lösung nicht in Sicht / Fremden-Furcht in der Schweiz

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik zur Bewältigung des Asylantenproblems ist noch nicht in Sicht. Dazu gehen die nationalen Interessen zu weit auseinander, auch wenn alle betroffenen Länder sich heute um eine engere Zusammenarbeit durch vermehrten Austausch von Informationen und eine gewisse Abstimmung ihrer Politik bemühen. Zu diesem Schluß kommt Peter Arbenz, der im Schweizer Justiz- und Polizeidepartement zuständige „Delegierte für Flüchtlingsfragen".

Bei den jüngsten internationalen Gesprächen in Genf hat sich, so Arbenz, wieder gezeigt, daß alle europäischen Länder vor den gleichen Schwierigkeiten stehen. Alle klagen über die übermäßige Belastung ihrer Behörden durch den massiven Zustrom von „Wirtschaftsflüchtlingen" aus der Dritten Welt, die gar kein politisches Asyl beanspruchen können und über die steigenden Kosten. In diesem Jahr dürften fast 200 000 Asylanten nach Westeuropa kommen, mehr denn je.

Inzwischen haben auch alle Staaten „defensive" oder „abschreckende" Maßnahmen ergriffen, von der Visumspflicht bis zur Abweisung an der Grenze. Das führt, wie Arbenz betont, aber nur dazu, daß man seine eigenen Probleme in die Nachbarländer „exportiert". So verschiebt sich der Flüchtlingsstrom von den restriktiveren in die noch relativ liberalen Länder. Die wohlorganisierten Schlepperorganisationen und ihre „Anwälte" in den Gaststaaten finden auch immer wieder Mittel und Wege, um Restriktionen zu unterlaufen. So haben jetzt die neuen Bestimmungen für Transitreisen über Ost-Berlin, die nur noch Ausländern mit Sichtvermerken für die Bundesrepublik und andere Zielländer die Durchreise gestatten, die drastischen Maßnahmen Dänemarks und die zunehmend restriktive Haltung Schwedens zu einem Wiederanstieg des Flüchtlingsstroms in der Schweiz geführt, obwohl auch hier der Zuzug von Asylanten erschwert wird.

Im ersten Halbjahr waren die neuen Asylantengesuche in der Schweiz um rund ein Drittel gesunken. Nach starker Zunahme in den letzten Monaten wird nun für 1986 jedoch nur mit einem Rückgang um 10 bis 15 Prozent auf 3000 bis 9000 gerechnet. 90 Prozent kommen immer noch illegal, unter ihnen jetzt vor allem mehr Türken. Viele benutzen die Fähre von Izmir nach Venedig und kommen dann mit Schlepperhilfe über die „grüne Grenze" in die Schweiz.

Immer noch stauen sich 19 000 unentschiedene Fälle auf. Dabei haben in der Schweiz in letzter Zeit nur 12 Prozent aller Ankömmlinge Asyl erhalten. Die höchste Anerkennungsquote von 75 Prozent wird bei den Afghanen ausgewiesen. Bei den Osteuropäern erreicht sie 30 bis 35, bei den Türken nur 10, den Tamilen fünf und bei den Flüchtlingen aus Zaire nur ein Prozent. Vielen der abgewiesenen Asylanten wird allerdings ein Aufschub gewährt.

Insgesamt zählt die Schweiz heute 33 000 anerkannte Flüchtlinge. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesem Land bereits 950 000 Ausländer leben. Das sind 14,5 Prozent der Wohnbevölkerung, weit mehr als in der Bundesrepublik. Die Furcht vor „Überfremdung" nimmt daher wieder zu und droht fremdenfeindlichen Gruppen neuen Auftrieb zu geben. „Staatspolitisches Hauptziel" muß es sein, die Ausländerzahl zu stabilisieren und zu verhindern, daß diese Bemühungen durch einen anhaltenden Zustrom von schwer zu integrierenden Asylanten aus der Dritten Welt unterlaufen wird, heißt es in Bern.

Regierung und Parlament haben deshalb beschlossen, das bisher noch relativ liberale Asylgesetz zu verschärfen. Um Schleppern die Arbeit zu erschweren, sollen Asylbewerber künftig nur noch an sechs Aufnahmestellen – sogenannten „Grenztoren" – ihre Anträge stellen können und bis zum Entscheid zunächst ohne Arbeitsbewilligung in Lagern untergebracht werden. Die Bundesregierung wird auch ermächtigt, bei plötzlichem Anschwellen des Zustroms drastische Notmaßnahmen zu ergreifen.

Den Haag erlaubt U-Boot-Bau für Riad

Exportgenehmigung für Rotterdamer Werft / Es geht um einen Drei-Milliarden-Auftrag

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

Die Rotterdamer Werft RDM erhielt von der christlich-liberalen Haager Regierungskoalition am Wochenende eine Exportgenehmigung und damit grünes Licht für die mögliche Lieferung von sechs bis acht U-Booten der „Walrus-Klasse" an Saudi-Arabien. Mit dieser frühzeitigen und positiven Entscheidung manövrierten sich die Niederlande gegenüber den um diesen Auftrag mitkonkurrierenden anderen europäischen Ländern in eine günstige Ausgangsposition für die noch zu plazierende saudische U-Boot-Order.

Bei dem U-Boot-Geschäft geht es um ein Volumen von rund 3.7 Milliarden Gulden (etwa 3.3 Milliarden Mark) sowie um zahlreiche Folgeaufträge zur Modernisierung saudischer Hafenanlagen. „Bei diesem Projekt", so hieß es in Holland, „können 2000 Facharbeiter acht Jahre lang beschäftigt werden."

Der christdemokratische Premierminister Ruud Lubbers sagte in einem Fernseh-Interview, er sehe die Sicherheitsinteressen Israels „keineswegs gefährdet", wenn die U-Boote an Riad geliefert werden sollten. Auch sei das Kabinett der Meinung, daß Saudi-Arabien im Nahen Osten eine „Ordnungsfunktion" erfülle und daher „eher einen stabilisierenden Einfluß" in der Region ausübe. Lubbers zeigte sich überzeugt davon, daß – sollte Holland den Auftrag aus Riad erhalten – das Verhältnis zu Israel dadurch keineswegs getrübt werde. „Sicher wird man in Jerusalem nicht jubeln. Aber ansonsten befürchte ich keinerlei Konsequenzen."

Als Hauptkonkurrenten bei diesem U-Boot-Geschäft sehen die Niederländer in erster Linie deutsche und französische Werften an. Aber auch britische und italienische Schiffsbauer signalisierten bereits großes Interesse an dem saudischen Auftrag.

Da die Rotterdamer RDM nun heute den Saudis ihr Angebot unterbreiten will und bereits als erste Werft über die entsprechende Exportgenehmigung der Regierung verfügt, hofft man in Rotterdam, nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" den Milliardenauftrag auch definitiv ergattern zu können.

In Managua ist die Lage eher ruhig und entspannt

WERNER THOMAS, **Managua**

Eine Woche nach dem bisher schwersten Grenzkonflikt zwischen Nicaragua und Honduras wirkt Managua ruhig. Die Sandinistische Volksarmee (EPS) ließ nicht, wie bei ähnlichen Anlässen der Vergangenheit, Panzer auffahren. Die Bevölkerung mußte keine Schützengräben ausheben. Präsident Ortega verbreitete keine Invasiospanik, obgleich er der Reagan-Regierung weiterhin Einmarschabsichten unterstellt. Jetzt soll erst mal ein Manöver stattfinden.

Folge von „Contra-gate"

Die Sandinisten haben bis heute nicht die honduranischen Vorwürfe einer Grenzverletzung mit mehr als 2000 Soldaten bestätigt. Sie prangerten lediglich Luftangriffe auf die Gemeinde Wiwili und die Region Las Congoja an, für die sie die Vereinigten Staaten verantwortlich machten. Am Freitag wurde jedoch zum ersten Mal eine andere Version in den beiden einzigen Zeitungen der Nation veröffentlicht, der „Barricada" und dem „Nuevo Diario". Sie stammte vom honduranischen Botschafter. Das Kommuniqué konzedierte den Einsatz der Luftwaffen, betonte aber, es hätten keine Bombardements nicaraguanischen Gebietes stattgefunden. „Honduras verlangt lediglich den Rückzug von honduranischem Territorium. Wenn das nicht freiwillig geschieht, ist Gewalt notwendig." Die „Barricada" vertrat in einem Vorwort die Meinung, der Text unterschlage Fakten.

Diplomatische Analytiker führen die im Vergleich zu anderen Krisen relativ gelassene Reaktion der sandinistischen Regierung auf die turbulenten Ereignisse in Washington zurück. Die Iran-Affäre, die auch das Schicksal der Contra-Rebellen (der „Nuevo Diario" spricht von „Contragate") entscheiden kann, habe einen Stimmungsumschwung bewirkt. Kaum jemand glaube noch an eine militärische Intervention der USA. „Da die Contras diesen Krieg nicht gewinnen werden, bleiben die Sandinisten an der Macht", erklärt einer dieser Beobachter.

Die veränderte Atmosphäre ist spürbar. Selbst Regimegegner stellen sich auf die neue Situation ein. „Nun muß ich wohl verschwinden", sagt ein Unternehmer. Es wird darüber gerätselt, ob die Comandantes nun den Revolutionsprozeß verschärfen oder die Zügel lockern. Niemand weiß eine Antwort.

Selbst das Straßenbild wirkt friedlicher. Es sind nicht mehr so viele Militärfahrzeuge und Uniformträger zu sehen. Nur noch wenige Transparente zeigen trotzige Soldaten. Der Slogan „No pasaran" (sie werden nicht durchkommen, die Konterrevolutionäre) ist nahezu verschwunden. Die Losungen zum 25. Geburtstag der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront" (FSLN) und zehnten Todestag Carlos Fonsecas, dem „Chefkommandanten" der Revolution, dominieren die Poster.

Der vierjährige Guerrilla-Konflikt, der nach sandinistischen Angaben mehr als 13 000 Todesopfer forderte, hat Managua freilich kaum berührt. Keine Gefechte, keine Bombenanschläge. Die Regierung verhängte wohl den Ausnahmezustand. Die Straßenkontrollen blieben jedoch locker. Das Leben geht weiter.

Die wirtschaftlichen Turbulenzen beschäftigten die Menschen weit mehr als die Aktivitäten der Contras. Auch letzte Woche, als die sandinistischen Medien die alarmierenden Meldungen über die Grenzzwischenfälle verbreiteten, hatte das Volk andere Sorgen. Zunächst stiegen die Milchpreise um 150 Prozent. Dann folgte das Spielzeug-Drama. Die Verteilung der „Juguetes" zum Weihnachtsfest beherrscht die Gespräche in Managua, weil diese Operation die bisher längsten Schlangen und Wartezeiten verursachte. Vor dem „Supermercado del Pueblo" (Supermarkt des Volkes) an der südlichen Ausfallstraße stauten sich die Leute kilometerweit. Die ersten standen bereits in der Nacht.

Warten auf Spielzeug

Manche warteten bis zu zwölf Stunden in sengender Sonne, die sandinistische Volkspolizei sorgte für Ruhe und Ordnung. Die Geduldigen durften dann zwei Plastikspielzeuge aus Taiwan und Hongkong kaufen. Die „Barricada" erinnert daran, daß viele Kinder leer ausgehen. Der „Nuevo Diario" tröstet mit einem Blick in die Vergangenheit: Zu Somozas Zeiten hätten nur die reichen Eltern „Juguetes" schenken können. Eine junge Frau fragt einen Fotografen, der sich als Deutscher aus der Bundesrepublik identifiziert: „Ist das bei euch auch so?"



Die Wahl in Hamburg, so sieht es der hessische Ministerpräsident Holger Börner, sei ein „heilsamer Schock" für die Wähler der SPD gewesen. Deshalb hält er es „für denkbar", daß die SPD in Bonn aus der Bundestagswahl am 25. Januar als stärkste politische Kraft hervorgeht. Ein rot-grünes Bündnis, wie er es in Hessen mit dem Umweltminister Fischer praktiziert, schließt Börner für Bonn jedoch aus. Anders als in Hessen versuchten die Grünen auf Bundesebene Utopien nachzulaufen. Mit Holger Börner sprachen Manfred Schell und Dankwart Guratzsch.

Börner: Hessen ist kein Modell für Bonn

Sie sind jetzt zehn Jahre Chef des Landes Hessen. Wenn Sie einmal Bilanz ziehen, was ist gelungen, was steht noch aus?

Börner: Wir haben es erreicht, die Rahmenbedingungen unseres Landes so zu gestalten, daß Hessen eines der wirtschaftsstärksten Länder der Bundesrepublik geworden ist, und die Schlüsselentscheidung meiner Amtszeit für diesen Weg war der Ausbau des Frankfurter Flughafens, den ich gegen härtesten Widerstand habe durchsetzen müssen. Wir haben darüber hinaus uns bemüht, das Sozialstaatliche stärker in den Vordergrund zu stellen als andere Länder. Unsere Antwort zum Beispiel auf die Berufsnot der Jugend vor einigen Jahren war ein Programm zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen, was uns bis heute 250 Millionen Mark gekostet hat und was Tausende von Lehrstellen zusätzlich geschaffen hat.

Was steht noch aus?

Börner: Die Versöhnung zwischen Arbeit und Umwelt. Hessen ist ein Industrieland und soll es bleiben, und die wichtigste Industrie unseres Landes ist die chemische Industrie. Ich möchte sie nicht in ihren Wachstumschancen einschränken, aber ich glaube, daß sie sich stärker der Verantwortung für die Umwelt stellen muß, als das in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Unsere Politik zielt in die Richtung, durch stärkere Auflagen, aber auch durch Veränderung von Gesetzen die Lehren aus Sandoz und ähnlichen Ereignissen zu ziehen.

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von stärkeren Auflagen. Es gab ja auch mal Äußerungen, daß die Chemie in anderen Ländern einen Standort sucht.

Börner: Ich habe das für sehr töricht gehalten. Eine Standortentscheidung

> ***Herr Fischer hat eine sehr realistische Haltung zu den Dingen, um die es geht. Mit fundamentalistischen Sprüchen sind die Probleme der Industriegesellschaft nicht zu lösen.***

ist eine Entscheidung für Jahrzehnte und nicht abhängig von irgendeiner Regierungszusammensetzung in einer Legislaturperiode. Ich kann die Industrie nur warnen, solche Gedanken weiter zu verfolgen, und ich sage auch, es war ja nicht „die" Industrie, es waren einige, die hier so schrille Töne gehabt haben, und mittlerweile ist die Diskussion sehr weit versachlicht.

Trotzdem stellt sich natürlich die Frage, worin unterscheidet sich die Politik des Ministers Fischer von der seiner sozialdemokratischen Amtsvorgänger? Ist das eine Kontinuität?

Börner: Richtig ist, daß Herr Fischer es zur Zeit mit Problemen zu tun hat, die nicht in dem Jahr seiner Tätigkeit entstanden sind. Herr Fischer verwaltet heute das Erbe, das ihm die chemische Industrie unseres Landes hinterlassen hat.

Aber doch auch die sozialdemokratischen Amtsvorgänger.

Börner: Nein, ich würde es nicht so sehen. Es ist weder ein parteipolitisches Problem noch ein Problem eines bestimmten Ministers, sondern es ist eine Erblast aus einer Zeit, wo man geglaubt hat, Gewinne sind für die Aktionäre da, und den Müll wird der Staat schon irgendwo beseitigen.

Trotzdem haben Sie ja in einem konkreten Fall schon einmal eingegriffen, als Sie die Biotonne zurückgezogen haben. Halten Sie die Umweltpolitik Ihres Ministers Fischer für überzogen?

Börner: Es war eine gute Idee, den organischen Müll zu trennen und zu kompostieren. Ich habe nicht eingreifen müssen, weil die Idee falsch war, sondern weil der Bundesumweltminister ein Gesetz gemacht hat, das den Ländern keinen Spielraum mehr für solche eigenen Wege gestattet. Ich bedauere das. Herr Wallmann hat hier eine Bringschuld an die Gemeinden, möglichst bald zu sagen, wie er sich die Abfallverwertung vorstellt und wieweit die Bundesregierung hier auch in die Haftung für ihre eigenen politischen Wege geht.

Als Ministerpräsident bestimmen Sie die Richtlinien der Politik, das heißt, Sie sind auch politisch verantwortlich für das, was ein Minister tut oder was er nicht tut. Ein Vorwurf lautet: Dieser Minister hat politisch nichts zustande gebracht.

Börner: Der Vorwurf ist falsch. Herr Fischer hat eine richtige Konzeption, über die ich eben schon gesprochen habe, möglichst viel Wiederverwertung von Müll, der ja wertvolle Rohstoffe enthält. Er ist zur Zeit durch Gerichtsurteile gehindert, zum Beispiel eine Industriemülldeponie weiterzubauen, in die wir schon 40 bis 50 Millionen Mark investiert haben, zusammen mit der hessischen Wirtschaft.

Bei alldem könnte man annehmen, daß Sie mit der Politik von Fischer voll einig gehen. Ist Joschka Fischer Ihr Wunschpartner als grüner Minister?

Börner: Mit Joschka Fischer konnten wir Sozialdemokraten diesen Weg verabreden, mit Frau Ditfurth nicht, um es mal klar mit Adresse zu sagen. Das heißt, die Koalition ist die Probe aufs Exempel, ob die Grünen im Rahmen unserer Rechtsordnung in der Lage und gewillt sind, Reformpolitik zum Beispiel im Umweltschutz voranzutreiben, oder ob sie nur Parolen formulieren wollen. Herr Fischer hat eine sehr realistische Haltung zu den Dingen, um die es geht. Mit fundamentalistischen Sprüchen sind die Probleme der Industriegesellschaft nicht zu ändern oder zu lösen.

Herr Ministerpräsident, wann ist entschieden, ob das eine oder andere gelungen ist?

Börner: Darüber wird der Wähler im nächsten Herbst in Hessen zu urteilen haben.

Es gibt Spekulationen über Ihre persönliche und politische Zukunft, und es heißt, Sie wollten Vorsitzender der Ebert-Stiftung werden.

Börner: Ich kann niemanden am Spekulieren hindern. Ich bin schon seit einer ganzen Reihe von Jahren stellvertretender Vorsitzender der Ebert-Stiftung, und das ist so etwas wie eine Freizeitbeschäftigung. Es gibt ja bei den Ministerpräsidenten verschiedene Hobbys. Herr Strauß hat seit vielen Jahren das Hobby Airbus, das ihm zur Zeit Sorgen in der Größenordnung mindestens der Neuen Heimat bereitet. Ich habe nun eben das Hobby politische Bildung und Hilfe für die Dritte Welt im Rahmen der Ebert-Stiftung. Aber das ist ein Ehrenamt, das hat mit dem Ministerpräsidentenamt überhaupt nichts zu tun.

Daß heißt, Sie treten im Herbst 1987 wieder an, um Ministerpräsident zu werden?

Börner: Ich habe das so formuliert: Ich ziehe den Karren gerne, wenn der Karren es will, im Gedächtnis an meinen alten Freund Herbert Wehner.

Dazu gehört aber auch Ihr persönlicher Entschluß!

Börner: Auch das will ich Ihnen beantworten. Hessen ist und bleibt die stärkste Herausforderung meines Lebens.

Ziel '87 ist die absolute Mehrheit?

Börner: Wir haben bei der Landtagswahl 1983 unter ungünstigsten Voraussetzungen, denn es war ja sechs Monate nach der Bundestagswahl, 46,2 Prozent der Stimmen als SPD erhalten, und wir trauen uns zu, von einer solchen Vertrauensbasis aus die absolute Mehrheit zu erhalten.

Wie nehmen Sie es eigentlich hin, wenn Ihnen der Vorwurf gemacht wird mit Blick auf die Grünen, Sie seien umgefallen?

Börner: Politik ist eine Wahrung der Interessen, und ich habe in dem konkreten Falle meine sehr pointierten persönlichen Bedenken zurückgestellt angesichts der Lage, die der Wähler geschaffen hatte. Wir hatten keine absolute Mehrheit, mit der ich gerechnet hatte. Es wäre sonst nur die Große Koalition übriggeblieben. Das hätte Verrat an den Interessen unserer Wähler bedeutet.

Verrat an den Wählern? Können Sie das begründen?

Börner: Aber selbstverständlich. Wir haben in Bonn heute eine konservative Koalition. Und wir in Hessen fühlen uns in unserer Politik, getreu unserer Verfassung, dem Sozialstaat verpflichtet. Die heutige CDU ist nicht die, mit der ich einmal in der Großen Koalition zusammengearbeitet habe. Wenn Sie zusammenziehen die Vorstellungen von Herrn Dregger, von Herrn Zimmermann und von Herrn Geißler, dann ist das, gesetzt den Fall, die drei hätten die Möglichkeit, das ohne Kompromiß zu verwirklichen ...

... Sie wissen, daß das nicht möglich ist und daß das nur ein Spektrum der Union ist ...

Börner: ... Ich sage, gemessen an den Äußerungen dieser drei Herren, und nehmen wir Franz Josef Strauß mit dazu, ist das dann am Ende eine andere Republik als die, die in den entsprechenden Artikeln des Grundgesetzes unter Mitwirkung auch der SPD damals festgeschrieben wurde.

Nun hat die Union aber die größten Chancen, wieder die Wahlen zu gewinnen.

Börner: Über die Chancen gehen die Meinungen der Journalisten sehr auseinander. Wenn Sie mich fragen, 1972 habe ich den Wahlkampf für Willy Brandt ja geführt. Sechs Wochen vor

> ***Wir hatten keine absolute Mehrheit, mit der ich gerechnet hatte. Es wäre sonst nur die große Koalition übrig geblieben und das hätte Verrat an den Interessen unserer Wähler bedeutet.***

der Wahl – wir sind ja sechs Wochen vor der Wahl – waren wir auch unter 40 Prozent. Und im November '72 hat Willy Brandt einen großen Wahlsieg errungen. Das heißt, Hamburg war ein heilsamer Schock für die SPD-Wähler. Man sieht, daß jeder, der nicht wählt, praktisch eine Stimme für die konservative Koalition in Bonn abgibt. Das ist die Lage.

Damals hatten Sie aber einen Koalitionspartner in Bonn ...

Börner: ... Wir haben mit der FDP damals gut zusammengearbeitet ...

... Koalitionspartner haben Sie, wie es jetzt aussieht, '87 nicht.

Börner: Das ist richtig. Die Grünen haben durch ihre Beschlüsse auf dem Bundesparteitag in Hannover jeden Gedanken an eine Zusammenarbeit mit ihnen zunichte gemacht.

Heißt das, Hessen ist kein Modell für Bonn?

Börner: Das ist kein Modell für Bonn, und das hängt damit zusammen, daß die Grünen auf Bundesebene nicht, wie Herr Fischer in Hessen, versucht haben, eine realistische Reformpolitik zu machen, sondern daß sie Utopien nachlaufen. Und für Utopien ist die Arbeiterbewegung zu schade.

Dann bleibt immer noch die Frage, wie die SPD die absolute Mehrheit erringen kann.

Börner: Ich gehe davon aus, daß eine Mobilisierung aller Wähler und die Gefahr, daß eine weitere Verschärfung der konservativen Entwicklung in der Gesellschaft bevorsteht, der SPD die Möglichkeit geben wird, so stark zu werden, daß ohne sie in Bonn nicht regiert werden kann.

Aber das heißt ja nicht absolute Mehrheit. Mit wem, wenn nicht mit den Grünen, sehen Sie Möglichkeiten einer Kooperation? Halten Sie Verhandlungen mit der CDU für denkbar?

Börner: Ich halte es für denkbar, daß die SPD die stärkste politische Kraft am 26. Januar ist, und dann reden wir weiter. Dann biete ich Ihnen ein neues Interview an.

Eine Frage noch zu Ihren hessischen Erfahrungen. Sie haben ja auch damals sehr prononciert vor der Wahl gesagt, ein Bündnis mit den Grünen käme nicht in Frage. Dann aber haben Sie doch mit dieser Partei eine Koalition gemacht.

Börner: Ich habe das in Hessen erst gemacht, nachdem ich diese Partei und ihre führenden Persönlichkeiten näher kannte, nämlich durch die Phase der Tolerierung.

Halten Sie das hessische Tolerierungsmodell als Einstieg in eine Koalition für ein Modell in Bonn?

Börner: Nein, nein, für Bonn habe ich ja vorher ausgeschlossen, aufgrund der Festlegungen von Hannover, daß es zu so etwas kommt.

Aber müssen Sie sich nicht aufgrund Ihrer Erfahrungen in Hessen gegenüber den Grünen korrigieren? Wir haben hier aus dem Jahre 1982 das Zitat von Ihnen: „Ich bedauere, daß es mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen eins in die Fresse zu hauen."

Börner: Das war nicht gegen die Grünen, sondern gegen die Chaoten von damals gerichtet. Was ich damit meinte, war ganz klar: Einen Angriff auf meine Person auf dem Bau – ich war ja Betonfacharbeiter – hätte ich vor dreißig Jahren so beantwortet. Ich kann mich heute nicht mehr von meinen Gefühlen leiten lassen. Ich muß den öffentlichen Frieden voranstellen.

Herr Ministerpräsident, wie ist Ihre Einstellung zur Kernenergie? Ist die Aussage richtig von '86, daß Sie persönlich ein Anhänger sind?

Börner: Nein, ich habe im Landtag gesagt, Tschernobyl hat die Welt verändert. Durch Tschernobyl ist eine solche Dimension des Risikos dieser Energienutzung deutlich geworden, daß wir davon weg müssen. Ich bin nicht so unrealistisch zu glauben, daß man das in Monaten oder zwei Jahren kann. Aber ich glaube, daß die erste Voraussetzung die ist, nichts mehr zuzubauen und zweitens, nun alle technischen und finanziellen Mittel einzusetzen, um andere Energiearten zu fördern. Außerdem bin ich seit Jahren skeptisch, was die Entsorgungsfrage angeht. Die ist bis heute ungelöst.

Wann werden in Hessen die ersten Atomanlagen stillgelegt?

Börner: Da verweise ich auf meine Regierungserklärung von Anfang November im Landtag, wo ich deutlich gemacht habe, daß wir an Bundesgesetze gebunden sind, daß ich bezweifle, daß die gegenwärtige gesetzliche Lage den Einstieg in den Plutoniumstaat abdeckt und daß die hessische Landesregierung sich vorbehält, das verfassungsrechtlich klären zu lassen.

Wann halten Sie die Kernkraftanlagen in Hessen für ersetzbar durch andere Energiequellen?

Börner: Energiepolitik ist nur national oder sogar international zu sehen. Die hessischen Atomanlagen sind ja ein Teil einer energiepolitischen Konzeption, an der wir auch als Sozialdemokraten mitgewirkt haben. Deshalb gibt es nur eine Frage, ob der Sicherheitsstandard der heutigen Anlagen so ist, daß ihr Weiterbetrieb verantwortet werden kann. Das wird zur Zeit durch eine Kommission geprüft, und diese Diskussion wird sich ins nächste Jahr hineinziehen. Ich werde mich nicht politisch festlegen, ehe Ergebnisse vorliegen.

Ist für Sie die Ausstiegsfrage eine unbefristete Frage?

Börner: Nein. Die SPD hat ihre politische Meinung auf dem Nürnberger Parteitag klar formuliert und der fühle ich mich verpflichtet. Zehn Jahre,

> ***Ich halte es für denkbar, daß die SPD die stärkste politische Kraft am 26. Januar 1987 ist. Und dann reden wir weiter. Dann biete ich Ihnen auch ein neues Interview an.***

das ist die sozialdemokratische Position. Und das haben die Grünen gewußt, als sie mit uns in die Koalition gegangen sind.

Das heißt, Sie würden die Koalition durchaus an einer ultimativen Forderung nach Ausstieg zerbrechen lassen?

Börner: Ich habe überhaupt kein Ultimatum bisher angenommen. Auf den Tisch gekommen ist mir keines. Aber ich meine das bitter ernst, wenn ich sage, ohne die SPD geht überhaupt nichts.

Sie sagen, Wackersdorf aus heutiger Sicht: nein?

Börner: Ja, ich halte den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft aufgrund der Sicherheitsprobleme, die damit verbunden sind, jahrtausendelange Bewachung und so weiter, für verfehlt und ich habe auch gelernt, daß die Angaben der Energiewirtschaft in den achtziger Jahren, als ich mich mit dem Thema beschäftigt habe, nämlich daß angeblich Uran so knapp und so schwierig zu beschaffen ist, daß die alle nicht stimmen. Und wenn mir einmal jemand so eine Halbwahrheit aufs Auge bindet, dann bin ich eben für den Rest des Lebens sehr mißtrauisch gegenüber der gleichen Branche.

Vielleicht noch ein Wort von Ihnen, Herr Ministerpräsident, zum Verhältnis der Grünen zum Recht und zur Gewalt.

Börner: In der Frage der Durchsetzung von politischen Forderungen mit Gewalt gibt es für Sozialdemokraten aber auch nicht einen Fußbreit Kompromiß. Ich habe ja Anlaß gehabt in den letzten Tagen, darauf hinzuweisen, daß jemand, der sich gegen ein beschlossenes Bundesgesetz öffentlich wendet, seiner Verpflichtung als politischer Mandatsträger nicht gerecht wird. Ich kann mir nicht die Gesetze aussuchen, die ich gerne befolgen möchte, sondern das gehört zur Demokratie, daß auch solche Gesetze, die gegen einen zustande gekommen sind, ausgeführt werden müssen. Das gilt übrigens nicht nur für die Volkszählung, sondern für das Einkommensteuergesetz zum Beispiel. Das ist ja auch für viele Leute lästig.

Herr Ministerpräsident, nochmal zurück zu der Frage, die wir schon am Anfang gestellt haben: Unterstellt, die Partei ruft Sie nach Bonn, was tun Sie dann? Es könnte doch sein, daß nach dem Wahltermin neue Leute in Bonn gebraucht werden.

Börner: Warum? Die haben doch neue Leute! Wie Sie wissen, bin ich kein Enkel, sondern Großvater.

Ausgerechnet er, der die Grünen für „politikunfähig" hielt und auch sonst mit seinem Verhältnis zu den Grünen spektakulär von sich reden machte, holte sie ins Wiesbadener Landeskabinett: Hessens unkonventioneller Ministerpräsident Holger Börner. – Ein Grund mehr für den Sozialdemokraten, Bilanz zu ziehen. Zehn Jahre ist der ehemalige Betonfacharbeiter bereits an der Spitze der Landesregierung in Wiesbaden. Hessen ist und bleibt für ihn „die stärkste Herausforderung meines Lebens". So will er im Herbst-Wahlkampf 1987 die absolute Mehrheit für seine Landespartei erzielen. Von Amtsmüdigkeit ist da keine Rede. Holger Börner: „Ich ziehe den Karren gerne, wenn der Karren es will ..."

FOTO: HELMUT FRICKE/AP



Zugang zu mehr als 1700 Dokumenten: Margret Höke
FOTO: TEUTOPRESS

Von BND-Meldungen bis zu Personalakten

Umfangreiche Verrats-Liste im Bonner Spionagefall Höke

ms. **Bonn**

Der Spionagefall um die über viele Jahre im Bundespräsidialamt beschäftigte Verwaltungsangestellte *Margret Höke (51) dürfte zu den* schwerwiegendsten Verratsfällen der deutschen Nachkriegsgeschichte gehören. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus den Beweisen, die das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft zusammengetragen haben, einschließlich eines umfangreichen Teilgeständnisses von Frau Höke. Die Angestellte soll seit dem Jahre 1971 bis zu ihrer Verhaftung am 24. August 1985 für den sowjetischen Geheimdienst KGB spioniert haben.

Die BILD-Zeitung hat über Einzelheiten der Ermittlungsergebnisse ausführlich berichtet. Die Anwerbung von Frau Höke lief nach bekanntem Drehbuch ab. Unter dem Namen eines früher in der Bundesrepublik wohnhaften, dann in die „DDR" übergesiedelten „Franz Bekker" meldete sich der KGB-Führungsoffizier im März 1966 beim Einwohnermeldeamt in Detmold an, zog nach Bonn um und belegte 1967 ein *Studium an der Pädagogischen* Hochschule. Im Sommer 1968 hatte „Franz" dann „zufällig" Frau Höke an einer Telefonzelle in Bonn kennengelernt. Aus der Sicht von Frau Höke entwickelte sich eine Liebesbeziehung.

Der Verratsumfang, der in Rede steht, wird schon anhand weniger Zahlen deutlich. Das Bundeskriminalamt hat ermittelt, daß Frau Höke von Oktober 1972 bis zu ihrer Festnahme Zugang zu 1717 Dokumenten hatte, von denen 253 als „VS-vertraulich" und 1464 als „VS-Geheim" und höher eingestuft waren. Die ermittelnden Behörden gehen davon aus, daß Frau Höke insgesamt 33 000 Mark vom KGB als Agentenlohn bekommen hat. Dazu kamen ein Goldbarren, Schmuckstücke, Münzen und eine Uhr. Auch Urlaubsaufenthalte und Reisekosten zu Treffs unter anderem mit „Franz" in der Schweiz wurden vom KGB finanziert. Die ermittelnden Behörden unterstellen, daß Frau Höke Teile des Zivilen Alarmplanes, der die Umstellung der Arbeit der Bundesministerien im Verteidigungsfall regelt, an das KGB verraten hat. Dazu gehören Maßnahmen zur Verhütung von Sabotageakten und der in einer solchen Situation geregelte Umzug des Bundespräsidenten in den Eifelbunker in Marienthal.

Die Geheimschutzakten im Bundespräsidialamt geführt

Frau Höke hat außerdem während ihrer Zeit im Bundespräsidialamt eine besondere Telefonanlage bedient, die im Verteidigungsfall wichtige Funktionen erfüllt und die in gewissen Abständen überprüft wird. Zu den geheimen Dokumenten, die in ihre Hände gelangt sind, gehörten außerdem Aufzeichnungen über die Kapazitäten von Hilfskrankenhäusern und über die Funktion des Telefonverkehrs der Bundesbehören im Raum Bonn im Verteidigungsfall.

Sie hatte außerdem Zugang zu Unterlagen für die geheime NATO-Übung Wintex und zu einem Protokoll über die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses, in der er sich mit der Versorgung der Bevölkerung im Krisenfalle befaßt hatte. Kenntnis hatte Frau Höke auch von einer Ausarbeitung für den Bundessicherheitsrat über Vorbereitungen für den Fall eines militärischen Angriffs.

Die geheimen Unterlagen, die Frau Höke in den Händen hatte und zumindest teilweise mit einer Kamera ablichtete, stammten vorwiegend aus dem Auswärtigen Amt, dem Bundeskanzleramt, dem Innenministerium, aber auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem Bundesnachrichtendienst (BND). Als besonders gravierend wird angesehen, daß sie über Jahre hindurch die Sicherheits- und Geheimschutzakten im Bundespräsidialamt führte. Es gehörte zu ihrer Aufgabe, die Sicherheitsüberprüfungen sämtlicher Bediensteter des Bundespräsidialamtes einzuleiten. Bei Versetzungen forderte Frau Höke die Sicherheitsakten bei den anderen Behören an. Sie hielt Verbindung zum Verfassungsschutz und zu den Sicherheitsbeauftragten der anderen Bundesbehörden.

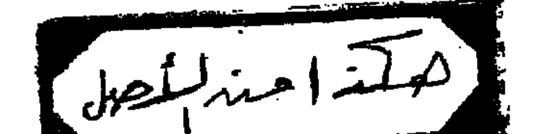
Nach den Ermittlungen handelte es sich bei den Verschlußsachen aus dem Bereich des Auswärtigen Amtes im wesentlichen um Drahtberichte der Botschaften. Dazu gehörten Fernschreiben über die sowjetische Strategie, über Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Shultz, über traditionelle Vierer-Treffen der Außenminister zu Berlin- und Deutschlandfragen am Vorabend von NATO-Ministerratstagungen.

Schwere Nachteile für die Sicherheit des Staates

In diesen Berichten an die Zentrale des Auswärtigen Amtes in Bonn wurden auch „Persönlichkeitsprofile" des französischen Staatspräsidenten Mitterrand und anderer Politiker sowie Einschätzungen des Gesundheitszustandes führender sowjetischer Politiker übermittelt. Frau Höke bekam außerdem zahlreiche BND-Meldungen zu Gesicht, in denen über Vorgänge im Bereich des Warschauer Paktes berichtet wurde.

Aus dem Bundeskanzleramt waren Frau Höke Kabinettsprotokolle und Aufzeichnungen über Tagungen des Bundessicherheitsrates zugänglich. Dazu gehörten auch Protokolle über Kabinettssitzungen, bei denen über mögliche Reaktionen der Bundesrepublik auf die Erhöhung des Zwangsumtausches durch Ost-Berlin und das Erdgas-Röhrengeschäft mit der Sowjetunion beraten wurde. Zugänglich waren der Angestellten aufgrund ihrer Position im Vorzimmer von Abteilungsleitern und des Staatssekretärs, zuweilen auch als Sekretärin des Bundespräsidenten, außerdem militärische Lageberichte des Bundesverteidigungsministeriums. Auch Ausarbeitungen des BfV gehörten dazu, ebenso Protokolle über Gespräche, die der Bundespräsident mit Politikern und Botschaftern führte.

Einblicke in weitere interne Vorgänge erhielt Frau Höke, als sie von Ministerialdirektor Osterheld beauftragt wurde, für den Bundespräsidenten vertrauliche Vermerke über außenpolitische Lagebeurteilungen zu schreiben. Diese Papiere sollten nicht zu den Akten des Bundespräsidialamtes genommen werden, sondern nach der Lektüre durch den Bundespräsidenten vernichtet werden. Zu diesen „Osterheld-Papieren", wie sie genannt wurden, gehörte die Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Bundesaußenminister Genscher und dem chinesischen Außenminister Hua aus dem Jahr 1982, der dabei angedeutet habe, China wolle die Taiwan-Frage noch in diesem Jahrzehnt lösen. Es ging dabei auch um Aufzeichnungen über Gespräche mit dem jugoslawischen Außenminister, mit US-Außenminister Shultz und über personelle und programmatische Absichten der sowjetischen Führung. Die Bundesanwaltschaft kommt zu dem Ergebnis, daß Frau Höke durch ihren Verrat schwere Nachteile für die Sicherheit der Bundesrepublik herbeigeführt hat.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Probleme der Steuersenkung

„Kommt es zum Kompromiß über Investitionsrücklage?"; WELT vom 1. Dezember

Die in der Meldung enthaltene Behauptung, „die CDU-Finanzpolitiker" lehnten die Investionsrücklage strikt ab, ist unrichtig. In der Finanzarbeitsgruppe der CDU/CSU im Deutschen Bundestag gibt es auch Anhänger der steuerstundenden Investitionsrücklage. Diese mißtrauen der These, daß der mittelständischen Wirtschaft mit einer allgemeinen Tarifsenkung am besten geholfen werden könne.

Die allgemeine Tarifsenkung bei der Einkommen- und Lohnsteuer, an deren Notwendigkeit niemand zweifelt, hat neben vielen positiven Wirkungen auch eine negative: Da die ESt nicht zwischen den verschiedenen Einkunftsarten differenziert, begünstigt sie nicht die volkswirtschaftlich wichtigste Einkunftsart, nämlich die Einkünfte aus betrieblichen Gewinnen. Wer also sein Geld statt es risikoreich in betrieblichen Beteiligungen anzulegen, in zinsertragreichen Kapital- oder Geldvermögen anlegt, hat von einer solchen Steuersenkung den gleichen Vorteil bei oft wesentlich geringerem Risiko.

Insofern wirken derartige Steuersenkungen in gewisser Weise gegen die Investitionsbereitschaft der Betriebe. Dies gilt vor allem in mittelständischen Betrieben mit schwacher Eigenkapitaldecke. Gerade die Förderung der Investitionsbereitschaft in unseren Betrieben, die ja auch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient, ist aber das erklärte Ziel der Steuerreform, die CDU/CSU und FDP für die nächste Legislaturperiode planen.

Viel ist in diesem Zusammenhang schon über den sogenannten gespaltenen Einkommensteuertarif nachgedacht worden, der die Einkünfte aus betrieblichen Gewinnen mit einem niedrigeren Steuersatz belegt als andere Einkunftsarten. Die steuerstundende Investitionsrücklage ist nicht der Form nach, wohl aber im steuerlichen Ergebnis ein Unterfall hiervon. Sie vermeidet aber die schweren Probleme, die ein gespaltener Tarif mit sich brächte, etwa im Hinblick auf die Körperschaftsteuer oder wegen der hohen Mitnahmeeffekte bei Großbetrieben.

Eine betragsmäßig nach oben begrenzte Investitionsrücklage würde solche Mängel vermeiden. Sie würde Personengesellschaften oder Einzelunternehmern ebenso helfen wie Körperschaften. Wenn man sich etwa noch überlegen würde, eine zusätzliche Obergrenze durch die Summe der durchschnittlichen Jahres-Investitionen aus den letzten drei Jahren einzuführen, könnten auch solche Betriebe ausgeschlossen werden, die gar nicht ans Investieren denken, sondern einen billigen Steuerstundungseffekt „mitnehmen" wollen.



Claus Jäger, MdB, CDU

Claus Jäger, MdB, CDU
Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Fremdes Land?

„Wie weit bis Karaganda?"; WELT vom 25. November

Hans Krump berichtet von einer Tagung des West-Ost-Kulturwerks in Bonn. Tagungsgegenstand war das erschreckende bundesweite Bildungsdefizit, welches darin besteht, daß praktisch keinerlei Kenntnisse über Deutschland östlich der Elbe an unseren Schulen vermittelt werden.

Auch der zitierte Ostkundeerlaß der Kultusministerkonferenz vom Jahre 1956, der immerhin 17 Jahre gültig war, hatte keine nennenswerten positiven Auswirkungen in der Schulwirklichkeit jener Jahre! Wohl entstanden in dieser Zeit, zuerst in Nordrhein-Westfalen, dann in den anderen Bundesländern, die ostkundlichen Schülerwettbewerbe. Aber deren Existenz beruht auf dem Nichtvorhandensein von regulärem ostkundlichen Unterricht an unseren Schulen. Ihre Initiatoren hofften, durch sie zu erreichen, daß wenigstens ein Minimum an ostkundlichem Wissen vermittelt werden könnte.

Tatsache ist, daß der Lehrer in jedem Bundesland durch Erlasse abgesichert ist, wenn er ostkundliche Themen in seinen Unterricht einbringt. Daß es dennoch nicht geschieht, muß viele Gründe haben. Ein ganz wichtiger Grund ist der, daß er selbst in aller Regel – nicht zuletzt durch die Art seiner Ausbildung an deutschen Universitäten – das erforderliche Fachwissen nicht besitzt. Das könnte man sich allerdings jederzeit aneignen, wenn Wille und Interesse vorhanden sind.

Hans Baumgart,
Studiendirektor, Bielefeld 1

Wort des Tages

» Es gibt Leute, die unterhalten in ihren Köpfen Fremdenzimmer für die Meinung anderer Leute. «

Joseph Joubert, französischer Autor (1754–1824)

Provokation

„Wieder einmal Nordelbien"; WELT vom 2. Dezember

Den Beschluß der Nordelbischen Synode, den Ausstieg aus der Kernenergie zu verlangen, empfinde ich als Mitglied der Evangelisch-Lutherischen Kirche als ungeheuerliche Provokation.

Das betrifft nicht die Frage: „Kernenergie ja oder nein?" Kein verantwortungsbewußter Bürger kann sich ihr verschließen.

Was verletzt, ist die theologische Anmaßung. Das ökologische Gleichgewicht der Erde wird nicht nur durch die Kernenergie, sondern auch durch andere menschliche Verhaltensweisen gleichermaßen oder sogar noch mehr gefährdet, wie zum Beispiel durch Kohlekraftwerke. Auch solche Techniken widersprechen auf Dauer dem Auftrag Gottes zur Bewahrung der Schöpfung. Warum hat die Synode nicht zugleich deren Abschaffung verlangt?

Der Beschluß wiegt schwer, denn er stammt nicht von irgendjemanden, sondern von den jedenfalls nach der Synodalverfassung berufenen Vertretern des Kirchenvolkes. Einer Zeitungsmeldung zufolge sollen Synodalen bei der Diskussion Tränen vergossen oder mit Austritten gedroht haben. Offenbar haben sie hierbei nicht die – allerdings stillen – Tränen derer bedacht oder sogar bewußt in Kauf genommen, die ein Leben lang ihrer Kirche treu geblieben sind, in der gegenwärtigen Amtskirche die heilige christliche Kirche des lutherischen Glaubensbekenntnisses aber nicht mehr erkennen können. Man kann es den für den Beschluß verantwortlichen Synodalen auch ganz profan sagen: Es wird viele, vor allem ältere Kirchenmitglieder geben, die eine in eine ganz bestimmte Richtung politisch agierende Kirche künftig nicht mehr finanzieren wollen. Stärkung im Glauben werden sie allein dort suchen, wo sie ihn finden.

Dr. Henning Kießig,
Raisdorf

Nicht souverän

Report: „Ciskei. 5. Jahrestag der Unabhängigkeit"; WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrter Herr Holzamer,

in Ihrem Beitrag „Warum bestraft man die Menschen (die 1,5 Mill. Einwohner der Republik Ciskei) mit Indifferenz?" stellen Sie die Frage „Warum also die Nichtachtung?", nachdem vorher vermerkt wurde, daß das Staatsgebilde Ciskei („ein Outcast") völkerrechtlich kaum beachtet wird.

Die Antwort gibt – wie ich meine – das Urteil vom 22. 7. 1986 des englischen Appelationsgerichtshofes (Court of Appeal). Hierin wird nämlich festgestellt, daß in Wirklichkeit die staatliche Autorität von der Republik Südafrika ausgeübt werde. In diesem Zusammenhang weist das nach dem britischen Oberhaus höchste Revisionsgericht auf den Parallelstatus der DDR hin: Auch die DDR konnte nach dem sogenannten Carl-Zeiss-Urteil von 1967 (des House of Lords) nicht als souveräner Staat behandelt werden, weil ihre „effektiven Gesetzgebungsbefugnisse" (effective legislative powers) als solche zu verstehen sind, die von einem untergeordneten Organ der Sowjetunion erlassen werden (on the footing that its legislative acts were those of a subordinate body set up by the USSR to acton its behalf).

Insofern – so der Court of Appeal – kann weder die DDR noch die Republik Ciskei als unabhängiger, souveräner Staat anerkannt werden.

Mit freundlichen Grüßen
M. Lehmann,
Essen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personen

GEBURTSTAG

Der Kieler Ingenieur Dr. **Rudolf Hell**, der zu den Pionieren der Nachrichtentechnik gehört, wird am Freitag 85 Jahre. Durch zahlreiche Erfindungen beeinflußte der Forscher und Unternehmer die weltweite Entwicklung der graphischen Industrie. Er schuf entscheidende Grundlagen zur Mechanisierung, Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der modernen Medientechnik. Seine Generalidee war es, Texte und Bilder – in Punkte und Linien aufgelöst – elektronisch umzusetzen, damit sie für eine maschinelle Verarbeitung geeignet sind. Zu den bahnbrechenden Entwicklungen des Ingenieurs zählen die Bildzerlegerröhre für das Fernsehen, der Hell-Schreiber für Nachrichtendienste, Klischo- und Chromagraphen, Telebildgeräte und der digitale Lichtsatz. Der im bayerischen Eggmühl geborene und mit vielen Auszeichnungen geehrte Erfinder gründete Firmen in Berlin und Kiel. Die Dr. Ing. Rudolf Hell GmbH (Kiel) hat jetzt etwa 2800 Mitarbeiter und gehört zum Siemens-Konzern.

EHRUNGEN

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat einen Pionier der deutsch-französischen Freundschaft und Verständigung ausgezeichnet. Er verlieh **Joseph Rovan**, bis 1986 Professor für deutsche Geschichte und Politik an der Sorbonne in Paris, das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat Rovan die Auszeichnung überreicht. Professor Rovan ist heute in Paris Präsident des „Bureau International de Liaison et Documentation" (Bild). Joseph Rovan ist 1918 in München geboren. Er floh vor den Nationalsozialisten und emigrierte 1933 nach Frankreich. Von 1941 bis 1944 gehörte Rovan dem französischen Widerstand an, bis ihn die Nazis verhafteten und in das KZ nach Dachau verschleppten. Von 1947 bis 1951 hat Rovan dem damaligen französischen Hochkommissar François Poncet beratend zur Seite gestanden. Er leitete in Mainz das Büro für Erwachsenenbildung. Von 1963 bis 1969 gehörte Rovan dem Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerkes an. Professor Rovan, der seit 1968 an der Sorbonne lehrte, griff immer wieder zur Feder, um über Deutschland zu schreiben. 1978 erschien sein Werk über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Jahre zuvor hatte er sein Buch über den politischen Katholizismus in Deutschland veröffentlicht. Sein letztes Werk 1986 trägt den Titel „Zwei Völker, eine Zukunft". Auch seiner ursprünglichen Heimat Bayern widmete er 1981 das Buch „La Bavière".

*

Jean Lenica, Professor für Graphik und Design an der Hochschule der Künste in Berlin, erhält den New-York-Preis der Alfred-Jurzykowski-Stiftung. Der mit 5000 Dollar dotierte Preis wird jährlich an



Jean Lenica

Wissenschaftler, Autoren und Künstler des polnischen Kulturkreises vergeben – unabhängig von ihrem Wohnsitz und ihrer Staatsangehörigkeit. Lenica, der als einer der bedeutendsten Vertreter der polnischen Plakatkunst gilt, wird den Preis am 30. Januar 1987 in der Kosciuscko-Foundation in New York entgegennehmen.

VERANSTALTUNG

Die großen Talente in unserem Land werden immer jünger. Ein beeindruckendes Beispiel hierfür ist die 14jährige Pianistin **Clara Rinn**. Auf Einladung von **Barbara Genscher** spielte sie beim traditionellen Weihnachtstreffen des Auswärtigen Amtes in der Bad Godesberger Redoute für die Ehefrauen der in Bonn tätigen Botschafter aus aller Welt. Clara Rinn stellte sich mit Werken von Mendelssohn-Bartholdy, Rachmaninoff und Bach vor. Und viel Applaus gab es von den 190 Damen, unter denen sich die Frau des britischen Botschafters Lady **Margaret Bullard**, die Frau des französischen Botschafters **Francine Boidevaix** und die Frau des sowjetischen Botschafters **Inga Mikhailovna Kwisinskaja** befanden. Clara Rinn, 1984 Preisträgerin des Deutschen Tonkünstlerverbandes und zweite Preisträgerin beim Internationalen Steinway-Wettbewerb, wird heute im Rahmen der Hochbegabten-Förderung auf der Freiburger Musikhochschule von Professor **Vitalij Margulis** ausgebildet. Aus diesem Grunde lebt sie nicht in ihrem Elternhaus in Gießen, sondern bei ihrem Onkel, dem Freiburger Philosophen Professor **Friedrich-Wilhelm von Herrmann**.

AUSWÄRTIGES AMT

Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** wird Dr. **Helmut Matthias** als neuen Botschafter nach Rumänien schicken. Der Diplomat war zuletzt Botschafter in Indonesien. Helmut Matthias wurde 1923 in Weimar geboren. Der Volkswirtschaftler kam 1952 in den Auswärtigen Dienst. Zu seinen Auslandsposten gehörten Karatschi, Lissabon, Paris und Washington. Das Auswärtige Amt entsandte ihn drei Jahre als Sonderberater des Generalsekretärs der Welthandelskonferenz nach Genf. Von 1977 bis 1983 leitete er im Auswärtigen Amt eine Unterabteilung der Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration. 1983 ging er nach Djakarta. Sein Vorgänger in Bukarest, Botschafter **Hartmut Schulze-Boysen**, geht in Pension.

UNIVERSITÄT

Dr. **Gerhard Bringmann**, Privatdozent am Organisch-Chemischen Institut der Universität Münster, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Organische Chemie mit besonderer Beachtung der Biologie an der Universität Wien erhalten.

*

Professor Dr. **Jörg Baetge** von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin erhalten.

Madrid bleibt im Kampf gegen die ETA hart

Antiterror-Gesetz wird beibehalten / Separatisten üben Druck aus

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die sozialistische Regierung in Madrid zeigt sich entschlossen, die nationale Einheit Spaniens, wie sie die Verfassung festschreibt, gegen den Separatismus im Baskenland zu verteidigen. Am Wochenende gab das Kabinett Gonzalez seinen Entschluß bekannt, das Antiterror-Gesetz in seinen entscheidenden Punkten zu erhalten.

Der Regierungsbeschluß kurz nach den Landtagswahlen im Baskenland muß als eine klare Antwort auf Spekulationen baskischer Nationalisten gewertet werden, die mit Zugeständnissen der sozialistischen Partei rechneten, die aus diesen Wahlen als Sieger hervorgegangen waren. Da ihre 19 Sitze von insgesamt 75 Sitzen im Landtag zur Bildung einer neuen Landesregierung jedoch nicht ausreichen, sind die Sozialisten auf eine Koalition mit mindestens einer der nationalistischen Parteien angewiesen.

Der Demonstration ihrer festen Haltung ging eine Entführung voraus, mit der die linksradikale Terrororganisation ETA zum erstenmal direkt in das politische Geschehen eingriff. Ein ETA-Kommando entführte am Mittwoch bei San Sebastian den 24 Jahre alten Besitzer einer Papierfabrik, Jaime Caballero, offensichtlich um Lösegeld zu erpressen. Der entführte Baske ist ein enger Freund von Javier Arzallus, Vorsitzender der bürgerlichen Nationalistenpartei des Baskenlandes PNV, um deren Koalition sich die Sozialisten für das Zustandekommen der neuen Landesregierung bemühen.

Gegen diese „spanisch-baskische Koalition" machte vor allem die radikal-marxistische „Herri Batasuna"-Partei (HB) Front. Sie gilt als der politische Arm der ETA. Noch in der Wahlnacht hatten Sprecher der „Herri Batasuna" verkündet, daß sie „alles daransetzen werden, um eine derartige Koalition zu verhindern". Die Entführung soll offensichtlich eine politische Entscheidung einer rein nationalistisch zusammengesetzten Landesregierung erpressen. Im neuen Landtag stehen sich zwei bürgerliche und zwei linke Basken-Parteien gegenüber. „Herri Batasuna" als die radikalste der separatistischen Parteien strebt eine „Volksrepublik Baskenland" an.

Bis vor wenigen Monaten hatten ETA und „Herri Batasuna" trotz ihrer marxistischen Einstellung die bürgerliche Nationalistenpartei PNV von Terroraktionen verschont. Seit die französische Regierung die Kommandozentralen der ETA im baskischen Südfrankreich durch Verhaftungen dezimiert hat, wird keine Rücksicht mehr auf die PNV genommen. Auch ohne Rücksicht auf „zufällige" tote Passanten oder Familienangehörige sowie Kinder der Opfer schüchterten die jüngsten Anschläge die Basken zunehmend ein. Der Stimmenzuwachs der „Herri Batasuna"-Partei bei den Landtagswahlen muß als Triumph der Angst gewertet werden.

„Rhein-Tribunal" erhebt Anklage

AP, Auggen

Die Jury eines sogenannten „Rhein-Tribunals" von Umweltschutzverbänden aus der Bundesrepublik und dem Ausland hat Chemieunternehmen und Regierungen für schuldig befunden, den Rhein durch die jüngsten Chemieunfälle zum Schaden der Natur und der Menschen vergiftet oder aber diese Umweltverschmutzungen geduldet zu haben. In dem gestern im badischen Auggen gefällten „Urteil" wird den Firmen ferner vorgeworfen, den Rhein, seine Nebenflüsse und damit auch die Nordsee täglich durch Gifteinleitungen zu schädigen.

„Privatinitiative wird unterdrückt"

dpa, Düsseldorf

Die in dieser Woche geplante Verabschiedung eines Landesrundfunkgesetzes in Nordrhein-Westfalen hat die Zeitungen zu einem direkten Appell veranlaßt, in dem sie auf die schwerwiegenden Folgen für die Presse hinweisen. In der von einer Mitgliederversammlung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger verabschiedeten Erklärung heißt es, kein anderes Mediengesetz in der Bundesrepublik erdrücke mit solch bürokratischer Gängelei die Privatinitiative im Rundfunkbereich. Die wirtschaftliche Leistungskraft der Zeitungen werde beeinträchtigt.

Strauß: Wir werden nie mehr Atomwaffen los

DW. Starnberg/Friedberg

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat seine Ablehnung einer *Null-Lösung atomarer Mittelstrekkenraketen* in Europa erneuert. Wenn es zu einem entsprechenden Abkommen mit der Sowjetunion kommen sollte, dann müsse dieses in jedem Fall auch den Abbau sowjetischer Kurzstreckenraketen einschließen, forderte Strauß vor der Landesversammlung der CSU-nahen Schüler Union in Starnberg.

Die Sowjetunion habe die Zeit seit der Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses zur Aufstellung neuer Kurzstreckenraketen, die auf Mitteleuropa gerichtet seien, genutzt. In diesem Punkt stehe er „mehr auf seiten des Herrn Wörner als des Herrn Genscher", sagte Strauß, „wenn das noch erlaubt ist zu sagen". Generell erklärte Strauß zum Problem der Nuklearraketen: „Wir werden die Atomwaffen nie mehr loswerden." Ihre Bedeutung könne zwar relativiert werden; solange Menschen jedoch Atomwaffen konstruieren könnten, werde es auch welche geben.

Die FDP wies die Attacken des CSU-Vorsitzenden auf die Freien Demokraten zurück und bekräftigte zugleich ihren Anspruch, auch nach der Bundestagswahl das Auswärtige Amt zu führen. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und hessische Parteichef Gerhardt sagte auf dem FDP-Landesparteitag in Friedberg, die Fortsetzung der Außenpolitik unter der Verantwortung der FDP sei mehr als eine Personalfrage. Die deutsche Außenpolitik sei unter liberalen Außenministern für die Verbündeten und den Ostblock berechenbar geworden.

Unter Hinweis auf die Aussage von Strauß, die FDP sei wegen ihrer Haltung zur Kronzeugenregelung mitverantwortlich für zukünftige Terroristenaktionen, sagte Gerhardt, wer die Auseinandersetzung um die richtige Antwort des Gesetzgebers auf den Terrorismus derart diffamiere, „hat die Grenzen des noch Vertretbaren überschritten". „Wer sich selbst so wenig im Griff hat wie Franz Josef Strauß, darf Deutschland nach außen nicht vertreten", sagte Gerhardt. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Mischnick, sagte, die FDP solle auf die Vorwürfe aus München nüchtern und gelassen reagieren und deutlich machen: „Wir sind die Garanten der Koalition, nicht die CSU."

USA wollen „flexible" Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus

Sonderbotschafter Bremer mahnt zur Wachsamkeit / Austausch von Bedrohungsanalysen

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Koordinator der US-Regierung für die Bekämpfung des Terrorismus, Sonderbotschafter Paul Bremer, hat sich für eine „flexible Zusammenarbeit" mit den Europäern ausgesprochen. Bremer, der heute zu Gesprächen im Bundeskanzleramt, Bundesinnen- und Außenministerium in Bonn ist, erklärte in einem WELT-Gespräch, das Hauptaugenmerk der USA richte sich derzeit auf Syrien, aber auch nach wie vor auf Libyen. „Wir glauben, daß die Syrer den internationalen Terrorismus seit Jahren ständig unterstützt haben", sagte Botschafter Bremer.

Eindeutige Beweise

Die Gerichtsverfahren in London und in West-Berlin hätten klare Beweise für eine syrische Verstrickung gebracht. „Wir schätzen, daß es im nächsten halben Jahr weitere ähnliche Gerichtsverfahren in Europa geben wird." So laufe derzeit in Ankara ein Prozeß, in dem die Anklage davon ausgehe, daß ein syrischer Diplomat an der Ermordung eines Jordaniers beteiligt gewesen sei.

Man dürfe nicht vergessen, mahnte Bremer, „daß auch Libyen nach wie vor den Terrorismus fördert. Wir haben Erkenntnisse, daß nach unserem Angriff vom April die durch Libyen unterstützten Gruppen sich einige Monate ziemlich still hielten".

Allerdings lagen Ende August erste Erkenntnisse über neue Aktivitäten der von Libyen unterstützten Terroristengruppen vor. Seither gebe es im Material der Geheimdienste immer wieder Hinweise für ein Wiedererstarken dieser Gruppen. „Dies macht uns natürlich besorgt und erinnert uns – Europäer wie Amerikaner –, daß wir in unserem Druck auf Herrn Khadhafi nicht nachlassen dürfen, um ihn von der Unterstützung des Terrorismus abzuhalten." Anschlagsziele dieser libysch unterstützten Gruppen seien nach den Geheimdienstberichten sowohl in den USA als auch in Westeuropa zu suchen.

Botschafter Bremer hatte auch an der Sitzung der europäischen Innenminister teilgenommen, bei der neben anderen Maßnahmen der Austausch von Verbindungsoffizieren und von Bedrohungsanalysen in Europa vereinbart worden war. Derzeit gebe es noch keinen solchen Austausch zwischen den USA und den Europäern, sagte Bremer. Er betonte allerdings, daß seine Regierung in dieser Frage „äußerst flexibel" und zu jeder „den Europäern möglichen Form der Zusammenarbeit" bereit sei. Aus amerikanischer Sicht habe es bei der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus „sehr gute Fortschritte" gegeben.

Reibungslose Koordination

In der amerikanischen Administration ist Botschafter Bremer für die Koordination der Aktivitäten aller staatlichen Stellen bei der Bekämpfung des Terrorismus verantwortlich.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Miltner, der sich am Wochenende mit Bremer zu einem Informationsaustausch getroffen hatte, zeigte sich nach dem Gespräch beeindruckt von der reibungslosen ressortübergreifenden Koordination der Terrorismus-Abwehr in der amerikanischen Regierung. Miltner ist auch Leiter einer Arbeitsgruppe der Fraktion, die derzeit einen Katalog von weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Terroristenbekämpfung erarbeitet.

Rau, Geißler und das Urteil aus der CDU

UR. Bonn

Nach dem vernichtenden Zeugnis, das das Institut für angewandte Sozialforschung (InfaS) dem Wahlkampfmanagement der SPD und der darin dem Spitzenkandidaten Johannes Rau zugedachten Rolle ausgestellt hat (WELT v. 13./14.12.), meldete sich jetzt die nordrhein-westfälische CDU mit der These zu Wort, die Kandidatur von Rau habe ihren Sinn verloren. Doch während InfaS es einen schweren Fehler genannt hatte, Rau „aus dem Wahlkampf heraus" zu nehmen, und damit die Wahlkampf-Konzeption aufs Korn nahm, richtet die Düsseldorfer CDU den Blick auf Raus Wahlziel einer absoluten Mehrheit. Eine „eigene Mehrheit", so eine Erklärung des CDU-Vorstandes in Düsseldorf, sei als unrealistisches Wahlziel aufgegeben worden. Für eine rot-grüne Koalition stehe Rau aber glaubwürdig nicht zur Verfügung. In diesem Punkt weicht die NRW-CDU von der Wahlkampf-Taktik des Generalsekretärs Heiner Geißler ab, der immer wieder *die Gefahr* einer rot-grünen Koalition beschwor.

Die Aussage der Düsseldorfer CDU untermauerte am Wochenende indirekt SPD-Parteichef Willy Brandt, als er sich in einem Interview mit „Bild am Sonntag" gegen eine rot-grüne Koalition nach dem 25. Januar aussprach. Brandt: „Wir haben klargestellt: Im Bund geht das nicht mit den Grünen; deshalb ist dann der Bundespräsident gefragt, denn der schlägt ja dem Bundestag einen Politiker für die Wahl zum Kanzler vor."

Und, als wollte er diesem Bekenntnis Glaubwürdigkeit verleihen, plädierte Brandt für eine Annäherung an die CDU. „*Die beiden Parteien müssen enger zusammenarbeiten.*" Die Rentenreform, eine neues Steuersystem oder die Strukturreform der Bundeswehr könne „niemand alleine stemmen".

Anders als Brandt bekundete Otto Schily die Bereitschaft der Grünen zu *einer Tolerierung eines SPD-Minderheitskanzlers* – „für eine Weile". Rau, so Schily in der „Süddeutschen Zeitung", bemühe sich, krampfhaft nach Programmpunkten zu suchen, „bei denen eine Verständigung von SPD und Grünen vorerst nicht in Sicht ist". Und: Da sei Kurt Biedenkopf schon realistischer. Der Chef der NRW-CDU hatte den Grünen – zum Ärger der eigenen Partei – attestiert, die „richtigen Fragen" zu stellen.

Eher vieldeutig äußerte sich Brandt zu der Frage nach seinem Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden, die 1988 ansteht. Die junge Garde, für die Oskar Lafontaine steht, dränge gar nicht so energisch zum Parteivorsitz. „Außerdem wäre das zu erwartende Ergebnis für Rau sicherlich auch ein gutes Argument." Beobachter in Bonn fragen: Welche Perspektiven hätte Rau bei einer Erdrutsch-Niederlage?

Aus den eigenen Reihen Druck auf Diepgen

brk. Berlin

Am Vorabend seiner London-Reise, bei der Erich Honeckers Einladung zur 750-Jahr-Feier nach Ost-Berlin im Mittelpunkt der Gespräche stehen wird, sieht sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) auch in der eigenen Partei wachsendem Druck ausgesetzt, die Offerte des SED-Chefs *abzulehnen*. Die Junge Union – Diepgens frühere politische Heimat und einer seiner innerparteilichen Stützpfeiler – sprach sich jetzt strikt gegen einen derartigen Besuch aus.

Nach einer Vorstandssitzung erklärte der JU-Vorsitzende Dieter Dombrowski: „Einerseits besteht die Gefahr, daß durch einen Besuch Diepgens in Ost-Berlin auf Einladung *des Staatsratsvorsitzenden* der DDR, Honecker, der rechtliche Standpunkt des Westens hinsichtlich des Status der Stadt in Frage gestellt wird, andererseits hält die Junge Union eine Teilnahme Diepgens ... aber auch *aus politischen* und moralischen Gründen zur Zeit nicht für sinnvoll."

Angesichts der „fortwährenden Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes, dessen menschenverachtende Praktiken durch die jüngsten Morde an der innerdeutschen Grenze erneut offenkundig wurden, erscheint eine Teilnahme an Feiern, die hauptsächlich der Selbstdarstellung dieses Staates dienen, als eine Verhöhnung der Opfer des Schießbefehls und der politischen Verfolgung in der DDR". Der CDU-Nachwuchs sei durchaus für „geschäftsmäßige Verhandlungen" mit der anderen Seite, nicht jedoch für „gemeinschaftliche Festivitäten".

Der JU-Vorstoß ist umso bemerkenswerter, als die 6000 Berliner Mitglieder mehr als ein Drittel der CDU-Mitgliedschaft Berlins darstellen. Rund 40 Prozent von ihnen gehören *dem* in deutschlandpolitischen Fragen zu Diepgen neigenden „Reformer"-Flügel an. Dombrowski arbeitet zudem als Assistent für Diepgens engen politischen Freund, den „Generalsekretär" der „Beton-Riege" in der *CDU, Peter Kittelmann (MdB)*.

Im Namen der mehr als 150 000 Berliner DGB-Mitglieder warnte auch DGB-Chef Michael Pagels den „Regierenden" davor, „an den Existenzgrundlagen der Stadt herumzubasteln".

Positionskämpfe der Industrienationen

Bruttosozialprodukt in Dollar je Einwohner
(Umrechnung in Dollar nach Kaufkraftparitäten – inflationsbereinigt)

	1956	1986 (geschätzt)
USA	10 430 $	17 540 $
Bundesrepublik Deutschland	5 710	15 250
Japan	2 240	13 880
Frankreich	5 200	13 870
England	7 270	13 030
Italien	3 690	10 500

© Globus 5381

Die Amerikaner sind die Reichsten und die Japaner die Erfolgreichsten. 30 Jahre wirtschaftlicher Wettkampf der sechs größten westlichen Industrieländer können auf diese kurze Formel gebracht werden. Den größten Sprung nach vorn machten die Japaner, die ihre reale Wirtschaftskraft pro Kopf seit 1956 mehr als versechsfachten und vom letzten auf den dritten Platz vorrückten.

QUELLE: GLOBUS

MÄRKTE & POLITIK

Kritik: Zu wenig offensiv verfolgt die Bundesregierung nach Ansicht der Wirtschaftsjunioren Deutschland die Privatisierung von Betrieben in öffentlicher Hand.

Bundesbank: Verteidigt hat Präsident Karl Otto Pöhl die Geldpolitik seines Instituts. Er glaubt nicht, daß ein Senken der Zinsen eine Stimulans für zusätzliches Wachstum sei.

Konkurse: Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes dürfte die Zahl der Insolvenzen 1986 mit etwa 19 000 genauso hoch sein wie im Vorjahr.

RWE: Für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) soll eine Dividende von unverändert 16 Prozent auf das Grundkapital von 2,5 Mrd. DM gezahlt werden.

Warnung: Claus Köhler, Direktoriumsmitglied der Bundesbank, hat die Schaffung von Finanzfreihäfen als problematisch bezeichnet. Sie seien ein Versuch, zusätzliche Geschäfte zu Lasten der Nachbarn ins eigene Land zu ziehen.

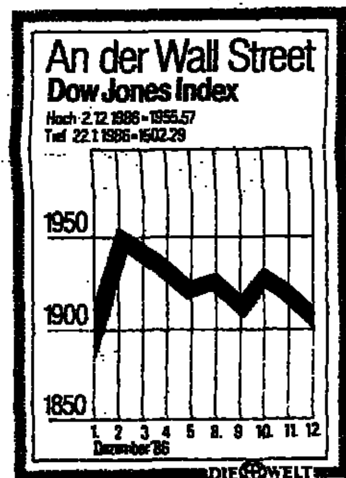
NH: Die Haltung der Banken im Fall der Neuen Heimat hat der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Hanns-Christian Schröder-Hohenwarth, verteidigt. Die Banken hätten Wochen gebraucht, um das Konzept des Berliner Unternehmers Horst Schiesser zu prüfen.

Handwerk: 102 000 Personen (Plus 2,8 Prozent) wurden im dritten Quartal in den selbständigen Unternehmen mehr beschäftigt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig wurde der Umsatz um 3,5 Mrd. DM (Plus 4,2 Prozent) gesteigert.

Beteiligung: An der in Konkurs gegangenen Werft Nobiskrug wollen sich die Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) beteiligen. Dies wurde von Ministerpräsident Uwe Barschel bestätigt.

Langer Samstag: Nur mäßige Zufriedenheit über den Umsatz äußert der Einzelhandel. (S. 10)

FÜR DEN ANLEGER



Konsequenz: Die Leitung der New Yorker Stock Exchange hat Ivan F. Boesky den Zugang zum Börsenhandel über elektronische Medien entzogen.

Union Carbide: 27 Mill. neue Aktien gibt das Unternehmen an Anleger in den USA, Kanada und anderen Ländern aus. Vier Mill. davon werden über eine internationale Emission zu je 22,50 Dollar angeboten, die anderen 23 Mill. Aktien werden in den USA und Kanada verkauft.

Rentenmarkt: Kurz vor dem Jahresultimo ist die Anlageneigung aus technischen Gründen auf ein Minimum geschrumpft. (S. 10)

England: Auf der Suche nach einer breiteren Refinanzierungsbasis hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) den Sprung an die Themse gewagt. (S. 10)

WELTWIRTSCHAFT

Opec: Die Minister der 13 Mitgliedsländer haben gestern einen freien Tag für bilaterale Unterredungen und zu Konsultationen mit den Regierungen eingelegt.

China: Ministerpräsident Zhao Ziyang hat sich dafür ausgesprochen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik und der UdSSR auszubauen.

Niederlande: Der staatlichen Werft RDM hat die Regierung die Genehmigung für den Verkauf von sechs U-Booten an Saudi-Arabien gegeben.

Neuer Markt: Mit der Aufnahme der Flugzeugproduktion in China verspricht sich McDonnell Douglas verstärkten Zugang zum chinesischen Markt.

Portugal: Optimistische Ausblicke auf die Wirtschaftsaussichten hat Regierungschef Silva gegeben. Sein Land könne in den nächsten vier Jahren in Europa der Staat mit dem höchsten Wirtschaftswachstum sein.

USA: Um 0,2 Prozent stiegen im November die Erzeugerpreise im Vergleich zum Vormonat.

Japan: Bis etwa 1998 soll die generelle Arbeitszeit von 48 auf 40 Wochenstunden gesenkt werden. Dies hat ein Fachausschuß für Arbeitszeiten der Regierungspartei LDP empfohlen.

NAMEN



Daimler Benz: Vorstandsvorsitzender Professor Werner Breitschwerdt (Foto) hat nun – was zunächst etwas umstritten erschien – plangemäß den Vorsitz auch in den Aufsichtsräten der beiden MTU-Gesellschaften in München und Friedrichshafen übernommen. Bisher hatte diese Funktion sein Vorstandskollege Werner Niefer inne. Breitschwerdts Anspruch auf den Vorsitz in den Aufsichtsräten bei den Beteiligungen AEG, Dornier und MTU ist in der neuen Führungsorganisation des Konzerns verankert.

BASF: Mit Wirkung zum 1. Januar 1987 hat der Aufsichtsrat Dietmar Werner, den Leiter des Unternehmensbereichs Faservorprodukte, zum Vorstandsmitglied bestellt. Er ist seit 1964 für das Unternehmen tätig. Prof. Karl-August Wetjen wird mit Beendigung seines Vorstandsmandats am 30. Juni 1987 in den Ruhestand treten.

Massa: Aufsichtsratvorsitzender Karl-Heinz Kipp hat Roland Oetker zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

WER SAGT'S DENN?

Ein Unternehmer ist ein Mensch, der in Taten dichtet.

Otto A. Friedrich

Stoltenberg lehnt Kooperation in der Währungspolitik weiter ab

Im Gespräch mit US-Finanzminister Baker wurde ein Abkommen nicht getroffen

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist in einem mehrstündigen Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen James Baker offenbar bei seiner Ablehnung einer währungspolitischen Zusammenarbeit nach dem Muster des Abkommens zwischen den USA und Japan vom Oktober geblieben. Zwar weigerten sich beide Finanzminister nach der Unterredung im Kieler Schloß vor Journalisten zu der Frage Stellung zu nehmen, ob ein solches Währungsabkommen zwischen Bonn und Washington besprochen worden sei, und ob der Termin der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 dabei eine Rolle spiele. Allerdings erklärte Stoltenberg, Abkommen seien in dem „persönlichen Treffen" nicht getroffen worden.

Im Vorfeld der in internationalen Finanzkreisen mit Spannung erwarteten Begegnung war man davon ausgegangen, daß Baker die seit Monaten andauernden Bemühungen fortsetzen werde, die Bundesrepublik Deutschland zu Binnenmaßnahmen zu veranlassen, die die Einfuhr amerikanischer Waren fördern und damit eine Entlastung des riesigen Handelsbilanzdefizits bringen würden. Baker hatte im Oktober mit seinem japanischen Kollegen Kiichi Miyazawa eine Zusammenarbeit verabredet, in deren Rahmen Japan seine Zinsen senkte und durch Maßnahmen zur Belebung des Wirtschaftswachstum die Binnennachfrage erhöhte, um US-Produkten den Marktzugang in Japan zu erleichtern. Die USA beendeten im Gegenzug ihre Politik, den Wechselkurs des Dollars herunterzureden. Die USA hatten parallel zu den Gesprächen mit Japan auch Bonn immer wieder aufgefordert, die Binnennachfrage anzuregen und so den USA höhere Ausfuhren zu ermöglichen.

Gegen ein derartiges Währungsabkommen hat sich am Wochenende der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) energisch ausgesprochen. Solche „währungspolitischen Scheinlösungen" könnten die fundamentalen Handelsungleichgewichte ebenso wenig verringern wie eine japanische Selbstbeschränkung bei einzelnen Exportgütern. Graf Lambsdorff verwies im übrigen auf die Gefahr für die Autonomie der Bundesbank durch solche Währungsabkommen. Der ehemalige Finanzminister Hans Apel (SPD) dagegen wiederholte die Auffassung seiner Partei, daß ein „internationaler Stabilitätspakt" dringend erforderlich sei. Die „Kooperationsunwilligkeit" der Bundesregierung führe angesichts der dadurch entstandenen „Achse" Tokio-Washington auch zu Spanungen und Gefahren für Europa.

In einer gemeinsamen Erklärung nach dem Gespräch in Kiel hieß es, man habe „die Verfahren für die vereinbarte verstärkte finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der großen Industrieländer" besprochen. Weitere Themen seien die Entwicklung im Währungsbereich und die internationale Schuldenkrise sowie die Vorbereitung der Frühjahrstagungen von internationalem Währungsfonds (IGF) und Weltbank gewesen Anfang April in Washington gewesen. US-Finanzminister Baker traf gestern seinen Kollegen Nigel Lawson in London; er wird heute in Paris von Finanzminister Edouard Balladur erwartet.

Die USA wollen erneut Ausgleichszölle erheben

Droht offene Konfrontation wegen EG-Süderweiterung?

Ha. **Brüssel**

Die Agrarverhandlungen zwischen der EG-Kommission und der amerikanischen Regierung sind gestern ergebnislos abgebrochen worden. Damit hat sich die Gefahr erhöht, daß der Streit um Entschädigungen für Handelsnachteile der USA durch den EG-Beitritt Spaniens und Portugals wieder in eine offene Konfrontation mündet.

Die Verhandlungen hatten am Rande der hochrangigen Konsultationen stattgefunden, zu den am Freitag unter Führung von Außenminister George Shultz eine fünfköpfige Ministerdelegation nach Brüssel gekommen war. Beide Seiten hatten sich dabei zum Ziel gesetzt, die im Gatt festgelaufenen Expertengespräche durch einen politischen Kompromiß zu beenden.

Eile war geboten, weil der im Sommer vereinbarte „Burgfrieden" im Handelsstreit am Jahresende ausläuft. Der US-Handelsbeauftragte Clayton Yeutter hatte auch nach dem Besuch der amerikanischen Minister in Brüssel keinen Zweifel daran gelassen, daß die Reagan-Administration im Januar erneut Ausgleichszölle auf EG-Produkte erheben wird, wenn eine Einigung bis dahin ausbleibt.

Die USA stoßen sich daran, daß Spanien bei der Maiseinfuhr französischen Exporteuren eine Handelspräferenz einräumen muß. Dadurch würden die US-Lieferanten diskriminiert. Obwohl die EG glaubt, daß die Süderweiterung den USA mehr Vor- als Nachteile bringt, hatte sie sich zu befristeten Importgarantien bereit erklärt. Diese waren den Amerikanern jedoch nicht ausreichend.

Nicht erreichbar

dos – Der umstrittene Verkauf von U-Boot-Konstruktionsplänen durch die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG an die Regierung Südafrikas sei nicht der Auslöser für das Ausscheiden des HDW-Chefs Klaus Ahlers gewesen. Die Trennung habe sich vielmehr schon seit längerem „angebahnt". Der Wahrheitsgehalt dieser Version, vom Statthalter des HDW-Mehrheitseigners Bundesrepublik Deutschland, dem Salzgitter-Vorstandsvorsitzenden Ernst Pieper, abgesegnet, ist bedauerlicherweise nicht nachprüfbar: Pieper ist untergetaucht und für die Vertreter der Öffentlichkeit trotz intensiver Bemühungen seit längerem nicht erreichbar.

Solche Verhaltensweise, für Pieper eher atypisch, läßt das Mißtrauen wachsen. Es könnte bedeuten, daß der Salzgitter-Chef einiges „unter der Decke halten" will. Ganz ohne Schrammen nämlich scheint wohl auch er im Rahmen der HDW-Turbulenzen nicht geblieben zu sein. Die Mutmaßung der Arbeitnehmervertreter im HDW-Aufsichtsrat, ohne sein Wissen seien Entscheidungen wie das Südafrika-Geschäft unmöglich, dürfte der Wahrheit sehr nahe kommen.

Pieper gehört nämlich zu der Kategorie von Managern, die sich auch um Detailfragen im Konzern selbst kümmern. Außerdem sind die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung weitgehend identisch mit den vorab formulierten Forderungen der Arbeitnehmervertreter. Ahlers ist gegangen; der als Nachfolger favorisierte Michael Budczies blieb außen vor. Und schließlich wurde auch auf die Berufung eines neuen Vorstandsvorsitzenden verzichtet.

Wall Street machte wenig Freude

Trotz guter wirtschaftlicher Nachrichten fielen die Kurse zum Wochenschluß ab

G. BRÜGGEMANN, **New York**

Am Börsengeschehen in Wall Street können die Anleger in der vergangenen Woche kaum Freude gefunden haben. Die Kursentwicklung war bei eher geringen Umsätzen uneinheitlich mit eindeutig negativer Tendenz zum Wochenschluß, ohne daß sich die grundlegenden wirtschaftlichen Bedingungen geändert hätten. Der Dow-Jones-Industrieindex der Blue Chips fand sich am Freitag mit 1912,26 Punkten nach einem Wochenverlust von 12,80 Punkten ziemlich genau dort wieder, wo er den Monat begonnen hatte. Auch die breiter angelegten Indices der NYSE und Standard & Poors blieben mit 143,69 (minus 2,16) und 247,35 (minus 3,82) Punkten unter dem Vorwochenschluß.

Dabei waren die wirtschaftlichen Nachrichten, die aus Washington nach Wall Street drangen, gar nicht so schlecht. Am Montag gab die Regierung ihre Wachstumsprognose für das kommende Jahr ab. Sie liegt mit einer Rate von 3,2 Prozent zwar deutlich niedriger als bisher angenommen, wird aber als sehr viel realistischer und somit glaubwürdiger angesehen. Da der Wirtschaftsberater des Präsidenten, zugleich auch sinkende Zinsen für möglich hielt, ließen die Befürchtungen an Wall Street, die Zentralbank könnte die Kreditzügel wieder anziehen, deutlich nach.

Anhaltende Wirkung blieb in Äußerungen aus der Hauptstadt aber versagt. Zwar gab es zur Wochenmitte noch einmal steigende Kurse, aber dann fielen sie zwei Tage hintereinander deutlich. Auch die Meldung über die mit 0,2 Prozent nur geringe Steigerung der Produzentenpreise im November, die Anlaß hätte sein können, die permanenten Inflationsängste zu zerstreuen, wurde an Wall Street nicht mehr so recht zur Kenntnis genommen. Der etwas nachgebende Markt für Festverzinsliche trug auch nur wenig zur Festigung des Aktienmarktes bei.

Offenbar sind die Börsianer zu stark von anderen Dingen in Anspruch genommen, zu denen weiterhin die politische Auseinandersetzung in Washington wegen der Waffengeschäfte mit Iran, aber auch unverändert die Sorge um weitere Enthüllungen in dem keineswegs entschärften Insiderskandal gehören. Zum Wochenschluß gesellte sich dann noch die Nachricht aus Genf hinzu, daß bei der Opec eine Einigung über Produktionsquoten möglich sei. Das führte zwar zu einer deutlichen Nachfrage und damit Kurssteigerung bei Energiewerten, wurde aber allgemein als so nachteilig empfunden, daß Abgabedruck entstand.

Im übrigen spielen für die Kursbildung an Wall Street wegen des bevorstehenden Jahreswechsels zunehmend auch steuerliche Überlegungen der Anleger eine Rolle, die in diesem Jahr von besonderer Bedeutung sind, weil mit der Steuerreform, die am 1. Januar 1987 in Kraft tritt, eine Reihe von Begünstigungen für Kapitalgewinne gestrichen werden.

Allzu selbstgefällig

Von JOACHIM GEHLHOFF

Frappanter kann man sich die Gegensätze zwischen Wirtschaft und Politik kaum noch denken. Auf dem europäischen Stahlmarkt herrsche mal wieder, von Schleuderpreisen hoch subventionierter EG-Staatskonzerne und Dumping-Lieferungen aus Drittländern verursacht, schier das totale Chaos. So klagen deutsche Stahlproduzenten. Eine bessere Stahlpolitik, von Bonn bis Brüssel, müsse schleunigst her, um ab 1987 „Dramatisches" für Unternehmen und Arbeitsplätze zu vermeiden.

Die Stahlpolitik der seit 1983 amtierenden Bundesregierung sei, wie auch die im Gegensatz zur hoch subventionierten Nachbarschaft seit 1984 wiedererreichte Gewinnlage der meisten deutschen Stahlunternehmen beweise, „weitaus erfolgreicher als die mit dirigistischer Prägung anderer Regierungen". Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium letzte Woche in umfänglicher Stellungnahme der Presse mit.

Bonn hat keinen Anlaß, sich auf den vermeintlichen Lorbeeren bisheriger Stahlpolitik auszuruhen. Von subventionierter Auslandskonkurrenz in die Krise gedrängt, fordert die deutsche Stahlindustrie Schutz.

Wortreich wird die Vision eines endlich wieder freien Stahlmarktes als löbliches Ziel postuliert. Über die Notwendigkeit zur Neubesinnung der Stahlpolitik, um der Branche aus neuen Nöten zu helfen, findet sich kein Wort. Man ist offensichtlich mit der Politik, die man bisher betreibt, zufrieden.

Erbost reagierte darauf Thyssens Konzernchef Dieter Spethmann, des bei aller erfolgreichen Diversifizierung immer noch größten privatwirtschaftlichen Stahlerzeugers in der Europäischen Gemeinschaft: „Glaubt denn das Bundeswirtschaftsministerium wirklich, man könne Vollbeschäftigung erreichen, indem man eine wettbewerbsfähige Industrie von fremden Staatskassen erdrosseln läßt?"

Natürlich glaubt man das auch in Bonn nicht. Aber an zumindest zwei gravierenden Punkten der Stellungnahme wird deutlich, daß man die heraufziehende neue Stahlmisere und ihre (vermeidbaren) Ursachen falsch einschätzt.

Erster Punkt: Den steigenden Importdruck aus Drittländern, schreibt das Ministerium, müßte die deutsche Stahlindustrie hinnehmen. Er sei Ausdruck des wachsenden Willens vieler Länder, einen Platz im Kreis der Industrieländer einzunehmen. Diese Länder könne man nicht nur auf die Lieferung von Souvenirs, Textilien, Schuhen und Rohstoffen verweisen. „Gegen ihre Lieferungen kann nur der bestehen, der ebenso kostengünstig produziert und zu ebenso günstigen Preisen anbietet."

Eine pure Selbstverständlichkeit, die deutschen Stahlproduzenten aber wie der blanke Hohn vorkommt. Denn detailliert weisen sie nach, daß aus einer Vielzahl junger aufstrebender Stahlländer zu Preisen geliefert wird, die zuweilen noch nicht einmal die Kapitalkosten der staatsfinanzierten neuen Hüttenwerke decken und die fast stets deutlich unter dem Inlandspreisniveau des Lieferanten liegen. Die Abwehr solcher Dumping-Praktiken, gegen die der betroffene heimische Produzent noch nicht einmal ein Klagerecht hat, wird in Bonn wie von der Brüsseler EG-Kommission nur bruchstückweise betrieben.

Zweiter Punkt: Das Ministerium gibt zu erkennen, daß Bonn das EG-Krisensystem der Produktionsquoten, das jetzt noch für die Hälfte der Walzstahlproduktpalette gilt, tunlichst nicht über 1987 hinaus verlängert sehen möchte. Denn es berge einerseits die Gefahr der Gewöhnung zum Schaden unerläßlicher Rationalisierung. Und es habe andererseits zu einem in der EG höheren Stahlpreisniveau als in anderen Ländern geführt.

Mit Ingrimm reagieren die deutschen Stahlerzeuger auch auf diesen falschen Zungenschlag. Nachweislich sei von Nordamerika bis Japan das Stahlpreisniveau aller großen Industrieländer höher als in der EG auch vor dem hier seit Mitte 1986 erneut eingetretenen Preisrutsch. Zu dem über lange Krisenjahre hin immer wieder nur kurzlebig verlängerten Quotensystem habe die deutsche Industrie schon frühzeitig den Vorschlag gemacht, mit mehrjährigen Produktionsanrechten den nur dann voll wirksamen „Quotenhandel" als Instrument des Wanderns der Stahlproduktion an die besten EG-Standorte zu nutzen.

So bahnt es sich nun endlich in Gesprächen zwischen EG-Kommission und den führenden EG-Stahlkonzernen mit dem Ziel einer Quoten-Lebensdauer bis 1990 an. Eine vernünftige, Kapital für sozialverträgliche Standortbereinigungen freisetzende Lösung, von der man aber im Bundeswirtschaftsministerium nichts zu halten scheint.

Doch offenkundig wird in der neu heraufziehenden Stahlmisere, daß Bonn keine Chancen mehr hat, in selbstgefälliger Gelassenheit auf die doch so erfolgreiche deutsche Stahlpolitik zu verweisen. Energischere Reaktionen werden fällig, um die Folgen der Subventionsseuchen vom an sich gesunden deutschen Stahlpotential fernzuhalten.

Agrarminister: Kompromiß liegt noch in weiter Ferne

Verhandlungen in Brüssel am Wochenende fortgesetzt

Ha. **Brüssel**

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft haben am Wochenende ihre Marathon-Verhandlungen über ein Programm zur Verringerung der Milch- und Rindfleischüberschüsse wieder aufgenommen. Gestern nachmittag ließ sich jedoch noch nicht absehen, ob sich der Sonderministerat gelohnt hat. Die britische Präsidentschaft machte alle Anstrengungen, noch vor Jahresende zu einem Kompromiß zu gelangen. Die Chancen dafür wurden indes von allen Beobachtern in Brüssel nicht sehr optimistisch beurteilt.

Die Probleme konzentrierten sich vor allem auf den Milchsektor. Hier traten die unterschiedlichen Interessen der nördlichen und südlichen EG-Staaten deutlicher hervor denn je. Während die Bundesrepublik und andere Länder mit überbordender Milcherzeugung von den südlichen Partnern gleiche Opfer verlangten, wie sie ihren eigenen Landwirten und Steuerzahlern zumuten wollen, traten Italien, Griechenland, Spanien und Portugal gleichsam für das „Verursacherprinzip" ein.

Nach ihrer Meinung wäre es unzumutbar, den südlichen Landwirtschaften Quotenkürzungen aufzuerlegen, da diese – auf nationaler Ebene berechnet – bislang überhaupt nur einen Teil der zugeteilten Garantiemengen ausgenutzt haben. Demgegenüber argumentierten die „Nordstaaten", die gemeinsame Agrarpolitik begründe nun einmal eine „Solidarhaftung". Sie müßten sich schließlich auch an der Finanzierung der Überschußbeseitigung von Olivenöl, Wein und Zitrusfrüchten beteiligen, obwohl sie an deren Entstehung unschuldig seien.

Ein Kompromißvorschlag der Briten sah vor, daß die Milchquoten im kommenden Wirtschaftsjahr um sechs Prozent gekürzt werden sollen, wobei dieses Ergebnis zum Teil durch den (freiwilligen) Ankauf von Produktionsmengen durch die öffentliche Hand, zum Teil durch unbefristete „Stillegungen" von Quoten nach deutschem Vorschlag erreicht werden soll.

Für den Verzicht auf die Milcherzeugung sollten die Landwirte nach dem Vorschlag Großbritanniens zehn Ecu je 100 Kilo (20,80 Mark) aus EG-Mitteln erhalten, zusätzlich – falls die Mitgliedstaaten es wünschen – noch zwei Ecu (4,16 Mark) aus nationaler Kasse.

AUF EIN WORT



„Die im Rundfunkurteil festgelegten Grundsätze müssen schnellstens im Sinne einheitlicher Marktbedingungen in einen Medienvertrag umgesetzt werden, damit die private Medienwirtschaft eine verläßliche Basis für Investitionen erhält."

Manfred Haenel, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Kabelkommunikation e. V., Bonn.
FOTO: DIE WELT

Ein Schlips als Geschenk ist unfair

G. BRÜGGEMANN, **Washington**

Die schwere Aufgabe, für die richtigen Leute die richtigen Geschenke zu finden, hat so manchem die Vorweihnachtszeit verdorben. Bei Menschen die man gern hat, kann man sich dabei zumeist auf die Eingebung verlassen, manchmal auch auf die Nachsicht der Beschenkten. Was aber ist mit den Leuten im Büro, den Kollegen, den Untergebenen, Vorgesetzten, die hin und wieder nett sind, die man oft jedoch nicht ausstehen kann? Der beste Rat, nämlich im Büro auf Geschenke ganz zu verzichten, wird oft nicht befolgt. In Amerika haben manche Firmen ihren Mitarbeitern die Entscheidung abgenommen, indem sie den Arbeitsplatz für eine geschenkfreie Zone erklärt haben; andere haben so enge finanzielle Grenzen gesetzt, daß wirklich nur Kleinigkeiten die Hand wechseln können.

Für die übrigen aber, die die Schenkerei im Büro nicht lassen können oder wollen, ist im Laufe der Jahre ein wahres Netzwerk von Protokollvorschriften entstanden, das sich in diesen Wochen in allerlei Veröffentlichungen Gehör verschafft. Gemeinplätze sind darunter wie der, man solle Geschenke, ob für den Boten oder für den Chef, angemessen halten, ebenso aber auch spezielle Anweisungen: Schenken Sie keine Kleidung; der Beschenkte könnte sich verpflichtet fühlen, sie zu tragen, auch wenn er sie scheußlich findet. Als besonders unfair wird es angesehen, einem Mann einen Schlips zu schenken, weil dieser wichtige Teil der Bekleidung als persönliche Visitenkarte angesehen wird.

Anders dagegen verhält es sich mit Accessoires für die Bürodamen; Seidentücher, Geldbörsen (leer) und mit Initialen versehene Schlüsselanhänger beispielsweise gelten als besonders originelle Präsente. Vor Parfums und Modeschmuck wird von den Hütern der Büroetikette indes gewarnt. Als ausgesprochen sinnvolle Geschenke gelten im Büro Bilderrahmen, Schreibtischutensilien, Küchengeräte, Pflanzen und Blumen.

Sehr viel Aufmerksamkeit wird der Frage zugewandt, wieviel Geld denn für die Bürogeschenke aufgewendet werden sollte. Hier ist die Meinung der Experten einhellig. Im Zweifel ist weniger mehr. Ein paar exzellente aber teure Pralinen machen mehr Eindruck, als die große, billige Schachtel aus dem Supermarkt.

Besonders penibel sind die Protokollvorschriften, die Chefs betreffen. Sie selbst haben übrigens keinerlei Anspruch auf Geschenke von ihren Mitarbeitern und legen wohl auch nur selten Wert darauf. Wer es aber trotzdem nicht lassen will, sollte nicht versuchen, den Chef zu beeindrucken. Ein negativer Eindruck beim Chef könne allerdings vermieden werden, wenn man ihm etwas schenkt, wovon er angeblich nie genug kriegen kann, etwa eine Feinschmeckerei.

Der Chef, von dem im allgemeinen erwartet wird, daß er zu Weihnachten etwas springen läßt, sollte darauf achten, daß er jedem ungefähr das gleiche zukommen läßt. Lediglich für die Sekretärin oder den persönlichen Assistenten darf es etwas Besseres sein. Es wird aber dringend davon abgeraten, allzu persönliche Geschenke zu machen. Das könne manchmal peinlich sein und ließe die Urteilsfähigkeit des Schenkers in einem schlechten Licht erscheinen.

Licht in grellen Farben

adh. **Frankfurt**

Advent, Advent, ein Lichtlein brennt... Wer den Kinderspruch in seiner Phantasie mit den traditionellen roten Adventskerzen verbindet, liegt schief. In diesem Jahr darf es auch Rosa, Türkis, Gelb oder Pink sein, und absolut vier Kerzen auf grünem Kranz ist auch schon lange out: Gestecke in jeder Form und Farbe werden angeboten. Die grellen Farben sind im Kommen, registriert der Verband der deutschen Kerzenhersteller. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, daß Mickymaus, Pu, der Bär oder auch ein täuschend ähnlicher Eiskaffee im Glase warmes Licht verbreiten, ist fast schon ein alter Hut. Immerhin: Der Ideenreichtum der deutschen Kerzenzieher sichert ihnen das Überleben.

Nach einer langen Phase der Molltöne sind in diesem Jahr aus der Branche wieder optimistischere Stimmen zu hören. Denn die Bundesbürger stecken sich immer häufiger eine Kerze an. Um etwa ein Viertel, so der Verband, ist der Kerzenverbrauch in den letzten fünf Jahren gestiegen. Bisher hatten freilich davon vor allem die Billigimporte aus dem Ostblock, allen voran aus der „DDR", profitiert. Der Preisdruck, den sie mit ihren Standardimporten zu Niedrigpreisen auslösen, macht der hiesigen mittelständischen Industrie erheblich zu schaffen.

Der Versuch, mit Ideen gegenzuhalten, scheint sich aber auszuzahlen: Erstmals sind in diesem Jahr die Importe – insgesamt 24 000 Tonnen – leicht gesunken. Die Exporte, die sich in den letzten fünf Jahren auf 10 000 Tonnen verdoppelt haben, steigen dagegen weiter. Übrigens trägt auch Schwedens Lichterkönigin Lucia häufig deutsche Kerzen auf ihrem Lichterkranz: Schweden gehört ebenso wie Dänemark, Österreich und die Schweiz zu den Hauptabnehmern deutscher Kerzen.

Der Hang der Bundesbürger zu besinnlichen Stunden nicht nur im Advent hat die Produktion der deutschen Kerzenzieher in diesem Jahr um drei Prozent auf rund 53 000 Tonnen steigen lassen. Zu Fabrikabgabepreisen sind das 300 Mill. DM, die sich in warmen Kerzenschein auflösen; auch im nächsten Jahr, da sind die Hersteller zuversichtlich, wird ein Plus von drei Prozent erreicht werden.

Für einheitliche Körperschaftsteuer

Staatssekretär Schlecht denkt an etwa 46 Prozent – Abbau der Finanzhilfen geplant

HEINZ HECK, **Bonn**

Staatssekretär Otto Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium hat sich für einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz „bei etwa 46 Prozent" ausgesprochen. Gegenüber dem der CDU nahestehenden Wirtschaftsrat erklärte er, daß „nach gewonnener Wahl in Koalitionsverhandlungen" über die Gestaltung der Steuerreform entschieden werde. Aus der Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums sollte der Spitzensatz der Lohn- und Einkommensteuer „mindestens knapp unter 50 Prozent" liegen. Dies habe auch Konsequenzen bei der geplanten Reform der Körperschaftsteuer. Bei einem einheitlichen Satz von etwa 46 Prozent könnte man auch die Kapitalertragsteuer wegfallen lassen.

Der Wirtschaftsminister wird sich nach Meinung Schlechts „bei einem nachhaltigen Abbau der Subventionen" zur Finanzierung einer substantiellen Steuerreform „eng an der Seite des Finanzministers befinden". Dabei gehe es nicht nur um steuerliche Subventionen, sondern auch Finanzhilfen. Er machte zwar keine konkreten Streichungsvorschläge, fügte aber hinzu, daß auch im Wirtschaftsministerium an einer „Prioritätenliste" gearbeitet werde. Schlecht ist zuversichtlich, daß Subventionsabbau zur Finanzierung der Steuerreform gelingen könnte. Allerdings dürften die öffentlichen Haushalte auch in den kommenden Jahren um nicht mehr als drei Prozent steigen. „Das ist eine Voraussetzung, um die Steuerentlastung machen zu können".

Zur Verbesserung der Beschäftigungslage müßten auch weiterhin die unternehmerischen Investitionen deutlich überproportional steigen". Schlecht sprach sich jedoch gegen jede spezielle Vergünstigung für Investitionen aus. Das wäre nur eine neue Subvention, also falsch. „Wir brauchen keine spezielle Vergünstigung für Investitionen, sondern eine nachhaltige Reduzierung der Steuern." Die Befürworter der steuerstundenden Investitionsrücklage seien „auch schon auf dem Rückzug".

Er zeigte Verständnis für die Forderung nach einer Mittelstandskomponente bei der Steuerreform. Doch stünde im Zentrum aller Überlegungen, „den Mittelstandsbauch in der Steuerprogression abzubauen". Das sei die beste Mittelstandskomponente, die man sich überhaupt denken könne. Ein flacherer Anstieg der Steuerprogression mit einem niedrigeren Spitzensteuersatz „kommt nicht bloß den wenigen sogenannten Reichen zugute, sondern der flache Anstieg des Progressionsverlaufes wirkt gerade im mittleren Bereich". Eine weitere Mittelstandskomponente sieht er in der Beseitigung der Diskriminierung der Selbständigen beim steuerlichen Vorwegabzug für die Altersversorgung.

Der Wirtschaftsminister werde das Kartellgesetz mit dem Ziel überprüfen, übermäßige Konzentration und eine damit verbundene Marktbeherrschung zu verhindern oder, wenn sie schon da sei, deren Mißbrauch zu bekämpfen. Offenbar an die Adresse der jüngsten CDU-Pläne wandte er sich jedoch „ganz entschieden gegen einen Mißbrauch der Wettbewerbsgesetzgebung" in der Weise, daß man ihre Instrumente „zur Strukturerhärtung oder zur generellen Dämpfung der Wettbewerbsintensität" nutze. „Mit Sorge" sehe man die Konzentrationsentwicklung im Handel, vor allem auf kleinerer und mittlerer Ebene im Lebensmittelhandel. Doch habe sich der Konzentrationsprozeß inzwischen „verlangsamt".

Handel nur mäßig zufrieden

Der lange Samstag brachte vielen Händlern kein Plus

hg. **Bonn**

Der deutsche Einzelhandel ist mit den Ergebnissen des dritten langen Samstags vor Weihnachten nur mäßig zufrieden: Obwohl in den Läden drangvolle Enge herrschte, brachte er den meisten Geschäftsleuten nicht mehr als der Vergleichstag im Vorjahr. Einige wie zum Beispiel der Warenhauskonzern Horten blieben sogar darunter. Begründung: Bei Winterbekleidung und Wintersportartikeln haperte es.

Daran sei nicht nur das wenig winterliche Wetter schuld gewesen, vermutet die Sprecherin von Horten: „Die Leute warten schon darauf, daß die Ware reduziert wird"; sie tun dies, weil die Erfahrung aus vergangenen Jahren es ihnen nahe legt. Modische Konfektion sei besser gelaufen, heißt es. Vor allem die Männer hätten allerlei Anstrengungen unternommen, um sich von ihren „Graue-Maus-Image" zu verabschieden: „Schicke Pullover, Jacketts, Hemden und Hosen wurden massenhaft gekauft, berichtet ein Kaufhof-Sprecher.

In den Hertie-Häusern nahmen die Kunden, „was gefiel und nicht zu teuer war" – Lederjacken, Elektrogeräte, Glas- und Porzellanwaren, CD-Plattenspieler und Taschen-Stereo-Geräte; außerdem Kameras mit automatischer Schärfe-Einstellung. Wie schon in den vergangenen Wochen traten wieder zahllose Plüschtiere ihren Weg unter die Weihnachtsbäume an, teilt der Sprecher von Hertie mit.

Parfümerie-Artikel seien auch diesmal wieder sehr gefragt gewesen, heißt es übereinstimmend, ebenso Uhren und Modeschmuck; echter Schmuck wurde vor allem in mittleren Preislagen verlangt. Im Vordergrund hätten indes die Geschenkartikel gestanden, kleinere Präsente zumeist, „aber viele mittlere und kleine Geschenke bringen auch interessante Umsätze", betont ein Händler in Köln.

Es gibt freilich auch Ausnahmen. So meldet das Berliner Hertie-Flaggschiff KaDeWe den Verkauf eines alten Schrankes aus dem Jahr 1780 für 28 000 Mark; überdies fand sich wieder ein Kunde für einen russischen Zobelmantel, der 78 000 Mark kostete. Zwar wollte diesmal niemand einen zwei Meter großen Teddy für 5000 Mark kaufen, aber dafür fand sich im „Zaubershop" ein Liebhaber für die „schwebende Jungfrau" zum Preis von 1000 Mark.

Kräftige Umsatzminderung

Raiffeisen Haupt-Genossenschaft beklagt Preiseinbrüche

dos. **Hannover**

Außergewöhnliche Preiseinbrüche in wesentlichen Handelssparten hinterlassen bei der Raiffeisen Haupt-Genossenschaft eG (RHG), Hannover, im zu Ende gehenden Jahr 1986 deutliche Spuren. Nach Angaben des Vorstands muß mit einem Umsatzrückgang um gut 9 Prozent oder 200 Mill. DM auf 2,04 Mrd. DM gerechnet werden. Gleichzeitig aber, und dies bewertet die zweitgrößte deutsche Raiffeisen-Zentrale durchaus positiv, halte sich der mengenmäßige Absatz auf dem Niveau des Vorjahres. Überaus schwierig gestaltete sich nach Angaben von RHG-Vorstand Friedrich Henke das Getreidegeschäft.

Die auf die Begrenzung von Überschüssen ausgerichtete Agrarpolitik und die zeitweise außergewöhnliche Verkaufszurückhaltung von Erfassungsstufe und Landwirtschaft hätten die Erschwernisse forciert. Zusätzliche Belastungen brachten die verkürzten Interventionszeiten und die mit „ungeheuren Belastungen" verbundene Mitverantwortungsabgabe. An der 500 000-t-Weizenlieferung der EG an die UdSSR sei die RHG nur mit geringen Mengen beteiligt.

Günstiger ist die Situation bei Kartoffeln. Die geringe Herbstbevorratung lasse für die Wintermonate positive Umsatzerwartungen zu. Bei Pflanzenbehandlungsmitteln rechnet die RHG mit ähnlichen Umsätzen wie im Vorjahr. Katastrophal sei das Geschäft mit Düngemitteln. So hätten die Stickstoffpreise jetzt das Niveau von 1948 erreicht. Im Heizöl- und Treibstoffbereich sei der Absatz zwar um 15 Prozent gestiegen; der Umsatz indes verringerte sich um 25 Prozent. Insgesamt zeigt sich der RHG-Vorstand mit den 1986er Ergebnissen zufrieden. Erwartet wird ein Überschuß in Vorjahreshöhe, der wieder die Ausschüttung einer Dividende von 4 Prozent ermöglicht.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Gegen Umweltbeauftragte

Baden-Baden (rtr) – Gegen die Einsetzung unkündbarer Umweltbeauftragter in Betriebsräten großer Unternehmen hat sich der neue Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, ausgesprochen. Umweltbeauftragte, „mehr Staat oder mehr Verorganisiertes", würden den betrieblichen Umweltschutz nicht verbessern, sagte er im Südwestfunk. Vielmehr komme es auf das Bewußtsein derer an, die in den Unternehmen tätig seien.

Gemeinsame Tochter

Brüssel (VWD) – Die Belgian Shell SA und die Bekaert NV gründen eine gemeinsame Tochter namens Acotech (Advanced Combustion Technology) mit einem Startkapital von 20 Mill. bfr. Gegenstand der Gesellschaft ist eine Bündelung des Know-how der beiden Muttergesellschaften in den Bereichen der Metallfasern und der Verbrennungstechnik zur Entwicklung neuer Techniken und Brenner.

Eisenbahnfusion perfekt

Paris (J. Sch.) – Die französische Regierung hat nun doch der Übernahme des gesamten Eisenbahnbereichs von Jeumont Schneider durch die zur staatlichen CGE-Gruppe gehörende Gesellschaft Alsthom zugestimmt. Alsthom wird damit zum weltgrößten Unternehmen dieses Bereichs mit 6,5 Mrd. F Umsatz und 10 000 Mitarbeitern. Seine (französische) Monopolstellung will Alsthom vor allem im Export nutzen. Dort wird es künftig keinen französisch-französischen Wettstreit mehr geben. Das ist deshalb von Bedeutung, weil es beim Eisenbahnmaterial gegenwärtig weltweit 45 Prozent Überkapazität gibt. Die Übernahme der drei in diesem Sektor tätigen Gesellschaften von Jeumont Schneider erfolgt zum symbolischen Preis von je einem Franc. Als Gegenleistung dürfte Alsthom nicht näher bezifferte Schulden (auch der Muttergesellschaft) übernommen haben.

Kooperation mit China

Düsseldorf (Py.) – Der Unternehmensbereich ARG-Kahle, Anlagen- und Rohrleitungsbau der Lentjes AG, Düsseldorf, hat einen Kooperationsvertrag mit der staatlichen Gesellschaft CSTC abgeschlossen, die mit rund 450 000 Beschäftigten zu den bedeutendsten Unternehmen der Volksrepublik im Bereich der verarbeitenden Industrie zählt. Vorgesehen ist die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Anlagen- und Rohrleitungsbaus für Kraftwerke, Raffinerien und Chemieanlagen.

Sacilor schließt Longwy

Paris (J. Sch.) – Die aus sozialen Gründen immer wieder vertagte Stillegung des Sacilor-Stahlwerks von Longwy in Lothringen ist jetzt bestätigt worden. Im Laufe des nächsten Jahres werden dadurch rund 2500 Arbeitsplätze aufgegeben. Die Verwaltung will nächste Woche der Belegschaft einen entsprechenden Sozialplan vorlegen. Longwy erzeugte Langprodukte (Schienen usw.), die in Konkurrenz zur Produktion des benachbarten, nur teilweise ausgenutzten aber moderneren Werks von Gandrange stehen. Durch die Übernahme der Longwyproduktion will die gemeinsame Holding der Gesellschaften (Unimétal) 160 Mill. Franc einsparen.

Peugeot überholt

Paris (J. Sch.) – Die französische Automobilkonjunktur belebt sich weiter. Im November übertrafen die Pkw-Zulassungen den Vorjahresstand um 8,1 Prozent, in den ersten elf Monaten dieses Jahres waren es insgesamt 6,2 Prozent mehr. Renault konnte dabei seinen Inlandsabsatz um 31,4 bzw. um 14,2 Prozent steigern, während Peugeot Verluste von 5,9 bzw. 1,3 Prozent verbuchte. Am Marktanteil gemessen rangiert Renault im November mit 34,7 Prozent wieder vor Peugeot mit 30,7 Prozent.

Gewerkschaften im Gegenwind

Hollands Dachorganisation hat viele Mitglieder verloren

htz. **Amsterdam**

Auch in den Niederlanden weht den Gewerkschaften der Wind ins Gesicht. Zwar gibt es keinen Neue-Heimat-Skandal; dennoch kämpfen auch die niederländischen Arbeitnehmerorganisationen mit großen Image- und Glaubwürdigkeitsproblemen. Immer mehr Mitglieder treten aus. Richtig aufgeschreckt vom Negativbild, das viele Niederländer offensichtlich von den Gewerkschaften und ihren Funktionären hegen, ist die mit rund 900 000 Mitgliedern größte Gewerkschaftsorganisation des Landes, die „Federatie Nederlandse Vakbeweging" (FNV). Der FNV ist vergleichbar mit dem deutschen DGB.

Eine vom FNV selbst beim Amsterdamer „Zentrum für Marketing-Analyse" in Auftrag gegebenen Studie, die das Meinungsklima und das Einstellungsprofil gegenüber den Gewerkschaften sowohl an der eigenen Basis als auch bei nicht-organisierten Arbeitnehmern erforschen sollte, kommt nämlich zu für die FNV-Führung erschütternden Ergebnissen.

So steht da etwa zu lesen, daß 50 Prozent aller FNV-Mitglieder zur Zeit prinzipiell gegen Streiks sind. Im Klartext heißt das: Ein Arbeitskampf ist unter diesen Voraussetzungen derzeit wohl kaum erfolgreich durchführbar. Außerdem, so die Untersuchung, herrscht bei diesen Mitgliedern der Eindruck vor, daß ihre Gewerkschaft überhaupt viel zu oft zum Mittel des Arbeitskampfes greife.

„Das ist ein völlig schiefes Bild, wie ein Blick in die Streikstatistik Europas verrät", erläutert ein FNV-Sprecher der WELT. Im internationalen Vergleich werde die Niederlande zusammen mit der Schweiz als das Land ausgewiesen, daß zwischen 1970 und 1985 die wenigsten Streikstunden zu verzeichnen habe. „Trotzdem werden wir weitgehend nur noch als Streikclub angesehen", meint man dazu in der FNV-Zentrale. In noch schlechterem Licht steht der FNV bei den Niederländern, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. So meinen beispielsweise 70 Prozent der rund 500 befragten Personen, daß die Gewerkschaft ihre Interessen überhaupt nicht vertreten könne.

Der gegenwärtige Trend heißt „weg von der Gewerkschaft". Immer weniger junge Arbeitnehmer sind bereit, sich zu organisieren. Immer mehr Mitglieder wenden sich ab. „Wir sind besonders bei Frauen, bei Akademikern und insgesamt in den neuen Wachstumsbranchen des Dienstleistungsgewerbes sehr stark unterrepräsentiert", erläutert man beim FNV. Vor zehn Jahren zählte Hollands gewerkschaftliche Dachorganisation noch weit über eine Mill. Organisierte, 100 000 mehr als heute.

PERSONALIEN

Dr. Wilhelm Simson, Geschäftsführer der Hermann Wiederhold GmbH, Hilden, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1987 zum Executive Director der ICI Paints Division in Slough/England berufen. Zu seinem Nachfolger wurde **Frank Rosenberg** bestellt.

Dr. **Hanns Schwindt**, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Handwerkstages und der Handwerkskammer für Oberbayern, wurde am 14. Dezember 65 Jahre alt.

Dipl.-Kfm. **Jens Kiencke**, zuletzt bei der Deutsche Krankenversicherung AG, Köln, ist als Nachfolger von Manfred Rogotzki zum neuen Vorstandsmitglied der DBV + Partner Versicherungen, Wiesbaden, berufen worden. Dr. **Knut-Michael Teichmann**, Vorstandsmitglied der Partner Versicherungsgruppe ist zusätzlich in den Vorstand der APK Krankenversicherungs-AG für den öffentlichen Dienst berufen worden.

Dr. **Helmut Keßler** (56), seit 1974 Präsident der Sparkassenorganisation in Westfalen-Lippe ist zum Ersten Vize-Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes gewählt worden.

Gerd Somberg ist als Präsident des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie wiedergewählt worden. Vizepräsident wurde **Gustav Adolf Pass**, zugleich Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeber im Bundesverband Bekleidungsindustrie.

Herbert Karrenbert, seit 1981 Geschäftsführer der Horten Reisebüro GmbH, scheidet zum Frühjahr 1987 aus. Er tritt in die Geschäftsführung der Seetours International GmbH + Co. KG, Frankfurt, ein. Zum Nachfolger von Karrenberg wurde **Martin Wolff** gewählt.

Willi Stumpf, bisher Leiter des Rechnungswesens der Allgemeine Hypothekenbank AG, Frankfurt, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Breite Refinanzierungsbasis

KfW plant in London eine erste Anleihe in US-Währung

Sbt. **London**

Nun hat auch die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt, den Sprung an die Themse gewagt. Auf der Suche nach einer breiteren Refinanzierungsbasis präsentierte sie sich in London den Investmenthäusern. Nach Angaben von Vorstandsmitglied Manfred Schüler ist in der City die erste Emission einer Dollar-Festzinsanleihe mit einer möglichst maximalen Laufzeit von sieben Jahren geplant.

Das dreifache A-Rating des Instituts garantiert eine glatte Unterbringung, die vermutlich von der Deutsche Bank Capital Markets Ltd. und der Credit Suisse First Boston Limited abgewickelt wird. Je nach Marktlage denkt die KfW an die Aufnahme von 200 bis 250 Mill. Dollar. Die Entscheidung über das Eurobondgeschäft fällt in Kürze.

Schüler begründete die Plazierung der ersten Fremdwährungsanleihe mit dem wachsenden Dollarbedarf vieler KfW-Kunden, vor allem in der Schiffahrt. Die US-Währung wird beispielsweise für den Airbus oder die Finanzierung von fünf Containerschiffen benötigt, die von der American President Lines bei der HDW und der Bremer Vulkan geordert worden sind. Ein Teil der Dollars soll überdies durch einen Swap in Mark getauscht werden, um die Aufwandskosten zu senken.

Bisher hat sich die KfW Dollar von US-Banken geborgt. Einschließlich anderer Fremdvaluten schlagen sie mit 240 Mill. Dollar oder 0,5 Prozent des ausstehenden Kreditvolumens zu Buche. Weitere Dollar-Anleihen machte Schlüter von den Kundenwünschen abhängig. Je niedriger der Wechselkurs, um so attraktiver seien Dollarkredite, betonte er. Besonders herausgestellt hat Schlüter in London, daß die KfW nicht auf der Bonner Privatisierungsliste steht.

Crédit Agricole mit deutscher Tochter

cd. **Frankfurt**

Die Caisse Nationale de Crédit Agricole (CNCA), Spitzeninstitut der französischen Genossenschaftsbanken, mit 38 Mrd. Franc Eigenkapital weltweit auf Platz zwei und mit 1000 Mrd. Franc Bilanzsumme auf dem achten Rang, hat im Zuge ihrer Bestrebungen, das Geschäft international auszubauen, eine Tochter in Frankfurt gegründet. Die Crédit Agricole (Deutschland) AG will sich, wie ihr Vorstandssprecher Rainer Glott sagte, nicht nur verstärkt in die Finanzierung des deutsch-französischen Handels einschalten und mit mittleren und großen deutschen Unternehmen ins Geschäft kommen, die noch nicht so aktiv sind. Zu den Schwerpunkten soll auch das Kapitalmarktgeschäft gehören. Der Crédit Agricole ist bereits Mitglied des Bundesanleihe-Konsortiums. Zur Zeit verfügt die Bank bei 1 Mrd. DM Geschäftsvolumen über 45 Mill. DM Grundkapital, das erhöht werden soll.

Die Zinsen zogen etwas an

Rentenmarkt zeigt sich nach Gewinnmitnahmen labil

Nach gut einem Monat mit steigenden Kursen bestimmten in der letzten Woche Gewinnmitnahmen kurzfristig disponierender Profis die Tendenz am Rentenmarkt. Da die Anlageneigung so kurz vor dem Jahresultimo aus technischen Gründen auf ein Minimum geschrumpft ist – viele institutionelle Marktteilnehmer haben ihre Bilanzvorbereitungen schon abgeschlossen – zogen die Zinsen etwas an. Man erwartet zwar nach dem Jahreswechsel eine Tendenzumkehr, doch wird der Zinssenkungsspielraum für das erste Halbjahr als nicht sehr hoch eingeschätzt. Für die zweite Hälfte 1987 wird wieder ein leichter Zinstanstieg befürchtet. (cd.)

Emissionen	12.12. 86	5.12. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,58	5,54	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,94	5,92	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,51	5,52	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,07	6,08	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,61	5,62	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,21	5,23	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,21	6,23	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,61	5,61	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,38	6,38	6,82	7,20	8,08

„Die Wirtschaftskriminellen sind effizient organisiert"

BKA: Jedes Jahr ein Schaden im Wert von sechs bis sieben Millarden Mark – Schuld oft bei den Unternehmen

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

„Im Grunde ist es fast ein Kompliment für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, daß sie Opfer der internationalen Wirtschafts- und Betriebsspionage und des Geheimnisverrats wird", meinte Klaus-Herbert Becker, Abteilungspräsident im Wiesbadener Bundeskriminalamt mit leichter Ironie vor deutschen Mitgliedern der Internationalen Handelskammer in Frankfurt.

Etwas weniger dick aufgetragene Komplimente wären den Unternehmern gewiß lieber: Bei 6 bis 7 Mrd. DM liegen allein die Schäden, die in 3500 Strafverfahren jährlich ermittelt werden – einschließlich der nicht erfaßten Schäden könnte das Gesamtausmaß aber beim Zehn- bis Zwanzigfachen dieser Summe liegen, schätzen die Experten.

Die internationale „Hitliste" reicht, so Becker, derzeit vom Betrug – insbesondere Anlage-, Versicherungs-, Wechsel- und Akkreditivbetrug – über die Markenpiraterie, Wirtschaftsspionage und Untreue bis zur Korruption. Auf dem Vormarsch sind Delikte im Zahlungsverkehr. So werden die Verwertung gestohlener Euro-Schecks und der Mißbrauch gestohlener oder gefälschter Kreditkarten bereits im großen Stil international organisiert.

„Die Wirtschaftskriminellen – auffallend oft qualifiziert ausgebildete Täter mit teils relativ hohem sozialen Status – sind effizient organisiert." Sie zeichnen sich durch Arbeitsteilung, moderne Infrastrukturen (wie Computer und Kommunikationsmittel) und eine „präzise und professionelle, an Markterfordernissen ausgerichtete Tatplanung und -durchführung aus. Der Schaden, den sie anrichten, liegt weit über dem kriminellen Durchschnitt.

Oft aber liegt die Schuld auch bei den betroffenen Unternehmen, speziell, wenn es um Spionage geht: „Nach unserer Erfahrung wird es den Tätern in der Regel viel zu leicht gemacht, Geheimnisse auszuspähen", berichtet Becker. Dabei bleiben oft die einfachsten Dinge unbeachtet, etwa jene modernen Kohlefarbbänder für Schreibmaschinen, auf denen die Texte nach Gebrauch gut lesbar sind. Und: „Nicht selten werden Ausspähungsversuche als Anbahnung scheinbar lukrativer Geschäfte getarnt".

Aber auch menschliche Schwächen werden eingesetzt. So berichtet Becker über ein Unternehmen, das 50 Mill. DM für die Entwicklung eines Recycling-Verfahrens für Produktions-Rückstände aufgewandt hatte. Als die Unterlagen über das Projekt auf dem internationalen Markt aufgetaucht waren, zeigte sich die durchlässige Stelle: eine hochverschuldete Schreibkraft die Zugang zu einer völlig ungesicherten Vorgangsablage im Schreibbüro hatte.

Den äußerst mobilen und international aktiven Straftätern, für die nationale Grenzen keine Hindernisse sind, sondern ganz im Gegenteil zusätzliche Chancen bieten, steht die Polizei nicht immer mit adäquaten Möglichkeiten gegenüber. „Leider sind Staatsgrenzen für Polizeibeamte auch heute noch schwerer zu überwinden als für die Straftäter", bedauert Becker. Schwierig wird es für die Beamten auch bei den modernsten Formen der Wirtschaftskriminalität, dann nämlich, wenn der Computer im Spiel ist. Ulrich Sieber, Rechtsanwalt und Experte für Computervergehen, bedauert die „noch immer nicht ausreichende Ausbildung des Ermittlungspersonals".

Wenn es um Computermanipulationen, Spionage oder Softwarediebstahl geht, haben es freilich selbst die Experten nicht leicht. In den Tausenden von Listen-Seiten verschlüsselter Programme einer großen Rechenanlage etwa die Stelle oder gar die verstreuten Stellen zu finden, an denen ein Programmierer die sorgsam getarnte Überweisung aufs eigene Konto versteckt hat, bedarf schon großer Findigkeit.

Wird aber mit allerlei technischen Tricks wichtiges Know-how aus dem Computer herauskopiert, dann gibt es meist keine Spuren mehr. Zum Repertoir High-Tech-Spione zählen Sender im Computer, Geräte zur Fernmessung der Rechner-Abstrahlungen oder auch – im einfachsten Fall – spezielle Programme, die den Zugriff aufs Betriebsgeheimnis erleichtern und beschleunigen.

Einziger Trost: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann bietet die Gesetzgebung in der Bundesrepublik ausreichenden Rechtsschutz. Das war nicht immer so (etwa im Falle des Software-Diebstahls), und auch im Ausland hat die Legislative dem Tempo der technischen Entwicklung nicht überall folgen können.

Wochenschlußkurse

New York

	12.12.	5.12.
Adv. Micro Dev.	14,5	15,625
Aetna Life	58,125	59
Alcan Aluminium	28	29,5
Alcoa	32,875	34,625
Allied Signal	42,375	42,125
AMR Corp.	55,25	57,75
Amax	12,375	13
Am. Cyanamid	80,125	83,125
Am. Express	58,125	60,5
Am. Motors	3	3,125
Am. Tel. & Telegr.	26,75	27,5
Amoco Corp.	67	65,25
Asarco	14	14,5
Atlantic Richfield	61	59,625
Avon Products	30,375	30
Bally	20,5	21,75
Bk. of America	15,125	14,625
Bethlehem Steel	4,875	4,875
Black & Decker	16,25	16,875
Boeing	51,25	51,875
Brunswick	32,625	33,625
Campbell Soup	59,75	62,375
Caterpillar	39,125	40,75
CBS	131,5	134
Celanese	240,375	242
Chase Manhattan	36,875	37,375
Chrysler	39,125	39,375
Citicorp	53,75	54,75
Clorox	51,125	53,125
Coca-Cola	37,75	38,25
Colgate	42,125	44
Commodore	8,625	9,125
Comwth. Edison	33,375	33,5
Comm. Satellite	30	29,375
Control Data	26,625	25,75
CPC Int.	77,625	77
Curtiss Wright	55,875	53,5
Deere	23,25	24,5
Delta Airlines	49,125	49,75
Digital Equipm.	106,125	105,125
Dow Chemical	60,125	61
Du Pont	86,5	89,875
Eastern Gas-Fuel	30	29,625
Eastman Kodak	68,125	66,875
Enron	41,125	41,625
Exxon	71,5	69,5
Firestone	27,25	28,375
Fluor	12	12,25
Ford	56,125	58,625
Foster Wheeler	12,375	13,125
Fruehauf	42,25	43,5
GAF Corp.	39,75	40
General Dynamics	72,25	73,75
General Electric	84,25	86
General Instr.	18,5	19,875
General Motors	69,625	71,125
Gen. T. & E.	59,375	59,625
Global Nat. Res.	4,375	4,375
Goodrich	44	45,25
Goodyear Tire	42,75	42,75
Grace	52,25	53,625
Halliburton	24,75	25
Heinz	41,375	43
Hewlett Packard	42,5	43,625
Homestake	25,25	26
Honeywell	64,125	66,125
IBM	126,5	126,75
Int. Tel. & Tel.	55,75	54,5
Int. Paper	75,375	77,875
Jim Walter	49	48,875
Litton Industries	78,25	80,25
Lockheed Corp.	50,375	54,75
Loew's Corp.	61,875	62,375
Lone Star	32,75	34,75
Louisiana Land	28	27,375
LTV Corp.	1,75	1,75
McDermott A	20,875	22,25
McDonnell Doug.	73,875	76,25
Merck & Co.	117	114,25
Merrill Lynch	39,125	39,75
Mesa Petroleum	3,625	3,625
Minnesota M.	114,625	114,125
Mobil Oil	40	38,875
Monsanto	77,75	79,125
Morgan J.P.	87,5	86,125
Nat. Semiconductor	10,75	11,5
Navistar Int. Corp.	5,25	5,5
NCR	48,125	49,375
Newmont	60	61,125
Owens Ill.	50,625	44,125
PanAm World	5	5,125
Pfizer	61	62,875
Philip Morris	74,5	75,375
Phillips Petroleum	11,125	11
Pittston	11,875	12,125
Polaroid	68,25	71,25
Prime Computer	17,625	18,25
Procter & Gamble	77,125	78
Revlon	10,875	12,375
Reynolds Ind.	50	50,625
Rockwell Int.	45,625	43,5
Rorer Group	40,125	41,875
Salomon	40,75	43,625
Schlumberger	33,375	33,75
Sears, Roebuck	41,25	43,625
Singer	39,5	37,375
Storage Techn.	3,5	3,75
Tandy	41,5	43
Teledyne	308,5	319
Telex Corp.	67,25	69,25
Tesoro	11	–
Texaco	34,5	34,5
Texas Instrum.	127	121,25
Tosco	1,875	2,125
Trans World Corp.	35,25	36,875
Transamerica	34,875	35,375
Travelers	44,625	44,75
Turner Broadcast.	14	13
UAL	58	59,125
Uccel Corp.	26,625	26,25
Union Carbide	22,5	23
Union Oil of Calif.	26,25	25,25
US Gypsum	40	41,875
USX Corp.	21,125	21,25
United Technologies	46,875	44,875
Walt Disney	45,875	44,75
Warner Comm.	23,25	23,75
Westinghouse El.	59,625	60,25
Weyerhaeuser	39,125	40
Whittaker	30,25	30,25
Woolworth	41	42,75
Wrigley	49,125	51,125
Xerox	60,875	61,875
Zenith Radio	20,625	20,75
Dow Jones Index	1912,36	1924,78
Stand. & Poor's	247,35	251,17

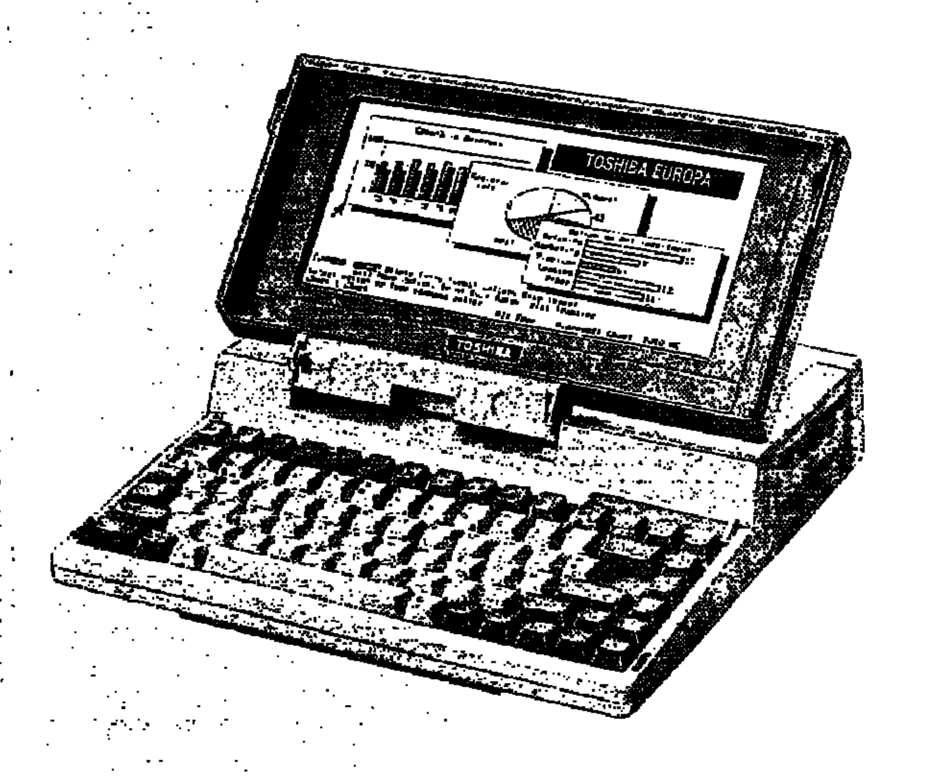
Toronto

	12.12.	5.12.
Abitibi-Price	28,625	28,125
Alcan Alu.	38,5	40,75
Bk. of Montreal	33	33,125
Bk. of Nova Scotia	17,25	17,375
Bell Cda Enterprises	36,875	37,5
Bow Valley Ind.	13,375	13
Brunswick M & Sm.	–	12,375
Cdn. Imperial Bk.	20,125	20,125
Cdn. Pacific Ltd.	17,125	17,5
Cominco	13	13,25
Coseka Res.	0,65	0,65
Denison Mines	6,125	6
Dome Petroleum	0,87	0,87
Domtar	35	36,125
Falconbridge Ltd.	16,625	16,75
Great Lakes Forest	31,5	32,5
Gulf Canada	14,5	13,75
Gulfstream Res.	0,48	0,51
Hudson Bay Mng. Sp.	6,25	6,25
Husky Oil	11,125	11,125
Imperial Oil -A-	49	47,625
Inco	16,5	16,75
Inter City Gas Ltd.	14,625	14,75
Interprov. Pipeline	38,625	39
Kerr Addison	15	16,25
Lac Minerals	27,375	27,375
Marco Resources	–	–
Moore Corp.	28,75	29,75
Noranda Mines	20,25	20,875
Norcen Energy Res.	14,75	14,5
Northgate Expl.	6,125	6
Northern Telecom.	43,375	45,875
Nova An Alberta 'A'	6,125	6,125
Nu West Group	0,36	0,33
Oakwood Petrol	1,95	2
Placer Development	29,75	31
Provigo Inc.	17,5	17,5
Ranger Oil	6,625	6,25
Revenue Properties	3,55	3,5
Rio Algom	20,375	20
Royal Bk. of Can.	32,5	32,875
Seagram	85	87,5
Shell Canada	26,75	26
Sherritt Gordon	5,75	6,125
Stelco -A-	18,625	19,5
TransCdn. Pipelines	16,75	16,75
Verity Corp.	2,55	2,69
Westcoast Transm.	12,75	12,875
Index: TSE 300	3041,60	3067,10

Tokio

	12.12.	6.12.
Ajin.	2100	2100
Bank of Tokyo	900	890
Banyu Pharma	1010	945
Bridgestone Tire	737	767
Canon	1050	1060
Daikin Kogyo	690	700
Daiwa House	1870	1830
Daiwa Sec.	1800	1820
Eisai	2200	1930
Fuji Bank	1760	1710
Fuji Photo	3470	3230
Fuji Radio	2980	3020
Hitachi	1100	1060
Honda	1290	1280
Ikegai Iron	290	315
Isetan	1140	1130
Ito Yokado	4220	4220
Japan Air	10200	9600
Japan Met.	344	354
Japan Syn. Rubber	373	390
Jujo Paper	423	416
Kajima	1390	1330
Kansai Elec.P.	4150	3890
Kao Soap	1750	1650
Kawasaki H	188	189
Kawasaki S	198	202
Kirin Brewery	1570	1510
Komatsu	494	501
Kubota Iron	370	377
Kyocera	4180	4160
Makita El.	1570	1400
Marui	2890	2820
Matsushita El. Ind.	2060	2080
Matsushita El. Wks.	1640	1680
Minolta Camera	698	700
Mitsubishi Corp.	1020	1080
Mitsubishi El.	453	483
Mitsubishi Estate	2450	2440
Mitsubishi Heavy I.	454	475
Mitsui Co. Ltd	560	594
Mitsukoshi	1350	1270
Mitsumi El	1250	1280
Nihon Cement	645	645
Nikko Sec.	2570	2570
Nippon Kokan	257	260
Nippon Oil	1360	1280
Nippon St.	166	174
Nippon Yusen	470	471
Nissan Motor	546	584
Nomura Sec.	3110	3030
Olympus	1090	1070
Penta-Ocean	726	742
Pioneer	1480	2280
Renown	895	864
Ricoh	935	939
Sankyo	1690	1670
Seiyu Stores	1330	1290
Sekisui Pref.	1670	1670
Sharp	1020	1090
Shiseido	2040	2050
Sony	3650	3540
Sumitomo Bank	2350	2150
Taisei Corp.	940	926
Taisho Marine	968	945
Takeda Chem.	2530	2540
Teijin	718	700
Tokyo Elec.	1380	1380
Tokyo Gas	1220	1170
Tokio Marine	1800	1750
Tokyo El. Power	8370	8480
Toray Ind.	401	412
Toshiba Elec.	474	489
Toto	2030	2000
Toyo Kogyo	375	378
Toyota Motor	2190	2160
Yamaichi	1500	1480
Yamanouchi	4000	3320
Yamaha	638	682
Yamazaki	1890	1870
Index	1548,65	1546,91

Toshiba T1100 Plus. Der Portable mit ABS, permanentem Allradantrieb und Turbolader.



Trotz kleinster Abmessungen und eines Gewichts von nur 4,5 kg leistet der neue Toshiba T1100 Plus mehr als ein Standard-PC. Mit eingebauten NiCad-Batterien ist er, unabhängig vom Netz, bis zu acht Stunden arbeitsbereit. Aber auch alle weiteren Daten machen aus diesem extrem kleinen und mobilen Computer einen Riesen: Er hat einen schnellen 16 BIT-Microprocessor 80C86 mit 7,16 MHz. Die Speicherkapazität beträgt 640 KB. Es stehen gleich zwei Diskettenlaufwerke mit je 720 KB zur Verfügung. Dazu ist der Toshiba T1100 Plus kompatibel zum IBM-PC, und wer mit ihm arbeitet, wird den kontrastreichen LCD-Bildschirm (640 x 200 Punkte) schätzen.
Wenn Sie mehr über dieses rasante Gerät wissen wollen, schreiben Sie uns.

TOSHIBA
IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

Name: ______________________

Straße: ______________________

PLZ: ________ Ort: ______________

TOSHIBA Europa (I.E.) GmbH, IPS-Division, Hammer Landstraße 115, 4040 Neuss.

2. Liga

Start in die Rückrunde

sid, Hannover

In der zweiten Fußball-Liga hat die Rückrunde schon begonnen: Hannover wahrte durch ein 0:0 gegen Osnabrück den Vorsprung von acht Punkten – und hat bereits Einnahmen von drei Millionen Mark.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Hannover – Osnabrück	0:0	
Bielefeld – Köln	3:3	(1:2)
Saarbrücken – St. Pauli	0:0	
Aschaffenb. – Kassel	0:0	
Freiburg – Braunschweig	2:2	(1:1)
Darmstadt – Ulm	2:1	(0:0)
Solingen – Stuttgart	2:1	(1:0)
Aachen – Wattenscheid	0:1	(0:0)
Essen – Oberhausen	3:1	(0:0)
Karlsruhe – Salmrohr	1:0	(0:0)

DIE TABELLE

1.Hannover	20	17	1	2	52:19	35:5
2.Darmstadt	20	11	5	4	40:22	27:13
3.Osnabrück	20	11	5	4	34:30	27:13
4.Aachen	20	11	3	6	27:15	25:15
5.St. Pauli	20	9	5	6	33:28	23:17
6.Karlsruhe	20	8	4	7	37:34	22:18
7.Freiburg	20	8	6	6	30:27	22:18
8.Stuttgart	20	10	1	9	40:33	21:19
9.Saarbrücken	20	7	6	7	31:33	20:20
10.Wattenscheid	20	6	8	6	29:31	20:20
11.Essen	20	7	5	8	37:38	19:21
12.Oberhausen	20	8	3	9	29:34	19:21
13.Ulm	20	6	6	8	25:27	18:22
14.Solingen	20	8	1	11	32:40	17:23
15.Braunschweig	20	5	6	9	28:25	16:24
16.Bielefeld	20	4	8	8	25:30	16:24
17.Köln	20	4	8	8	28:39	16:24
18.Aschaffenb.	20	4	7	9	25:36	15:25
19.Kassel	20	4	6	10	20:35	14:26
20.Salmrohr	20	2	4	14	21:47	8:32

Mittwoch, 20 Uhr: Köln – Aschaffenburg. – **Samstag:** Ulm – Essen, Kassel – Darmstadt, St. Pauli – Freiburg, Stuttgart – Hannover, Braunschweig – Aachen. – **Sonntag:** Salmrohr – Saarbrücken, Osnabrück – Karlsruhe, Oberhausen – Solingen, Wattenscheid – Bielefeld.

FUSSBALL

Weltcup an River Plate

sid, Tokio

Rekordmeister River Plate Buenos Aires krönte Argentiniens Erfolgsjahr im Fußball. Nach dem zweiten Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko holte River Plate mit einem 1:0-Finalsieg über Europapokal-Gewinner Steaua Bukarest den Weltpokal zum siebten Mal nach Argentinien. „1986 ist wirklich unser Jahr. Ich komme aus dem Feiern nicht mehr heraus", sagte River Plates Torwart Nery Pumpido nach dem Triumph, an dem als weitere Weltmeister noch Oscar Ruggeri und Hector Enrique beteiligt waren.

Das Tor des Tages vor 62 000 Zuschauern im ausverkauften Nationalstadion erzielte allerdings kein Argentinier, sondern Antonio Alzamendi aus Uruguay. In Deutschland ist sein Name bekannt, seit er bei der WM-Endrunde im ersten Gruppenspiel (1:1) das 1:0 der Uruguayer gegen das deutsche Team schoß.

Für Steaua Bukarest war das 0:1 ein neuer Rückschlag. Im laufenden Europacup-Wettbewerb schied die Mannschaft bereits gegen RSC Anderlecht aus. Immerhin aber garantiert der Weltcup-Sponsor beiden Finalisten eine Gage von umgerechnet einer Million Mark.

SPRINGREITEN

Triumph für Sloothaak

dpa, London

Die Reiter aus der Bundesrepublik Deutschland feierten beim Weltcup-Springen in London einen großen Erfolg. Franke Sloothaak (Mühlen) gewann auf Farmer mit null Fehlern und der schnellsten Zeit von 42,48 Sekunden vor dem Iren Eddie Macken auf Carrols Piquet (0/43,96) und seinem Chef Paul Schockemöhle

(Sloothaak ist bei ihm Verkaufsreiter). Schockemöhle schaffte auf seiner Stute Orchidee als dritter Reiter eine fehlerlose Runde im Stechen, hatte aber mit 50,36 Sekunden die schwächste Zeit.

Der dritte Rang reichte dem dreimaligen Europameister aber, um die Führung in der europäischen Weltcup-Wertung wieder zurückzuerobern, die er vor einer Woche in Bordeaux verloren hatte. Schockemöhle weist nun auf Platz eins 52 Punkte auf. Zweiter ist Macken (48) vor dem Franzosen Pierre Durand (40). Dann folgt schon Franke Sloothaak mit 39 Zählern.

Damit ist bereits jetzt so gut wie sicher, daß die beiden Deutschen beim Weltcup-Finale Mitte April in Paris dabeisein werden. Sloothaak kassierte für seinen Sieg knapp 13 000 Mark und ein Auto im Wert von rund 37 000 Mark.

TENNIS / Boris Becker besiegte Schweden Jonas Svensson im Finale von Stuttgart mit 7:6, 7:6, 6:3

Mit viel Ballgefühl zum dritten Sieg im Turnier der jungen Meister

DW. Stuttgart

Boris Becker hat den Hattrick geschafft. In Stuttgart gewann er zum dritten Mal das ebenso oft ausgetragene Young Masters Turnier. In seinem letzten Match des Jahres besiegte er den Schweden Jonas B. Svensson in 157 Minuten mit 7:6, 7:6, 6:3. Auch 1985 im englischen Birmingham (gegen Stefan Edberg) und im Januar dieses Jahres in Berlin (gegen Mats Wilander) hatte er im Finale des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers gegen Spieler aus dem Lande des Daviscup-Gewinners triumphiert.

Es war ein äußerst spannendes Match, bei dem beide Spieler gute Leistungen boten. Für Becker war es die sechste Finalteilnahme in Folge. Nach Siegen in Sydney, Tokio, Paris und beim Einladungsturnier in Atlanta/Georgia sowie der Final-Niederlage beim Masters in New York gegen Ivan Lendl überragte er in Stuttgart alle Kontrahenten trotz der Niederlage gegen den Sowjetrussen Andrej Tschesnokow und einigen schwachen Phasen insgesamt eindeutig.

Es war ein Spiel der Publikumslieblinge Boris Becker und Jonas B. Svensson. Denn nicht nur dem Leimener, auch dem Schweden gehörten die Herzen der etwa 7500 Fans. Und die konnten sich an einem guten Spiel begeistern. Da standen sich zwei Könner ihres Faches gegenüber, die beide mit unglaublich viel Ballgefühl ausgestattet sind.

Die Geschichte des Endspielpartners von Becker klingt fast wie ein Närchen: Es war einmal ein Mann namens Jonas Svensson. Der lebte in Schweden und sammelte in seinem Beruf als Tennis-Profi einige Weltranglistenpunkte, bis plötzlich ein zweiter Jonas Svensson auftauchte. Dieser Jonas II. bekam durch eine Verwechslung Ranglistenpunkte gutgeschrieben, die eigentlich Jonas I. errungen hatte. Das mochte sich Jonas I. verständlicherweise nicht gefallen lassen. Deshalb einigten sich die beiden, hinter Jonas noch einen Buchstaben zu setzen. Jonas A. Svensson spielt im aktuellen Welttennis keine Rolle mehr, Jonas B. hingegen ist auf dem Weg nach ganz oben.

Schon vor zwei Jahren sagte dieser Jonas B. Svensson: „Ich werde mal so groß wie John McEnroe." Das war ganz zu Anfang seiner Karriere, als er 18 Jahre alt war. Heute sitzt er als 20. der Weltrangliste seinem amerikanischen Vorbild, das auf Rang 12 abgerutscht ist, schon eng auf den Fersen. Svenssons Nahziel ist der 15. Platz. „Dann der zehnte, und dann ..."

Gemeinsamkeiten mit Boris Becker gibt es nicht viele. Beide aber stehen auf der Siegerliste in Wimbledon. Denn Jonas B. gewann 1983 das Junioren-Doppel an der Seite des Australiers Mark Kratzman. Der in Göteborg geborene Svensson lebt heute in Kungsbacka. Doch die Bundesrepublik Deutschland ist sein bestes Pflaster. Hier gelangen ihm in diesem Jahr einige aufsehenerregende Erfolge: In Köln, beim Cologne Cup, gewann er seinen ersten Grand Prix, in Stuttgart-Weißenhof zog er ebenso wie jetzt in der Stuttgarter Schleyer-Halle ins Finale ein. So gelangte er innerhalb eines Jahres von Rang 128 in der Welt auf Platz 28. Hinzu kam noch ein Endspiel in Wembley, wo er in fünf Sätzen dem Franzosen Yannick Noah unterlag.

„Deutschland liegt mir", sagt Jonas B., der außerdem beim Bundesligaklub TC Bamberg an Nummer eins spielt. Hier, so meint er, stimmen Umfeld und Organisation immer. Hinzu kommt, daß er gerade in diesem Land viele Fans hat, vor allem weibliche. Beim Turnier in Stuttgart-Weißenhof beispielsweise wurde er täglich von kreischenden Teenagern empfangen. Doch „stören, nein, stören kann mich das nicht", sagt Jonas B. Svensson. „Ist doch schön, oder?"

Auf ganz eigene Art beschrieb er in Stuttgart auch die Stärken seines Finalgegners Boris Becker. Er verdrehte furchterregend die Augen, ließ die Hände einen Kreis zeichnen und schlug sie mit lautem Knall zusammen und schrie „Wham". So schlägt der Aufschlag des Deutschen ein. „Much power, so much power."

Kritik an Lendl

Ivan Lendl ist die Konzentration all dessen, was im heutigen Tennis gut und was schlecht ist." Mit diesen Worten wurde der Weltranglisten-Erste Ivan Lendl in einem fast ganzseitigen Interview mit Sportfunktionären der CSSR beschrieben, das am Samstag in der bedeutendsten tschechoslowakischen Zeitung, in der „Rude Pravo", veröffentlicht wurde. Darin heißt es, die CSSR „schätze" seine sportlichen Erfolge, habe aber „große Vorbehalte, was das Verhältnis von Ivan Lendl zu seinem eigenen Land betrifft". Mit Lendl werde in den westlichen Medien „bewußt gegen die CSSR manipuliert". Lendl sei „zu sehr auf sich konzentriert und ist nicht fähig, seine Erfolge mit jenen zu teilen, die ihn auf den Tennis-Olymp gebracht haben".

Der Kapitän der tschechoslowakischen Daviscup-Mannschaft und ehemalige Wimbledon-Sieger Jan Kodes sagte: „Lendl fühlt sich gekränkt und behauptet, er habe alles getan, was von ihm verlangt wurde. Dies stimmt nicht." Lendl habe „unannehmbare" Bedingungen gestellt, unter denen er bereit sei, repräsentativ für die CSSR zu spielen. „Wir lassen uns von Lendl nichts diktieren", meinte der Vorsitzende des Tschechoslowakischen Tennisverbandes, Cyril Suk, der Vater der CSSR-Spielerin Helena Sukova. „Unser Tennissport existierte vor Lendl und wird auch nach Lendl existieren."



Froh, daß dieses Jahr endlich vorbei ist – Boris Becker, ein müder Star in Stuttgart. FOTO: MÜLLER

Das Lächeln als Teil des Jobs, auch wenn es so verdammt schwerfällt

Auch dies gehört selbstverständlich zum Job des Tennisprofis. So sitzt er, noch in Arbeitskleidung, pünktlich vor den Mikrophonen im Keller der Stuttgarter Hanns-Martin-Schleyer-Halle. Auch wenn jetzt jeder Blick, jede Geste Müdigkeit und Abneigung andeuten.

„Warum", fragt da einer, „warum sieht man Sie in letzter Zeit so wenig lachen?" Boris Becker dreht den Kopf, fixiert sein Gegenüber mit hochgezogenen Augenbrauen und schenkt ihm für Sekunden sein strahlendstes „Cheese"-Lachen. Nein, die Frage amüsiert ihn nicht. Auch sie geht sichtlich auf die Nerven. Becker tauscht die Maske „Titelfoto" wieder gegen die Maske „Leere" und behauptet: „Ich lache genauso viel oder so wenig wie früher."

So ist es natürlich nicht. Der 19jährige lacht selten in diesen Tagen. Aber warum auch? Wer verbreitet schon Fröhlichkeit, wenn er ausgelaugt und unendlich müde die Tage bis zum längst verdienten Urlaub zählt? Erst recht, wenn er unmittelbar zuvor eine bittere Niederlage erleiden mußte.

Boris Becker, der 19jährige Tennisspieler, der in diesem Jahr den schon sagenhaften Triumph eines ungestümen Jungprofis nicht nur auf kaum für möglich gehaltene Weise bestätigte, sondern die Superstar-Legende sogar weiterschrieb, ist urlaubsreif. Und das Turnier der weltbesten Spieler bis 21 Jahre, dieses sogenannte Weihnachtsgeschenk der Stuttgarter Veranstalter an alle Tennis- oder Beckerfreunde, dieses zum gesellschaftlichen Ereignis hochgelobte Spektakel, ist dem wettkampfmüden Hauptdarsteller unendlich lästig.

Doch auch dies gehört zum Job. Zwar hat diese Niederlage gegen Ivan Lendl beim Masters-Turnier in New York bei Becker Spuren hinterlassen. Das war nicht nur vergebliches Anrennen gegen einen perfekt spielenden Weltranglisten-Ersten, das war auch ein Zurückfallen in anfängerhaftes Verhalten zu einem Zeitpunkt, als der Sprung zur Spitze schon möglich schien. Diese Erfahrung hat tiefer getroffen als jede andere Niederlage. Doch die Show muß weitergehen. Auch im Augenblick der völligen Leere bietet sich Becker keine Gelegenheit zur Ruhe.

Die Heimat wartet schon auf ihren leistungsbereiten Weltstar. Und das Geschäft will, daß er erzählt, warum er auch in diesem Jahr gerne beim Young-Masters-Turnier startet. Er könne schließlich nicht vergessen, hört man Boris Becker sagen, daß „mit diesem Wettbewerb und meinem Sieg vor zwei Jahren in Birmingham" sein großer internationaler Aufstieg begonnen habe. Auch habe er einen Titel zu verteidigen. Und so sei er in Stuttgart einfach gezwungen, „vor heimischen Publikum eine gute Leistung zu bringen. In Deutschland möchte ich meine Freunde und Fans nicht enttäuschen."

So spricht er, nimmt sich dies vielleicht auch vor – und sagt doch mit jeder Bewegung das Gegenteil. Wie er im Spiel gegen gar nicht so starke Konkurrenten beim kleinsten Fehler verzweifelt und Streit mit seinem Schläger sucht. Wie er nach dem Training, dem Repräsentanten des englischen Hauptsponsors vorgestellt, ein Lächeln versucht und dann mit leerem Gesicht über den Small talk hinweghört. Oder wie der Star vor 7000 Zuschauern bei der Ehrung der vier Halbfinalisten als letzter an den VIP-Boxen vorbeischlurft, seine Tasche achtlos fallenläßt und mit einem Stolperer den Platz betritt.

„Ich bin leer im Kopf", sagt Becker dann doch, „und ich bin echt froh, daß dieses Jahr 'rum ist."

So greift er bei diesem eher provinziellen Wettbewerb, bei dem er nicht entscheidend verlieren darf, aber eigentlich nur verlieren kann, zu jedem Strohhalm, um sich in die nötige Spannung zu versetzen. Mannschaftskamerad Eric Jelen bekommt dies im Halbfinale zu spüren. „Ich möchte nicht, daß Eric hinterher herumtönt und fragt: ‚Na, wer hat beim letzten Mal gewonnen?'" Das reicht, um den gelegentlichen Trainings- und Doppelpartner „konzentriert, in zwei soliden Sätzen ohne Flachserei und ohne leichtsinnige Fehler" klar zu bezwingen, wie Becker hinterher sagt.

Ob er sich denn nicht auch für seine Niederlage gegen den Sowjetrussen Tschesnokow vor dem deutschen Publikum habe rehabilitieren wollen? „Wenn ich auf den Platz gehe, will ich gewinnen", sagt Becker, „dann spiele ich für mich. Ob da nun keiner sitzt oder zehntausend." Und schließlich war dies nicht mehr Vorrundengeplänkel, sondern ein Halbfinalspiel: „Immer wenn ich gewinnen mußte, habe ich gewonnen – beinahe immer."

Und dabei lächelt er, trotz aller Müdigkeit. JÖRG STRATMANN

NACHRICHTEN

Krisp wechselt nicht

Mönchengladbach (sid) – Thomas Krisp, der vom Fußball-Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach an Borussia Dortmund ausgeliehen werden sollte, muß sich einer Kreuzbandoperation unterziehen. Die Verletzung hatte er beim UEFA-Cup-Rückspiel gegen Glasgow Rangers erlitten. Der Wechsel ist somit geplatzt.

Dynamo an der Spitze

Berlin (sid) – Zum sechsten Mal in Folge steht Dynamo Berlin nach der Hinspielserie der „DDR"-Fußball-Oberliga an der Tabellenspitze. Der Rekordmeister gewann beim FC Karl-Marx-Stadt mit 2:1.

Sieg bei Curling-EM

Kopenhagen (sid) – Durch einen 7:3-Finalsieg über die Schweiz wurden die deutschen Damen, vertreten durch den SC Rießersee, in Kopenhagen Curling-Europameister. Es ist der zweite Titelgewinn nach 1984.

Waldhof ohne Schlappner

Mannheim (sid) – Volker Schlappner, Sohn des Mannheimer Trainers Klaus Schlappner, gehört in der Rückrunde nicht mehr dem Fußball-Bundesligaklub SV Waldhof an. Der 22jährige kam über eine Reservistenrolle nicht hinaus und wechselt daher zum hessischen Landesligaverein FC Olympia Lampertheim.

Smith Weltmeister

New York (UPI) – Der 31jährige Amerikaner James Smith besiegte im New Yorker Madison Square Garden im Schwergewichts-WM-Kampf nach WBA-Version seinen Landsmann Tim Witherspoon durch K. o. in der ersten Runde. Smith will jetzt für eine Million US-Dollar auch gegen Mike Tyson (USA), den Weltmeister nach WBC-Version, antreten.

Pokal an Großhadern

München (dpa) – Der TSV Großhadern holte sich in Gräfelfing zum dritten Mal hintereinander den deutschen Judo-Pokal. Die Münchener besiegten im Finale JC Rüsselsheim mit 9:4.

Guter Einstand

Inzell (sid) – Die Eisschnellauf-Olympiasiegerin Monika Holzner-Gawenus (München) feierte bei der Saisoneröffnung in Inzell einen gelungenen Einstand mit Siegen über 500 m in 41,67 Sekunden und über 1000 m in 1:24,82 Minuten. Ehemann Fritz Gawenus wurde über 500 m (39,15) Dritter.

Problemlos weiter

Hamburg (dpa) – Die Volleyball-Bundesligavereine Fortuna Bonn und VdS Berlin haben die zweite Runde im CEV-Pokal erreicht. Nach einem 3:1-Hinspiel-Sieg gewannen die Bonner bei Thessaloniki (Griechenland) ungefährdet mit 3:0. VdS Berlin gewann beim VBK Ulriken Landas (Norwegen) ebenfalls glatt mit 3:0.

Erfolg für Lospichl

Cappel/Marburg (sid) – Die deutsche Achtkampf-Meisterin Isabella von-Lospichl vom TSV Weilheim gewann den erstmals ausgetragenen Grand Prix der Kunstturnerinnen in Cappel/Marburg. Mit 75,55 Punkten siegte sie vor Christine Wetzel aus Hittfeld (74,45 Punkte) und der Söllingerin Daniela Meister (73,35).

Zweigeteilte Liga

Bremen (sid) – Der Deutsche Tischtennis-Bund (DTTB) hat auf seiner Tagung in Bremen die Einführung einer zweigeteilten Bundesliga beschlossen. Ab der Saison 1988/89 sollen in den beiden Gruppen Nord/West und Süd/Südwest bei den Damen und Herren jeweils zehn Vereine spielen.

Bayern schlägt Malaysia

Kuala Lumpur (sid) – Beim ersten Spiel seiner Asien-Tournee besiegte der deutsche Fußball-Meister FC Bayern München in Kuala Lumpur die Nationalelf von Malaysia mit 3:0 (1:0). Die Treffer erzielten Matthäus und Augenthaler jeweils per Strafstoß. Der dritte Treffer war ein Eigentor.

Zakspeed wechselt zu BMW

München (sid) – Nach zehnjähriger Kooperation mit Ford wird das Niederzissener Zakspeed-Team ab der Saison 1987 mit BMW zusammenarbeiten und das Junioren-Team der Bayerischen Motoren-Werke einsetzen. Dies erklärte Rennstallbesitzer Erich Zakowski.

Meister dominierten

Moers (dpa) – Die Tauberbischofsheimer Thorsten Weidner und Anja Fichtel dominierten in Moers bei den deutschen Juniorenmeisterschaften der Florettfechter nach Belieben. Weidner sicherte sich durch einen ungefährdeten 10:4-Finalsieg über seinen Vereinskameraden Ulrich Schmitt den Titel, und Anja Fichtel setzte sich mit 8:4 gegen Katja Nass (Offenburg) klar durch.

HANDBALL / Bundesliga-Kolume: Terminhetze der Nationalspieler – Frauen-WM: Versöhnlicher Abschluß

Kopfstoß und Ellenbogencheck – Duell zwischen Krebs und Heiner Brand

Nach dem Abpfiff lief Essens Abwehrspezialist **Peter Krebs** (29) zur Tribüne. In jene Ecke, in der sich Hunderte von Zuschauern durch Fahnen, Schals und Kleidungsstücke in Rot-Weiß als Anhänger von TuSEM Essen ausgewiesen hatten. Mit beiden Händen zerrte Krebs an seinem Trikot, deutete auf die blutverschmierte Brust und genoß sichtlich den Beifall der Fans.

Mit seiner Geste erinnerte Peter Krebs an die häßlichste Phase des Spiels zwischen dem VfL Gummersbach und TuSEM Essen, Tabellenführer der Handball-Bundesliga. Zehn Minuten vor dem Ende hatte er seinen Gegenspieler **Heiner Brand** (34) mit einem Ellbogencheck zu Boden gestreckt, kurz darauf hatte sich Brand mit einem Kopfstoß revanchiert und Krebs dabei eine blutende Mundverletzung zugefügt.

Gummersbachs Obmann **Eugen Haas** (70), angesichts der 13:14-Niederlage im Prestigekampf mit Essen emotional noch sehr aufgewühlt, forderte sogleich eine einseitige Strafe: „Peter Krebs sollte man das Handballspielen verbieten. Er spielt seit Jahren so unfair wie kein anderer." Krebs wehrte sich: „Brand ist ein genauso harter Spieler wie ich. Nur mit dem Unterschied, er hat durch seinen Namen einen Bonus bei den Schiedsrichtern und in der Öffentlichkeit."

*

Die Härte im Handball und die Reaktion der Schiedsrichter darauf ist seit Jahren ein Dauerthema. Kraft, Schnelligkeit, das hohe Tempo und die Ansammlung vieler Spieler auf engstem Raum sind fast zwangsläufig Ursache für Zweikämpfe an der Grenze der Fairneß.

Böse Fouls aber häufen sich immer erst in der Schlußphase eines Spiels. Wenn die Konzentration durch nachlassende Kraft geschwächt ist, wenn die psychische Stabilität durch eine drohende Niederlage oder die Hektik des Publikums angekratzt ist – in solchen Phasen lassen sich Spieler zu Handlungen hinreißen, die ihnen zu Beginn eines Spiels nie unterlaufen würden.

So war es auch am Samstag in Gummersbach. Fünfzig Minuten verlief das Spiel hart, aber fair. Obwohl sich die beiden besten Abwehrreihen der Bundesliga gegenüberstanden. Von daher waren die Voraussetzungen klar: Anstelle eines technisch und spielerisch hochklassigen Angriffsspiels war eine verbissene Abwehrschlacht zu erwarten. Darauf hatte sich auch der Deutsche Handballbund (DHB) eingestellt. Er hatte sein bestes Duo geschickt: **Günther Heuchert** und **Volker Norek**. Sie waren bestens vorbereitet. Von Anfang an unterbanden sie jeden Versuch unfairer Attacken. Nie versuchten sie, sich auf Kosten der Spieler zu profilieren, hatten immer noch ein Wort, manchmal ein Lächeln für die Spieler. So gelang es ihnen, die aufgeheizte Stimmung in der in dieser Saison erstmals ausverkauften Gummersbacher Sporthalle zu entkrampfen.

*

Nicht nur das Verhalten der Schiedsrichter, auch das Verhältnis der Spieler zueinander sorgte für eine überwiegend angenehme Atmosphäre. Mit Gesten der Entschuldigung sorgten sie auch in kritischen Situationen immer wieder für Entspannung. Zwischendurch hatten sie Zeit für amüsante Bemerkungen, grinsten sich an, klopften sich gegenseitig auf die Schultern. Die Rivalität beschränkte sich auf das sportliche Ergebnis, nicht auf persönliche Antipathien. Schließlich kennen sich die meisten von ihnen aus gemeinsamen Spielen in der Nationalmannschaft, wo sie in zwei Monaten wieder alle für das gleiche Ziel kämpfen werden: um die Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988.

Nationalspieler zu sein, ist in diesen Wochen Schwerarbeit. Zwar ist am Wochenende die Hinrunde in der Bundesliga nach dem 13. Spieltag abgeschlossen worden, doch eine Pause gibt es nicht. Heute und morgen treten die Nationalspieler wieder zu zwei Spielen gegen Rumänien an, am Wochenende ist wieder Bundesliga. Selbst an den Weihnachtsfeiertagen wird täglich trainiert, weil auch am darauffolgenden Samstag wieder Bundesligaspiele sind. „Da werde ich dann auch Fußball spielen lassen, um die Jungs überhaupt ans Laufen zu bringen", sagt Gummersbachs Trainer **Klaus Brand** (45) und fügt hinzu: „Sie können sich sicherlich vorstellen, mit welcher Lust die im Moment noch zum Training kommen und was die auch in ihren Familien zu hören bekommen." Nicht nur die Lust, auch die Leistung leidet offensichtlich schon. Der TV Großwallstadt, einziger noch ernst zu nehmender Verfolger von Tabellenführer TuSEM Essen, gewann beim Abstiegskandidaten VfL Hameln nur knapp mit 13:12. Ganz schwach dabei die Leistung von **Martin Schwalb** (23) und **Hans-Jürgen Müller** (24), die vor drei Wochen beim Karpaten-Turnier in Rumänien noch zu den überragenden Spielern gehörten. ULLA HOLTHOFF

Mit Platz sieben in eine ungewisse Zukunft

R. FÜLSCHER, Amsterdam

Die Zukunft der Handball-Nationalmannschaft der Frauen aus der Bundesrepublik Deutschland hat längst begonnen. Der starke letzte Auftritt bei den Plazierungsspielen der Weltmeisterschaft wurde zwar mit dem siebten Platz belohnt. Der Abpfiff nach dem 18:17 gegen Ungarn aber war für das Team von Bundestrainer Ekke Hoffmann zugleich Start in eine ungewisse Zukunft.

Das Personalkarussell beginnt sich wie immer nach solch einem Turnier zu drehen. Ausgerechnet Rekordnationalspielerin Dagmar Stelberg, die bei der Weltmeisterschaft 53 Treffer erzielte, machte mit ihrem angekündigten Rücktritt den Anfang. Mannschaftsführerin Petra Platen und Torfrau Astrid Hühn „werden sich Gedanken machen". Aber nicht nur dies wird Probleme auftürmen, sondern auch die permanente Suche nach sozialer Absicherung für die besten Spielerinnen in einer immer noch um Anerkennung ringenden Sportart.

Nicht zuletzt an mangelnder Unterstützung von außen ist die junge Mannschaft (Durchschnittsalter 24 Jahre) an der durchaus möglichen Olympia-Qualifikation gescheitert. Aber zu viele Spielerinnen mußten wie Abwehrchefin Sylvia Schmitt wegen Verletzungen oder aus beruflichen Gründen absagen, als daß Hoffmann in kontinuierlicher Arbeit ein WM-Team hätte zusammenschweißen können, daß auch den nervlichen Belastungen standgehalten hätte.

„Frauen-Handball ist bei uns an seine Grenzen gestoßen, die nicht zu verändern sind. Sie hinauszuschieben wäre genauso falsch, wie sich daran den Kopf zu stoßen", meinte Hoffmann. Auch wenn er nach der „zufriedenstellenden Standortbestimmung" von einem „verhältnismäßig guten Erfolg" sprach, ist dem 42 Jahre alten Trainer aus Urach nur zu genau klar, welcher Berg sich vor ihm und der DHB-Auswahl auftürmt.

„Ich weiß, daß die Arbeit schwieriger werden wird. Die Perspektive hat sich im Umkreis der Bundesliga verschlechtert, und vom Nachwuchs ist nicht viel Substanz zu erwarten", meinte Hoffmann, der „erst einmal Mut und Kraft für den Neuaufbau tanken will".

Die Personaldecke, Qualität und physische Belastbarkeit der 16 Spielerinnen, von denen bis auf Sabine Kalla und Claudia Sturm alle eingesetzt wurden, hat sich bei der WM als zu dünn erwiesen. Das Leistungsgefälle in der Mannschaft ist noch zu groß, als daß der Trainer bei sieben Spielen in zehn Tagen „aus dem vollen schöpfen könnte", um Leistungskonstanz zu etablieren. Der Einbruch gegen die CSSR (13:19) kostete letztendlich den Olympia-Platz in Seoul und bedeutete zugleich den Abstieg in die B-WM 1987 in Bulgarien.

Von den Säulen Dagmar Stelberg, Astrid Hühn und Kapitän Petra Platen getragen, sprang der Funke nicht über, um aus der großen Olympia-Chance mehr zu machen. „Die werden wir so schnell nicht wiederbekommen", sagt Hoffmann. Wenn nicht 1987 in Bulgarien die Chance wahrgenommen wird, den Turniersieg und damit den einzig noch freien Platz in Seoul zu ergattern, ist die Zweitklassigkeit nach der Bronzemedaille bei der B-WM 1985 zumindest bis 1990 zementiert. (dpa)

SCHWIMMEN

Auf dem Weg zum Sieg im Europapokal

sid, Malmö

Die Männer aus der Bundesrepublik Deutschland schwimmen beim 7. Kurzbahn-Europacup im schwedischen Malmö als Titelverteidiger auf Siegkurs. Am zweiten Tag erreichten alle Schützlinge von Bundestrainer Manfred Thiesmann die Finals. Nach sieben von 14 Entscheidungen führte der DSV mit 116 Zählern vor Schweden (95) und der UdSSR (90).

Auch die Frauen liegen gut im Rennen und können ihren zweiten Platz vom ersten Tag (102 Punkte) verteidigen. Ausfälle blieben ebenfalls Fehlanzeige, und die Vorlauf-Leistungen lassen auf sehr gute Finalplazierungen schließen. So etwa von der bereits 25 Jahre alten Karin Seick (Winsen), die über 100 m Freistil als Drittbeste aller Vorläufe in den Endlauf einzog und in 55,93 Sekunden ihren eigenen Rekord von 55,43 nur knapp verfehlte.

Der DSV stellte zwei Vorlauf-Sieger: Frank Hoffmeister (Bochum) über 100 m Rücken in 55,78 und Bert Goebel (Dormagen) über 200 m Brust in 2:16,06. In Rekordlaune ist die 4x100-m-Freistilstaffel, die in der Besetzung Thorsten Wiegel (Dortmund), Rolf-Dieter Maltzahn (Hannover), Miloslav Rolko (Heidelberg) und André Schadt (Darmstadt) in 3:18,67 hinter Schweden (3:17,85) Vorlauf-Zweiter wurde. Der alte Rekord vom 19. Dezember 1982 steht bei 3:18,53.

Zum Auftakt des mit 16 Ländern besetzten Europacups hatte es für den DSV durch Rolf Beab (Dormagen) über 100 m Brust, Svenja Schlicht (Hamburg) über 100 m Rükken, die 4x100-m-Lagenstaffel der Herren (3:40,46/DSV-Rekord) und die 4x100-m-Freistilstaffel der Mädchen (3:43,81/DSV-Rekord) vier Einzelerfolge gegeben.

Der 19 Jahre alte Europacup-Neuling Thorsten Wiegel schwamm als Startmann der Freistilstaffel hervorragende 49,49 Sekunden und ist nun hinter André Schadt (49,20) und Michael Groß (49,32) der drittbeste Bundesdeutsche in dieser Disziplin. In der ewigen Weltrangliste schob er sich damit unter die ersten zwanzig (die Wettbewerbe dauerten bei Redaktionsschluß noch an).

SKI ALPIN / Naturbursche aus Kanada, immer wieder Wasmeier und ein neues Talent im Damenteam

Am Abend nach dem Erfolg „an der Bar vollauf beschäftigt"

sid/dpa, Val Gardena

Einer seiner Vorgänger, sein Landsmann Dave Irwin, hieß unter den Artisten des Skizirkus nur Dave Irrsinn. Weil er sich so verwegen auf die Abfahrtsstrecken stürzte. Nach dem Motto: Sieg oder Krankenhaus. Genauso einer ist der junge Kanadier Rob Boyd. 20 Jahre jung und bar jeder Favoritenlast, die bekanntlich die Beine lähmt und das Denken blockiert.

Mit der Startnummer 26 stürzte sich Rob Boyd am Samstag auf die Abfahrtsstrecke Saslong im italienischen Val Gardena. Technisch bescheiden, dafür aber um so mutiger. „Boyd ist wie der Teufel gefahren und hat Kopf und Kragen riskiert," sagt Sepp Wildgruber (Oberaudorf), der im vergangenen Jahr an gleicher Stelle Dritter und am Samstag 15. geworden war. Und Markus Wasmeier (Schliersee) staunte: „Der Bursche fährt brutal wie kein anderer."

Dem brutalen Fahrstil des Kanadiers hatte selbst Wasmeier nichts entgegenzusetzen. Obwohl er ein fabelhaftes Rennen hingelegt hatte: Mit der Startnummer sieben war er angetreten, hatte zwei Minuten lang die kraftzehrende Abfahrtshocke in idealer Haltung demonstriert und die berüchtigten Kamelbuckel so elegant übersprungen wie kein anderer – doch am Ende gewann der Naturbursche aus Kanada.

Wasmeier, der die ideale Abfahrts- und Sprunghaltung im Sommer bei Tests im Windkanal des VW-Werks in Wolfsburg erarbeitet hatte, lag nach seinem Lauf überlegen an der Spitze und fürchtete eigentlich nur den Italiener Michael Mair, der auf seinem Haushang und vor eigenem Publikum schließlich auch erwartungsgemäß um sieben Hundertstelsekunden schneller war als Wasmeier. Unten im Ziel nahmen Wasmeier und Mair schon die Glückwünsche entgegen, als Rob Boyd zur allgemeinen Überraschung noch zum Sieg raste.

Plötzlich war Wasmeier nur noch Dritter. Doch der nahm es gelassen. „Klar wäre ich lieber Zweiter geworden, aber ich bin optimal gefahren. Warum also jetzt ärgern?" fragte Wasmeier. Dagegen war der Sieger richtig wortkarg: „Das gibt's ja gar nicht", sagte Rob Boyd, nachdem er einige Momente gebraucht hatte, um seinen Erfolg richtig zu begreifen. Kurz darauf aber wurde er gesprächiger. Als Journalisten im Ziel anfragten, ob er abends zu sprechen sei, antwortete Boyd: „Das geht leider nicht, heute abend bin ich in der Bar vollauf beschäftigt."

Die Plätze 40, 43 und 49 waren bisher in dieser Saison seine Ausbeute. Nur im vergangenen Winter hatte er mit dem sechsten Platz im schwedischen Are schon einmal aufhorchen lassen. Jetzt bewirkte er mit seinem Sieg , daß seinem österreichischen Trainer Heinz Stohl „ein Stein vom Herzen fiel". Stohl hatte in den vergangenen Monaten wesentliche und teure Neuerungen vom kanadischen Verband gefordert, aber keine Erfolge vorzuweisen gehabt. Systematischer Trainingsaufbau, zentrale Konditionslehrgänge, ein Förderteam für Olympia 1988 in Calgary und eine eigene Europacup-Mannschaft – das war bisher in Kanada nicht üblich.

Talente wurden per Zufall gefunden. Wie im Fall von Rob Boyd. Dessen Vater ist Manager der Weltcup-Skistation Whistler Mountain, seine Schwester ist Mitglied des kanadischen Freestyleteams. Rob selbst ist ein sportliches Allroundtalent, der dem Skisport zuliebe auf eine mögliche Karriere als Eishockey-Profi verzichtet hat. Seit seinem zehnten Lebensjahr fährt er Skirennen, schult sein Gleichgewichtsgefühl in der Freizeit beim Surfen und Motocrossfahren. „Das hat mir die Sicherheit beim Springen gegeben," sagt er.

Den größten Sprung seiner Laufbahn hat er am Samstag in Val Gardena gemacht. Sein Sieg gibt nicht nur ihm ein neues Selbstbewußtsein, sondern erhellt auch die düsteren Zukunftsperspektiven der kanadischen Skifahrer, die zuletzt Ende der 70er Jahre mit Ken Read, Dave Irwin und Steve Podborksi in der Weltklasse vertreten waren. Der einzige, der seitdem Anschluß halten konnte, war Todd Brooker. Und der ist schon seit Saisonbeginn verletzt.



● Markus Wasmeier ist Weltmeister im Riesenslalom. Aber gestern beim Weltcup-Rennen im Grödnertal belegte er nur Platz 15. Ist der Riesenslalom noch seine Spezialdisziplin, hat der Weltmeister endgültig ein neues Gebiet gefunden, auf dem er sein Ausnahmetalent beweisen will? Bei der Abfahrt am Tag zuvor kam er auf Platz drei. Altmeister Karl Schranz sagte zu ihm: „Jetzt bist du ein richtiger Abfahrer."

● Beim Riesenslalom in Val Gardena triumphierten mit Richard Pramotton, Alberto Tomba und Oswald Tötsch drei Italiener, bester Deutscher war Frank Wörndl als Siebter. Eine nicht so große Enttäuschung wie das Abschneiden von Marina Kiehl, die als Cupverteidigerin im Super-G nur Platz 18 belegte. Hier gewann Maria Walliser, Michaela Gerg belegte Platz fünf. Ein gelungenes Comeback feierte Traudl Hächer (Platz zwölf).

● Im deutschen Damenteam fällt immer häufiger ein Name: Christine Meier (Foto). Nach einem Kreuzbandriß im November 1984 fuhr sie ein Jahr lang keine Rennen, jetzt ist die 20jährige aus Tegernsee stets in den Weltcuprängen vertreten. Gestern kam sie mit Startnummer 41 noch auf Platz neun, am Samstag war sie Siebte im Abfahrtslauf. Ein neuer Stern? Sie sagt: „Ich kann es noch gar nicht glauben."

Christine Meier: „Ich mußte den inneren Schweinehund überwinden"

dpa/sid, Val d'Isère

Im französischen Val d'Isère sorgte Christine Meier für Furore im Team des Deutschen Ski-Verbandes (DSV). Die 20 Jahre alte Tegernseerin avancierte in nur wenigen Tagen zum Senkrechtstarter. Nach der ersten Abfahrt rangierte sie auf Rang 14, raste dann bei der vierten Weltcup-Abfahrt die 2154 Meter lange Strecke (615 Meter Höhenunterschied) als Siebte zu Tal und erreichte im ersten Super-Riesenslalom in Val d'Isère einen neunten Rang.

Christine Meier krönte damit eine konstante Leistung und fuhr in den Weltcup-Rängen weiter nach vorn. Hinter Michaela Gerg (47 Punkte) steht sie im Gesamt-Weltcup bereits auf Position 17. „Ich kann machen, was ich will, es läuft einfach super", meinte das quirlige und immer lustige Mädchen bescheiden nach dem erfreulichen Erfolg.

Im letzten Winter schien ihre Karriere schon beendet. Nach einem Sturz im Abfahrtstraining vor elf Monaten erlitt sie einen Kreuzbandriß und einen Knorpelschaden. Beide Verletzungen kurierten nur langsam aus. Nach der Zwangspause wieder den Anschluß zu finden, war für Christine Meier nicht leicht. „Ich mußte echt kämpfen, meinen inneren Schweinehund zu überwinden, bevor ich wieder die Pisten hinunterrasen konnte", erinnert sich die Nachwuchsläuferin.

Damen-Trainer Willi Lesch zeigte sich überaus zufrieden über die Leistung der B-Kader-Fahrerin: „Für sie persönlich freue ich mich sehr. Den Namen Christine Meier wird man sich wohl in Zukunft merken müssen", kommentierte er am Schlußtag.

In 1:27,90 Minuten lag das nur 1,52 Meter große Leichtgewicht hauchdünn vor der Inzellerin Regine Mösenlechner (1:27,91) und ließ sogar die Weltcup-Gewinnerin in dieser Disziplin, Marina Kiehl, hinter sich. Nach einem zehnten Platz am zweiten Tag fiel Marina Kiehl schließlich noch unter Form auf Rang 18 zurück.

Ein gelungenes Comeback feierte die Schlechingerin Traudl Hächer. Nach ihrer schweren Knieoperation fuhr sie stark bandagiert am Schlußtag auf einen erfreulichen zwölften Platz (1:25,14). „Ich bin froh, daß es so gelaufen ist. Ich wollte unter die ersten 15, und das ist mir gelungen", strahlte die 24jährige Gemeindeangestellte.

Michaela Gerg, beste Fahrerin des DSV in Val d'Isère, war mit ihrer Leistung nicht zufrieden, hatte sie doch die beste Zwischenzeit vorgelegt. Im unteren Teil belastete sie aber einen Ski falsch und kam bei der Korrektur fast zum Stehen. „Da war das Rennen für mich gelaufen", meinte sie etwas enttäuscht. Dennoch ließ sie sich nicht den Mut nehmen: „Wir wollen im Januar bei der Weltmeisterschaft in Crans Montana in Hochform sein und nicht unbedingt jetzt."

Die Schweizer Ski-Mädchen sind dagegen bereits Spitze: Beim ersten Super-Riesenslalom von Val d'Isère konnte nur die Französin Cathérine Quittet (1:23,61) einen totalen Erfolg der Schweizerinnen verhindern. Mit Maria Walliser (1./1:23,46), Vreni Schneider (3./1:23,87) und Michela Figini (4./1:23,93) dominierten sie und konnten sogar den Ausfall von Erika Hess verkraften.

SKI NORDISCH

Klauser: Gute Form bestätigt

sid, München

Vor einer Woche belegte er Platz zwei bei einem Weltcup-Skispringen auf der Großschanze in Thunder Bay, gestern bewies er, daß diese gute Plazierung kein glücklicher Zufall war: Thomas Klauser gehörte gestern auch auf der 90-m-Schanze von Lake Placid zu den Besten. Als Sechster ließ er die Olympiasieger Jens Weißflog (7.) aus der „DDR" und Matti Nykänen (13.) aus Finnland hinter sich.

„Jetzt kann er es endlich, er bewältigte mit zweimal 108 m zwei gleichwertige Durchgänge. Schanzen, die große Weiten ermöglichen, sind seine Stärke", kommentierte der in Europa mit dem Rest der Truppe trainierende Bundestrainer Ewald Roscher den erneuten Paukenschlag seines besten Mannes für die Vier-Schanzen-Tournee und die Nordische Ski-WM im Februar in Oberstdorf.

Im Gesamt-Weltcup ist Klauser mit 34 Punkten jetzt Vierter hinter Vegard Opaas aus Norwegen (49), der mit dem Sieg in Lake Placid die Führung übernahm, sowie Nykänen (48) und Weißflog (43), den Siegern von Thunder Bay. Roscher glaubt auch den Grund für Klausers Comeback gefunden zu haben: „Mit 14 Jahren wurde er als Wunderkind gefeiert. Danach wuchs er um 15 Zentimeter und nahm 15 Kilogramm zu. Im Skispringen heißt das: alles neu erlernen und neu erfühlen."

Viel Geduld muß der Deutsche Ski-Verband weiterhin mit seinen Skilangläufern haben. Mit fast zwei Minuten Rückstand auf den überragenden Gunde Svan, der vor Torgny Mogren (Schweden) sowie Wladimir Smirnow (UdSSR) in Cogne (Italien) im Weltcuprennen über 15 Kilometer (freier Stil) triumphierte und mit 50 möglichen Punkten bereits wieder souverän die Gesamtwertung anführt, landete Stefan Dotzler (München) auf Platz 46, Jochen Behle (Willingen) zwei Ränge dahinter. Doch Behle konzentriert sich auf den herkömmlichen Diagonalschritt, in dem bei der WM die Entscheidungen über 15 und 30 km fallen.

Unter „ferner liefen" rangierten auch Karin Jäger (53.) und Birgit Kohlrusch (60.) beim 5-km-Rennen der Damen in Val di Sole, wo es nach Marianne Dahlmo in Ramsau durch Brit Pettersen den zweiten Sieg für Norwegen gab. Rekordmeisterin Karin Jäger blieb der Trost, daß sie nach einjähriger Pause auch beim zweiten Saisonstart vor der deutschen Meisterin ins Ziel kam und damit seit 1981 von keiner DSV-Läuferin mehr besiegt worden ist.

TURNEN / Lehrstunde für die Nationalriege

Nur Andreas Aguilar hielt mit den russischen Stars mit

dpa, Offenbach

Die Meister aus der UdSSR erteilten den deutschen Turnern eine Lehrstunde, aber die Lehrlinge zeigten, daß sie schon manche Lektion intus haben. Die ohne den beim DTB-Pokal in Stuttgart verletzten Dimitrij Worobjew angetretenen UdSSR-Turner gewannen in Offenburg dennoch den Länderkampf gegen die Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland sicher mit 286,00:281,15 Punkten. Auch ohne Streichnote turnten die Gäste volles Risiko und Weltklasse am laufenden Band. Zu Publikumslieblingen avancierten Tagessieger Walerij Ljukin mit 58,40 und Andreas Aguilar (Hannover), der mit 56,65 Punkten und dem fünften Rang einen internationalen Achtungserfolg verbuchen konnte.

Eine tapfer kämpfende deutsche Mannschaft hielt die Niederlage in Grenzen und steigerte sich am übermächtigen Gegner „zu einer tollen Leistung", so Bundestrainer Uli Ott. Cheftrainer Vaclav Kubicka setzte noch eins drauf: „So gut habe ich die Russen noch nie in einem Länderkampf gegen uns gesehen." In der Tat, die Sowjets turnten nicht wesentlich schwieriger, jedoch alles ein Quentchen eleganter, sicherer, sozusagen auf den Punkt genau, und das addiert sich eben. Tagessieger Ljukin turnte einen Schnitt von über 9,70 Punkten und erzielte am Reck sogar eine 9,90. Der 20jährige Moskauer dürfte mit Sicherheit zum sowjetischen WM-Aufgebot 1987 in Rotterdam zählen. Platz zwei (57,70) belegte Routinier Alexander Toumilowitsch, es folgten die beiden 18jährigen Maxim Djomkin (56,90) und Rawil Adejew (56,70).

Dicht dahinter kam erfreulicherweise Andreas Aguilar. Der Weltklassemann an den Ringen (9,75) überzeugte nach langer Zeit endlich auch mal im Mehrkampf. „Über meine 56,65 bin ich ganz happy", freute sich der Student der Wirtschaftswissenschaften zu Recht. Aguilar turnte überdies sehr mannschaftsdienlich, ging dreimal zuerst an das Gerät. Auch Manfred Wittner vom TV Herbolzheim, Uwe Hornung (Frankfurt) und Mike Beckmann (Gevelsberg) konnten gut mithalten, während Ralph Kern und Andreas Japtok zwar alles riskierten, aber nicht ganz an die zuletzt gezeigten Erfolge anknüpfen konnten.

ZAHLEN · ZAHLEN · ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 13. Spieltag: Erfurt – Bischofswerda 3:0, Cottbus – Brandenburg 2:0, Karl-Marx-Stadt – Dynamo Berlin 1:2, Frankfurt – Magdeburg 1:0, Dresden – Jena 1:1, Riesa – Lok Leipzig 1:3, Union Berlin – Aue 0:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 22:4, 2. Lok Leipzig 20:6, 3. Aue 16:10. – **Erste englische Division:** Aston – Manchester United 3:3, Luton – Everton 1:0, Manchester City – West Ham 3:1, Newcastle – Nottingham 3:2, Norwich – Arsenal 1:1, Queens Park – Charlton 0:0, Tottenham – Watford 2:1, Wimbledon – Sheffield 3:0. – Tabellenspitze: 1. Arsenal 37 Punkte, 2. Nottingham 35, 3. Everton 32. – **Weltpokal** in Tokio: Steaua Bukarest – River Plate Buenos Aires 1:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Köln – Bayreuth 93:87. – **Damen,** 11. Spieltag: München – Porz/Hennef 92:65, Barmen – Oberhausen 81:65, Wolfenbüttel – Düsseldorf 52:75, Köln – Weilheim 75:64.

EISHOCKEY

Bundesliga, 21. Spieltag: Düsseldorf – Frankfurt 12:1, Iserlohn – Schwenningen 13:2, Kaufbeuren – Köln 3:4, Mannheim – Rosenheim 3:5, Rießersee – Landshut 2:4.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Leverkusen – RW Köln 5:5, Hannover – Hamburg 13:8, Gladbach – Krefeld 13:9, SW Köln – Berlin 7:8. – Gruppe Süd: Stuttgart – München 8:4, Heidelberg – Limburg 9:9, Bad Dürkheim – Mülheim 13:9, Frankenthal – Rüsselsheim 9:9, Limburg – Mülheim 9:9, München – Frankenthal 7:7, Rüsselsheim – Stuttgart 4:5, Heidelberg – Bad Dürkheim 8:10. – **Damen,** Gruppe Nord: Brandenburg – Braunschweig 9:4, UHC Hamburg – DHC Hannover 7:0, Berlin – HC Hannover 5:8, Klipper Hamburg – Bremen 11:3, Brandenburg – HC Hannover 12:6, Bremen – UHC Hamburg 5:6, DHC Hannover – Klipper Hamburg 6:10, Brlin – Braunschweig 5:12. – Gruppe Süd: Düsseldorf – Leverkusen 8:8, Hanau – Raffelberg 3:2, Frankfurt – Krefeld 8:6, BW Köln – Frankenthal 9:2, Hanau – Krefeld 3:2, Frankfurt – Raffelberg 9:6, Leverkusen – Frankenthal 19:3, BW Köln – Düsseldorf 9:3.

HANDBALL

Weltmeisterschaft der Frauen in Holland, Finalrunde um Platz 11: Südkorea – Österreich 31:30; um Platz neun: Holland – China 17:22; um Platz sieben: Bundesrepublik Deutschland – Ungarn 18:17; um Platz fünf: Rumänien – Jugoslawien 28:26. – **Bundesliga,** Herren, 13. Spieltag: Göppingen – Hofweier 22:22, Gummersbach – Essen 13:14, Hameln – Großwallstadt 12:13, Kiel – Schutterwald 30:14.

RINGEN

Bundesliga, Finalkämpfe, Rückrunde, Gruppe A: Aalen – Witten 16:18.5, Schifferstadt – Reilingen 23.5:13.5. – Gruppe B: Bonn-Duisdorf – Urloffen 24:12, Wiesental – Goldbach 23:16.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Gröden: 1. Boyd (Kanada) 2:01,76, 2. Mair (Italien) 2:01,90, 3. Wasmeier (Bundesrepublik Deutschland) 2:01,97, 4. Heinzer 2:02,56, 5. Müller 2:02,57, 6. Zurbriggen (alle Schweiz) 2:02,69, ... 15. Wildgruber 2:03,25 (Bundesrepublik Deutschland). – Stand Abfahrts-Weltcup: 1. Zurbriggen 70 Punkte, 2. Müller 62, 3. Wasmeier 52 ... 12. Wildgruber 17. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Zurbriggen 85, 2. Wasmeier 77, 3. Müller 62, ... 19. Wildgruber 17, ... 25. Renoth 12, ... 30. Eder 10, ... 39. Wörndl (alle Bundesrepublik Deutschland). – **Riesenslalom** in Alta Badia/Italien: 1. Pramotton 2:45,26, 2. Tomba 2:45,49, 3. Tötsch (alle Italien) 2:45,54, 4. Stenmark (Schweden) 2:45,60, 5. Pieren (Schweiz) 2:45,72, 6. Erlacher (Italien) 2:45,90, 7. Wörndl 2:46,07, ... 9. Eder 2:46,78, ... 11. Stuffer 2:47,04, ... 14. Schick 2:47,69, 15. Wasmeier 2:47,81. – **Weltcup-Abfahrt** der Damen in Val d'Isère: 1. Graham (Kanada) 1:26,42, 2. Walliser (Schweiz) 1:27,14, 3. Quittet (Frankreich) 1:27,45, 4. Armstrong (USA) 1:27,60, 5. Savijarvi (Kanada) 1:27,74, 6. Pillinger (USA) 1:27,89, 7. Meier 1:27,90, 8. Mösenlechner 1:27,91, 9. Gerg 1:28,04, 10. Kiehl (alle Bundesrepublik Deutschland). – Stand Abfahrts-Weltcup: 1. Walliser 40, 2. Graham 36, ... 7. Mösenlechner 16, ... 10. Meier, Gerg und Kiehl je 10. – Gesamt-Weltcup: 1. Walliser 60, 2. Hess, 3. Schneider (beide Schweiz) 46, ... 5. Gerg 36, ... 15. Mösenlechner 16, ... 17. Kiehl 15, ... 27. Meier 11. – **Superriesenslalom** der Damen in Val d'Isère: 1. Walliser 1:23,46, 2. Quittet 1:23,61, 3. Schneider 1:23,87, 4. Figini (Schweiz) 1:23,93, 5. Gerg 1:24,01, 6. Fernandez-Ochoa (Spanien) 1:24,35, .. 9. Meier 1:24,98 und McKinney (USA) 1:24,98, ... 12. Hächer (Bundesrepublik Deutschland) 1:25,14.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Ottobrunn – Dachau 2:3. – **CEV-Pokal,** 1. Runde Rückspiel: Thessalonini – Fort. Bonn 0:3, **Europapokal,** Rückspiel: Ulriken Landas/Norwegen – Berlin 0:3. – **Europacup:** Feuerbach – Kulubu/Türkei 3:0. – **Damen,** Bundesliga: Lohhof – Schwerte 3:0, Vilsbiburg – Oythe 2:3. – **CEV-Pokal,** 1. Runde Rückspiel: Berlin – Dames/Belgien 3:1.

JUDO

Turnier der Damen in Fukuoka/Japan, Klasse bis 61 kg: 1. Mochido (Japan), ...3. Schweizer (Bundesrepublik Deutschland); bis 66 kg: 1. Hartl (Österreich); bis 72 kg: 1. Berghmans (Belgien); über 72 kg: 1. Gao (China).

BOXEN

Bundesliga: Flensburg – Leonberg 14:12, Berlin – Leverkusen 14:12, Landshut – Frankfurt 13:13.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Shabano (Frl. P. Simmendinger), 2. Gentleboy, 3. Ben Achmed, Toto: 18/12, 66, 26, ZW: 188, DW: 1460, 2. R.: 1. Ombra (P. Gehm), 2. Rene, 3. Fernandel, Toto: 120/18, 22, 13, ZW: 1156, DW: 3632, 3. R.: 1. Star Gold (Frl. M. Diedrichsen), 2. Graf Dulcor, 3. Best Boy, Toto: 96/30, 38, 26, ZW: 2212, DW: 33 664, 4. R.: 1. Schützenreiter (P. Remmert), 2. Mirka, 3. Bonfire, Toto: 176/42, 22, 19, ZW: 1336, DW: 6136, 5. R.: 1. Tassino (G. Ording), 2. Samson, 3. Carinus, Toto: 64/22, 30, 21, ZW: 1340, DW: 6492, 6. R.: 1. Insignia (Frl. M. Blasczyk), 2. Didicas, 3. Serestus, Toto: 192/34, 21, 18, ZW: 1624, DW: 10 824, 7. R.: 1. Tachira (F. Puchta), 2. Silenos, 3. Ordo Presto, Toto: 52/22, 26, 66, ZW: 360, DW: 7448, 8. R.: 1. Sir Speedy (M. Kosman), 2. Amber Star, 3. Tacco, Toto: 164/4, 62, 26, ZW: 3536, DW: 20 644.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 10, 13, 15, 35, 45, Zusatzzahl: 44. – **Spiel 77:** 1 5 4 8 6 7 6. – **Glücksspirale,** Endziffern: 3, 20, 922, 9043, 26648, 189741. – Los-Nummer: 7149536, 7977787, 7074453. – Prämienziehung: 1. 024692, 567811, 912666. (Ohne Gewähr).

Erstes Interview mit dem afghanischen Ex-Schah

Ungläubige Eroberer

Mit Dreizehntausend der Zug begann – Einer kam heim aus Afghanistan." So lauten Verse in Fontanes Ballade über das „Trauerspiel" der englisch-indischen Invasion im Winter 1842. Tatsächlich erreichten knappe hundert halb erfroren und verhungert die britische Ausgangsbasis Dschellalabad.

Der heutige afghanische Staat ist ein Produkt des Mogulreiches in Nord- und Mittelindien im 18. Jahrhundert. Längst war die Zeit des großafghanischen Reiches der Ghasnawiden-Dynastie im Hochmittelalter verrauscht, als Mahmud der Große im 11. Jahrhundert auch über halb Indien herrschte. Der erste König des neuen Afghanistan, Achmed

Nicht von ungefähr – 21.15 Uhr in der ARD

Schah Durani (1747–1772) kontrollierte immerhin auch wieder Nordwest- und Nordindien.

Duranis Nachfolger vermochten das Großreich nicht zu halten. Selbst der Königstitel verschwand. Dost Mohammed (1836–1863), der dem Kernland Afghanistan wieder Gestalt gab, nannte sich Emir. Er stieß 1838 mit England zusammen, das seine Macht ausdehnen wollte. Anfangs wurde Kabul vom anglo-indischen Heer genommen. Dann brach im Land mit seinem Haß auf „Ungläubige", seinem Stolz und Kampfgeist ein Aufstand aus. Der britische Gouverneur entschloß sich zur Räumung.

Er bedang sich freien Abzug aus, den der Emir zusagte, nicht aber garantieren konnte, angesichts der Ungebärdigkeit der Stammeshäupter. Das Ende: siehe Fontane. England hat noch zweimal, 1878/79 und 1919/21, vergeblich versucht, das Land unter Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig jedoch bildete das britische Kaiserreich Indien seltsamerweise nun den Schutzpatron gegen Expansionsgelüste der Zaren wie darauf der Sowjets. Damit konnte jeder Emir in Kabul rechnen – bis 1947, als Indien seine Freiheit erhielt.

Für die afghanischen Souveräne stellte sich das Problem einer Modernisierung des Landes. Emir Amanullah, der wieder den Königstitel annahm, ein Reformeiferer, stürzte darüber 1929. Sein Nachfolger Mohammed Nadir Schah, auch zu reformfreudig, wurde 1933 ermordet. Dessen Nachfolger Mohammed Zahir Schah regierte vier Jahrzehnte hindurch vorsichtig, ohne viel Anhang zu erwerben. 1973 wurde er von einem Vetter, dem Generalleutnant Prinz Mohammed Daud, entmachtet. Im heutigen Film über „Afghanistan zwischen den Großmächten" gibt der Ex-Schah sein erstes Fernseh-Interview. Daud verwandelte das Land in eine Republik, mit ihm als Staatschef.

1978 wurde der Prinz-Präsident durch einen Militärputsch beseitigt und mit seiner Sippe im Palast ermordet. Darauf übernahm ein prosowjetischer Volksdemokrat, Nur Mohammed Karaki, die Präsidentschaft, wurde aber ebenfalls beseitigt. Sein Nachfolger Amin verschwand bald darauf, und der Altkommunist Karmal erhielt die Macht. Karmal rief „zum Schutz der Revolution" am 27. Dezember 1979 sowjetische Truppen ins Land.

WALTER GÖRLITZ

KRITIK

Schweizer Biß in Nordkorea

Dieser Film hat schockiert. 45 Minuten lang zeigten Christian Mottier und Daniel Casche vom Schweizer Fernsehen, wie 18 Millionen Nordkoreaner Kim Il Sung huldigen, im von ihm ausgerufenen **Paradies für alle** (Nord III). Gefilmt werden durfte nur das der Regierung genehme. Die Reporter benannten diese Behinderungen im Kommentar voll kühler Ironie und Brisanz.

Nordkorea sei „nicht weit entfernt von Orwells Visionen" – bestrebt, den „neuen Menschen", den im Führertaumel jubelnden Kollektivanhänger zu schaffen. Die sauberen Straßen sind leer. Privatautos gibt es nicht, nicht einmal Fahrradfahrer sind unterwegs. Die Menschen arbeiteten oder studierten die Werke des Führers, übersetzten die Reporter ihren Betreuer. Nur einer trage die Photobrosche des Führers nicht: der Führer. Das sei „wahnwitziger Personenkult", hieß es im Film. Er war ein Beweis dafür, daß man auch aus total überwachten Staaten Reportagen mit „Biß" bringen kann.

HS

Eine bedeutsame Situation in **Wilhelm Buschs** Leben: Der Maler (Peter Ehrlich) trifft seine Liebe Johanna (Christiane Hörbiger) nach vielen Jahren wieder. Szene aus **Wer einsam ist . . .** (ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: TB

Depressiver Junggeselle?

Ohne einen hochgeschätzten
Tugendsamen Vorgesetzten
Irrt er in der Welt umher,
Hat kein reines Hemde mehr,
Wird am Ende krumm und faltig,
Grimmig, greulich, ungestaltig,
Bis ihn dann bei Nacht und Tag
Gar kein Mädchen leiden mag.
Onkel heißt er günst'gen Falles,
Aber dieses ist auch alles."

Diese Beschreibung eines Junggesellen findet man in „Tobias Knopp". Den Auftakt dieses Kapitels kennt wohl fast jeder: *„Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr."* Der Autor ist Wilhelm Busch, ein Junggeselle.

Mit vielen Großen teilt der Niedersachse das Schicksal, mißverstanden worden zu sein. „Es gibt Leute von hohem geistigem Rang, keine pädagogischen Pedanten, die das artistische Können von Busch respektieren, aber ihn oder doch seine Wirkung hassen: Er sei ein heimlicher Sadist, seine Geschichten seien nur voll von Rohheit, es komme kaum ein edler Zug in ihnen vor, die Anständigen seien immer die Dummen, und ihr Schicksal werde von einem blutigen Hohn begleitet. Es kostet einige Mühe, solches Urteil abzuschleifen." Dies schrieb Theodor Heuss.

Eigentlich wollte der 1832 in Wiedensahl geborene Krämersohn, den der Vater am liebsten als Techniker gesehen hätte, ein akademischer Maler werden. Unterstützt von der Mutter studierte er die großen flämischen *und niederländischen Maler*, besuchte die Kunstakademien in Düsseldorf, Antwerpen und München. Doch der Mann, von dem es beachtliche Landschaften gibt (er hat 1000 Ölbilder gemalt), wurde als Schöpfer von Bildergeschichten – den Vorläufern der Comic Strips – bekannt, berühmt und mehr als wohlhabend dazu.

Busch hat nie geheiratet, doch hatte er einen starken Familiensinn: Er war Ernährer und „Sozusagen-Miterzieher" (Heuss) der Söhne seiner früh verwitweten Schwester, die ihm den Haushalt führte. Seinen Lebensabend verbrachte der Hagestolz zusammen mit der Schwester bei einem Neffen, einem Pfarrer. Ein anderer Pfarrer (und Imker von hohen Graden), da Bruder seiner Mutter, hatte einen starken Einfluß auf den jungen Wilhelm: Beim Onkel hatte er die Jahre zwischen dem neunten und dem zwölften Lebensjahr verbracht und Latein gelernt.

Über Buschs Charakter haben sich viele den Kopf zerbrochen *und darauf* hingewiesen, wie häufig Humor und Schwermut, Ironie und Hang zu Distanz eng beieinander stehen. Man hat seine Depressionen registriert, seine Nikotinsucht. Und heute weiß man, daß er weder ein Antisemit noch ein Katholikenfresser war, sondern ein Feind jeglicher Intoleranz.

Etwas von seinen geheimen Wünschen wird deutlich in „Von mir über mich" (1893): „Er denkt gelegentlich eine Steuer zu beantragen auf alle Ehemänner, die nicht nachweisen können, daß sie sich lediglich im Hinblick auf das Wohl des Vaterlandes vermählt haben. Wer eine hübsche und gescheite Frau hat, die ihre Dienstboten gut behandelt, zahlt das Doppelte. *Den Ertrag kriegen die alten Junggesellen.*" Und etwas von seiner Sensibilität schwingt mit im Gedicht „Der Einsame": *„Wer einsam ist, der hat es gut, weil keiner da, der ihm was tut."*

HENK OHNESORGE

ARD

9.45 Ratgeber: Touristik
Island-Hopping Griechenland. *Serfaus – U-Bahn auf der Skipiste*
10.00 heute
10.03 Kir Royal (5)

15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (13)
16.25 Allerhand Leute
Urlaubsgeschichten
17.15 Schlupp vom grünen Stern (4)
Der tödliche Auftrag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Roncalli (2)
Verhext
Erste Tourneestation ist Osnabrück. Doch hier hat bereits ein anderer Zirkus den attraktiven Spielplatz okkupiert.
21.15 Nicht von ungefähr
Die Geschichte Afghanistans zwischen den Großmächten
Film von C. Sterley und K. Liebe
22.00 Sketchup
Mit Iris Berben und Diether Krebs
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Mädchen mit den roten Haaren
Niederländischer Spielfilm (1981)
Regie: Ben Verbong
Eine holländische Studentin wird kommunistische Widerstandskämpferin gegen deutsche Besatzung.
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Marc Aurel: Vergänglichkeit



11.05 Ich heirate eine Familie
Krach im Haus
11.50 Umschau
12.10 Leopardenspuren am Toten Meer
12.55 Presseschau/heute

15.40 Enorm in Form (1)
Fit durch den Winter
16.00 heute
16.04 Reisebilder aus der DDR
Das Spielzeugdorf im Erzgebirge
Was in Seifen (4000 Einwohner), wenige Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernt, gefertigt wird, ist begehrte Ware. Beinahe die gesamte Produktion wird exportiert.
16.35 Großstadtrummel im Fernen Osten
Korea: Erwachsen mit zehn
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Agentin mit Herz
19.00 heute
19.30 Wilhelm Busch
„Wer einsam ist, der hat es gut, weil keiner da ist, der ihm was tut"
Fernsehfilm mit Peter Ehrlich, Christiane Hörbiger, Rosemarie Fendel. Regie: Hartmut Griesmayr
21.05 Die Zwergmaus
Beobachtet von H. Schmidtbauer
21.15 WISO
Skihersteller Richtung Ruin. Deutsches Holz. Klaus Zwickel (IG Metall). Bauspargebühren
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Keine Lust auf Kinder?
Anschließend: heute

SAT 1

15.35 Indian River
Der Fluß
16.00 Abu, der Sohn der Sahara (1)
englischer Jugendfilm (1966)
16.25 Die Waltons
Die Hochzeit (2)
17.10 Mondbasis Alpha 1
18.00 Cowboys, Sheriffs, Banditen
Sam in gefährlicher Lage
18.30 blick
18.45 Extrablatt
Portrait von Maria Schell
19.45 Ein Herr aus besten Kreisen –
Franz.-ital. Filmkomödie (1962)
Mit Jean Gabin, Madeleine Robinson, Louis de Funès, Jean Lefebrvre, Frank Villard
21.20 Glückswirbel
21.30 blick
22.15 WM – Wirtschaftsmagazin
Gift im Wasser. Nobelmarken. Bauen mit Pfiff. Börse
22.45 Mannix
Start in den Tod
23.30 blick



19.00 Hobbythek
Leckereien aus dem Morgenland
19.45 Findet den ersten Stein
Exkursionen für Hobby-Geologen
20.00 Tagesschau
20.15 Fußball-WM 1986
Argentinien – Deutschland
22.15 Ich stelle mich
Professor Rudolf Pichlmayr, Leiter der Klinik für Transplantations-Chirurgie in Hannover



18.10 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute/Studio
19.30 Folk live
Mit Bill Ramsey, Don Paulin
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Geliebte Brigitte
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Mit James Stewart, Glynis Johns
23.20 Kennwort: Kino
Jim Hensons „Reise ins Labyrinth"
23.40 Nachrichten



18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Die Versöhnung
20.15 Spiel
20.30 Strichpoker
Französischer Spielfilm (1974)
Regie: Paul Vecchiali
22.00 RTL-Spiel
22.05 Nachrichten
22.15 Popeye und das Quadratei
22.20 Mädchen, Mode und Musik
Wahl der Miß Norddeutschland
22.25 Wie geht's?
Alles über Hautkrankheiten
22.55 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.35 Wall Street Final

III.

WEST

20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
Spätes Glück
20.45 Kopf um Kopf
Spiel mit Wissenschaft
21.45 Blickpunkt Gesundheit
Ganzheitsmedizin
22.15 Positionen
Maler aus NRW in Dresden
22.45 Arzt in Uniform: Theodor Brugsch
Fernsehspiel
0.45 Nachrichten

NORD

18.30 Textiles Gestalten (7)
Porträt mit Nadel und Faden
19.00 Rund um das Zwiebelmuster
Altes Porzellan aus China
19.15 Naturwissenschaftliches Feature
Klimakatastrophe durch Kohlendioxid?. Film von G. Stüting
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Darmerkrankungen
Telefon 040 / 56 60 04
21.15 Samt und sonders (3)
Mit Stefan Sulke
22.00 Grund zur Aufregung
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Loretta Young, Barry Sullivan, Don Haggerty. Regie: Tay Garnett
23.10 Nachrichten

HESSEN

18.33 Akwanshi – Steine der Toten
Ahnen in Ost-Nigeria
19.20 Hessenschau

20.00 Trends
Abgebrochene Lehren. Glasbau Hahn. Werbung von Supermärkten. Preisvergleich Lebensmittel
20.45 Die Sprechstunde
Die ersten 365 Tage
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Schwarzer Spiegel
22.30 Blickpunkt Ausland
Entwicklungshilfe in Tansania
23.15 Vor vierzig Jahren
Welt im Film vom 10. 12. 1946

SÜDWEST

19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Formel Eins
20.15 Medizin kontrovers
Aids stoppen – aber wie?
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Nach Ladenschluß
Verbraucherfragen
22.45 Pop-Souvenirs (10)
23.30 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
Jugendprogramm
20.45 Aus Forschung und Lehre
Von bayerischen Hochschulen
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Bayerische Hinterglasbilder
22.50 Magnum
Die Rückkehr von Luther Gillis
23.35 Rundschau

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit. Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Pankraz, die Falle und das Name dropping

Nicht nur ein einzelnes Genre, sondern die literarische Vielfalt überhaupt ist uns abhanden gekommen", schrieb eine Leserin an Pankraz, nachdem dieser über die mögliche Wiederkehr des Lehrgedichts sinniert hatte. „Vergleichen Sie doch einmal die deutsche Literatur von 1912 oder von 1927 mit der gegenwärtigen. Sie werden sehen, daß sich die reich gegliederte Szenerie von einst in einen grauen Einheitsbrei verwandelt hat. Das betrifft sowohl die Formen als auch die Standpunkte und die Aussagen."

Die Frau hat natürlich recht. Verglichen mit 1912 oder 1927 leben wir heute literarisch in der Wüste Sahara oder zumindest in der sarmatischen Steppe. „Expressionismus" bzw. „Neue Sachlichkeit" lauten die vereinheitlichenden Stichworte der Germanisten für die genannten Jahre. Aber wer sich ein wenig genauer erinnert, der wird schnell realisieren, daß die Expressionisten oder die Neuen Sachlichen jeweils nur eine einzige Fraktion in der Fülle der konkurrierenden Gruppen und Weltanschauungen darstellten. Und die Qualität der übrigen war keineswegs eine zu vernachlässigende Größe.

Es ist von hohem Reiz, sich einmal ein wenig dem „Name dropping" hinzugeben und einige von denen aufzuzählen, die damals „gleichzeitig" Literatur machten. Parallel zu den Expressionisten betraten die „Kosmogoniker" den Plan, die Theodor Däubler und Otto zur Linde, die Mombert und Spitteler. Es gab die „Neuromantiker" um Herbert Eulenberg, Ricarda Huch, Stucken und Vollmöller, den „Bund der Werkleute auf Haus Nyland" und natürlich den Georgekreis, der sich steil und fast arrogant von allem „Zeitgeist" absetzte und den „Stern des Bundes" bis in die dreißiger Jahre hinein leuchten ließ.

Zwischen den diversen Bünden und Werkleuten viele Einzelgänger und Formspezialisten: Die Balladendichter à la Agnes Miegel, Münchhausen, Strauß und Torney; die ingeniösen, mit den heutigen einschlägigen Stümpereien überhaupt nicht zu vergleichenden Verfertiger historischer Romane à la Emil Strauß oder Handel-Mazzetti; die Anekdoten- und Parabelschreiber à la Wilhelm Schäfer; die in allen Sätteln sich versuchenden Großschriftsteller à la Hugo von Hofmannsthal, Gerhart Hauptmann, Thomas Mann.

Und gewissermaßen als Untergrund und jenseits des Berliner Asphalts, den im selben Augenblick die Dadaisten unsicher machten, die riesige Schar der „Heimatkünstler", deren Schaffen von der Region geprägt war, ohne daß sie dabei den allgemeinliterarischen Anspruch aufgegeben hätten: die Timm Kröger, Friedrich Griese und Helene Voigt-Diederichs in Norddeutschland; die Paul Keller und Hermann Stehr in Schlesien; die Ludwig Thoma und Lena Christ in Bayern; die Clara Viebig, Rudolf Herzog und Heinrich Zerkaulen im Rheinland.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß damals Brechts „Hauspostille" direkt neben Georges „Neuem Reich" im Schaufenster lag, Huelsenbecks „Bilanz" neben Bluncks „Urvätersaga" und Hausmanns „Lampioon", Barlachs „Armer Vetter" neben Wassermanns „Etzel Andergast", Johsts „Thomas Paine" neben dem „Aufstand der Fischer" von Anna Seghers, dann kommen einem heutige Belletristik-Auslagen tatsächlich nur noch wie grauer Einheitsbrei vor. Es gibt keine fest formierten, sich gegenseitig bekämpfenden und überbietenden Bünde oder Schulen mehr. Das weltanschauliche Spektrum ist nur noch ein winziges Segment, das etwa vom „Sozialisten" Simmel bis zum „Kommunisten" Rühmkorf reicht. Die ehemalige Formenvielfalt schrumpfte zusammen auf „Prosa" einerseits, „Lyrik" andererseits.

Wobei man unter „Prosa" zu allermeist romanartige Autobiographie-Versuche jüngerer Leute zu verstehen hat, die nichts erlebt haben und die diese Nichtigkeit durch ein bißchen aggressive Politisiererei und durch mehr oder weniger artistische Sprachspiele auszugleichen suchen. Dabei ist faktisch alles erlaubt, *anything goes,* man setzt sich keine Sprachnormen, sondern zerstört nur noch welche (was aber niemanden mehr aufregt).

Ähnlich stehen die Dinge mittlerweile bei der „Lyrik". Auch hier ist alles erlaubt, doch offenbar auch schon alles ausprobiert. Man „will" nichts mehr. Man zitiert frühere Formen, spielt mit ihnen herum, macht sich niedlich, und wenn man zufälligerweise einmal einen wirklich originären Einfall hat, ist man darüber so erschrocken, daß man ihn gleich wieder fahren läßt.

Allenfalls die aus der „DDR" abgeschobenen Schriftsteller nehmen bestimmte Stil- und Sprachformen noch ernst und haben auch ein „Anliegen". Ihr innerer Zusammenhalt ist jedoch zu schwach, die Verlokkungen des westlichen Literaturbetriebs zu groß, als daß sie je in die Lage kämen, einen eigenen „Bund" mit programmatischer Zielsetzung zu gründen. Auch die Kraft des Regionalismus ist beinahe ganz geschwunden. Selbst österreichische oder Schweizer „Prosa" ist nur noch selten von solcher aus der Bundesrepublik zu unterscheiden. Und in der „Lyrik" hat z. B. die Wiener Schule der „Konkreten Poesie" ihr experimentelles Potential total erschöpft.

Pankraz kann hier nicht den Ursachen für die Misere nachgehen, dem Einfluß einer doktrinären, mit existentiellen Sanktionen drohenden Kritik etwa, dem gleichmacherischen Sog einer Industriegesellschaft, die die Regionen und den Unterschied zwischen Stadt und Land eingeebnet hat und deren Angehörige durch die neuen Medien alle miteinander kurz- und kürzestgeschlossen sind, der scharfen Konkurrenz, die der Belletristik durch Sachbücher und flächendekkenden Journalismus erwuchs. Aber er ist davon überzeugt: So wie bisher wird es nicht weitergehen. Die Dichter, die Erbauer fiktiver Welten mittels Sprache – soviel der eingangs zitierten Leserin zum Trost – werden schließlich einen Ausweg aus der Mausefalle finden. Einige nagen schon am Gitter.

Pankraz

Hans Neuenfels gab mit Euripides' „Elektra" seinen Einstand in der Freien Volksbühne von Berlin

Der Schreck tobt, daß die Bühne bebt

Neue Besen kehren wenn auch nicht immer gleich gut, so doch fleißig und hoffnungsvoll. Hans Neuenfels, der zu seinem Einstand als Direktor des Theaters der „Freien Volksbühne" in Berlin ansetzt, verblüfft den Besucher des Hauses in der Scharperstraße mit neuem Zuschauergefühl.

Bisher hatten in dem wahrlich nicht immer glücklichen Hause auf einen Schlag mehr als 1000 Besucher Platz gefunden (wenn so viele den suchten; und das war selten). Jetzt ist der weiträumige Rang ganz verschwunden. Er ist außer Kraft gesetzt und abgedeckt.

Das Auditorium selber ist ebenfalls um rund ein Drittel seiner Sitzkapazität vermindert. Die gewaltige Bühne ist erweitert. Wo einst fünf Sitzreihen sich befanden, greift nunmehr der gefräßig und enorm gewordene Spielbereich weit in den Zuschauerraum hinein.



Das alte Atriden-Schicksal neu aufgeblättert: Lola Müthel als Klytämnestra (links) und Elisabeth Trissenaar als Elektra in Hans Neuenfels' Berliner Inszenierung FOTO: BINDER/THIELE

Das Theater ist klein geworden. Der Spielraum dafür fast unübersehbar. Der neue Prinzipal, Neuenfels, rechnet offenbar auf einen gewaltigen Zuschauerschub nicht. Er stellt sich mit seinen ersten zwei Stücken, Euripides' „Elektra" und Edward Bonds "Gerettet" (das in zwei Tagen folgen wird), auf eine sicher interessierte, aber dann doch zahlenmäßig beschränkte Zuschauermenge ein. Zweimal Vorführungsstücke einer unerhörten Gewalt, einmal klassisch, einmal modern: daß die Aufblätterung des alten Atriden-Schicksals, obgleich doch aus tiefsten Tiefen klassisch, ebenfalls sehr modern ausfällt, ist bei diesem phantasiereichen Regisseur außer Frage.

Was erlebt das sozusagen zu einem intimen Kammerspiel-Auditorium geschrumpfte Parkett jetzt bei Euripides? Zuerst hört man bukolische Untermalung. Hähnekrähen. Die weit aufgerissene Szenerie ist frei und morgendlich hell. Elektra, die mehrfach geschundene Königstochter, ist in eine ländliche Szenerie versetzt.

Sie vegetiert in einer Hütte. Sie beklagt ihre mörderische Herkunft. Sie ist verbannt. Und gleich läßt die außerordentliche Tragödin, Elisabeth Trissenaar, kurzgeschorenen Kopfes und in dem zerrissenen Gewand einer getretenen Bäuerin, den vollen Klageton erschallen. Sie reckt sich gegen die Ungnade der Götter. Sie beklagt ihr unerhörtes Schicksal. Frau Trissennaar steigt sofort hoch auf den Kothurn, um ihn bis zum späten Ende (Dauer des schrecklichen Spiels: mehr als dreieinhalb Stunden) nicht zu verlassen. Sie trägt den Abend. Sie allein ist dafür kräftig genug.

Neuenfels nimmt sich für den Katalog des Schreckens Zeit. Der antike Chor ist hier auf fünf Frauengestalten geschrumpft. Sie kommen in jugendstiliger Gewandung einher, als seien sie von Heinrich Vogeler aus Worpswede eingekleidet. Ihr begleitender Klagegesang ist in Einzelsprecherinnen aufgeteilt, meist sprechen sie im Chor. Da wackelt dann vieles. Sprechchor, also konforme Mengenrede, ist eine akustische Barbarei. Die wird hier nicht immer vermieden.

Orest und Pylades – das Freundespaar, das den falschen Vater, den sündigen Mörder ihres eigentlichen Vaters rächen soll – sie sind offenkundig und deutlich schwulen Geschlechtes. Sie gehen wankelmütig an ihr Rachegeschäft.

Pylades soll wie ein weichherzig-grausamer Punker wirken, das tut er, wenn beide, zusammen mit Elektra, den falschen Gatten ihrer Mutter erlegt haben, nehmen sie ihm auf offener Bühne das Gekröse auseinander. Sie schneiden mit langem Messer sein Geschlecht aus der Leiche und zeigen den Männerstumpf triumphierend der wilden Elektra vor.

Elektra schneidet sich in ihrer rasenden Rachsucht sozusagen ein Nierenstück, immer das scharfe Beil in der Hand, aus der Leiche und tobt damit über die Szene. Da melden sich denn auch sofort Lacher im Auditorium. Der Spaß ist so mörderisch weit getrieben, daß er wirklich nur spaßig wirkt.

Der tote Ägisth, hier erhebt er sich nach soviel deutlicher Verstümmelung wieder aus der Zerfleischung. Der Tote erscheint, wie ein schöner, nackter Body-Builder mit blutrot getünchten Brustwarzen. Was das bedeuten soll, bleibt, wie so vieles in dieser heftigen Inszenierung, ungeklärt und fragwürdig.

Die Bühne bebt dauernd. Der große, herrliche Dialog zwischen Elektra und ihrer sündigen Mutter ist ständig untermalt von gewaltigem Gewitterdreuen. Lola Müthel, herrlich in Weiß und Rot gewandet, spricht ihre erst herrischen, später immer kleinmütiger werdenden Worte der mütterlichen Selbstverteidigung mit großer, heftiger Emphase.

Wenn's dann auf den Eingriff der Götter geht (an die Euripides nicht mehr glaubte; er zitiert sie nur; gläubig hört er sie nicht) – dann endlich kippt die lange, schreckliche Plage fast um in eine Offenbachiade. Die Götter werden vom Inszenator vergackeiert. Sie erscheinen auf der Höhe eines entfernten Krans. Sie sind goldbestückt. Sie entledigen sich ihrer herrischen Texte wie parodistisch. Sie bringen Ordnung ins so vielfach verwüstete Revier. Ernst nehmen soll (und kann) man sie nicht.

Wozu dann das Ganze? Lauter Fragen und viele denkerische Gegenwehr, während man das Schicksal der rasenden Elektra betrachtet. Bei Neuenfels endet die Szene nach so viel Greuel und Scheuel fast idyllisch. Elektra hat so viel Blut von ihren Händen waschen müssen, und wir haben sie ausführlich dabei verfolgen dürfen.

Der Frauenchor in seinen netten Jugendstil-Gewändern sagt noch manches Deftige auf. Die Szene verwandelt sich befriedigt zurück in die bukolische Idylle, in der sie begonnen hatte. Jetzt zirpen wieder die elektronischen Zikaden. Der Vorhang schließt sich über der antikisch aufgerissenen Landschaft.

Hat man einen Euripides gesehen oder gehört? Sicher! Aber doch einen eher aus der konvulsivischen Phantasie eines Hans Neuenfels. Denen das gefiel, die klatschten laut. Die meisten blieben auf kopfschüttelnde Weise stumm.

FRIEDRICH LUFT

Ein Symposion der H. M. Schleyer-Stiftung über Freiheit und technischen Fortschritt in München

Dürfen wir denn auch tun, was wir tun können?

Es soll Fragen geben, die so trivial sind, daß einzig die Emphase des Fragestellers darüber entscheidet, ob sie gehört werden. So steht es etwa mit der Frage, ob denn der Mensch alles tun darf, was er tun kann. Natürlich nicht, lautet die spontane Antwort vom „Mann auf der Straße", der diese Straße zwar bei Rot überqueren könnte, es wohlweislich aber bleiben läßt. Sein Selbsterhaltungstrieb ist in diesem Falle genauso stark wie das akademische Interesse der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, die nach Tschernobyl und Sandoz einmal mehr die Frage stellte: Darf der Mensch alles tun, was er tun kann?

Das Münchner Symposium „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt als Aufgabe in einer freiheitlichen Kultur" kam natürlich zu keiner prinzipiell anderen Antwort, als sie der Mann an der roten Fußgängerampel angesichts des fließenden Verkehrs geben würde. Doch rhetorische Steigerungen sind immer möglich. Beispiel: „Der Mensch entgeht seinem Schicksal nicht, wenn er mit diesem wissenschaftlich pokert", wie sich der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß auszudrücken wußte. Wissenschaft und Technik hätten ihr Maß nicht in sich selbst, stellte er fest, Grenzen des Fortschritts könnten daher „allemal nur selbstgesetzte Grenzen" seien.

Das war freilich etwas mißverständlich: der Mensch als Maß der (ethischen) Dinge? Gemeint war jedoch, daß nur der einzelne Wissenschaftler und nicht etwa sein Fach Verantwortung tragen könne. Ethisch sinnvolles Handeln habe viel mit der „Einsicht in die Geschöpflichkeit" des Menschen zu tun, betonte Mittelstraß.

Wo diese Einsicht fehlt, stehen nach Ansicht von Michael Stürmer Liebe, Moral und Politik „nicht im Zeichen des Fortschritts". Als Indiz dafür wertete der Erlanger Historiker die hunderttausendfachen Abtreibungen pro Jahr – und dies in einer der reichsten Gesellschaften! Ein Blick in die Geschichte offenbare die eigentliche Versuchung des Menschen: sich Gott gleich zu machen und über Gut und Böse entscheiden zu wollen.

Die Seitenhiebe auf Rousseaus Traum vom edlen Wilden waren zugleich Kriterien für die Beantwortung von Stürmers Referatfrage: „Wie modern ist der Mensch?" Gemessen an der Elle der kulturellen Qualität, so des Historikers Fazit, ist unser zivilisatorischer Fortschritt mit Vorsicht zu genießen.

Hermann Lübbe schätzte die europäische Gegenwartskultur optimistischer, wenn auch mit sanftem Sarkasmus, ein. In einer Zeit, in der sogar der „Plunder in den Adelsstand von Antiquitäten erhoben wird", könne man nicht umhin, von einer Blüte der historischen Kulturwissenschaften zu sprechen. Ein erheiterndes, „gleichwohl repräsentatives" Beispiel: Der Massenabsatz neuaufgelegter alter Kochbücher („allein die hellen Fettflecke sind echt") sei ein kulturwissenchaftlicher „Komplementärerfolg" zu der weltweiten Verbreitung einer amerikanischen Schnellimbißkette. Ermutigend für die kulturelle Identität Europas sei auch das zunehmende Interesse für klassische Herkunftsbestände. Frei nach dem Motto: „Das Alte hat gegenüber dem weniger Alten den Vorzug, weniger rasch zu altern."

Als weniger ermutigend betrachtete der Zürcher Sozialpsychologe Gerhard Schmidtchen die Tatsache, daß die ausschließlich konsumorientierte Einstellung gegenüber dem Staat in der Bundesrepublik geradezu Züge einer „politischen Bewegung" angenommen habe. Institutionelle Macht werde nur noch anerkannt, wenn sie unmittelbar vom Individuum „verwertbar" sei. „Ohnmacht ist aber nicht das Gewand der Humanität", mahnte Schmidtchen. „Humanität kleidet sich vielmehr in den technisch-naturwissenschaftlichen Fortschritt." Darin stimmten die meisten Tagungsteilnehmer mit dem bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Wolfgang Wild, überein.

So recht provozierend wirkte bei dieser Tagung eigentlich nur das „Wort zum Sonntag" von Hermann Franz. Das Siemens-Vorstandsmitglied nutzte die Gunst der Stunde, um vor den 300 Teilnehmern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur ein flammendes Plädoyer für die Sonntagsarbeit zu halten. Denn nach Regensburg will Siemens nun auch in München den „vollkontinuierlichen Schichtdienst" einführen.

Nicht nur der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, sah hier eine erstrangige kulturelle Errungenschaft „vom Profitstreben bedroht". Getreu der anscheinend doch nicht so trivialen Einsicht, daß der Mensch nicht alles tun darf, was er tun kann.

CHRISTIAN GEYER

Eine Hommage für Hans Werner Henze im WDR

Viele Lieder ohne Worte

Innerhalb seiner Reihe „Musik der Zeit" veranstaltete der Westdeutsche Rundfunk eine „Hommage für Hans Werner Henze" anläßlich seines 60. Geburtstages. Dabei gelangten zwei neue Werke Henzes zur Uraufführung: In der Philharmonie die „Sieben Liebeslieder für Violoncello und Orchester" mit dem Solisten Heirich Schiff und dem Kölner Rundfunk-Sinfonieorchester unter der Leitung von David Shallon und „Kleine Elegien für Renaissance-Instrumente" mit den Taverner Players aus London unter der Leitung von Andrew Parrott.

Hans Werner Henze hat einen Begriff des chilenischen Dichters Pablo Neruda, den der „Poesia inpura", zur Erläuterung seiner Musik herangezogen. „Musica inpura", eine unreine, befleckte Musik bezeichnet das Einbringen von Welterfahrung in die Musik. Sie ist somit das Gegenteil einer puristischen autonomen Musik. Henze stand und steht damit konträr zur Avantgarde seiner Generation. Die Frage der musikalischen Organisation tritt gegenüber den inhaltlich politischen Momenten in den Hintergrund. Im Zentrum von Henzes Musik steht somit niemals ein abstrakter Inhalt, sondern der leidende, hoffende, liebende Mensch.

Die „Sieben Liebeslieder für Violoncello" sind einerseits ein hochvirtuoses Cello-Konzert, gleichzeitig jedoch so etwas wie in Töne verwandelte Sprache. Henzes Musik ist in ihrem Engagement sprachmächtig, und dies auch in der vermeintlich reinen Instrumentalmusik. Auch die „Liebeslieder" sind so etwas wie eine versteckte Textkomposition. Hier liegen sieben englische Gedichte zugrunde, von elizabethanischer Zeit bis zur Moderne. Henze hat Struktur und Inhalt dieser Gedichte analysiert und in die rein musikalische Sphäre transportiert. Die Herkunft der Gedichte gibt er freilich nicht preis.

Die Lyrik der Musik soll und kann aus sich heraus allein sprechen. Die „Liebeslieder" sind Textkompositionen, indem sie auf eine Schicht verweisen, die selbst den Gedichten zugrunde liegt. Musikalisch geschieht dies in einem ausgesprochen lyrischen Tonfall gar mit Walzeranklängen und Seufzerfiguren. Am Ende, nach einer Kadenz des Solo-Cellos, zieht sich da der große instrumentale Aufwand auf die kammermusikalische Besetzung des Streichquartetts zurück: Reduktion auf Intimität und „Innerlichkeit".

Eine ähnliche Reserviertheit zeigen die „Kleinen Elegien für Renaissance-Instrumente". Diese Elegien binden Filmszenen ein. Entstanden sind sie aus der Filmmusik zu „Der junge Törless" von Volker Schlöndorff 1966. Henze hat sie im vergangenen Jahr neu komponiert. Die Version für alte Instrumente kommt der elegischen Versonnenheit sehr entgegen. Es sind zwölf teilweise äußerst kurze „Szenen", musikalische Bilder. Auch hier – wie im Cello-Konzert – überwiegt Gesanglichkeit und weiche Melodik. Die Sprachlichkeit und emotionale Eindringlichkeit der Musik Henzes erklärt sich aus der Umwandlung von durch Texte inspirierten Seelenzuständen in reine Instrumentalmusik. Auch diese ist poetisch inspiriert: „Lieder ohne Worte".

LOTHAR MATTNER

Gerhard Fietz: „Ohne Titel" (Ausschnitt). Aus der Baden-Badener Ausstellung FOTO: KATALOG

„Zen 49": Erste Schau zur Reihe „Orientierungen 1945-1955" in Baden-Baden

Sehnsucht nach dem neuen Menschen

Im „Dritten Reich" als „entartet" verfemt, verfolgt, mit Ausstellungsverbot belegt, durften die Künstler im Nachkriegsdeutschland erst mal tief durchatmen und den vielbeschworenen „Neuanfang" wagen. Die neugewonnene Freiheit ließ viele Modelle und Absichten zu. Der unternehmerische Geist war, lange aufgestaut, auch hier kolossal. Künstlergruppen schossen wie Pilze aus dem Boden. Informationen über den augenblicklichen internationalen Stand der Dinge waren Mangelware.

An diese Zeit möchte ein Ausstellungszyklus erinnern, den die Kunsthalle Baden-Baden jetzt unter dem Oberbegriff „Die ersten zehn Jahre – Orientierungen 1945–1955" begonnen hat und der im Turnus von zwei bis drei Jahren fortgesetzt werden soll. Verantwortlich dafür zeichnet der neue Leiter der Kunsthalle, Jochen Poetter.

Die Künstlergruppe „Zen 49" wurde für diese erste Ausstellung ausgewählt, weil sie exemplarischen Charakter hat für die Situation des künstlerischen Neubeginns. „Zen 49", im Juli 1949 gegründet, war eine lockere Vereinigung von gegenstandslos arbeitenden Künstlern aus dem südwestdeutschen Raum. Auf den Namen „Zen", von dem Maler Rupprecht Geiger eingeführt, hatte man sich geeinigt, weil er, aus dem ostasiatischen Kulturkreis vom Buddhismus entlehnt, für viele abstrakt malende Künstler eine geistige Grundregel bedeutete, der sich die Mitglieder bereitwillig unterordneten.

Dieser gemeinsame Nenner hielt die Gruppe immerhin fast fünf Jahre zusammen. Er versöhnte über die Abgründe des Krieges hinweg. Eine Schilderung des Erlebten, ein Blick zurück im Zorn war nicht das Klassenziel. Denn zuvor, 1943, hatte Willi Baumeister, impulsiver Schwabe und geistiger Mentor der Gruppe, „das Unbewußte in der Kunst" als einzig gültigen Maßstab für die neuformierte deutsche Avantgarde postuliert und damit nur das anders formuliert, was bereits Kandinsky als „innere Notwendigkeit" beschrieb.

Der Rückbezug auf den „Blauen Reiter" und die Bildpoesien Klees sowie die Auswertung dieses Bildprogramms wurden zur gültigen Strategie erklärt. Insofern wurde auch die von den Nazis gerissene Lücke von der jungen Avantgarde wieder geschlossen und mit eigenen Bild-Formulierungen erweitert.

Nicht zuletzt wegen ihrer hohen Ideale („Wir wollten einen neuen Menschen schaffen", Gerhard Fietz) fand die Gruppe bald überall im Lande Sympathien. Bemerkenswert ist auch, daß bereits kurz nach Kriegsende mit Pierre Soulages, Hans Hartung und Gérard Schneider französische Künstler zu ihr gestoßen sind. Auch diese kosmopolitische Ausstrahlung der Gruppe trug dazu bei, daß die „abstrakte Kunst" Ende der 50er Jahre zur bestimmenden „Staatskunst" werden konnte.

Die Kerngruppe um Baumeister, Fritz Winter und die Plastikerin Brigitte Meier-Dinnighoff, dann die rheinischen Informellen wie Emil Schumacher oder Bernard Schultze, aber auch der dem „Zen" nahe stehende Julius Bissier geben der aus 226 Exponaten bestehenden Schau einen Erinnerungswert von vorzüglicher Güte. (Bis 12. 2. 87, Katalog 44 Mark)

CHRISTIAN von KAGENECK

JOURNAL

„Hommage an Berlin" als „Geschenk an Berlin"

dpa, Frankfurt

„Hommage an Berlin" – Unter diesem Motto bereitet die Commerzbank als Geschenk an Berlin zur 750-Jahr-Feier der Stadt – zusammen mit der Karl-Hofer-Gesellschaft, der Berlinischen Galerie und dem Kunstamt Tiergarten – eine Wanderausstellung zeitgenössischer Berliner Kunst durch mehrere größere Städte des Bundesgebietes vor. Erste Station der Schau wird im Februar Hannover sein.

Der Heimatbund und die Baudenkmäler

dpa, Bonn

Der Deutsche Heimatbund (DHB) will sich künftig stärker um den Schutz von Baudenkmälern bemühen, die vor allem Bedeutung für die Kultur und Geschichte der neueren Zeit haben. Er hat zu diesem Zweck eine Fachgruppe gegründet, der Juristen, Architekten und Denkmalpfleger angehören. Äußerer Anlaß für diesen Schritt ist der entgegen allen Beteuerungen vollständige Abriß des kulturhistorisch bedeutsamen Denkmals Hotel Petersberg im Siebengebirge.

Lorcas „El Publico" wurde uraufgeführt

dpa, Mailand

„El Publico", ein von Federico Garcia Lorca 1929 in Havana geschriebenes Drama, hat im Mailänder „Teatro Studio" seine Welturaufführung erlebt. Das surrealistische Stück, das die Theaterwelt und die homosexuelle Liebe zum Thema hat, war auf Wunsch des Autors nicht aufgeführt worden. In Mailand kam das Werk jetzt unter der Regie des Spaniers Fluis Pasqual in Originalsprache auf die Bühne und erntete großen Beifall.

Karolingisches Kreuz wieder im Petersdom

dpa, Vatikanstadt

Nach 436 Jahren steht im Petersdom in Rom wieder eine Kreuzigungsdarstellung, deren Original Karl der Große einst Papst Leo III. geschenkt hatte. Das ursprüngliche Christusbild wurde 1550 eingeschmolzen, nachdem eine perfekte Kopie hergestellt worden war, die nach Deutschland kam. Nach dieser Kopie ließ jetzt der Leiter des Römisch-Germanischen Museums Mainz, Konrad Weidemann, jene Reproduktion erstellen, die dem Papst als Geschenk übergeben wurde.

Film-Auszeichnung für „Zimmer mit Aussicht"

dpa, New York

Der britische Film „Zimmer mit Aussicht" von James Ivory ist vom National Board of Review, einer Vereinigung amerikanischer Filmexperten, zum besten Film des Jahres 1986 gewählt worden. Woody Allen wurde für „Hannah und ihre Schwestern" zum besten Regisseur gekürt. Beste Schauspieler wurden Kathleen Turner und Paul Newman, bester fremdsprachiger Film Franco Zeffirellis „Othello".

Menschheitsgeschichte im Übersee-Museum

AP, Bremen

In Bremen wird als einziger Stadt in der Bundesrepublik eine aufsehenerregende „Evolutions-Schau" über Ursprünge, Entwicklung und Zukunft des Menschen gezeigt. Die englische Version, „The Human Story – Our Past, Our Future", war bereits mit großem Erfolg in London und Amsterdam zu sehen.

Bernstein und Sinatra in der Carnegie Hall

SAD, New York

Heute wird die New Yorker Carnegie Hall mit einem Gala-Programm wiedereröffnet. Den Sommer über waren in dem 95 Jahre alten weltberühmten Konzertsaal dringende Renovierungen ausgeführt und das Interieur liebevoll restauriert worden. Frank Sinatra, Isaac Stern, Zubin Mehta und die New Yorker Philharmoniker werden musizieren. Ab 1988 wird es in der Carnegie Hall keine Sommerpause mehr geben, sie wird für die New Yorker und die Touristen das ganze Jahr über geöffnet sein.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Das Grimmsche Märchen vom „Gestiefelten Kater" hat Ludwig Tieck zu einem Dreiakter inspiriert, der schon vor fast 150 Jahren zum ersten Mal als Buch erschien. Jetzt liegt er im Verlag der Insel wieder vor. In dem Stück tummeln sich fast 50 Personen, vom König bis zum armen Müllersohn. Unter den Darstellern sind auch mehrere imaginäre Zuschauer, die nach dem Ende der letzten Spielszene mit dem Dichter über sein Werk diskutieren. Das ganze ist in einem altertümlichen Deutsch abgefaßt, das sich noch immer vergnüglich liest. Bo.

Ludwig Tieck: „Der gestiefelte Kater", insel, m. zahlr. Abb., 135 S., 10 Mark.

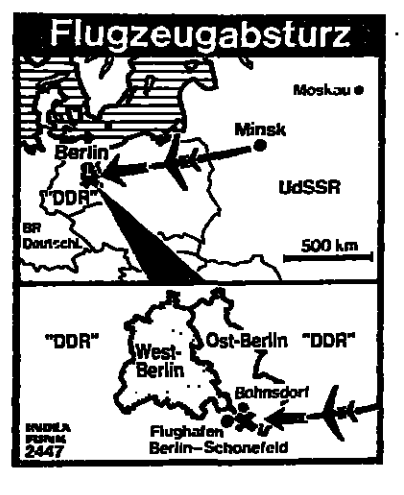
Retter stürzten sich in das brennende Wrack

Aeroflot-Maschine berührte bei Landung Baumkronen

H.-R. KARUTZ, Berlin

Autofahrer sprangen auf der Autobahn aus ihren „Trabbis", Nachbarn aus einer Gartensiedlung stürzten in den brennenden Kiefernwald: Nur der beherzte Wagemut unbekannter tapferer Helfer rettete beim Absturz eines vollbesetzten Sowjet-Jets mit 73 Passagieren und neun Besatzungsmitgliedern, zwölf Deutsche. „Mit bloßen Händen und mitten in den Flammen der explodierten Kerosintanks zogen die Helfer die angeschnallten Passagiere aus den Sitzen", berichteten Augenzeugen aus Ost-Berlin.

Das Drama im Jagen 575 des „Berliner Stadtforstes" kostete in der Nacht zum Sonnabend 70 der insgesamt *82 Insassen das Leben*: Lediglich zwölf Menschen in der aus Minsk (Bjelorußland) kommenden verspäteten Maschine überlebten. Darunter sieben Kinder einer Abschlußklasse der „Ernst-Schneller"-Oberschule in Schwerin. Sie hatten wegen ihrer guten Leistungen eine viertägige UdSSR-Reise spendiert bekommen. 20 Kinder und ihre drei Begleiter – ein Vater leitete die Gruppe – starben in den Trümmern der zweistrahligen „Tupolew 134".



48 Stunden nach der zweitschwersten Luftfahrtkatastrophe auf „DDR"-Boden lautet das Resümee der Experten: Der Pilot der seit 1971 eingesetzten, unterdessen aber technisch veralteten Maschine verfehlte offenbar beim Landeanflug die exakte Höhe und geriet mit dem Düsenjet zu tief. Das bereits ausgefahrene Fahrwerk streifte die Kiefern eines Waldstücks zwischen dem belebten Autobahnzubringer zum Flughafen Schönefeld und der Fernstraße 179.

Beide Straßen umschließen das schmale Waldstück unmittelbar südlich der Berliner Stadtgrenze, in das die „TU 134" eine Todesschneise riß. Dabei überschlug sich die Maschine offenbar, denn die Bilder des „DDR"-Fernsehens – bereits zweieinhalb Stunden nach dem Absturz verbreitet – zeigten die nach oben ragenden verkohlten Räder des Fahrwerks. Anders als bei früheren Gelegenheiten – ähnliche Abstürze liegen elf und 14 Jahre zurück – arbeitete die „DDR"-Seite mit einer außerordentlich schnellen Informationspolitik: Ergreifende stumme Bilder von Suchkolonnen im Nachtdunkel, Gespräche mit Ärzten, der junge Axel Baumann aus Schwerin im Krankenbett im Gespräch mit Verkehrsminister Otto Arndt. Im Warteraum des Minsker Flughafens hatten er und seine Kameraden fünf Stunden zuvor noch in Wiedersehensfreude gelacht und gescherzt.

Die „DDR"-Medien verschwiegen zwar den genauen Unglückszeitpunkt – vermutlich gegen 17.15 Uhr –, wichen aber Fragen nach dem Hergang nicht aus: „Genosse Minister, gibt es schon Hinweise auf die Ursache?", fragte ein „DDR"-Fernsehreporter Minister Arndt an seinem Dienstschreibtisch. „Nein", antwortete er und fügte hinzu, der Flughafen Schönefeld sei zur Zeit des Absturzes „voll einsatzfähig gewesen, sowohl technisch als auch meteorologisch".

Damit spielte der Minister offenbar auf die Witterungsverhältnisse an: In ganz Berlin herrschte am Freitag nachmittag neblig-trübes Wetter, zeitweilig regnete es. Die Temperatur lag um null Grad.

Die Fluglotsen auf dem 20 Kilometer nordwestlich gelegenen West-Berliner Flughafen Tegel – dort herrschte ausreichende 2000-Meter-Sicht – bemerkten die Unglücksmaschine: „Wir erkennen Starts und Landungen in Schönefeld auf dem Radarschirm. Wenn eine Maschine beim Anflug verschwindet, wissen wir aber nicht, ob dies eine normale Landung oder womöglich ein Unglücksfall ist", sagte ein Experte.

Die Chronologie des Dramas liest sich so: Flug SU 891 sollte nach „Interflug"-Plan um 14.15 Uhr Moskauer Zeit in Minsk starten und nach rund zwei Stunden um 14.20 Uhr MEZ in Schönefeld landen. Außer der Schulklasse befand sich noch eine größere Touristengruppe aus Frankfurt/Oder an Bord. Weshalb die Maschine später aufstieg, ob sie repariert werden mußte, womöglich eine übermüdete Crew an Bord ging, einstieg oder blieb, in Weißrußland Nebel herrschte – alles offene Fragen.

Möglicherweise verirrte sich der Pilot beim Landeanflug, zog die Maschine aber augenscheinlich noch über die Stadtrandsiedlung an der Waldstraße hinweg. Sekunden später wäre der weiße Jet mit dem blauen „Aeroflot"-Schriftzug am Rumpf auf die stark belebte Autobahn – es herrschte Wochenendverkehr – gestürzt ...

Die Katastrophe am Rande von Schönefeld – 400 000 West-Passagiere nutzten hier 1985 die Billigtarife – wird nur noch von der Explosion einer „Il 62" der „Interflug" übertroffen. Sie zerbrach im Sommer 1972, nur wenige Kilometer vom heutigen Unglücksort entfernt, mitten in der Luft über Königswusterhausen. 156 Bulgarien-Urlauber starben.



Frank Elstner stellte in seiner Sendung „Wetten, daß ..." am Samstag abend seinen Nachfolger Thomas Gottschalk vor. Das Publikum in der Hagener Stadthalle begrüßte ihn begeistert. Ein gutes Omen – so verstanden es auch Elstner und die Kandidaten Gunilla von Bismarck (r.), Dr. Veronica Carstens (2.v.r.), die Geschwister Auer (Mitte) und Howard Carpendale (l.) FOTO: AP

Der Neue wird die Turnschuhe im Schrank lassen

MARIA GROHME, Hagen

Für einen Moment war der sonst so schlagfertige Thomas Gottschalk doch etwas verblüfft. Auf die Idee, daß man ihn mit „Wetten, daß ..." auf ein „totes Pferd" gesetzt haben könnte – so die Frage eines Journalisten nach der Sendung in Hagen –, war er nicht gekommen. Doch er hatte sich schnell wieder im Griff und verkündete mit strahlendem Lächeln: „Dann werde ich den Gaul eben wieder beleben."

Das wird gar nicht nötig sein, denn die Sendung hat Zugkraft wie eh und je. 52 Prozent der Haushalte oder fast 21 Millionen Menschen schauten am Samstag abend zu, als Frank Elstner, souverän wie immer, seine Wetten darbot. Seit Beginn der Ausstrahlung am 14. Februar 1981 haben sich 640 Millionen die ZDF-Show angesehen, doch nur 246 Millionen die jeweiligen Konkurrenzprogramme.

Warum der 44jährige Elstner die Zügel aus der Hand gibt, ließ er schon während der Sendung sein Publikum wissen. Er möchte beweisen, so sagte er, daß „Wetten, daß ..." nicht an eine Person gebunden ist. Und außerdem möchte er nach sechs Jahren mal Pause machen, „von Hinschmeißen kann überhaupt keine Rede sein".

ZDF-Unterhaltungschef Wolfgang Penk versicherte nach der Show, daß es zwischen dem ZDF und Elstner keinen Streit gegeben habe. Vor einem Jahr aber habe Elstner auf einen Passus in seinem Vertrag mit dem ZDF gedrungen, der es ihm gestatte, jederzeit mit dieser Quizsendung aufzuhören, führte Penk weiter aus. Doch Frank Elstner bleibe auch nach diesem Ausstieg „dem ZDF exklusiv verbunden", sagte Penk.

Der Showmaster wird die eineinhalbjährige Pause dazu nutzen, neue Programmkonzeptionen zu entwickeln. Es gebe da einen „Sonderauftrag des Intendanten", sagte Penk. Mit seinen Sendungen „Menschen '86" und „Menschen '87" sowie „Wir stellen uns" und mit der Serie über Nobelpreisträger „Die stillen Stars" wird Elstner weiterhin zu sehen sein.

Der 36jährige Moderator von „Na sowas", freut sich auf die neue Aufgabe, muß jedoch für „Wetten, daß ..." ein eigenes, noch in der Planung befindliches Projekt zurückstellen. Im September kommenden Jahres wird Gottschalk dann als Nachfolger von Elstner die Quizsendung in leicht abgewandelter Form moderieren: sie soll in Maßen auf ihn „zugeschneidert" werden.

Doch ist sich der nette Junge mit den blonden Locken auch darüber klar, daß er ganz so sympathisch-flapsig, wie man ihn kennt, nicht mehr auftreten kann. „Ich weiß, daß ich am Hochaltar der Unterhaltung zelebriere", meinte er. Die Turnschuhe wird er im Schrank lassen. Immerhin: Zu seiner Vorstellung in der Sendung am Samstag abend war er schon in Lackschuhen angetreten.

Ein Dankeschön für alle, die sich nicht nur mit Worten engagieren

DW. Frankfurt

„Lieder öffnen unsere Herzen" lautete das Motto einer Gala in der Frankfurter Alten Oper. Kanzlergattin Hannelore Kohl hatte Frauen und Männer zu dem weihnachtlichen Konzert geladen, die sich als freiwillige Helfer in Krankenhäusern, Rehabilitationskliniken und Heimen mit viel Aufopferungsbereitschaft in den Dienst des Nächsten stellen. Frau Kohl, die mit einer neuen sportlichen Frisur überraschte, begrüßte die Helfer, die alle aus dem Frankfurter Raum kamen, stellvertretend für die vielen tausend Bürger in unserem Land, die sich nicht nur mit Worten für den Mitmenschen engagieren. Das ZDF wird die Veranstaltung, an der Stars wie René Kollo (auf dem Foto zusammen mit der Gastgeberin und Moderatorin Caroline Reiber), Lucia Papp, Karl Ridderbusch und Günther Strack teilnahmen, über Weihnachten senden. Veranstalter war das Kuratorium für Unfallverletzte mit Schäden des Zentralen Nervensystems ZNS, dessen engagierte Präsidentin Hannelore Kohl ist.



Einziehung von Kirchgeld ist rechtmäßig

dpa, Hamburg

Die Einziehung von Kirchgeld durch die Hamburger Finanzämter für die evangelische und katholische Kirche ist nicht verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem jetzt schriftlich vorliegenden Beschluß vom 23. Oktober festgestellt. Kirchgeld wird bei gemeinsamer Einkommensteuerveranlagung von einem Kirchenmitglied mit nur geringem oder keinem Einkommen erhoben, wenn sein Ehepartner als Hauptverdiener keiner Kirche angehört.

Viele Steuerpflichtige hatten gegen die Kirchgeldfestsetzung Einspruch erhoben und waren zunächst von den Finanzämtern „verschont" worden. (Az.: 2 BvL 7/84 und 2 BvL 8/84).

Die ersten Vorboten des Winters

dpa, Hamburg

Schneefall und Eisglätte nach einem plötzlichen Temperatursturz haben am Wochenende in weiten Teilen Deutschlands einen Vorgeschmack auf den Winter gegeben. In Kiel-Friedrichsort kam bei einem Frontalzusammenstoß auf schneeglatter Straße ein Mensch ums Leben, ein anderer wurde schwer verletzt. In den bayerischen Alpen sank am Sonntag die Schneefallgrenze auf etwa 1000 Meter. Auf der Zugspitze wuchs die Schneehöhe auf 38 Zentimeter. Auch auf dem Feldberg und im Hochsauerland fiel Schnee.

Nahezu in allen Bundesländern hatten die Autofahrer mit vereisten Straßen zu kämpfen. Gestern morgen verwandelte gefrierender Nebel vor allem in Süd- und Mittelhessen die Fahrbahnen in Rutschbahnen. Auf den Autobahnen um das Gambacher Kreuz wurden 20 Unfälle gezählt.

Flucht: Polizist getötet

dpa, Göttingen

Ein 43 Jahre alter Polizeiobermeister ist gestern morgen am Ortseingang von Göttingen ums Leben gekommen, als ein flüchtender Autofahrer eine Polizeisperre durchbrach. Anschließend zerschellte der Wagen an einem Baum. Bisher steht nicht fest, ob der Beamte überfahren oder von einem Autoteil getroffen wurde. Der Flüchtende, ein 25jähriger Mann, wurde bei dem Aufprall schwer verletzt. Er hatte nach einem Unfall in Waake (Kreis Göttingen) einen Zeugen mit einer Pistole bedroht und war dann in seinem Auto geflohen.

Rekordsumme für Stuhl

dpa, New York

Für die Summe von umgerechnet knapp 400 000 Mark hat am Freitag im Auktionshaus Christie's in New York ein Stuhl den Besitzer gewechselt, den der berühmte amerikanische Architekt und Designer Frank Lloyd Wright (1869 bis 1901) entworfen hat. Das aus Eiche gefertigte, schlichte Sitzmöbel war für ein Privathaus bestimmt, das Wright entworfen hatte.

Sechs Tote bei Unfällen

AP, Darmstadt/Fulda

Bei drei schweren Verkehrsunfällen auf Autobahnen in der Bundesrepublik sind in der Nacht zum Samstag sechs Menschen, unter ihnen vier junge Frauen, ums Leben gekommen. Zwei der Unfälle auf der Autobahn Frankfurt–Kassel und der Rhön-Autobahn wurden von Falschfahrern verursacht. Die jungen Frauen fuhren in einem vorschriftsmäßig abgestellten Klein-Lkw, der eine Reifenpanne hatte.

„Miß Germany" gekürt

dpa, Oberstdorf

„Überglücklich" durfte sich die 19jährige Blondine Anja Hörnich aus Völklingen im Saarland als frischgebackene „Miß Germany" die schwarz-rot-goldene Schärpe umlegen. Sie ist die dritte Frau, die in diesem Jahr auf konkurrierenden Veranstaltungen den Titel der Schönsten im Lande errang.



ZU GUTER LETZT

Der zehnjährige Spanier José Ignacio Sanchez schrieb in einem Aufsatz-Wettbewerb mit dem Thema „Was ist für dich ein König": „Die Könige sind Elefanten in Person. Der König ist wie eine rot-gelb-rote (die spanischen Farben, die Red.) Taube, die Spanien repräsentiert. Der König ist eine Glühbirne, die langsam schwächer wird und die Energie an seinen Sohn übergibt. Spanien ist wie ein Hund, der in Europa keine Zuflucht findet."

WETTER: Nachmittags Regen

Lage: Nach kurzem Zwischenhocheinfluß greifen im Laufe des Montags die Ausläufer eines Orkantiefs bei Island auf Deutschland über.

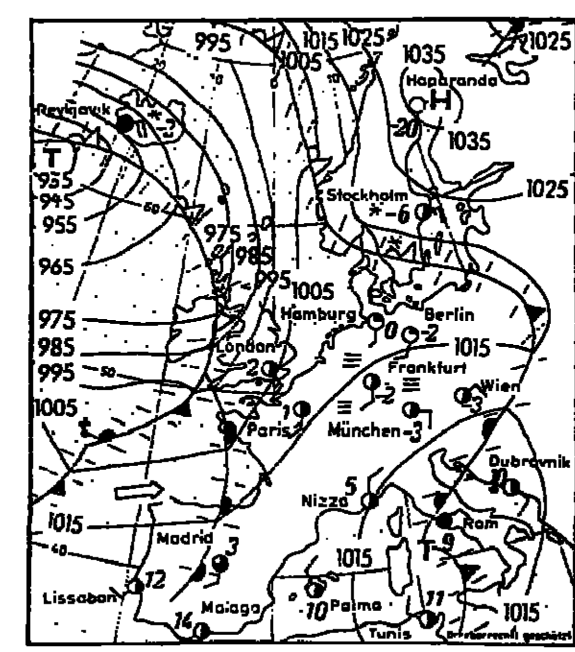
Vorhersage für Montag: Anfangs aufgeheitert, gebietsweise neblig-trüb. Ab mittag von Westen her Eintrübung und nachfolgend länger andauernder Regen, im Bergland anfangs als Schnee. Tageshöchsttemperaturen um 5 Grad, nachts tiefste Werte null bis minus 4 Grad. Schwacher, nachmittags stark auffrischender Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Am Dienstag nach kurzer Wetterberuhigung erneut unbeständig.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.21 Uhr*, Untergang: 16.13 Uhr; **Mondaufgang:** 15.45 Uhr, Untergang: 9.04 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 15. Dez., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	2	R
Bielefeld	5	bd
Braunlage	1	Sr
Bremen	5	he
Dortmund	5	bw
Dresden	2	bd
Düsseldorf	5	bw
Erfurt	4	bw
Essen	4	bw
Feldberg/S.	-2	Ne
Flensburg	5	bw
Frankfurt/M.	4	he
Freiburg	6	bw
Garmisch	1	S
Greifswald	2	bw
Hamburg	5	Rs
Hannover	6	bd
Kahler Asten	0	iW
Kassel	5	he
Kempten	4	bd
Kiel	6	bw
Koblenz	7	he
Köln-Bonn	5	he
Konstanz	5	bd
Leipzig	6	bw
List/Sylt	6	R
Lübeck	5	bw
Mannheim	5	he
München	4	R
Münster	4	bw
Norderney	7	he
Nürnberg	5	bw
Oberstdorf	1	R
Passau	-1	bd
Saarbrücken	4	bw
Stuttgart	5	he
Trier	3	bw
Zugspitze	-9	S

Ausland:		
Algier	13	bw
Amsterdam	4	he
Athen	13	he
Barcelona	9	Sp
Belgrad	1	bw
Bordeaux	7	bw
Bozen	0	bw
Brüssel	3	R
Budapest	-2	Ne
Bukarest	-1	he
Casablanca	14	R
Dublin	-1	he
Dubrovnik	11	he
Edinburgh	-1	he
Faro	14	bd
Florenz	7	bd
Genf	5	bw
Helsinki	-11	he
Hongkong	23	he
Innsbruck	1	bw
Istanbul	10	he
Kairo	18	he
Klagenfurt	-1	bw
Konstanza	-3	bw
Kopenhagen	4	bd
Korfu	15	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	-8	S
Lissabon	12	bw
Locarno	3	bd
London	3	bw
Los Angeles	20	he
Luxemburg	2	bw
Madrid	8	he
Mailand	3	Sp
Malaga	16	he
Mallorca	13	Sp
Moskau	-6	S
Neapel	13	he
New York	5	he
Nizza	9	R
Oslo	1	Sr
Ostende	2	R
Palermo	18	he
Paris	3	R
Peking	3	wl
Prag	0	bd
Rhodos	14	he
Rom	13	bw
Salzburg	2	R
Singapur	28	bw
Split	13	bw
Stockholm	0	Sr
Straßburg	6	he
Tel Aviv	15	bw
Tokio	17	R
Tunis	15	he
Valencia	14	he
Varna	4	bw
Venedig	4	R
Warschau	-2	bw
Wien	-2	Gr
Zürich	6	bw

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, iW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

U. R. kleidete auch Grace Kelly ein

Berliner Kulturforum öffnet sich zum ersten Mal für die Mode / Auftakt der Jubiläumsfeiern

RUTH HABER, Berlin

Zum Einstieg in die Jubiläumsfeiern zum 750. Geburtstag präsentierte sich Berlin am Samstag als Modestadt mit Tradition, die mit dem Couturier Uli Richter untrennbar verbunden ist. 25 Jahre lang hat sein Name für Berliner Chic in aller Welt geworben. Heute gibt U. R. als Professor an der Hochschule der Künste Berlin sein Wissen und seine Erfahrung weiter.

Mit einem Rückblick auf sein Schaffen und einem Ausblick auf die Mode 1987 aus seiner individuellen Sicht stellte er unter Beweis, daß die Faszination der Mode auch ohne spektakuläre Übertreibungen auskommt. Mode mit Anspruch für Selbstbewußte, unaufdringliche Eleganz, das war seit jeher Uli Richters Stil, mit dem er prominente Kundinnen in aller Welt gewann.

Der „lässige Abend"

Der Abend hatte den Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung zu Gunsten des Bundesverbandes der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher und stand unter der Schirmherrschaft von Marianne von Weizsäcker, der Gattin des Bundespräsidenten. Mit Unterstützung des Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin, Professor Werner Knopp, konnte die Veranstaltung im Musikinstrumentenmuseum stattfinden, einem Gebäudeteil des Philharmoniekomplexes im Berliner Tiergartenviertel.

In Grußworten, die Professor Knopp auch im Namen seines Kollegen, des Präsidenten der Hochschule der Künste Berlin, Ulrich Roloff-Momin, an die vielen in- und ausländischen Gäste richtete, unterstrich er die Aufgaben, die das Berliner Kulturforum mit seinen Museen und Institutionen vertritt und die sich erstmals nun auch der Mode öffnen.

Gab unlängst die Pariser Haute Couture in Berlin ihre Visitenkarte ab mit wunderschönen, aber auch traumhaft teuren Kreationen für große Feste, so sorgte der in Potsdam geborene Wahlberliner Uli Richter für eine Mode des Alltags und der Realität. „Die Stadt, in der ich seit vierzig Jahren lebe, ist für mich die am meisten kosmopolitische nach New York," so schickte er seiner Modenschau voraus. Berlin habe ihn immer inspiriert, Mode als Aufgabe zu sehen, Frauen in ihrem täglichen Leben schöner zu machen, in Beruf und auf Reisen ebenso gut wie komfortabel anzuziehen und ihnen für abends die lässige Eleganz vorzuschlagen.

Letzteres wurde zum Markenzeichen von Uli Richter, der „lässige Abend", ein Signum seiner Kollektionen in den späten sechziger Jahren. Damit gewann er prominente Kundinnen wir Grace Kelly oder Hildegard Knef sowie potente Handelspartner in den USA, die seinen Namen als verkaufssicheren Tip in den Staaten durchsetzten. Der Grace-Kelly-Stil, mit dem man U. R. identifizieren mag, ist ebenso zeitlos wie feminin. Er ist heute auch wieder aktueller denn je, seitdem man mit der Mode zu erkennen geben will, daß Emanzipation und charmante Weiblichkeit einander nicht auszuschließen brauchen.

Ein gelungenes Comeback

Mit mehrteiligen Ensembles für viele Gelegenheiten richtig angezogen zu sein, das klingt heute selbstverständlich. Als Uli Richter mit seinem sportlich-eleganten Stil in den sechziger Jahren solche mehrteiligen Modellvorschläge machte, war er ein echter Avantgardist. Auch brachte er als erster Modeschöpfer Farben und Accessoires in seine Kollektionen, baute sie nach Farbgruppen auf und machte sich einen Designernamen für Stoffthemen, die man exklusiv für ihn entwickelte.

Es ist nicht allzuviel Neues seither in der Mode geschehen, außer hektischen Ablösungen von Looks, die jetzt nun wieder zu einer Neoklassik finden. Der Bogen schließt sich, nach dreißig Jahren ist Mode alt genug, um wieder neu zu sein. Das Comeback von Uli Richter ist gut gewählt, sei es mit der Modeprofessor oder als Couture-Adresse in Berlin.

Die Wirtschaft konnte sich trotz Rückschlägen behaupten

Von TONY HAWKINS

Nach afrikanischen Maßstäben hat sich die Wirtschaft Zimbabwes in den ersten sieben Jahren seit der Unabhängigkeit eindrucksvoll behauptet. In realen Werten wuchs die Wirtschaft mit einer durchschnittlichen, jährlichen Wachstumsrate von drei Prozent, wobei es Schwankungen gab von einer Spitze von 13 Prozent im Gefolge einer Superernte im Jahre 1981 zu einem Minus von 3,4 Prozent 1983, als die Wirtschaft schwer getroffen wurde durch das Zusammentreffen von extremer Trockenheit und Weltrezession.

Es bleibt jedoch festzustellen, daß die Wirtschaft Zimbabwes mit nahezu der doppelten Rate wuchs wie sie im übrigen Afrika südlich der Sahara mit 1,6 Prozent jährlich zu registrieren war. Das bedeutet, daß während in den meisten afrikanischen Ländern der Lebensstandard seit den 70ern real fiel, ist es Zimbabwe gelungen, den Standard auf dem Niveau des Jahres 1980 zu halten. Die Tabelle zeigt, daß in Zimbabwe-Dollars des Jahres 1980 das pro-Kopf-Einkommen in 1986 etwas höher liegt als bei der Unabhängigkeit im Jahre 1980.

Wenn man jedoch berücksichtigt, daß die Währung Zimbabwes in diesem Zeitraum gegenüber dem US-Dollar um 60 Prozent abgewertet wurde, hat es einen scharfen Rückgang im Pro-Kopf-Einkommen gegeben.

Nach einem starken Wachstum in den ersten beiden Jahren nach der Unabhängigkeit flachte sich die Wachstumsrate in der Zeit 1982 bis 1984 ab und spiegelte damit die drei Jahre einer Trockenheit wider, eine Periode niedriger Preise für Primärprodukte und die weltweite Rezession.

Ergiebige Regenfälle im Jahre 1985 führten zu einer starken wirtschaftlichen Erholung, aber diese hat in der Folgezeit wieder an Tempo verloren mit einem wirtschaftlichen Realwachstum, das von sieben Prozent in 1985 zu voraussichtlich 2,5 Prozent in diesem Jahr absinken wird.

Das unterstreicht das Ausmaß, in dem die Wirtschaft seit der Unabhängigkeit des Landes von der Landwirtschaft abhängt. Obwohl der Agrarbereich nur 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, hängen schätzungsweise 70 Prozent der 8,2 Millionen Einwohner direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. Der Agrarbereich ist mit 45 Prozent der größte Arbeitgeber.

Tabak ist Exportgut Nummer eins und verantwortlich für ein Fünftel der Gesamteinnahmen in ausländischer Währung. Andere wichtige landwirtschaftliche Exportprodukte sind Baumwolle (8,5 Prozent des Exportes), Zucker, Kaffee, Mais, Fleisch und Tee.

In den Bergbau ist seit der Unabhängigkeit nur wenig investiert worden. Das Produktionsvolumen ist heute niedriger als vor zehn Jahren. Obwohl der Bergbau nur sechs Prozent des Bruttosozialproduktes beisteuert, ist er für die Wirtschaft ungeheuer wichtig als Devisenbringer. Gold und Chrom sind des Landes zweiter und drittgrößter Exportfaktor (nach Tabak) und zusammen mit Stahl, Asbest, Nickel, Kupfer, Zinn und anderen weniger bedeutenden Mineralien steuerte er im vergangenen Jahr 42 Prozent der Exporterlöse bei. Der industrielle Fertigungsbereich steuert 27 Prozent des Bruttosozialproduktes bei, aber nur 12 Prozent des Exports.

Das Wachstum des Fertigungsbereichs wurde durch den Mangel an Fremdwährung behindert. Einer der größeren zimbabwischen Hersteller berichtete unlängst, daß in US-Dollars seine Importquoten in den letzten drei Jahren um 70 Prozent gefallen seien, was zur Verknappung bei notwendigen Erneuerungen gesunkene Output und zu einem wesentlichen Kapazitätsverlust führte. Diese Situation sei für zahlreiche Industrien gegenwärtig typisch. Im Ergebnis erwartet man heute, daß nach einem Wachstum von mehr als elf Prozent in 1985 die Industrieproduktion in diesem Jahr um nicht mehr als bis drei Prozent expandieren werde, und es ist wenig wahrscheinlich, daß es irgendeine Verbesserung im kommenden Jahr gibt.

Zimbabwe hat sich zu den Wirtschaftssanktionen des Commonwealth gegen Pretoria verpflichtet, die möglicherweise das Aufkündigen der Flugverbindungen mit Südafrika ein Boykott auf bestimmte südafrikanische Importe, vor allen Dingen Stahl, Kohle und Früchte und Restriktionen im Handel und Tourismusförderung einschließen können. Für sich gesehen, würden diese Maßnahmen keine größere Auswirkung auf die Wirtschaft Zimbabwes haben, aber Repressalien durch Pretoria könnten harte Konsequenzen zeitigen. Südafrika ist Zimbabwes wichtigster Handelspartner mit etwa 15 Prozent des gesamten Warenverkehrs, aber folgenschwerer noch ist die Abhängigkeit Zimbabwes vom südafrikanischen Transportsystem. Rund 90 Prozent von Importen und Exporten werden über die südafrikanischen Eisenbahnen und Häfen abgewickelt. In der Landwirtschaft ist das Schlüsselproblem die Notwendigkeit, die Maisproduktion zu reduzieren und dafür die Bereiche Baumwolle, Tabak, Ölsaaten, Weizen und Fleisch stärker zu fördern. Zimbabwe hat zwei Millionen Tonnen Mais auf Lager, genug, um die Nachfrage für die nächsten drei Jahre zu befriedigen. Die Bauern sind aufgefordert worden, ihre Maislieferungen in der laufenden Erntezeit zu halbieren.

Die Probleme mit den Defiziten im Haushalt und in der Zahlungsbilanz führten zur Abwertung des Zimbabwe-Dollars um 40 Prozent und zu strengen Beschränkungen beim Import und anderen Zahlungen, aber auch zu Streichungen bei öffentlichen Ausgaben und deutlich höheren Steuern. Trotz dieser Maßnahmen bleibt das Problem ungelöst. In diesem Jahr wird mit einem voraussichtlichen Defizit von 12 Prozent gerechnet. Damit ist das ambitionierte Erziehungsprogramm der Regierung gefährdet, das 17 Prozent des Budgets auffrißt.

Demgegenüber hat sich die Zahlungsbilanz seit 1983 spürbar verbessert mit einem gegenwärtigen Rechnungsdefizit, das von 530 Millionen Zimbabwe-Dollars auf 150 Millionen 1985 reduziert werden konnte. Dies wurde jedoch nur dadurch erreicht, weil die Importbewilligungen stark reduziert wurden und heute nur noch 60 Prozent des Spitzenwertes aus dem Jahre 1981 betragen. So hat die Verbesserung der Zahlungsbilanz nicht dazu geführt, daß das Leiden der Wirtschaft gemindert wurde.

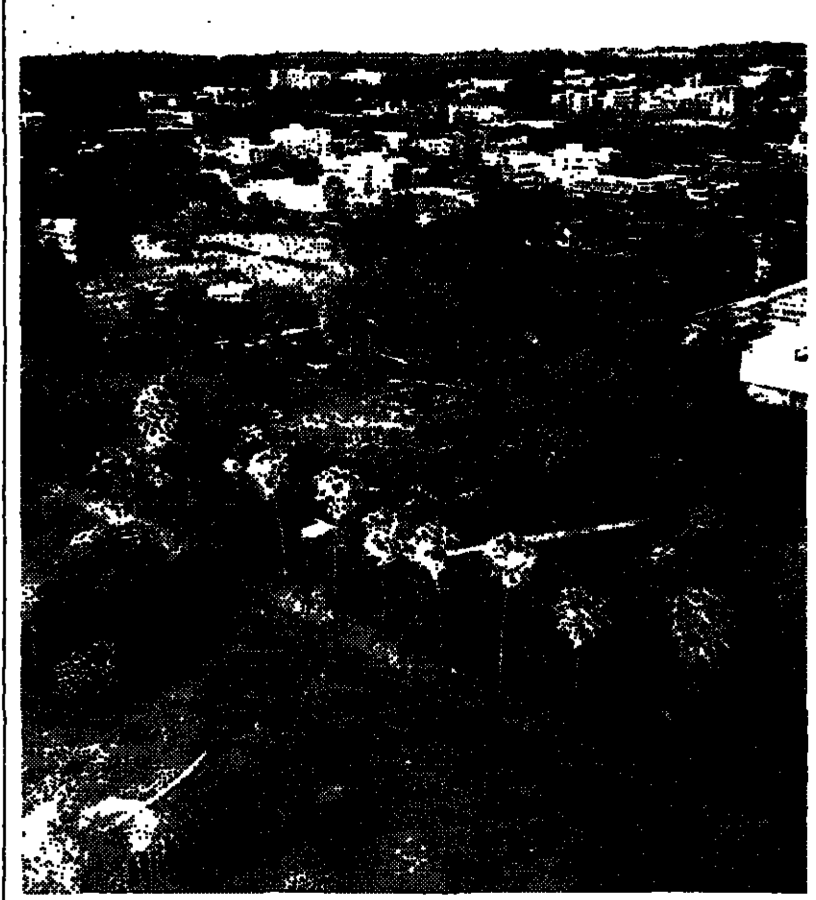
Das hängt in der Tat mit den Wurzeln der Schwierigkeiten des Landes im Hinblick auf seine langfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zusammen. Das schnelle Wachstum der Bevölkerung – mehr als drei Prozent jährlich – und der hohe Anteil der Bevölkerung, der die Schule besucht, bedeutet, daß im Laufe der nächsten fünf Jahre 170 000 Arbeitssuchende jedes Jahr in den Arbeitsmarkt strömen werden. Gegenwärtig sind etwa nur eine Million Menschen in der lohnzahlenden Wirtschaft beschäftigt, und die Arbeitslosenrate wird auf 15 Prozent geschätzt. Berücksichtigt man den ersten nationalen Entwicklungsplan der Regierung (für die Zeit von 1986 bis 1990), einem anzunehmenden Wachstum von jährlich fünf Prozent real und einer Beschäftigungsausweitung von 30 000 Arbeitsplätzen jährlich, sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Arbeitslosenrate eskalieren und 1990 die 20-Prozent-Marke erreicht haben wird.

Ohne einen Zweifel stellt das das ernsthaftete Problem für Robert Mugabes Regierung dar, denn die 170 000 jungen Leute, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt strömen, werden Jugendliche sein mit einer vier- oder sechsjährigen Sekundarschulausbildung und hohen Erwartungen an einen guten Job und an einen Platz in der Sonne.

Tony Hawkins ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Harare.

Reales Wachstum der zimbabwischen Wirtschaft

Jahr	Bruttosozialprodukt Inland Preise 1980 Wechsel	Pro-Kopf-Einkommen Preise 1980 Zimbabwe-Dollar	Pro-Kopf-Einkommen Preise 1980 US-Dollar
1980	11,5	457	713
1981	13,0	502	728
1982	0	488	644
1983	– 3,4	458	453
1984	– 0,2	444	357
1985	7,0	462	291
1986	2,5	460	271





Harara, die einzige Hauptstadt mit 12 Golfplätzen, Great Zimbabwe, an seinen Ruinen richtet sich der Stolz einer Nation auf FOTO: HHH

„Sozialismus ist christlicher als der Kapitalismus"

Eine Missionsschule prägte den Politiker Robert Mugabe

„Wenn ich ein Mann bin, dann werde ich ein Lehrer sein, wenn ich kann." Der kleine Junge, der das 1938 in der Jesuitenschule von Kutama gegenüber Lehrern und Mitschülern erklärte, war Robert Gabriel Mugabe, Sohn des Schreiners an der dortigen Mission, Gabriel Mugabe und dessen Frau Bona, beides gläubige Katholiken. Bis heute ist Mugabe Lehrer geblieben, und seine wichtigste Lektion ist die Afrikanisierung Zimbabwes, denn daß von den Europäern wenig zu erwarten war, lernte er schon in Kutama, als der britische Gouverneur Rodwill die Anfrage nach einem Krankenhaus des Father O'Hea mit der Bemerkung abfällig beschied. „Was regen Sie sich so über ein Krankenhaus auf, es gibt ja doch schon viel zu viele Eingeborene in diesem Land."

Kutama war eine religiöse Gemeinschaft, die Mugabe verließ, um auf die schwarze Universität von Fort Hare in der südafrikanischen Kapprovinz zu gehen. Dort traf er während der 40er Jahre die Exponenten des jungen Flügels des African National Congresses (ANC), darunter Nelson Mandela, Robert Sobukwe, den Zulu-Führer Gatasha Buthelezi und Oliver Tambo. Dort wurde Mugabe auch ein Anhänger des Marxismus, beeinflußt durch die Jewish Communists of South Africa und durch die Kultfigur der jungen Nationalisten Südafrikas, Mahatma Ghandi, der ja in Südafrika geboren wurde.

„Als ich Ford Hare verließ, hatte ich eine neue Orientierung und neue Perspektive", sagt Mugabe. „Ich kam aus einem Land, in dem die meisten Schwarzen die europäische Herrschaft akzeptiert hatten. Die meisten von uns glaubten, daß alles, was getan werden sollte, wäre, unsere Probleme innerhalb Systems zu beseitigen, aber nach Ford Hare war in meinen Auffassungen ein radikaler Wandel."

Im Herbst 1957 ging Mugabe nach Ghana und traf Kwame Nkrumah, den Führer der Nationalisten im Lande und kurz darauf Ghanas erster Präsident. Das Beispiel Ghana beflügelte Mugabe. In Ghana traf er auch seine Frau Sally Heyfron, eine Lehrerin am Sankt Mary's College in Takoradi. Nach Ghana und auch durch den Einfluß seiner Frau Sally war er entschlossen, den Weißen in Rhodesien entgegenzutreten.

Der Kampf zuerst politisch, dann militärisch, begann am 20. Juli 1960 mit dem Marsch der 7000, als die National Democratic Party (NDP) zur Demonstration aufrief, die von der Rhodesischen Polizei mit Härte beantwortet wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde Mugabe erstmals aufgefordert, als Redner in Erscheinung zu treten. „Die nationalistische Bewegung wird nur dann Erfolg haben, wenn sie auf dem Zusammenwirken von allen Klassen der Menschen basiert", sagte er. Der Erfolg war enorm, weil die Menge den Eindruck hatte, daß hier einer mit den Armen, Ungebildeten und den Bauern gemeinsam in den Kampf ziehen wollte. Mugabe wurde in der Folgezeit ein begehrter Redner, insbesondere faszinierte er

● Fortsetzung Seite III

Die Weißen gingen, doch die Anarchie kam nicht

Zimbabwes Gratwanderung zwischen Ost und West

Harare im November; in 1500 Meter Höhe liegt die Stadt unter blauem Himmel. Es ist warm, aber nicht stickig. Die alleenartigen Straßen werden von Bougainvillea, Hibiskusträuchern und Jacarandas geschmückt. Einträchtig gehen die schwarzen Bürger Zimbabwes ebenso wie die weißen ihren Geschäften nach. Täuscht das Bild? Es gibt unter der Oberfläche viele Vorurteile, auch Ängste, sagt Professor Hawkins von der Universität Zimbabwe. Sie kamen zuletzt zum Ausbruch bei Ausschreitungen nach dem Tod des moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel.

Wie schwer waren sie, wie sind sie zu bewerten? In deutschen Zeitungen stand, die Botschaft der Bundesrepublik sei gestürmt worden. Das ist nicht wahr, sagt der Botschafter. Es zogen Demonstranten am Gebäude vorbei, und einige wollten die Fahne runterholen, wurden aber von eigenen Leuten gestoppt. Ein Schwarzer mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „US-Aid for Africa" wurde vor der Botschaft verprügelt, bis andere aus der Gruppe ihn befreiten. Sachschäden gab es bei der Botschaft von Malawi und bei den Fluglinien Air Malavi und African Airways.

Die Regierung Mugabe war offen bestürzt über die Ausschreitungen, obwohl es Leute gibt, die sagen, sie habe vorher die Stimmung mit aufgeheizt.

Der Umgang der schwarzen Staatsmacht mit den Weißen, erlebt am eigenen Beispiel, ist überaus freundlich. Die Formalitäten bei der Einreise mögen übertrieben und bürokratisch erscheinen. Das Gefühl, in einem totalitären Staat zu sein, hat man nie. Auf der Fahrt von der Hauptstadt Harare gen Süden zu den Great Zimbabwe Ruins gibt es eine Reihe von Straßenkontrollen und sicherlich noch mehr im grenznahen Bereich, sowohl zu Moçambique als auch zu Südafrika hin. Aber kein Polizist fingert nervös an seinem Maschinengewehr, ein freundliches Wort, ein kleiner Scherz entspannt die Situation regelmäßig. Ein Gefühl von Angst will sich nicht einstellen.

Es wird empfohlen, nachts nicht durch die Stadt zu gehen. Die Kriminalitätsrate ist gestiegen, die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen, ist hoch, etwa 90 000 verließen 1986 die Schule, nur 10 000 fanden Jobs, die übrigen landen in den Städten, weil keiner mehr auf dem Feld arbeiten will. Gut ausgebildet träumen sie von einem Platz hinter einem Schreibtisch mit mehreren Telefonen. Dieses Problem wird sich noch verschärfen. Aber Vorsicht bei nächtlichen Ausflügen, das ist heute Realität in den meisten Ländern der Erde, egal wo.

Die große Verbrüderung zwischen Weißen und Schwarzen hat es in Zimbabwe nach der Unabhängigkeit vor sechs Jahren nicht gegeben. Abends sind die Weißen in ihren Zirkeln, die Schwarzen in ihren. Der Kontakt beschränkt sich auf das Geschäft. Aber Ian Smith, der verhaßte weiße ehemalige Premier, bewegt sich heute völlig frei durch Harare, wenn er sei-

■ Fortsetzung Seite III

Wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden

Auch Europäer beteiligen sich an Entwicklungsprojekten

Im März 1985 nahm die Zimbabwe Development Bank ihre Tätigkeit auf, um wie es das Gesetz der Zimbabwe Development Bank Act aus dem Jahre 1983 beschreibt, heimische und fremde Ressourcen für die ökonomische Entwicklung zu mobilisieren und Entwicklungsprojekte in allen Bereichen der Wirtschaft zu finanzieren. Zum einer soll sie Kapital zur Verfügung stellen, was für die Ausweitung, die Modernisierung und die Schaffung neuer Firmen benötigt wird, ebenso soll sie Kredite zur Verfügung stellen oder garantieren und ähnliche Tätigkeiten im Finanzsektor übernehmen.

ZDB-Projekte sollen technisch machbar, wirtschaftlich sinnvoll, sozial akzeptabel und vernünftig gemanagt werden. Prioritäten genießen dabei der Erwerb von ausländischen Devisen oder das Einsparen bei der Ausgabe solcher, die Entwicklung heimischer Technologien und Fertigkeiten, und ferner sollen heimische Produkte verarbeitet werden, die Kooperation soll verbessert, Arbeitsplätze geschaffen und zimbabwesisches Unternehmertum und Management gefördert werden.

Für diese schwierige Aufgabe hat die ZDB mit Reiner Eich einen erfahrenen Mann als Managing Director verpflichtet. Er hat vorher im Nachbarland Sambia eine vergleichbare Institution mit aufgebaut.

An der Entwicklungsbank sind heute die Regierung Zimbabwes mit 51 Prozent, die Commonwealth Development Cooperation, die African Development Bank, die Reserve Bank of Zimbabwe, die Europäische Investitionsbank, Niederländer, Finnen und die DEG, die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern beteiligt.

„Wir haben vor allen Dingen mittlere und kleine Firmen im Auge", sagt Reiner Eich der *WELT* „mit einem Kreditrahmen von etwa 100 000 bis 2,2 Millionen Dollar. Alles, was darunter liegt, macht eine Schwesterorganisation, die SEDCO, die sich um die Kleinunternehmen kümmert". Die Verträge für 12 Projekte sind derzeit unterzeichnet, an einem ist die ZDB auch mit Eigenkapital beteiligt. Sie dienen vor allen Dingen der Rehabilitierung der bestehenden Industrie, die zwar auf einem relativ hohen Entwicklungsstand ist, deren Maschinenpark aber dringend der Erneuerung bedarf. Alle Vorhaben sind privater Natur, die Laufzeit der gegebenen Darlehen schwanken zwischen fünf und zehn Jahren. Der Bereich der staatlichen Industrie wird von der Regierung direkt versorgt. Das Vorhaben, wo die ZDB die ZDB mit eigenem Kapital beteiligt ist, betrifft einen Steinbruch, in dem schwarzer Granit für den Export gebrochen wird. Zimbabwe ist neben Schweden, Indien und Südafrika das einzige Land, das diesen Granit anbieten kann.

Die Projekte werden regelmäßiug von eigenen Leuten, die man zu diesem Zweck geschult hat, überprüft. Wichtig ist Übereinstimmung mit der Entwicklungspolitik des Landes, die entsprechenden, staatlichen Fünfjahrespläne sind indes nicht so detailliert, daß sie die Tätigkeit der ZDB behindern könnten. Obwohl die Bank noch sehr jung ist, konnte sie bei einem Projekt schon spürbar Devisen einsparen. Aus Abfallkoks wurde Gas gewonnen, und damit eine große Bäckerei versorgt, die nun nicht mehr auf Importe angewiesen ist.

Eich bedauert, daß die ungeklärte Lage in Südafrika die Probleme mit dem Transport, aber auch Mugabes „verbale Spielerei mit dem Sozialismus" die Investoren abschreckten. Dabei gebe es in dem Land für Unternehmer Riesenchancen. Mugabe strebt seiner Meinung nach ein Modell an, das sozialistisch sei, aber ohne direkte staatliche Verantwortung für die Firmen.

Nachdem der ursprüngliche Jahresentwicklungsplan sich als nicht realisierbar herausstellte – er sah vor, daß der private Sektor nur zu 40 Prozent an der Entwicklung des Landes beteiligt werden sollte – wird in dem neuen Fünfjahresplan dem Privatsektor eine größere Rolle zugemessen. Immerhin stellt der Privatsektor 80 Prozent der Arbeitsplätze und erwirtschaftet 90 Prozent des gesamten Steuereinkommens.



Der donnernde Rauch soll den Tourismus beleben: Die Victoria-Fälle in Zimbabwe FOTO: DIE WELT

Hat man die Bedeutung des Privatsektors erkannt, will man doch diesen von ausländischer Steuerung langsam abkoppeln. Es ist erklärte Regierungspolitik, das Element auswärtiger Kontrolle zu reduzieren und die übliche Art, dem nachzukommen ist die Gründung von Joint ventures mit entweder heimischen Firmen oder mit der Regierung selbst.

Für die Investition ist Richtschnur der Foreign Investment Coed, das Gesetz für ausländische Investition, der im Oktober 1982 verabschiedet wurde und der als ausländische Firma oder ausländische Investitionen jedes Vorhaben beschreibt, dessen Kapital zumindestens 15 Prozent außerhalb des Landes besessen wird. Von dieser Rate an bedürfen Investoren der Erlaubnis des Foreign Investment Comity (FIC). Das FIC muß auch gefragt werden, wenn Anteile an heimischen Firmen gekauft oder Beteiligungen übernommen werden sollen. Auch der Transfer von Beteiligungen unter ausländischen Firmen bedürfen der Genehmigung, wenn es sich um ein zimbabwisches Geschäft handelt.

Mindestens 20 Prozent von neuen Vorhaben sollen von einheimischen vorgenommen werden, und die Regierung hält sich die Option offen, Anteile zu erwerben. Die Regierung verpflichtet sich dazu, nach einer Eingangsphase von zwei Jahren das Kapital wieder zu repatriieren abzüglich der Dividenden oder Kapitalgewinne, die in dem Zeitraum angefallen sind.

Für Unternehmen, die zu einem vermehrten Angebot an Arbeitsplätzen führen, gibt es Anreize, vor allen Dingen in der Form von Steuerbefreiungen. Ho.

Liberale Südafrikaner halten das Beispiel Zimbabwe für ermutigend

„Mugabe weiß, daß er zum Nutzen der Wirtschaft die Weißen in Ruhe lassen muß"

Ein zweites Südafrika gibt es nicht und hat es nie gegeben. Trotzdem starren Südafrikas Weiße wie gebannt nach Zimbabwe. Denn wenn sich Geschichte überhaupt wiederholen kann, dann ist für Südafrikas Zukunft das Exempel Zimbabwe. Über sechs Jahre sind vergangen, seit hier *die schwarze Mehrheit die Macht* übernahm, und eines steht fest: Die Katastrophe ist nicht eingetreten.

Für Südafrikas Rechte ist das ein schwacher Trost. Schwarze Herrschaft, Sozialismus, Niedergang und Chaos ist für sie ein Synonym. Das hat sich nach ihrer Ansicht auch in Zimbabwe erwiesen. „Der Schwarze kennt keine Demokratie", meint J. H. van der Merwe, Abgeordneter der Konservativen Partei, die der regierenden Nationalpartei das rechte Spektrum der weißen Wählerschaft streitig macht. „Die Einheitspartei ist in Zimbabwe nur noch eine Frage der Zeit." Den Hinweis auf die beträchtliche Zahl weißer Rückwanderer wischt er mit einer Handbewegung vom Tisch: „Das sind Leute, die zurückkehren müssen, weil sie auf ihre Pensionen oder Grundbesitz angewiesen sind."

Doch die Mehrheit der weißen Südafrikaner scheint weniger negativ eingestimmt. „Es klappt dort doch ganz gut", findet ein jugoslawischer Taxifahrer in Johannesburg, der vor vier Jahren nach Südafrika eingewandert ist, „weil es in Südafrika gar nicht schlimmer als in Jugoslawien sein kann".

Was Pretoria am meisten fürchtet

Ein liberaler Abgeordneter ist der Ansicht, daß Robert Mugabe aus den Fehlern anderer afrikanischer Herrscher gelernt habe. „Er ist intelligent und vorsichtig. Er weiß, daß es der Wirtschaft des Landes nur nützt, wenn er die Weißen in Ruhe läßt."

Trotzdem hält der Abgeordnete van Rendburg von der PFP eine Machtübergabe an die schwarze Mehrheit nach dem Vorbild Zimbabwes in Südafrika für nicht machbar: „Weiße, Inder und Farbige müssen in Südafrika verfassungsmäßige Minderheitsrechte, etwa im Rahmen eines föderalen Systems, erhalten. Die Heterogenität der verschiedenen Volksgruppen ist in Südafrika viel ausgeprägter, die Wirtschaft ist höher entwickelt und reagiert deshalb empfindlicher." A. H. Heard, Chefredakteur der progressiven „Cape Times", hat dagegen überhaupt keine Bedenken und hält das Beispiel Zimbabwes für uneingeschränkt ermutigend: „Von mir aus könnte hier morgen ‚One man, one vote' gelten." Die regierende Nationalpartei will Wahlrecht für alle erst dann zulassen, „wenn die Schwarzen den erforderlichen Bildungsstand erreicht haben".

Auch in anderer Hinsicht sehen Südafrikas Weiße in der jüngeren Geschichte Zimbabwes Parallelen zum eigenen Land.

Als 1974 der damalige Premier Ian Smith die für die Unabhängigkeit Zimbabwes kämpfenden Nationalistenführer *Joshua Nkomo, Ndabaningi* Sithole und Robert Mugabe aus der Haft entließ, glaubte er, durch Verhandlungen mit ihnen zu einer Beilegung des Guerrillakampfes gelangen zu können. Doch was kam, war eine Eskalation des Krieges. Eine ähnliche Entwicklung fürchten viele weiße Südafrikaner, wenn sie, internationalem Druck gehorchend, den inhaftierten Führer des African National Congress (ANC), Nelson Mandela, freilassen würden.

Doch andererseits fürchten sie auch ein „Muzorewa-Syndrom". Die „interne Lösung", mit der Ian Smith 1979 den schwarzen Bischof zum Premier hatte wählen lassen, war in weniger als einem Jahr gescheitert. „Eine schwarze Mehrheitsregierung darf auf keinen Fall die Kräfte außer acht lassen, die den *bewaffneten Kampf* betrieben haben", lautet daraus für Südafrikas Weiße die Lehre – und die ist noch lange nicht akzeptiert.

Allgemein akzeptiert erscheint dagegen die Erkenntnis, daß die südafrikanische Apartheidgesetzgebung, die es im weißen Rhodesien nie gegeben hat, ein verhängnisvoller Fehler war, der Südafrika auf der Suche nach einer friedlichen Übergangslösung um Jahrzehnte zurückgeworfen hat und die Probleme völlig unnötig erschwerte.

Die staatliche Respektierung allgemeiner Grundrechte, vor allem des Eigentums, muß zwangsläufig zunächst einmal zu einer weitgehenden Zementierung des bestehenden Zustandes führen. Dem natürlichen Drang der schwarzen Mehrheit, in einer Art Nachholbedarf die Verhältnisse umzukehren und den bis dahin Diskriminierten zu Lasten der Privilegierten in eindeutiger Weise Vorteile zu verschaffen („affirmative action"), hat Robert Mugabe nur in ganz beschränktem Umfange nachgegeben, etwa im öffentlichen Dienst, wo im Rahmen der „Zimbabwesierung" Schwarze gegenüber gleichermaßen oder gar besser qualifizierten Weißen eindeutig bevorzugt wurden und werden.

Ein allgemeiner Fraternisierungsprozeß?

So unnatürlich und rechtswidrig die kodifizierte Apartheid ist, so wenig ausgeprägt scheint in Afrika doch der Drang, sich über die Rassenschranken hinwegzusetzen und einen allgemeinen Fraternisierungsprozeß einzuleiten. Während die rechtliche Gleichstellung von Schwarz und Weiß in Zimbabwe erfreulicherweise auffallend wenig Probleme geschaffen hat, ist – so hat sich erwiesen – die „gesellschaftliche Apartheid" weitgehend bestehen geblieben. Schwarz und Weiß leben getrennt und ziehen es vor, unter sich zu bleiben.

Das deckt sich mit den Erfahrungen, die man in Südafrika im Rahmen des Abbaus des Apartheidsystems gesammelt hat. Nach Aufhebung des „Mixed Marriages Act" ist es nur in wenigen Fällen zu gemischtrassischen Eheschließungen gekommen.

Vor der Unabhängigkeit 1980 standen in Zimbabwe rund 200 000 Weiße mehr als sieben Millionen Schwarzen gegenüber. Von 1981 bis 1985 sind unter dem Strich jährlich 10 000 emigriert. Die heute verbliebenen werden auf 100 000 geschätzt.

Als die Weißen Anfang Dezember 1986 vor die Wahl gestellt wurden, sich zwischen zimbabwischer und britischer Staatsangehörigkeit zu entscheiden, soll das Ergebnis prozentual 50 zu 50 gewesen sein. In Südafrika sind es 25 Millionen Schwarze, vier Millionen Weiße, 2,5 Millionen Farbige und nicht einmal eine Million Asiaten. ACHIM REMDE

Großmacht in Sachen blauer Dunst

Mit Tabakanbau werden die meisten Devisen verdient, Bundesrepublik auf Rang zwei

In welcher deutschen Zigarette Tabak aus Zimbabwe verarbeitet wird, ist ein Geheimnis, das, wie Roger G. Bridges von der Zimbabwe Leaf Tobaco Company Ltd. weiß, „von den Herstellern sorgfältig gehütet wird".

Aber die Bundesrepublik – darüber gibt die Statistik klare Auskunft – ist mit 9146,9 Tonnen im Jahre 1985 nach Großbritannien der zweitwichtigste Abnehmer von Flue-Cured-Tabak (Virginia), und am Weltmarkt hält Zimbabwe (1985) von 634 000 Tonnen 14,2 Prozent, rangiert damit nach Brasilien und USA auf Platz drei vor Indien und China.

Für Zimbabwe ist Tabak das landwirtschaftliche Produkt Nummer eins, angebaut wird überwiegend Flue-Cured in geringerem Umfang Burley.

Mit dem Tabak verdient das Land 25 Prozent seiner gesamten Exporteinnahmen. In 50 Länder wird exportiert, die Hälfte der Ware jedoch in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Geliefert werden 98 Prozent der eigenen Produktion, die von 1500 Farmern in freien Auktionen aufgekauft werden. Der Tabak wird unbearbeitet versandt, was allerdings nicht heißt, daß er vorher nicht behandelt wurde. Die Feuchtigkeit wird entzogen und auf einen stabilen Wert von 12,5 Prozent gebracht.

Die Mittelrippen des Blattes werden herausgenommen, zerkleinert und ebenfalls verkauft. Der Tabak wird schon in Zimbabwe zum erstenmal gemischt. Die großen Einkäufer wie Reemtsma oder Rothändle in der Bundesrepublik verschneiden ihn dann mit Produkten anderer Länder.

Angebaut wird in einer Höhe von 1100 bis 1500 Meter, überwiegend im Norden des Landes. Der Ertrag liegt Jahr für Jahr ziemlich stabil bei 120 000 Tonnen Flue Cured, 2000 Tonnen Burley und 25 Tonnen Orienttabak.

Auf den Flächen, die höher als 1500 Meter liegen, wird ein gelbfarbener Orient-Tabak angebaut, der nach Nordafrika verkauft wird. Auf den westlichen Märkten ist er nicht abzusetzen. Hier besteht nach wie vor der Trend zum sogenannten American Blend, doch wie Bridge sagt, nicht mehr zur Leichtzigarette, sondern zur Zigarette, „die man auch schmecken kann". „Die Forschungen, insbesondere im Hinblick auf die Filter hat es ermöglicht, Geschmack zu liefern ohne übermäßigen Nikotin- und Teergehalt", sagt der Experte und verweist darauf, daß vor etwa zehn Jahren der Trend zur Leichtzigarette eben dadurch ausgelöst wurde, daß man weniger Nikotin und Teer konsumieren wollte.

Aus dem Tabakexport verdient Zimbabwe jährlich 300 Millionen Zimbabwe-Dollar, das Geschäft wird indes im Lande gemacht, und nicht etwa, wie von den indonesischen Tabaken bekannt, in Bremen. Der Grund liege – so Bridge – in der größeren Menge, die sein Land auf den Markt bringe. Die Kunden stellten sich schon im Februar ein, um Preis und Qualität bei den ersten Auktionen zu fixieren. Bestellt werde dann im April nach Mustern, die die Aufkäufer ihren Klienten mitbringen.

Das Problem der Erschöpfung des Bodens habe man eigentlich ganz gut im Griff. Der Anbau routiere im Dreijahresrhythmus. Außer Tabak werde *dann* Mais und eine Grasart angebaut.

Die Tabakanbauer von Burley-Gewächsen haben in der ACTA, der Air-Cured Tobacco Association, ihre Interessenorgansation, die sich mit Unterorganisationen sowohl um eine Verbesserung des Marketing als auch der Forschungstätigkeit bemüht.

Ho.

Wo einst König Shaka Zulu residierte

Bulawayo, heute mit knapp 300 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des modernen Zimbabwe, war für kurze Zeit Hauptstadt des afrikanischen Großreiches der Zulu. Dies geschah unter der Herrschaft des legendären Königs Shaka Zulu (1787–1828), dessen Machtbereich weite Teile des heutigen Zimbabwe, Sambia, Malawi und der Republik Südafrika umfaßte.

Shaka war der älteste Sohn eines Zulukönigs. Er war allerdings unehelich und zog in seiner Jugend zusammen mit seiner Mutter durch das südliche Afrika, immer auf der Flucht vor seinem Vater, der mehrmals versuchte, seinen Sohn durch gedungene Mörder umbringen zu lassen.

Der etwa 20jährige Shaka landete schließlich *im Kral eines afrikanischen* Fürsten im Gebiet des heutigen Transvaal, wo er Offizier in der Armee des Königs wurde. Hier fiel das militärische Talent des Jünglings auf. Er entwickelte eines neue, wirkungsvolle Kampftechnik, bei der vor allem eine neu entwickelte Waffe, ein kurzer Speer in Form eines Schwertes, eine Rolle spielte. Shaka scharte etwa 50 gleichaltrige Gefährten um sich, die er in hartem Drill mit der neuen Technik vertraut machte.

Afrikanische Stammeskriege, die bisher nach einem strengen Ritual mit Drohgebärden ohne großes Blutvergießen verliefen, arteten nun, wo Shaka und seine Gefährten eingriffen, zu wahren Gemetzeln aus. Die neue Taktik war auf dem Schlachtfeld so überlegen, daß der Gegner mehrere hundert Leute verlor, während die *Angreifer fast ungeschoren* davonkamen.

1816 starb der alte Zulukönig. Shaka zögerte keinen Augenblick und bemächtigte sich des Thrones, wobei er seine zahlreichen Halbbrüder zwang, ihm zu huldigen. Sein Programm hieß: *Krieg, immer und überall.* Zahlreiche benachbarte Stämme wurden besiegt und, wenn sie sich wehrten, bis zum letzten Mann niedergemacht. Shaka verlieh den Unterworfenen eine neue Identität und erzwang so eine einheitliche Zulu-Nation. Hauptstadt des riesigen Gebietes wurde Bulawayo.

Shakas ständige Kriege verheerten ganze Landstriche. Einige Gebiete wurden entvölkert, weil einzelne Stämme in panischer Angst vor dem Eroberer es vorzogen, nach Moçambique (damals noch portugiesisch) oder in die britische Kap-Kolonie zu flüchten.

Shaka errichtete ein wahres Schreckensregiment. Als ein Mordanschlag gegen ihn fehlschlug, ordnete er die öffentliche Hinrichtung von 50 Mitgliedern seiner Leibwache an, durch die besonders grausame Pfählung. Beim Tod seiner Mutter ließ der Herrscher rund um das riesige Mausoleum 150 000 Menschen aller Altersstufen lebendig begraben.

Der Despot verlor jedes Augenmaß und erklärte schließlich auch der Kap-Kolonie den Krieg. Diese Entscheidung wurde ihm zum Verhängnis. Mitten in den Vorbereitungen zu dem Feldzug wurde Shaka unweit seiner Hauptstadt von seinen Halbbrüdern ermordet.

Das Leben des Herrschers hat der Amerikaner Joshua Sinclair in dem Buch „Shaka Zulu" (Bastei Verlag, Bergisch Gladbach. 620 S., 9,80 Mark) geschildert. Er stützte sich dabei auf Quellen, die nie schriftlich niedergelegt wurden, sondern mündlich weitergegeben wurden. Sinclair lebte ein halbes Jahr lang unter den Eingeborenen und erfuhr so viele Einzelheiten von der Geschichte der Zulus. Sein Buch ist spannend und vor allem sehr informativ.

Mit dem Tode Shaka Zulus zerbröckelte auch die Macht des von ihm geschaffenen Reiches. In den folgenden Jahrzehnten besiegten die Buren, die immer weiter nach Norden vordrangen, die Zulus. Den letzten Aufstand dieses einst so kriegerischen Volkes schlugen die Briten 1879 nieder. Der letzte Zulu-König, ein Verwandter des legendären Shaka, wurde deportiert. KLAUS BODEN

Die Weißen gingen, doch das Land versank nicht in der Anarchie

Fortsetzung von Seite I

nen Pflichten nachkommt, die ihm das Mandat im Parlament auferlegt. Seine Farm bewirtschaftet er, ohne daß ihn einer stört. Sein Justizminister hat heute ein Ressort in der Regierung des einstigen Gegners Mugabe, und der Chef des ehemaligen rhodesischen Geheimdienstes arbeitet heute mit den Schwarzen, die er verfolgen ließ, zusammen im Geheimdienst Zimbabwes. Die ehemalige rhodesische Armee wurde mit den Widerstandskämpfern Mugabes und Nkomos zu einer neuen Armee verschmolzen; ein ungeheurer Vorgang. „Nürnberger Prozesse", so sagen Gesprächspartner, „hat es hier nicht gegeben."

Die Weißen, 100 000 an der Zahl, ein Drittel der Zahl, die vor 1980 siedelten, leben hier gut, wenn auch sicherlich nicht mehr so gut wie früher. Eine deutliche Rückkehr weißer Siedler hat es in jüngster Vergangenheit nicht gegeben. Entsprechende Berichte werden von keinem, den man darauf anspricht, bestätigt. Zurück kamen nur die, die auf ihren Besitz in Zimbabwe angewiesen waren, um zu überleben. Das ausländische Kapital, auch das, was vielleicht einmal Zimbabwe verließ, kehrt nicht zurück. Die Regierung Mugabe gibt nicht die verlangten Zusagen, verweist vielmehr auf entsprechende Vorschriften in der Verfassung. Die Verfassung aber kann Mugabes Partei, die ZANU, mit ihrer Mehrheit fast nach Belieben ändern.

Das Kapital bleibt aber auch aus wegen der Situation in der gesamten Region. Das Nachbarland Moçambique ist unruhig, Südafrika ist unruhig. Durch diese beiden Länder jedoch gehen die wirtschaftlichen Lebensstränge, sei es zum Hafen Beira in Moçambique oder nach Durban in Südafrika.

Dabei ist Zimbabwe ein reiches Land, reich an Mineralien, von Chrom über Asbest bis hin zum Gold. Reich an landwirtschaftlichen Möglichkeiten, Tabak ist hier der wichtigste Devisenbringer. Das Land könnte die Gemüsekammer des Kontinents und das industrielle Herzland Afrikas sein, die Struktur ist noch da.

Natürlich hat das nicht unbedingt etwas mit Mugabes Verdiensten zu tun. Das Erbe, das er übernehmen konnte, war eine funktionsfähige Industrie, deren Maschinenpark heute rasch veraltet. Aber trotz des Weggangs vieler Weißer ist Zimbabwe nicht in der Anarchie versunken, mußte nicht den bitteren Weg des Nachbarlands Moçambique gehen. Das ist Mugabes Verdienst.

Aber wie verläßlich ist Mugabe? Geht er den marxistischen Weg zuende? Auf diese Frage bekommt man nirgendwo eine schlüssige Antwort; auch von ihm selbst nicht. Mal redet er so, mal redet er so. Vielleicht liegt dies daran, sagt ein Gesprächspartner, daß verschiedene Leute seine Reden schreiben und die nicht inhaltlich aufeinander abgestimmt werden. Richtig ist, daß Mugabe einen Einparteienstaat anstrebt, was mehr ist, als nur ein demokratischer Schönheitsfehler. Aber, sagt er, das Einparteiensystem ist die Staatsform Afrikas, was nicht ganz stimmt.

Es gibt funktionierende Mehrparteiendemokratien, wie ein Blick über die Grenze in Botswana zeigt, aber nur sehr wenige. Zudem hat Mugabe Probleme, die Stammesgegensätze zwischen den Schonas und den Matabeles zu überbrücken. Das Mehrheitswahlrecht zeigt deutlich, wo die Grenze verläuft. In einer Einheitspartei, meint Mugabe, könnte er diese Gegensätze besser überbrükken. Es gibt Kontakte zwischen beiden Stämmen in den sogenannten Unity-Talks. Aber sie haben einen bitteren Rückschlag erlitten, als in diesen Tagen Politiker der ZANU im Matabeleland umgebracht wurden.

Mugabe meint, den Einparteienstaat zu benötigen. Er wird die Verfassung dahingehend ändern, dann werden auch die jetzt 20 weißen Mandate entweder entfallen oder auf fünf reduziert.

Wird es ein Einparteienstaat, wenn er denn kommt, östlichen Zuschnitts sein? Mugabe bezeichnet sich selbst stets eindeutig als Marxist-Leninist. Mal fügt er hinzu, es sei eine besondere afrikanische Form, mal pocht er auf die reine Lehre. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sein Marxismus-Leninismus idealistische Züge hat. Keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Gerechtigkeit und soziale Gleichheit für alle, lautet sein Plädoyer.

Mugabe redet auch davon, den staatlichen Anteil an der Wirtschaft auszudehnen. Und doch wurden bislang nur die Firmen in staatliche Regie übernommen, die die Weißen, als sie das Land verließen, aufgegeben haben. Er hat indes die Export- und Importmöglichkeiten wichtiger Bereiche, vor allem der Bergwerksindustrie, in staatliche Regie übernommen, mit der Folge, daß Import-Lizenzen auf dem schwarzen Markt gehandelt werden. Aber wenn er die Privatwirtschaft lahmlegt, kann er sich keine Träume finanzieren. Das weiß er und so handelt er, und keiner bezweifelt dies auch ernsthaft.

Mugabe ist auch kein Vasall der Sowjetunion. Die Russen haben während des Bürgerkrieges auf den Matabele Nkomo gesetzt. Auf Mugabe setzten die Chinesen und vor allem die Nordkoreaner. Das hat er nicht vergessen. Es dauerte lange, bis die Sowjets im vergangenen Jahr eine Botschaft in Harare eröffnen durften. Bevor Mugabe nach Moskau ging, war er in Washington, in Bonn und in anderen Städten des Westens. Und doch hat sich der sowjetische Einfluß in der letzten Zeit verstärkt. Delegationen fuhren nach Moskau, über deren Auftrag nichts bekannt wurde.

Gleitet Mugabe nun ab in östliches Fahrwasser? Diese Betrachtung wäre zu einfach. Die Kubaner hatten angeboten, die Sicherheit während der Konferenz der Blockfreien zu garantieren, Mugabe lehnte ab. Sein Geheimdienst setzt auf die Zusammenarbeit mit mehreren Diensten in der Welt, darunter auch den Deutschen und den Südafrikanern, mit letzteren wohlweislich unter Ministerebene.

Aber hat Mugabe nicht laut gegen Südafrika gewettert, Boykott-Maßnahmen verlangt und selbst angedroht? Das ist richtig. Aber er sprach überwiegend davon, daß die Staatengemeinschaft Sanktionen verhängen sollte, von Sanktionen seines Landes hat er nur einmal gesprochen, das war beim Commonwealth-Treffen in London. Er wollte, sagte er, bis Ende des Jahres die Flugverbindungen mit Südafrika kappen. Er habe sich zu weit aus dem Fenster herausgelehnt, sagen heute viele, und nach seinen letzten Äußerungen zu urteilen, bemüht er sich, wieder zurück ins Zimmer der Realitäten zu kommen. Nach dem Commonwealth-Treffen schloß er mit Südafrika ein Handelsabkommen ab.

H.-H. HOLZAMER

„Sozialismus ist christlicher als der Kapitalismus"

Fortsetzung von Seite I

mit seinen Erzählungen über Ghana. In der NDP übernahm Mugabe dann die Aufgabe, den Flügel der Jugendlichen zu organisieren und forderte sie auf, nach ihren „kulturellen Wurzeln" zu suchen. Daneben organisierte er die Jugendlichen als semimilitante Gruppe, die alsbald einige der Parteiaktivitäten beeinflußte und kontrollierte.

In der Folgezeit weichte sich die Haltung der Weißen langsam auf. Ende 1960 erhielten die Schwarzen in dem Abgeordnetenparlament 15 Sitze, ein Zugeständnis, das von Nkomo, Mugabes Weggefährten und Widersacher akzeptiert wurde. Damals sprach Mugabe bitter über die Verhandlungsführung Nkomos, die er als „Ausverkauf" brandmarkte, eine Kritik, die in den Jahren nichts an ihrer Schärfe verlor. Und die Feindschaft zwischen beiden ging so weit, daß der eine versuchte, den anderen ins Abseits zu stellen. Interne Zwistigkeiten warfen den Kampf um die Unabhängigkeit häufig zurück. Zwischen den Parteien des Jahres 1964 der Zanu und der Zapu kam es zu offenen Kämpfen. Diese unterstützte die Weißen in Salisbury in der Überzeugung, daß die Afrikaner einfach nicht imstande wären, das Land zu regieren. Zu einer politischen Erziehung, die schließlich den Grundstock zum Erfolg legte, kam es erstaunlicherweise erst, als immer mehr Anhänger Mugabes und Nkomos ins Gefängnis geworfen wurden.

Am 11. November 1965, als der damalige weiße Premier Ian Smith einseitig die Unabhängigkeit Rhodesiens von Großbritannien verkündete, begann der militärische Kampf. Im April 1966 ermordeten 14 ZANU-Guerrillas den Farmer Hendrik Viljoen und seine Frau. Obwohl diese ersten 14 innerhalb weniger Tage alle getötet wurden, war dies der Beginn des Krieges. Mugabe war in dieser Zeit in Haft und bestand bei der Universität von London nach 18 Monaten Kursteilnahme das Examen in Rechtswissenschaft, das normalerweise drei bis vier Jahre dauerte.

Militärisch war zunächst nicht viel gegen die Sicherheitskräfte von Ian Smith auszurichten. Das änderte sich erst, als die Portugiesen Moçambique aufgaben, und Samora Machel an die Macht kam. Interessanterweise entstand die Freundschaft zwischen beiden Männern nicht spontan. Machel zweifelte an Mugabes Fähigkeit, die ZANU zu führen und hielt wenig von den Streitigkeiten der zimbabwesischen Nationalisten. Doch schon bald nach ihrem Kennenlernen schlug das Mißtrauen in Sympathie um. Machel, der Kriegerpräsident, dessen Schule der Buschkrieg der Frelimo war, und Mugabe, der akademische Revolutionär, der seine Erziehung aus Büchern im Gefängnis empfing, erkannten sich gegenseitig als starke Führer.

Mit Machels Hilfe bekam Mugabe auch die kämpfenden Einheiten in den Griff. Über die Häfen Moçambiques kamen russische Waffen für Nkomos Zapu. Mugabe stützte sich auf die Chinesen. Aus dieser Zeit stammt auch das Mißtrauen Mugabes gegenüber den Russen, das erst in den letzten Jahren abgebaut werden konnte. In Mabuta und seinem Büro in der Avenida Lenin verwandelte sich Mugabe in den militärischen Kommandanten, der nun als Chef, dem portugiegischen Wort angeredet wurde und nicht als Comrade, als Genosse, den Titel, den er heute als Premierminister bevorzugt.

Es dauerte bis zum 31. August 1977, bis Mugabe offiziell Präsident der ZANU, sowohl der Partei als auch der Armee war. Nun, als der starke Mann, sprach er sich auch öffentlich gegen jede Kompromisse mit den Weißen aus. Die Einigungsbemühungen der Briten unter David Owen und Amerikaner unter Andrew Young tat er als „imperialistische Manöver" ab, die nur darauf gerichtet seien, „unsere Kriegsanstrengungen zu neutralisieren". Und wieder war Nkomo der Mann, der darauf beharrte, daß Verhandlungen zu einer Regelung führen würde. Er konnte sich gegen Mugabe jedoch, der bewaffneten Kampf predigte, nicht durchsetzen.

Und doch wurde am 17. April 1980 Zimbabwe auf dem Verhandlungsweg geboren. Nkomo bekam das Innenministerium, die Weißen zwei Ministerien und 20 garantierte Plätze im Parlament. Der Gewinner der Wahl war Mugabe und er wurde Zimbabwes erster Präsident.

Die verwandten Zitate stammen aus dem Buch „Mugabe" von David Smith, Collin Simpson und Ian Davis. Erschienen im Verlage Pioneer Head, Harare.

ERWIN SIEWERT

AUF EINEN BLICK

Zimbabwe liegt im südlichen Zentralafrika zwischen dem Limpopo und dem Sambesi mit Grenzen zu Sambia im Norden und Nordwesten, Südafrika im Süden, Moçambique im Osten und Nordosten und Botswana im Südwesten. Das Land liegt nördlich des südlichen Wendekreises und ist Teil des südafrikanischen Plateaus.

Größe

Zimbabwe ist 390 245 Quadratkilometer groß und damit dreimal so groß wie England oder fast so groß wie Kalifornien. Bevölkerung: 8,5 Millionen Schwarze, 100 000 Weiße. Das ganze Land liegt höher als 300 Meter über dem Meeresspiegel, vier Fünftel sogar über 600 Meter. Im Norden des östlichen Berglandes liegt der höchste Berg Zimbabwes, der Inyangani mit 2592 Metern über dem Meeresspiegel.

Hinweise für Touristen

Tägliche Flüge verbinden die Hauptstadt Harare mit Europa. Innerhalb des Landes gibt es ein dichtes Netz, das von Air Zimbabwe und auch von Chartergesellschaften bedient wird.

Infrastruktur

Die Eisenbahn folgt der Linie des Plateaus, auf dem heute die wichtigsten Städte zu finden sind, Harare, Bulawayo, Gweru, Mutare, Kwekwe, Kadoma und Masvingo. Diese Gebiete sind die entwickeltsten, obwohl in den letzten Jahren stärkeres Gewicht auf entlegenere Teile, insbesondere das Lowfeld, gelegt wurde. Die Eisenbahn Zimbabwes hat Anschluß an das Bahnnetz Südafrikas und versorgt auch das benachbarte Botswana mit. Von Bulawayo aus führt ein Schienenstrang über Hwange nach Norden und schließt an das sambische Bahnnetz an.

Klima

Zimbabwe hat ein äußerst angenehmes Klima. Es ist warm, ohne schwül zu sein. Im Jahresdurchschnitt scheint die Sonne täglich vier bis zehn Stunden. Die Tage sind sonnig, die Nächte klar und kühl.

Präsident: Rev. Can Aan Banana

Regierungschef: Prime Minister Robert Mugabe

Regierungspartei: Zimbabwe African National Union-Patriotic Front (ZANU-PF)

Wichtige Anschriften

In der Bundesrepublik

Botschaft der Republik Zimbabwe, Viktoriastr. 28, 5300 Bonn 2, Tel. 0228-356071/72

Fremdenverkehrsbüro, Am Hauptbahnhof 10, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069-235381

In Zimbabwe

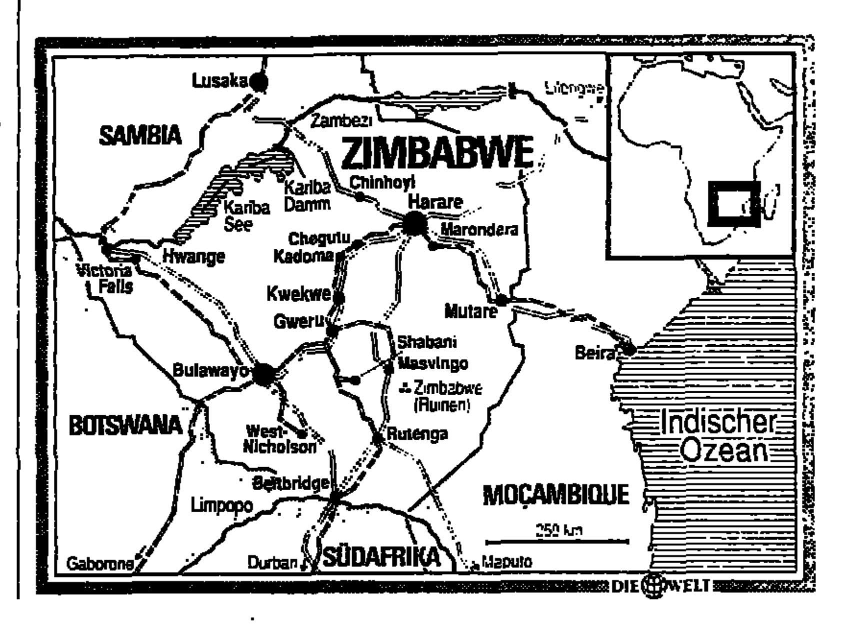
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, P.O.Box 216814, Samora Marchel Avenue, Harare, Tel. 00263-702368/69

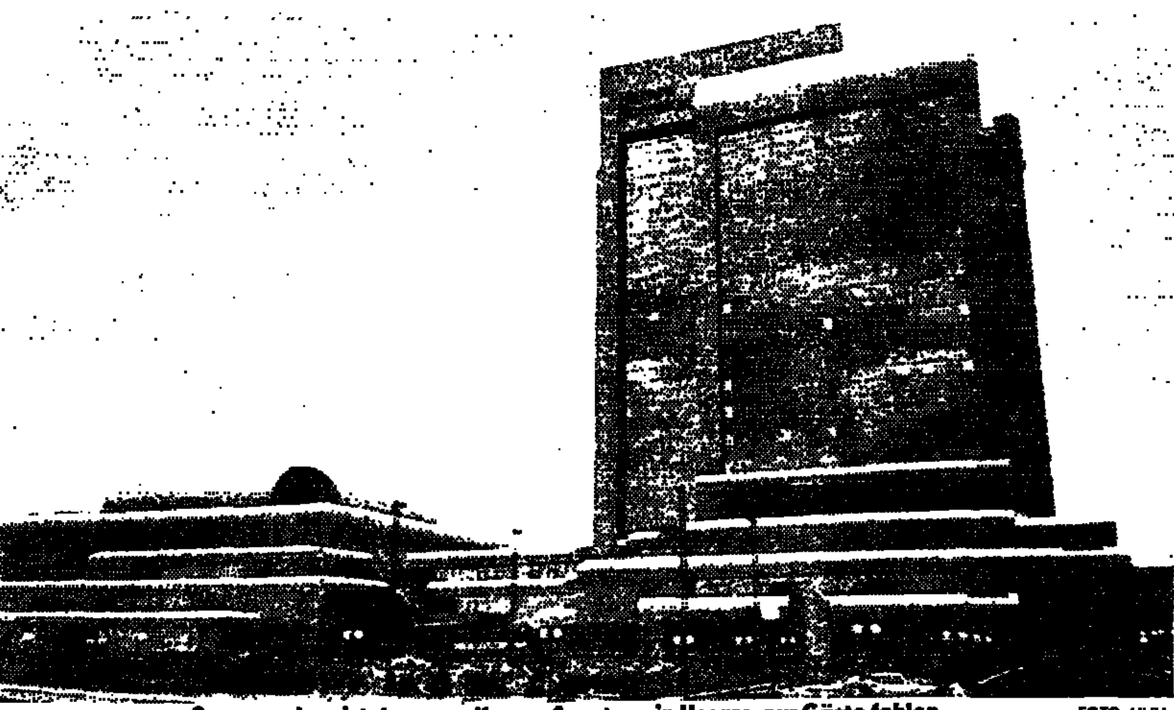
Zimbabwe Tourist Development Cooperation, P.O.Box 8052, Cecilhouse 95 Stanley Avenue, Harare, Tel. 706511 (Büro im Ambassador-Hotel)

Industrial Development Cooperation of Zimbabwe, P.O.Box 8531, Harare

Associated Chamber of Commerce of Zimbabwe, P.O.Box 1934, Harare

Zimbabwe Tobaco Association, P.O.Box 1781, Harare





Supermodern ist das neue Kongreßzentrum in Harare, nur Gäste fehlen FOTO: HHH

Idealer Platz für Seminare und Kongresse

Im neuen Zentrum HICC der Hauptstadt können 4500 Teilnehmer gleichzeitig tagen

Keine Hauptstadt der Welt hat wie Harare zwölf Golfplätze in ihren Grenzen. Und wer eine Stadt mit vergleichbar gutem Klima finden will, der muß lange suchen. Es ist ein idealer Platz für Seminare und Kongresse, und mit dem neuen Konferenzzentrum, unmittelbar neben dem ebenfalls nagelneuen Sheraton gelegen, hat die Stadt auch alles, was man braucht, um Kongreßstadt zu sein.

In dem von den Jugoslawen gebauten Haus haben 4500 Leute gleichzeitig Platz, und unabhängige Gutachter bescheinigten ihm, auf modernstem kommunikationstechnischen Stand zu sein.

Bis 1987 ausgebucht

Neben dem Sheraton bieten eine Reihe von internationalen Häusern Unterkunft mit Zimmerpreisen unter 80 Zimbabwe-Dollar, also weniger als 40 US-Dollar.

Daß das neue Konferenzzentrum die in es gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht, konnte es unter Beweis stellen, als hier das Treffen der Blockfreien veranstaltet wurde. Cleopas Madzudzo, der während des Blockfreien Gipfel für das Harare International Conference Center (HICC) als Marketing-Officer tätig war, blickte voller Zuversicht in die Zukunft. Seinen Voraussagen nach wird Zimbabwe in den nächsten fünf Jahren 3,5 bis vier Prozent der auf 20 000 geschätzten größeren Konferenzen in der Welt gewonnen haben; der Anteil Afrikas liegt heute bei fünf Prozent. Auch sei das Konferenzzentrum bis Oktober 1987 ausgebucht.

Aber in der Folgezeit stand die moderne Anlage weitgehend leer. Das Problem ist das internationale Marketing. Die Sheraton-Gruppe war bereit, international auf das Kongreßzentrum aufmerksam zu machen, aber die Regierung in Harare wollte das viel lieber in eigener Regie unternehmen.

Die Sache ist noch nicht ausgestanden, obwohl nun viel dafür spricht, daß die Tourismusbehörden diese Aufgabe übernehmen werden. Doch bis das läuft, tagt die Langeweile an einem der interessantesten Kongreßplätze der Welt.

Nach 339 598 Touristen im Jahre 1984 stieg diese Zahl im Jahre 1985 um 12 Prozent auf 360 000 Besucher. Für 1986 wurden 438 000 Besucher erwartet. Sie brachten 50 Millionen Zimbabwe-Dollar im Jahre 1985 in die Kassen. Die Wachstumsrate 1986/87 wird mit fünf Prozent angegeben und soll bis 1988 auf zehn Prozent jährlich steigen. Aus der Bundesrepublik wurden bis Ende September über 5000 Reisende registriert. Organisierte Reisegruppen aus Deutschland werden erstmals in der Bilanz von 1986 auftauchen und die Zahl der ausländischen Besucher, die jetzt bei etwa 400 000 liegt, nur unwesentlich erhöhen.

Programm fand Beifall

Eine Gruppe der TUI schwebte erstmals am 15. November auf einer einwöchigen Zusatzreise zu Kenia aus Nairobi kommend in Harare ein, mit einem Programm, das im Jahre 1987 zweimal wiederholt werden soll.

Die Aufmerksamkeit auf Zimbabwe zu lenken, ist in Europa Aufgabe der Zimbabwe Tourist Development Corporation (ZDDC) zu. Diese halbstaatliche Organisation wurde 1985 gegründet und löste das staatliche Zimbabwe Tourist Board ab.

Die CTDC führt selbst Hotels in eigener Regie oder ist daran beteiligt so das Ambassador Hotel in Harare und die Sambesi River Lodge in Victoria Falls. Größte und am besten etablierte Hotelgruppe ist jedoch nach wie vor die Sun-Kette, die heute selbständig von der südafrikanischen Southern Sun-Gruppe geführt wird.

er

ZIMBABWE
Redaktion: H.-H. Holzamer
und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Great Zimbabwe soll die Nation einen

Zwischen Mittelalter im Süden und dem donnernden Rauch an der Grenze zu Sambia: Was Touristen erwartet

Es sollte ein *Ausflug zu den Viktoriafällen* werden, den Mosi-oa-Tunya, dem donnernden Rauch, wie sie in der Landessprache heißen. 545 Millionen Liter des Sambesi stürzen pro Minute in die Tiefe, hüllen die Umgebung in Gischtwolken, die sich tanzend oft bis zu einer Höhe von 500 Metern in den Himmel erheben.

Am Samstag hatte ich noch bei Air Zimbabwe angerufen, und mir wurde die Buchung für den Flug bestätigt, die ich schon vor der Abreise in Frankfurt vorgenommen hatte. „Seien Sie um 6.45 Uhr morgen früh pünktlich da, die Maschine fliegt eine Stunde später." Sie flog ohne mich, denn meinen *Rückflug von den* Viktoriafällen nach Harare wollte die Fluglinie nicht garantieren, da die Maschine stark überbucht sei. Den Grund dafür entnahm ich der Montagzeitung. Der dänische Außenminister samt Gefolge war aus Botswana gekommen und wollte von den Viktoriafällen *aus nach Harare* fliegen. Für ihn mußte natürlich Platz gemacht werden, da eine Ersatzmaschine nicht vorhanden war.

Das ist eine Episode, sie beleuchtet aber das zentrale Problem in der touristischen Entwicklung des Landes; die ungenügende Ausstattung der staatlichen Fluglinie mit modernem Gerät.

Die Nöte von Air Zimbabwe halfen mir am Sonntag morgen natürlich nicht weiter, und die an sich verlokkende Aussicht, in einem der fünf Hotels an den Fällen zu übernachten und erst am Montag zurückzukommen, war leider auch kein Angebot. Die Entscheidung war schnell getroffen, boten doch in der Wartehalle Autovermieter ihre Fahrzeuge an.

Was lockte, waren die Great Zimbabwe Ruins, Zeugnisse aus dem frühen Mittelalter einer afrikanischen Hochkultur in Zimbabwe, heute nur Great Zimbabwe genannt, die Ruinen läßt man weg. Auf der A 4, der Hauptstraße zum südafrikanischen Grenzpunkt Beitbridge, ging es in schneller Fahrt die etwa 340 Kilometer gen Süden. Nach drei Stunden erreichte ich das im Bungalowstil angelegte Sund-Hotel, das denen ans Herz zu legen ist, die die Tour nicht an einem Tag bewältigen wollen. Zu Fuß oder auch mit dem Wagen ist man von dort in wenigen Minuten am Eingang des nationalen Monuments und wird zunächst von dem Berg begrüßt, dessen Spitze von einem 30 Meter hohen Granitkliff gebildet wird.

Bevor man jedoch loseilt, den Berg zu stürmen, verweile man zunächst am Eingangsschild, um die durchaus politische Dimension zu erahnen, die Great Zimbabwe für die Regierung in *Harare hat. Die Einigkeit* des Volkes der Schona, so ist dort zu lesen, habe zur Errichtung der Anlage geführt, die Zwietracht der Stämme zu ihrem Verfall. Damit wird einmal Great Zimbabwe für das Volk reklamiert, das mit Mugabe den Premier stellt, und zum anderen wird an die Minderheiten, vor allem Nkomos Matabele, appelliert, nicht durch Zwietracht das Aufbauwerk zu gefährden.

Eine zweite Empfehlung gilt dem Erwerb von beschreibendem und erklärendem Material, denn Great Zimbabwe besteht nicht nur aus dem Berg, sondern auch aus „dem großen Einschluß" und einer weiteren Anlage im Tal.

Der große Einschluß besteht aus einer ovalen Anlage mit einem Umfang von etwa 250 Metern, genannt der Königliche Palast. Sie besteht aus einer gut erhaltenen äußeren Mauer, etwa acht bis neun Meter hoch, einem innen parallel dazu verlaufenden Wall, etwa über die Hälfte der Länge, und einem kleineren Einschluß sowie mehreren Türmen, Treppen und *Fragmenten.* Man kalkuliert, daß alleine der äußere Wall, der aus circa einer Million Granitsteinen gemauert wurde, rund 15 000 Tonnen wiegt. Erkennbar ist, daß während des Baus sich die Techniken ständig verfeinerten.

Über Jahre hindurch ging der Streit, wie alt die Anlage von Great Zimbabwe ist und wer sie gebaut hat. Moderne Radiokarbontechnologie ermittelte, daß eine erste Besiedlung in der Zeit 1130 vor Christi nachgewiesen werden kann, daß Great Zimbabwe aber erst später, im 13. Jahrhundert, mächtig war und die Anlagen auf dem Berg und im Tal etwa in die *Zeit zwischen* 1300 und 1340 zu datieren sind.

Streitig ist die Frage nach wie vor, wer Great Zimbabwe gebaut hat. Ob es Schonas waren, wie die Regierung es will, oder die Ne-Manwa-Dynastie, die der Forscher Peter Garlake als kleine Gruppe in der Schona-Gesellschaft bezeichnet. Als die ersten Weißen in die Gegend kamen – Portugiesen und dann Engländer – berichte*ten* diese, daß die Fertigkeiten der Stein-, Holz- und Metallbearbeitung und zur Konstruktion bei den gegenwärtigen Bewohnern nicht mehr festzustellen seien und schlossen daraus, daß jedenfalls keine Schwarzen dafür *verantwortlich* wären.

Die Schwächen dieser Argumentation liegen auf der Hand. Es sollte damit demonstriert werden, daß die Monumente den Segen fremder Herrschaft bewiesen und somit der – sogar biblische – Vorläufer wären für die segenspendende Besiedlung durch die Weißen. Und doch blieb Great Zimbabwe zentraler Identifikationspunkt für die nationalistische Bewegung: der Nachweis, daß die Schwarzen zu großer Leistung fähig wären. Sie nahm sogar das Wort Zimbabwe, das von dem Schona-Wort „Dzimba-Dza Mabwe" (Steinhäuser) kommt, für das Land.

Das von dem deutschen Forscher Carl Mauch erstmals beschriebene Monument ist eindeutig schwarzafrikanischen Ursprungs. Man fand auch in anderen Ländern, wie in Uganda oder Benin, vergleichbare Anlagen. Die bedeutendste, größte und am besten erhaltene ist indes die von Great Zimbabwe.

Der Weg aus dem Tal durch Granitfelsen hindurch zur Spitze des Berges ist weniger beschwerlich als es zunächst den Anschein hat. Vorhandene Felsblöcke werden hier mit Mauern zu Festungsanlagen verbunden, daher fehlt die Symmetrie des Tales. Über eine Vielzahl von umschlossenen Plätzen und engen Passagen kann man die Anhöhe durchstreifen, wobei man nirgendwo den Eindruck hat, an einem Mittelpunkt angelangt zu sein. Der Grund dürfte darin liegen, daß das Zentrum des Reiches, der Königspalast, im Tal war, währenddessen der Berg Fluchtburg war, die ihre Gliederung militärischer Überlegung verdankt. Von dem Kliff hat man einen weiten Blick über den Lake Kyle. Dieser See lohnt einen Besuch, vor allen Dingen aber der Tierpark, wobei zu beachten ist, daß die Zufahrt zum Tierpark von der Nordseite her erfolgt, das bedeutet, man muß von Great Zimbabwe zurück über Masvingo.

Organisierte Reisegruppen aus Deutschland werden erstmals in der Bilanz von 1986 auftauchen und die Zahl der ausländischen Besucher, die jetzt bei etwa 400 000 liegt, nur unwesentlich erhöhen. Eine Gruppe der TUI schwebte erstmals am 15. November auf einer einwöchigen Zusatzreise zu Kenia aus Nairobi kommend in Harare ein, und ein neben mir sitzendes Ehepaar vermutete in Zimbabwe ein südafrikanisches Homeland.

H.-H. HOLZAMER



Die Landschaft am Lake Kyle erlebt jeder Besucher, Löwen nur wer Glück hat FOTOS: HHH